Landkreis Mainz-Bingen

1. Nachtragshaushaltsplan

2016

Impressum:

Herausgeber:	Kreisverwaltung Mainz-Bingen Fachbereich Finanzen	
Verantwortlich	Thomas Blechschmidt, Abteilungsleiter Finanzverwaltung / Datenverarbeitung	
für den Inhalt:	Gerd Hornig, Fachbereichsleiter Finanzen	
Kontakt:	Telefon: Mail:	06132 / 787 – 1200 blechschmidt.thomas@mainz-bingen.de

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

	Seite
Darstellung 1. Nachtraghaushalt 2016	
1. Nachtragshaushaltssatzung 2016	1 – 8
Vorbericht, Haushaltsvermerke	9 – 24
Übersicht über die Teilhaushalte und Produkte, Organigramm	25 - 36
Übersichten Aufbau der Gesamt- /Teilergebnishaushalt und Gesamt- / Teilfinanzhaushalt	37 - 39
Gesamtergebnis- und Gesamtfinanzhaushalt	41 - 44
Teilhaushalte nach der Organisationsstruktur der Kreisverwaltung Mainz-Bingen	45 - 142
Teilhaushalte	
Teilhaushalt 01 – Verwaltungsführung	46 - 47
Teilhaushalt 02 – Zentrale Aufgaben	48 - 51
Teilhaushalt 03 – Finanzen, Kasse und Datenverarbeitung	52 - 55
Teilhaushalt 04 – Zentrale Finanzdienstleistungen	56 - 61
Teilhaushalt 05 – Bauen und Umwelt	62 - 68
Teilhaushalt 06 – Schulen und Gebäude	69 - 87
Teilhaushalt 07 – Jugend, Familie und Sport	88 - 101
Teilhaushalt 08 – Soziale Hilfen	102 - 120
Teilhaushalt 09 – Veterinärwesen und Landwirtschaft	121 - 122
Teilhaushalt 10 – Gesundheitswesen	123 - 124
Teilhaushalt 11 – Sicherheit, Ordnung und Verkehr	125 - 132
Teilhaushalt 12 – Kommunalaufsicht	133 - 134
Teilhaushalt 13 - Kommunales Jobcenter	135 - 142

Übersichten Verpflichtungsermächtigungen	143 - 145
Übersicht über- und außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen	147 - 149
Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit (Freie Finanzspitze)	151 - 152
Mittelfristiges Kreisstraßenbauprogramm 2016	153 - 155
Übersicht der voraussichtlichen Verbindlichkeiten	157 - 158
Nachtrag zum Stellenplan	159 - 204
Erläuterungen zu den Planungsstellen	205 - 230

Kreisverwaltung Mainz-Bingen

Geschäftsbereich I
Abt. Finanzverwaltung / Datenverarbeitung
Fachbereich Finanzen
Herr Hornig

07.10.2016

Darstellung 1. Nachtrag 2016

1. Ergebnishaushalt

	HH 2016 EUR	NT 2016 EUR	Mehr (+) / weniger (-) EUR	v.H.
Erträge	408.484.776	412.136.457	3.651.681	0,89%
Aufwendungen	403.072.394	415.870.168	12.797.774	3,18%
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	5.412.382	-3.733.711	-9.146.093	

2. Finanzhaushalt

	HH 2016 EUR	NT 2016 EUR	Mehr (+) / weniger (-) EUR	v.H.
Einzahlungen	413.843.543	426.158.964	12.315.421	2,98%
Auszahlungen	413.843.543	426.158.964	12.315.421	2,98%

51.464.262,86	Kassenbestand (verfügbare Mittel - Rechnungsergebnis zum 31.12.2015)
19.100.733,37	abzgl. Finanzierung gebildeter Ermächtigungen aus dem Jahr 2015
73.106,00	beschlossene üpl./apl. außerhalb 1. Nachtrag einzeln unter 100 TEUR
14.995.226,00	Entnahme liquider Mittel für HH-Ausgleich (HH2016 ursprünglich geplant 5.835.886 EUR)
3.797.976,00	in der Finanzplanung vorgesehene Entnahme für HH-Ausgleich 2017
13.497.221,49	**geplanter verfügbarer Kassenbestand zum 31.12.2016**

3. Kredite

	HH 2016 EUR	NT 2016 EUR
Neuaufnahme	0	0
Tilgung Kreditinstitute	329.010	329.010
Schuldenstand Kreditinstitute 31.12.2015	3.133.285	3.133.285
geplante Neuaufnahme	0	0
Tilgung	329.010	329.010
Schulden bei Kreditinstituten Voraussichtlicher Stand zum 31.12.2016	**2.804.275**	**2.804.275**

4. Rückstellungen

(Planung ohne ATZ, Urlaub, Überstunden)

	HH 2016 EUR	NT 2016 EUR
erforderliche Rückstellungen 31.12.2016	54.430.143,00	52.578.823,00
vorauss. Stand Einzahlungen 31.12.2016	33.316.094,93	33.339.781,03
Differenz	-21.114.048,07	-19.239.041,97

5. Verpflichtungsermächtigungen

HH 2016 EUR	NT 2016 EUR	Mehr (+) / weniger (-) EUR	v.H.
2.000.000	2.010.000	10.000	0,50%

1. Nachtragshaushaltssatzung

des

Landkreises Mainz-Bingen

Haushaltsjahr 2016

1. NACHTRAGSHAUSHALTSSATZUNG DES LANDKREISES MAINZ-BINGEN FÜR DAS JAHR 2016 VOM 22. NOVEMBER 2016

Der Kreistag hat gemäß den § § 17 und 57 der Landkreisordnung für Rheinland-Pfalz in der Fassung vom 31.01.1994 (GVBl. S. 188), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22.12.2015 (GVBl. S. 477) in Verbindung mit § 98 der Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz in der Fassung vom 31.01.1994 (GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22.12.2015 (GVBl. S. 477) am 07.10.2016 folgende Nachtragshaushaltssatzung beschlossen, die nach Erklärung der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion in Trier vom 15.11.2016 als Aufsichtsbehörde, dass keine Bedenken wegen Rechtsverletzung erhoben werden, hiermit bekanntgemacht wird:

§ 1

Ergebnis- und Finanzhaushalt

Mit dem Nachtragshaushaltsplan werden festgesetzt:

1.	**im Ergebnishaushalt**	**gegenüber bisher EUR**	**erhöht um EUR**	**vermindert um EUR**	**nunmehr festgesetzt auf EUR**
	der Gesamtbetrag der Erträge auf	408.484.776	3.651.681		412.136.457
	der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	403.072.394	12.797.774		415.870.168
	der Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag auf	***5.412.382***		***9.146.093***	***- 3.733.711***

Der bisherige Jahresüberschuss von 5.412.382 EUR verändert sich in einen Jahresfehlbetrag von 3.733.711 EUR. Dieser Jahresfehlbetrag kann jedoch mit den Ergebnisvorträgen und Jahresüberschüssen vorangegangener Haushaltsjahre, zum Bilanzstichtag 31.12.2015, von insgesamt 100.969.902,09 EUR ausgeglichen werden.

2.	**im Finanzhaushalt**	**gegenüber bisher EUR**	**erhöht um EUR**	**vermindert um EUR**	**nunmehr festgesetzt auf EUR**
	die ordentlichen Einzahlungen auf	404.952.657	3.350.681		408.303.338
	die ordentlichen Auszahlungen auf	387.475.993	12.594.421		400.070.414
	der Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen auf	***17.476.664***		***9.243.740***	***8.232.924***

2.	im Finanzhaushalt	gegenüber bisher EUR	erhöht um EUR	vermindert um EUR	nunmehr festgesetzt auf EUR
	die außerordentlichen Einzahlungen auf	0			0
	die außerordentlichen Auszahlungen auf	0			0
	der Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen auf	***0***			***0***

	die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	3.055.000		194.600	2.860.400
	die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	26.038.540		279.000	25.759.540
	der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	***- 22.983.540***		***84.400***	***- 22.899.140***

	die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	5.835.886	9.159.340		14.995.226
	die Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	329.010			329.010
	der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	***5.506.876***	***9.159.340***		***14.666.216***

§ 2

Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, beträgt weiterhin 0 EUR.

§ 3

Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen

Der Gesamtbetrag der Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die in künftigen Haushaltsjahren zu Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Verpflichtungsermächtigungen) führen können, wird festgesetzt von bisher 2.000.000 EUR auf 2.010.000 EUR.

Die Summe der Verpflichtungsermächtigungen, für die in den künftigen Haushaltsjahren voraussichtlich Investitionskredite aufgenommen werden müssen, beläuft sich auf 0 EUR.

§ 4

Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung

Der Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung wird nicht verändert.

§ 5

Eigenkapital

Der Stand des Eigenkapitals zum 31.12.2015 (Schlussbilanz) beträgt 347.552.687,12 EUR und zum 31.12.2016 voraussichtlich 343.818.976,12 EUR.

§ 6

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen

Die Grenze für erhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen oder Auszahlungen ist in der Hauptsatzung des Landkreises Mainz-Bingen geregelt.

§ 7

Wertgrenze für Investitionen

Alle Investitionen sind unabhängig von einer Wertgrenze im jeweiligen Teilhaushalt einzeln darzustellen.

§ 8

Schlussbestimmung

Die Regelungen der Haushaltssatzung des Landkreises Mainz-Bingen für das Jahr 2016 vom 03.03.2016 zum Wirtschaftsplan (§ 5), zu der Kreisumlage (§ 6), zur Altersteilzeit (§ 10) und zu den Leistungszahlungen (§ 11) bleiben von der 1. Nachtragshaushaltssatzung unberührt.

Ingelheim am Rhein, 22.11.2016

Claus Schick

Landrat

EINWOHNERBETEILIGUNG IM ZUGE DER ENTWURFSEINBRINGUNG DER 1. NACHTRAGSHAUSHALTSSATZUNG UND DES 1. NACHTRAGSHAUSHALTSPLANES FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2016 UND SEINEN ANLAGEN AUFGRUND DER NEUFASSUNG DES § 97 ABS. 1 DER GEMEINDEORDNUNG RHEINLAND-PFALZ

Das Land Rheinland-Pfalz hat am 22.12.2015 durch die Verabschiedung des Landesgesetzes zur Verbesserung der direktdemokratischen Beteiligungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene den § 97 Abs. 1 der Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz (GemO) neu gefasst.

Der Entwurf der 1. Nachtragshaushaltssatzung für das Jahr 2016 mit dem 1. Nachtragshaushaltsplan und seinen Anlagen lag ab dem 09.09.2016 während der allgemeinen Sprechzeiten bei der Kreisverwaltung Mainz-Bingen in Ingelheim am Rhein, Georg-Rückert-Straße 11 im Bürgerbüro, bis zum 07.10.2016 zur Einsichtnahme aus. Des Weiteren wurde der Entwurf der 1. Nachtragshaushaltssatzung für das Jahr 2016 mit dem 1. Nachtragshaushaltsplan auf der Homepage des Landkreises Mainz-Bingen ab dem 09.09.2016 bis zum 07.10.2016 eingestellt.

Die Einwohnerinnen und Einwohner des Landkreises Mainz-Bingen hatten die Möglichkeit bis zum 22.09.2016 Vorschläge zum Entwurf der 1. Nachtragshaushaltssatzung für das Jahr 2016 mit dem 1. Nachtragshaushaltsplan einzureichen. Die Vorschläge waren schriftlich bei der Kreisverwaltung Mainz-Bingen, Fachbereich Finanzen, Georg-Rückert-Straße 11, 55218 Ingelheim am Rhein, oder elektronisch per Mail einzureichen.

Hierüber erfolgte am 08.09.2016 eine öffentliche Bekanntmachung in der Allgemeinen Zeitung Mainz sowie auf der Homepage des Landkreises Mainz-Bingen.

BESCHEINIGUNG

über die

Bekanntmachung der 1. Nachtragshaushaltssatzung

und

Offenlegung des 1. Nachtragshaushaltsplanes

für das Jahr 2016

1. Die 1. Nachtragshaushaltssatzung wurde in der Sitzung des Kreistages am 07.10.2016 beschlossen.

2. Die 1. Nachtragshaushaltssatzung wurde am 18.10.2016 der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion in Trier gemäß § 57 LKO in Verbindung mit § 98 Abs. 1 GemO vorgelegt.

   Die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion hat mit Verfügung vom 15.11.2016 unter Az.: 17 4 - Mz-Bi/21a erklärt, dass keine Bedenken wegen Rechtsverletzung erhoben werden.

3. Die 1. Nachtragshaushaltssatzung wurde am 25.11.2016 in der Allgemeinen Zeitung öffentlich bekanntgemacht.

4. Der Haushaltsplan lag gemäß § 57 LKO in Verbindung mit § 97 Abs. 3 GemO in der Zeit vom 28.11.2016 bis 06.12.2016 bei der Kreisverwaltung Mainz-Bingen in Ingelheim am Rhein, Georg-Rückert-Straße 11, Zimmer 464, öffentlich aus.

Ingelheim am Rhein, den ….

Kreisverwaltung Mainz-Bingen

Claus Schick

Landrat

VORBERICHT ZUM 1. NACHTRAGSHAUSHALTSPLAN 2016

DES LANDKREISES MAINZ-BINGEN

Nach den Vorschriften der Gemeindeordnung (§ 98) und der Gemeindehaushaltsverordnung (§ 8) haben wir aufgrund erheblicher Veränderungen bzw. Abweichungen eine 1. Nachtragshaushaltssatzung und einen 1. Nachtragshaushaltsplan mit entsprechenden Anlagen aufgestellt.

Auch in diesem Jahr haben wir aus Vereinfachungsgründen grundsätzlich nur Planungsstellen, die eine Mehrung oder Minderung ab der Grenze von 100.000 EUR zu Folge haben, beplant. Veränderungen unter dieser Wertgrenze müssen als über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen beschlossen werden; deren Finanzierung ist jedoch durch die Entnahme bei den „liquiden Mitteln“ oder durch Deckung an anderer Stelle in ausreichendem Maße sichergestellt.

Die Produktverantwortlichen haben, wie auch in den vergangenen Jahren, alle wesentlichen Veränderungen und Ergänzungen auf den Produktkarten zu den jeweiligen Produkten erläutert. Darüber hinaus haben wir die Informationen zu den einzelnen Kontenveränderungen dem Gesamtwerk unseres Nachtragshaushaltsplanes beigefügt. Somit ist dem Grunde nach gewährleistet, dass alle Details, die zu einer Veränderung gegenüber der ursprünglichen Haushaltsplanung 2016 geführt haben, auf der kleinsten Ebene dokumentiert sind. Damit haben die politischen Gremien sowie auch die Aufsichtsbehörde in allen Bereichen der Teilhaushalte sehr weitgehende Dokumentationen zu den veranschlagten Korrekturen.

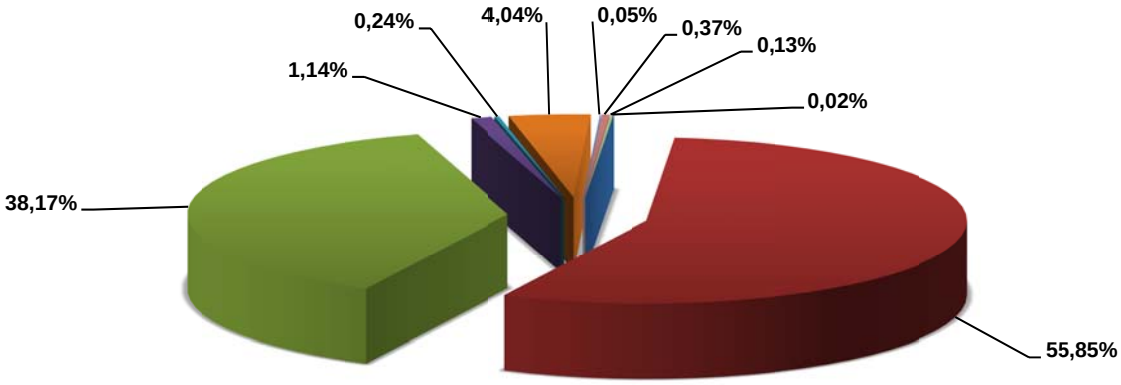
Um den sehr hohen Papieraufwand in Grenzen zu halten, haben wir seit dem Jahre 2010 für die Kreisgremien eine „abgespeckte Version“ vorgelegt. Die verkürzte Form beinhaltet nur die Produkte, bei denen auch Veranschlagungen mit der Nachtragshaushaltsplanung stattgefunden haben. Angedruckt werden hierbei die erläuterten Produktkarten der jeweiligen Teilergebnishaushalte ergänzt um die Investitionsmaßnahmen.

Auf das Abbilden der Produktteilfinanzhaushalte haben wir verzichtet. Da wir keine unterschiedliche Beplanung der Ergebnis- und Finanzkonten vornehmen, ist jederzeit gewährleistet, dass alle veränderten Ansätze auf der Basis der Teilergebnishaushalte wiedergegeben werden.

Die Kreistagsmitglieder haben jederzeit über einen Zugriff auf unser Ratsinformationssystem die Möglichkeit, sämtliche Informationen zu der jeweiligen Haushaltsplanung inklusive aller Anlagen abrufen zu können.

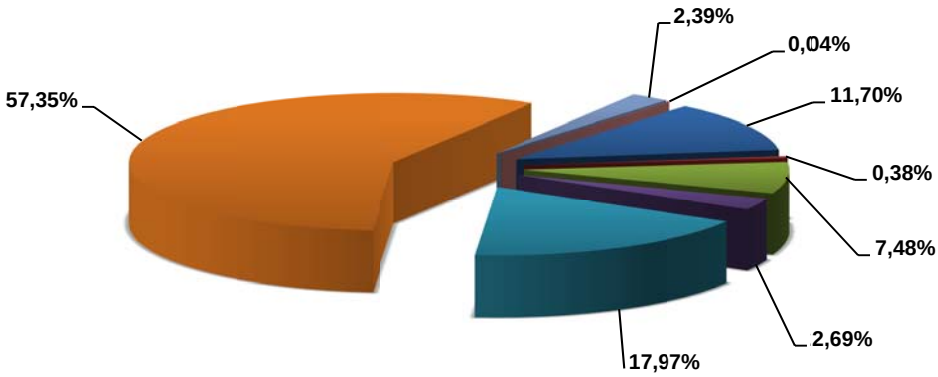
Der Gesamtergebnishaushalt wurde mit der 1. Nachtragshaushaltsplanung bei den Erträgen um 3.651.681 EUR und bei den Aufwendungen um 12.797.774 EUR erhöht. Durch die notwendigen Änderungen im 1. Nachtragsplan hat sich der ursprünglich geplante Jahresüberschuss von 5.412.382 EUR in einen Jahresfehlbetrag von 3.733.711 EUR verändert. Dieser Jahresfehlbetrag kann jedoch mit den Ergebnisvorträgen und Jahresüberschüssen vorangegangener Haushaltsjahre von insgesamt 100.969.902,09 EUR (zum Bilanzstichtag 31.12.2015) ausgeglichen werden.
Die Einzelheiten der in Summe zusammengefassten Änderungen im Ergebnishaushalt können den Teilhaushalten mit ihren Verbalerläuterungen auf der Ebene der Produktbudgets bzw. den Kontenerläuterungen entnommen werden.

Ergebnishaushalt 2016 – Erträge 412.136.457 EUR inkl. Nachträge



0,02 %	=	78.000 €	Steuern und ähnliche Abgaben
55,85 %	=	230.170.563 €	Zuwendungen, allgemeine Umlagen u. sonstige Transfererträge
38,17 %	=	157.309.134 €	Erträge der sozialen Sicherung
1,14 %	=	4.694.050 €	Öffentlich- rechtliche Leistungsentgelte
0,24 %	=	975.687 €	Privatrechtliche Leistungsentgelte
4,04 %	=	16.638.739 €	Kostenerstattungen u. Kostenumlagen
0,05 %	=	222.717 €	Sonstige aktivierte Eigenleistungen
0,37 %	=	1.516.506 €	Sonstige laufende Erträge
0,13 %	=	531.061 €	Zinserträge und sonstige Finanzerträge

Ergebnishaushalt 2016 - Aufwendungen 415.870.168 EUR inkl. Nachträge



11,70 %	=	48.666.782 €	Personalaufwendungen
0,38 %	=	1.573.100 €	Versorgungsaufwendungen
7,48 %	=	31.097.670 €	Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen
2,69 %	=	11.176.464 €	Abschreibungen gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 14 GemHVO
17,97 %	=	74.755.681 €	Zuwendungen, Umlagen u. sonstige Transferaufwendungen
57,35 %	=	238.495.843 €	Aufwendungen der sozialen Sicherung
2,39 %	=	9.939.276 €	Sonstige laufende Aufwendungen
0,04 %	=	165.352 €	Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen

Der Gesamtfinanzhaushalt wurde sowohl in den Einzahlungen, als auch in den Auszahlungen, von 413.843.543 EUR um 12.315.421 EUR auf nunmehr insgesamt 426.158.964 EUR erhöht. Der verfügbare Kassenbestand zum 31.12.2016 beträgt nach Berücksichtigung der Finanzierung gebildeter Ermächtigungen aus Vorjahren, beschlossener über- und außerplanmäßiger Auszahlungen außerhalb des 1. Nachtrags unter 100 TEUR und zum Ausgleich des Finanzmittelfehlbetrages 2016 und 2017 rd. 13,5 Mio. EUR.

Der Ergebnishaushalt des 1. Nachtrages 2016 ist im Wesentlichen geprägt durch eine saldierte Verschlechterung von 5,38 Mio. EUR im Teilhaushalt 08 (Soziale Hilfen) sowie 3,58 Mio. EUR im Teilhaushalt 07 (Jugend, Familie und Sport). Im Teilhaushalt 07 „Jugend, Familie und Sport“ ist dies hauptsächlich auf Mindererträge von 2,6 Mio. EUR bei der „Hilfe zur Erziehung“ sowie eine Verschlechterung bei dem Produkt „Tageseinrichtungen für Kinder“ von rd. 680 TEUR und „Inobhutnahme und Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Menschen“ von 300 TEUR zurückzuführen. Der Teilhaushalt 08 „Soziale Hilfen“ verschlechtert sich um 3,6 Mio. EUR bei den „Hilfen für Asylbewerber“ sowie 839 TEUR bei der „Eingliederungshilfe für behinderte Menschen“ bzw. 550 TEUR beim Produkt „Kriegsopferfürsorge“.

Im Finanzhaushalt ergibt sich beim Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit eine geringfügige Verbesserung von 84 TEUR. Diese setzt sich aus geringeren investiven Einzahlungen von 195 TEUR und geringeren investiven Auszahlungen von 279 TEUR zusammen.

Der voraussichtliche Schuldenstand zum Jahresende 2016 gegenüber Kreditinstituten beträgt rd. 2,8 Mio. EUR.

BETRACHTUNG DER WESENTLICHEN VERÄNDERUNGEN IN DEN TEILHAUSHALTEN

Teilhaushalt 02 – Zentrale Aufgaben

Im Nachtragshaushaltsplan 2016 ergeben sich im Produkt „Personal“ Mehrerträge bei den Kostenerstattungen vom Jobcenter, welche durch Veränderungen des Personalbestandes begründet sind und ein Rückgang der Personalaufwendungen. Dieser ergibt sich im Bereich der bislang eingeplanten Kosten für die Übernahme der ehemaligen Anwärter/innen. Entgegen der Annahme zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung wurden die Anwärter/innen teilweise auf bereits im Haushalt veranschlagte Stellen eingesetzt. Ein Mehrbedarf darüber hinaus hat sich nicht bestätigt. Somit verbessert sich dieser Teilhaushalt um rd. 768 TEUR.

Teilhaushalt 03 – Finanzen, Kasse und Datenverarbeitung

Das Jahresergebnis des Teilhaushaltes 03 hat sich mit dem Nachtrag 2016 um rd. 204 TEUR verbessert. Grund für diese Veränderung war der Verlust des Abfallwirtschaftsbetriebes im Geschäftsjahr 2015, der sich gegenüber der ursprünglichen Planung geringer darstellt. Dieser ist in Höhe von 944.353 EUR (gegenüber 1.148.000 EUR in der Haushaltsplanung) als Verlust aus dem Abgang von Finanzanlagen in Ansatz zu bringen (nicht zahlungswirksam).

Teilhaushalt 04 – Zentrale Finanzdienstleistungen

Im Haushaltsplan 2016 der Kreisverwaltung Mainz-Bingen war eine Entnahme von liquiden Mitteln in Höhe von 5.835.886 EUR vorgesehen. Mit der 1. Nachtragsplanung 2016 erhöht sich dieser Betrag um zusätzliche 9.159.340 EUR auf nun insgesamt 14.995.226 EUR. Die zusätzlichen liquiden Mittel sind durch den positiven Jahresabschluss 2015 verfügbar.

Teilhaushalt 05 – Umwelt und Bauen

Im Teilhaushalt 05 belaufen sich die Gesamtauszahlungen beim Produkt „Kreisstraßen“ im Nachtrag für investive Maßnahmen auf 0,77 Mio. EUR (Haushalt 2016 rd. 0,62 Mio. EUR). Die entsprechenden Einzahlungen betragen unverändert zum Haushalt 2016 rd. 0,28 Mio. EUR.

Das mittelfristige Kreisstraßenbauprogramm wurde mit dem 1. Nachtrag 2016 für die nachfolgende Maßnahme gemäß dem Planungsstand angepasst.

K	MN-Nr.	Bezeichnung	Betrag Abweichung 2016	Erläuterung
34	3401	Bau eines Radweges zwischen Zornheim und Mommenheim	150.000 EUR Mehrausgaben 671.143 EUR Baukosten gesamt 369.129 EUR Einnahmen gesamt	Der Bau des Radweges wurde am 16.03.2016 abgeschlossen. Die bauausführende Firma STRABAG musste aufgrund einer aufwendigen Bauweise einen Nachtrag über 150.000 EUR einreichen. Dieser Nachtrag wurde vom LBM geprüft und für notwendig erklärt

Zur Deckung der für die oben aufgeführten Maßnahme bereits beschlossene überplanmäßige Auszahlung in Höhe von 150.000,00 EUR wurde die Planungsstelle für die Unterhaltung der Straßen, Wege, Plätze und Verkehrslenkungsanlagen, bei der einige Maßnahmen nicht durchgeführt werden konnten, herangezogen. Diese wird nun mit dem Nachtrag 2016 entsprechend etatisiert.

Im Übrigen können die mit dem Haushalt 2016 geplanten Mittel für die Baumaßnahme „Spundwand am Appelbach“ zurückgemeldet werden, da hierfür Ermächtigungen aus dem Haushaltsjahr 2015 zur Verfügung stehen.

Teilhaushalt 06 – Schulen und Gebäude

Der geplante Finanzmittelfehlbetrag im Teilhaushalt 06 erhöht sich um rd. 0,49 Mio. EUR.
Dies ist zum einen auf verschiedene investive Baumaßnahmen an Schulen zurückzuführen. So werden für den Neubau einer Mensa am Stefan George Gymnasium Bingen weitere 500 TEUR und für die Erweiterungsbaumaßnahme an der IGS Oppenheim noch 100 TEUR notwendig.

Zudem sind im Nachtrag 425 TEUR für die Erneuerung des Pausenhofs an der IGS Nieder-Olm etatisiert, welche bereits im Mai 2016 außerplanmäßig beschlossen wurden. Die Mittel waren zunächst in gleicher Höhe für die Maßnahme im Haushalt 2015 konsumtiv eingeplant und ins Jahr 2016 übertragen worden. Diese Ermächtigung wurde zwischenzeitlich in den Angang gestellt, da sie zur Deckung der o.g. Maßnahme diente.

Des Weiteren sind 430 TEUR für notwendige investive Umbauarbeiten der erworbenen Verwaltungsimmobilie „Kreuzhof“ in Nieder-Olm notwendig. Davon wurden bereits 280 TEUR durch den Kreisausschuss im April 2016 außerplanmäßig bereitgestellt. Diese werden nun, wie die dazugehörige Deckung, veranschlagt.

Für Planung und Umbaumaßnahmen an der erworbenen ehemaligen Sparkasse in Oppenheim, die zur Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Asylbewerbern dienen soll,

sind 170 TEUR erforderlich. Davon sind 20 TEUR bereits im Mai außerplanmäßig beschlossen worden und durch Einsparungen an anderer Stelle gedeckt.

Ein im Haushalt 2016 geplanter Neubau zur Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Asylbewerbern in Waldalgesheim wird nicht realisiert. Die geplanten Mittel von 1,1 Mio. EUR werden daher zurückgemeldet. Die Gelder sind nun zur Finanzierung für die Errichtung eines Biomasseheizwerks am Schulzentrum Nieder-Olm im Jahr 2017 geplant.

Außerdem sind weitere 120 TEUR für Mietzahlungen zur Unterbringung von Kontingentflüchtlingen notwendig.

Aufgrund einer Vielzahl aufgelöster Anlagen im Bau wurden zudem die Ansätze der Abschreibungen um 407 TEUR und die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten um 201 TEUR erhöht.

Teilhaushalt 07 – Jugend, Familie und Sport

Produkte	Ansatz 2016	Erträge EUR	Aufwendungen EUR	Saldo EUR
3.6.1.0 Förderung von Kinder in Tageseinrichtungen und Tagespflege	alt	351.001	1.400.932	-1.049.931
	neu	371.007	1.420.932	-1.049.925
			Saldo	6
3.6.3.3 Hilfe zur Erziehung	alt	8.071.800	28.698.800	-20.627.000
	neu	5.471.800	28.698.800	-23.227.000
			Verschlechterung	-2.600.000
3.6.3.5 Inobhutnahme u. Eingliederungshilfe f. seelisch behinderte Menschen	alt	3.200.000	6.556.200	-3.356.200
	neu	3.400.000	7.056.200	-3.656.200
			Verschlechterung	-300.000
3.6.5.0 Tageseinrichtungen für Kinder	alt	34.532.813	60.982.190	-26.449.377
	neu	39.404.628	66.536.111	-27.131.483
			Verschlechterung	-682.106

3.6.1.0 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege

Der Landkreis Mainz-Bingen erhält aufgrund des Wegfalls des Betreuungsgeldes für die Jahre 2016 bis 2018 jährlich eine Zuweisung vom Land Rheinland-Pfalz in Höhe von 875.121,00 EUR. Diese ist bestimmt für Maßnahmen und Investitionen zur Verbesserung der Kindertagesbetreuung im Zuge der Änderung des Finanzausgleichsgesetzes durch das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz. Für die Kindertagespflege wird hiervon ein Teilbetrag in Höhe von 20 000,00 EUR konsumtiv veranschlagt.

3.6.3.3. Hilfe zur Erziehung

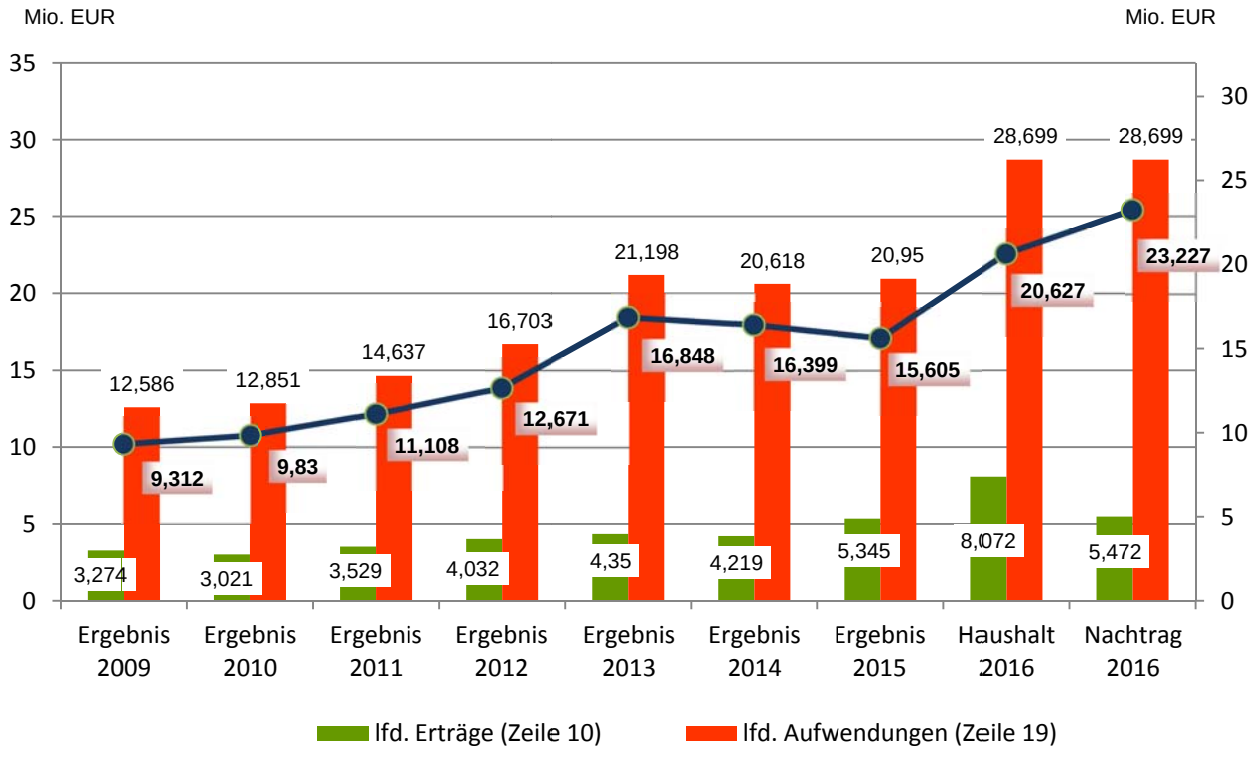
Das Produkt „Hilfen zur Erziehung“ im Teilhaushalt 07 hat sich mit der Nachtragshaushaltsplanung im Saldo der laufenden Erträge und Aufwendungen um 2,6 Mio. EUR verschlechtert.

Ursächlich dafür sind insbesondere geringere Einnahmen bei den Aufwendungen für unbegleitete minderjährigen Ausländer (Kostenerstattungen gemäß § 89d SGB VIII) sowie für Maßnahmen in Vollzeitpflegestellen (Kostenerstattungen gemäß § 89b SGB VIII).

Die Abrechnungen der UMA-Fälle gestaltet sich zeitaufwändiger als zunächst angenommen. Zudem ist in Folge von Bearbeitungsrückständen auf Seiten der überörtlichen Jugendhilfeträger nur in wenigen Fällen mit Zahlungseingängen im Haushaltsjahr 2016 zu rechnen.

Des Weiteren war durch eine Fristsetzung im Rahmen der letzten Änderung des SGB VIII die Abrechnung der sogenannten UMA-Altfälle (Maßnahmenbeginn vor dem 01.11.2015) vorzuziehen. Die Abrechnungen für Maßnahmen in Vollzeitpflegestellen sowie die entsprechenden Zahlungseingänge erfolgen daher zeitlich verzögert.

Entwicklung der Nettobelastung
im Produkt 3.6.3.3 - Hilfe zur Erziehung



3.6.3.5. Inobhutnahme und Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Menschen

Das Produkt „Inobhutnahme und Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Menschen“ hat sich im Saldo der laufenden Erträge und Aufwendungen um 300 TEUR verschlechtert.

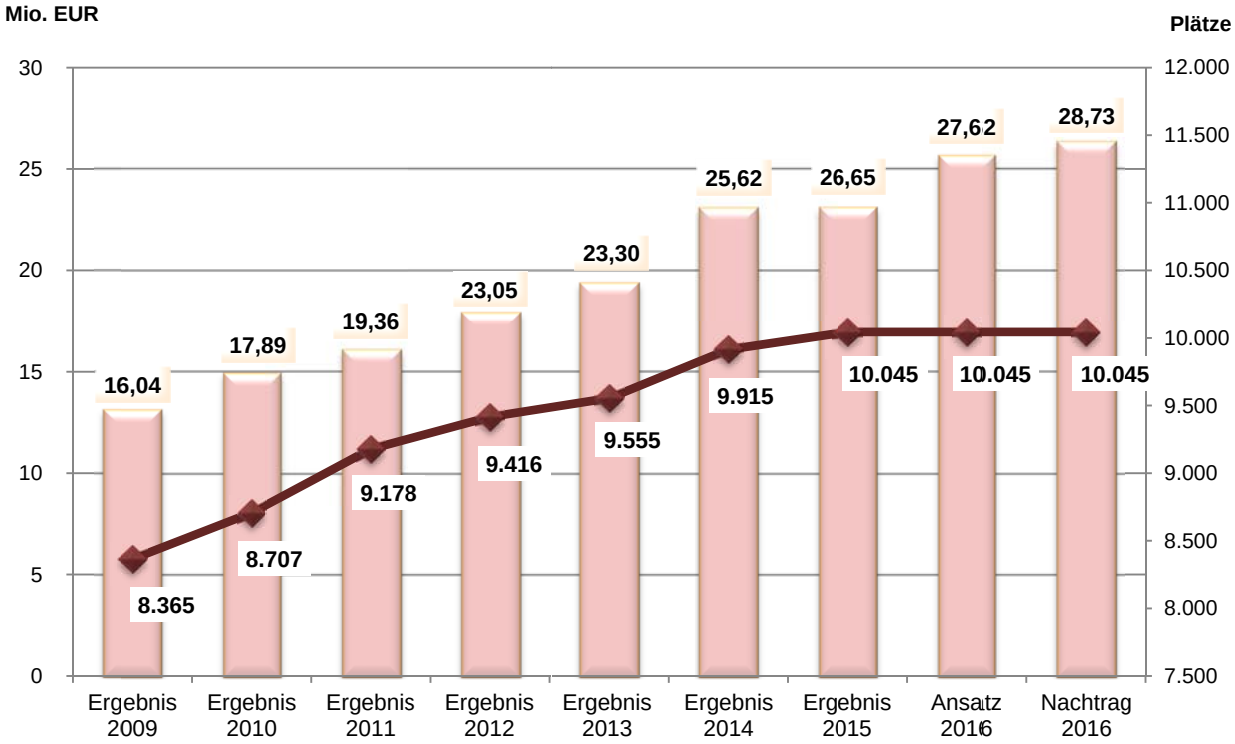
Ursächlich dafür sind Mehraufwendungen für Inobhutnahmen von unbegleiteten minderjährigen Ausländern. Angesichts der derzeitigen Fallzahlentwicklung ist mit einem Mehrbedarf in Höhe von 500 TEUR zu rechnen. Auf Grund einer Kostenerstattung in einem kostenintensiven Erstattungsfall werden Mehrerträge in Höhe von 200 TEUR erwartet.

3.6.5.0 Tageseinrichtungen für Kinder

Die saldierte Verschlechterung von 682.106 EUR im Produkt Tageseinrichtungen für Kinder ist verschiedenen Umständen geschuldet. Eine erhöhte Zuweisung der dem Krippenbereich zuzuordnenden Personalkosten erfolgt aufgrund der Abrechnung sog. „fiktiver Krippengruppen“ gem. §12 Abs. 3 Satz 2 KiTaG. Demnach werden Träger von Kindergärten nach § 1 Abs. 2 mit einem altersgemischten Angebot, die Gruppen für Kinder unter drei Jahren mit mindestens 8 Plätzen oder Hortgruppen mit mindestens 15 Plätzen bilden könnten, zur Berechnung der Eigenleistung so gestellt, als hätten sie diese Gruppen gebildet. Für Krippengruppen ist der Personalkostenanteil des Landes 12,5 bzw. 15 Prozent höher als bei Kindergartengruppen. Auch der Umstand, dass viele Träger inzwischen von der Möglichkeit Gebrauch machen, ab dem ersten Krankheitstag eine Vertretungskraft einzustellen, ist ein nicht zu unterschätzender Kostenfaktor. Dieser ist auf Grund des Abrechnungszeitpunktes erst mit der endgültigen Festsetzung erkennbar. Zum aktuellen Zeitpunkt liegen erst 50 Prozent der Abrechnungsunterlagen der Träger für das KiTa-Jahr 2015 vor. Hiervon konnten erst die Hälfte endgültig geprüft und beschieden werden. Auch durch den Zuzug von Asylbewerbern haben viele Träger von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, Ausbauplätze mit entsprechendem Zusatzpersonal einzurichten.

Im Übrigen wurde ein weiterer Teilbetrag der bereits bei Produkt „Inobhutnahme und Eingliederungshilfe für seelisch behinderten Menschen (3.6.3.5)“ genannten Zuweisung vom Land in Höhe von 845.121,00 EUR für Maßnahmen und Investitionen zur Verbesserung der Kindertagesbetreuung im Produkt „Tageseinrichtungen für Kinder“ veranschlagt; davon werden 500.000 EUR an Gemeinden und Gemeindeverbände und 345.121,00 EUR an sonstige Träger weitergeleitet.

Tageseinrichtungen für Kinder
- Entwicklung der Personalkostenanteile und der Anzahl der Plätze -



Teilhaushalt 08 – Soziale Hilfen

Der Teilhaushalt 08 erfährt eine saldierte Verschlechterung im Ergebnishaushalt von rd. 5,4 Mio. EUR.

Die Veränderungen stellen sich hauptsächlich wie folgt dar:

Produkte	Ansatz 2016	Erträge EUR	Aufwendungen EUR	Saldo EUR
3.1.1.1. Hilfe zum Lebensunterhalt	alt	797.302	2.311.502	-1.514.200
	neu	797.302	2.421.502	-1.624.200
			Verschlechterung	-110.000
3.1.1.5. Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	alt	41.105.311	66.099.356	-24.994.045
	neu	42.431.311	68.264.356	-25.833.045
			Verschlechterung	-839.000
3.1.1.6. Hilfe zur Pflege	alt	6.727.202	10.678.001	-3.950.799
	neu	6.827.202	11.078.001	-4.250.799
			Verschlechterung	-300.000
3.1.1.7. Sonst. Hilfen in anderen Lebenslagen	alt	844.007	2.079.006	-1.234.999
	neu	1.186.142	2.400.074	-1.213.932
			Verbesserung	21.067
3.1.3.0 Hilfen für Asylbewerber	alt	16.740.000	19.388.000	-2.648.000
	neu	14.890.000	21.138.000	-6.248.000
			Verschlechterung	-3.600.000
3.2.1.0 Kriegsopferfürsorge	alt	6.328.105	6.352.301	-24.196
	neu	5.513.104	6.092.301	-579.197
			Verschlechterung	-555.001

3.1.1.1 Hilfe zum Lebensunterhalt

Die Aufwendungen der Hilfe zum Lebensunterhalt erhöhen sich um 110.000 EUR. Dieser Mehraufwand ergibt sich aus der Abrechnung der Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen mit den Delegationsnehmern.

3.1.1.5 Eingliederungshilfe für behinderte Menschen

In der Eingliederungshilfe verschlechtert sich der Saldo um 839.000 EUR. Durch höhere Erstattungsbeträge des Landes und Nachzahlungen im Bereich der Ausbildungsförderung konnten zwar Mehrerträge i. H. v. 1.326.000 EUR generiert werden, dem gegenüber stehen jedoch auch Mehraufwendungen i. H. v. 2.165.000 EUR. Die höheren Aufwendungen sind hauptsächlich auf gestiegene Vergütungssätze und eine Fallzahlensteigerung in mehreren Bereichen der Eingliederungshilfe zurückzuführen.

3.1.1.6 Hilfe zur Pflege

Im Produkt „Hilfe zur Pflege“ kommt es zu einer Saldenverschlechterung von 300.000 EUR. Ursächlich hierfür sind höhere Pflegekosten sowie einen Anstieg der Fallzahlen von Januar bis Juni um 3,6 %.

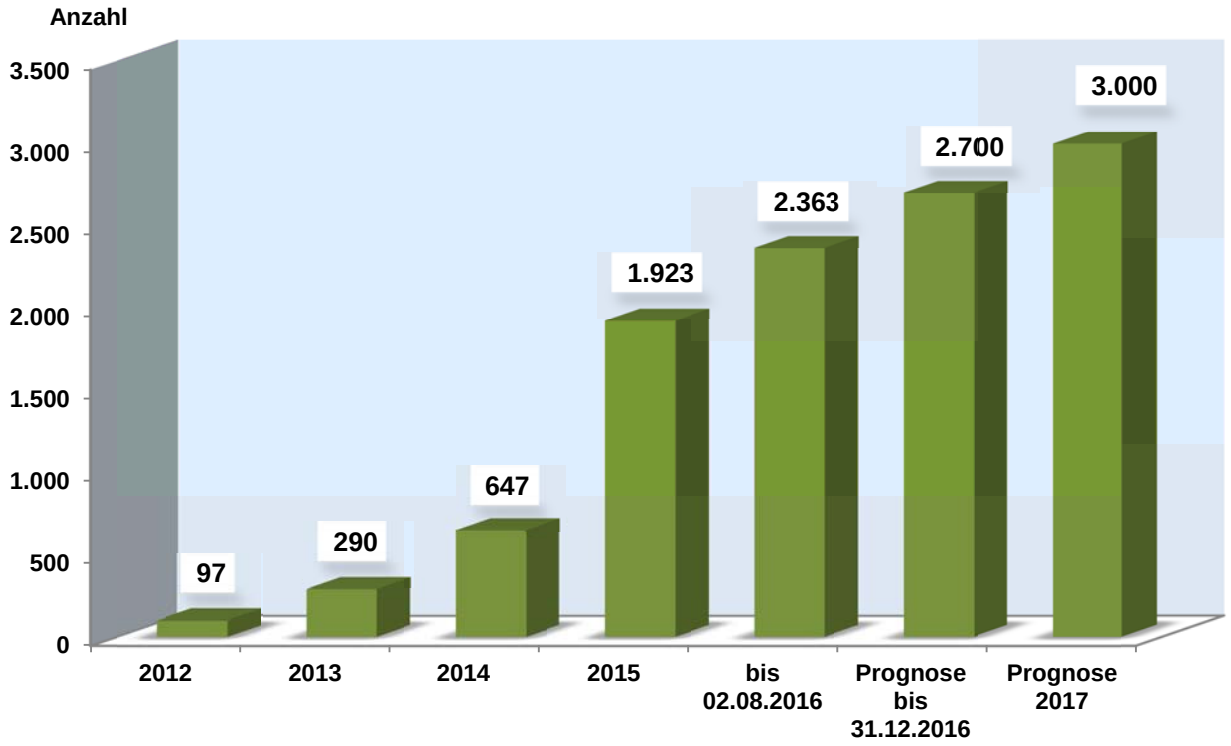
3.1.1.7 Sonstige Hilfen in anderen Lebenslagen

Bei den Leistungen zur Gesundheit lässt sich vorab schwer beurteilen, wie viele nichtkrankenversicherten Personen Krankenhilfeleistungen in Anspruch nehmen und um welchen Schweregrad es sich bei den einzelnen Krankheiten handelt. Für das laufende Haushaltsjahr ist mit einer Saldenverbesserung von 21.067 EUR zu rechnen. Diese ist hauptsächlich mit höheren Erstattungsbeträgen des Landes zu begründen, das sich zu 50 % an den Aufwendungen für Krebsfälle und stationäre Leistungen beteiligt (342.135 EUR). Neben den Erträgen erhöhen sich ebenfalls die Aufwendungen dieses Produkts (321.068 EUR). Zum einen fällt der Kreisanteil an den Aufwendungen des überörtlichen Trägers mit 171.068 EUR höher aus als erwartet und zum anderen steigen die Kosten für die stationäre Krankenhilfe um 150.000 EUR.

3.1.3.0 Hilfen für Asylbewerber

Der Saldo des Produkts „Hilfen für Asylbewerber“ verschlechtert sich um 3,6 Mio. EUR und setzt sich aus Mindererträgen i. H. v. 1,85 Mio. EUR und Mehraufwendungen i. H. v. 1,75 Mio. EUR zusammen. Die Mindererträge ergeben sich aus einer Abschlagszahlung des Landes für die Abrechnung des 1. Halbjahres 2016, die bereits Ende des letzten Haushaltsjahres eingegangen ist und dort nach Rücksprache mit dem Innenministerium und Statistischem Landesamt verbucht werden musste. Der höhere Aufwand ist mit mehreren kostenintensiven Krankenhilfefällen sowie einer sich stetig erhöhenden Zahl von Asylbewerbern, die Analogleistungen beziehen zu begründen. Als Analogleistungen bezeichnet man den höheren Leistungsanspruch, den Asylbewerber nach dem 15. Aufenthaltsmonat haben. Ihnen werden Leistungen im Umfang des SGB II / XII gewährt, sofern sie ihre Aufenthaltsdauer nicht rechtsmissbräuchlich selbst beeinflusst haben. Diese Leistungen sind rd. 11 % teurer als die regulären Grundleistungen.

Übersicht Asylbegehrende im Jahr 2016 (bis 02.08.2016)



	Kinder (bis 18 Jahre)	Erwachsene	Gesamt
männlich	446	1088	1534
weiblich	338	491	829
Gesamt	***784***	***1579***	***2363***

3.2.1.0 Kriegsopferfürsorge

Der Landkreis ist als örtlicher Träger für die Bearbeitung der Kriegsopferfürsorge zuständig. Die anfallenden Kosten werden jedoch vollständig vom Land erstattet. Leistungsberechtigt sind Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene. Aufgrund stetig und stark sinkender Fallzahlen in diesem Bereich fielen die Endabrechnung für 2015 sowie die Abschlagszahlungen für 2016 geringer aus als erwartet. Es ist daher im Haushaltsjahr 2016 mit Mindererträgen von 815.001 EUR zu rechnen. Dementsprechend sinken auch die Aufwendungen um 260.000 EUR. Ursächlich hierfür ist der Bereich Hilfe zur Pflege in Einrichtungen innerhalb der Kriegsopferfürsorge, dessen Fallzahlen sich innerhalb eines Jahres von 138 auf 111 verringerten.

Teilhaushalt 11 – Sicherheit und Ordnung

1.2.2.2 Zentrale Bußgeldstelle

Im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit zwischen der Stadt Mainz und dem Landkreis Mainz-Bingen wurde seitens der Stadt Mainz eine gebietsübergreifende Bußgeldstelle zur Verfolgung und Ahndung aller anfallenden Ordnungswidrigkeiten im fließenden Verkehr eingerichtet. Die anfallenden Sachkosten in Höhe von rd. 100 TEUR sind der Stadt Mainz zu erstatten und werden im Nachtrag veranschlagt.

1.2.2.5.6 Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende (AfA)

Am 01.07.2015 wurde die Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende in Ingelheim in Betrieb genommen.
Bei der Personal- und Sachkostenabrechnung für unbegleitete minderjährige Asylbewerber ist aktuell mit verzögerten Zahlungseingängen aufgrund von Bearbeitungsrückständen zu rechnen. Daher wurde der Ertragsansatz um 550 TEUR reduziert.

1.2.8.0 Zivil- und Katastrophenschutz

Für die Einrichtung eines „Hilfsfonds“, der sich an den kommunalen Kosten zur Beseitigung von Schäden nach Katastrophenfällen beteiligt, werden Mittel in Höhe von 150.000 EUR veranschlagt. Die Bereitstellung von Mitteln aus dem Hilfsfond soll von den kommunalen Gebietskörperschaften im Landkreis beantragt und zur Wiederherstellung kommunalen Eigentums nach dem Eintreten eines Katastrophenfalls eingesetzt werden können.

Teilhaushalt 13 – Kommunales Jobcenter

Haushaltsvolumen	Plan 2016 EUR	Nachtrag 2016 EUR	Saldo EUR
Erträge	58.960.292	60.724.880	1.764.588
Aufwand	72.375.043	74.164.174	1.789.131
Kommunaler Finanzierungsanteil (Landkreis)	**-13.414.751**	**-13.439.294**	**-24.543**

Der TH 13 weist in vorliegender Fassung einen über 24.543 EUR erhöhten Zuschussbedarf aus.

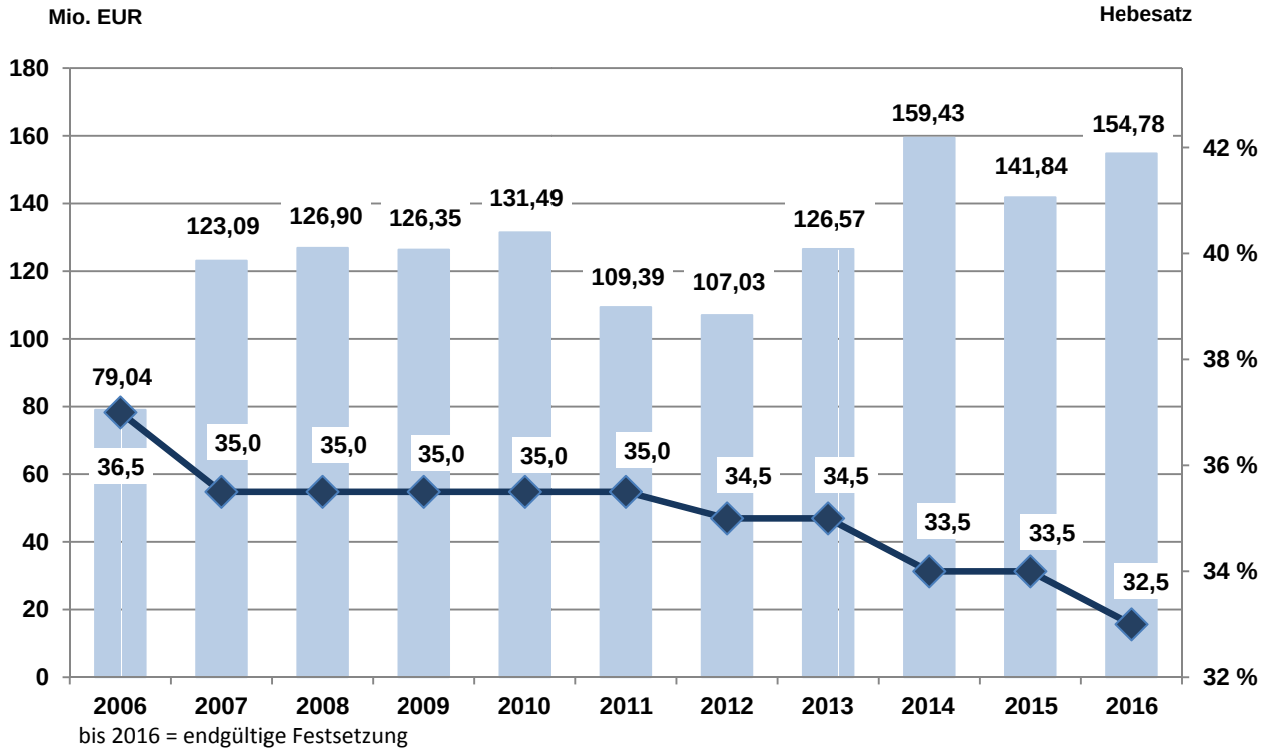
Im Nachtragshaushaltsplan 2016 wurden u.a. Planungsstellen der Personalaufwendungen beim Jobcenter angepasst. Im Büro für Flüchtlingsangelegenheiten sind Aufgabenzuwächse zu verzeichnen. Der Bund erkennt dies über ein erhöhtes Verwaltungskostenbudget an den Landkreis Mainz-Bingen an.

Der Bund stellt ebenso vermehrt Gelder zu Gunsten von Eingliederungsleistungen für „flüchtlingsinduzierte Mehrbedarfe“ zur Verfügung, die aufwandsseitig berücksichtigt werden.

Zusätzlich werden Geldeingänge auf Altforderungen der Bundesanstalt für Arbeit etatisiert.

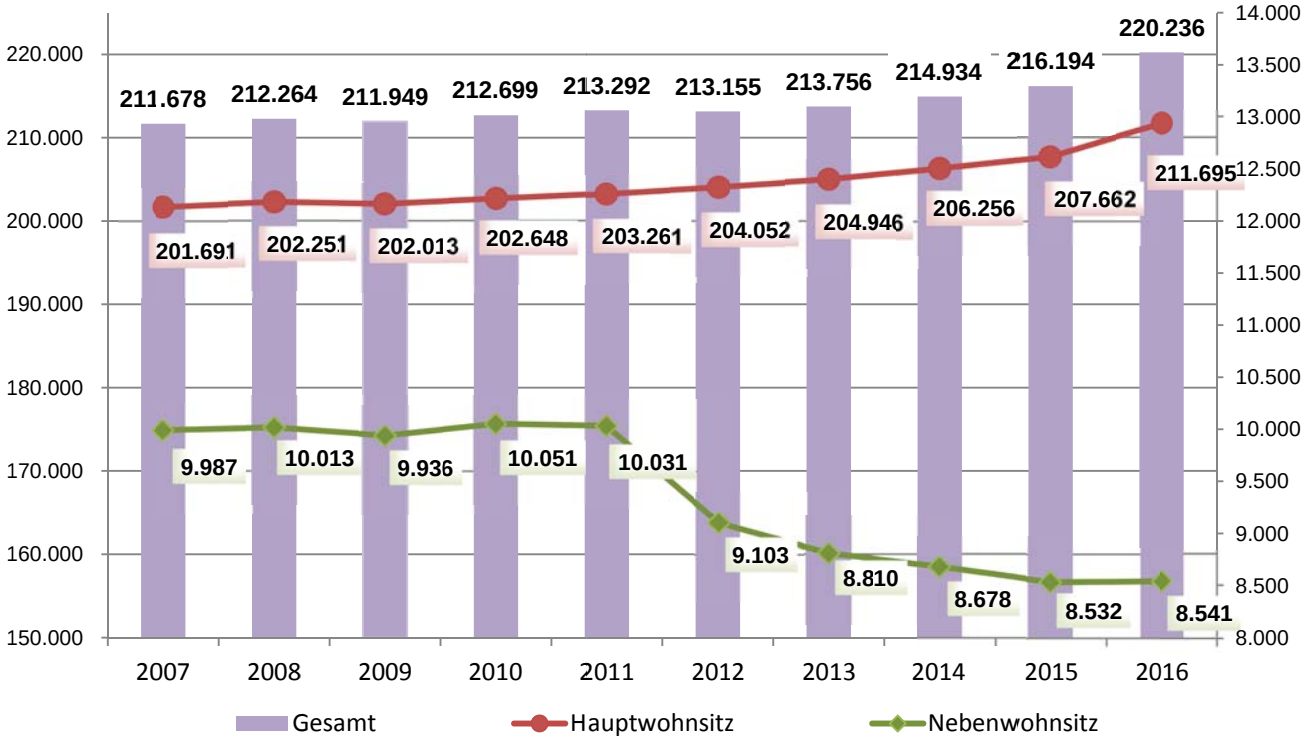
WEITERE DIAGRAMME

Entwicklung des Kreisumlageaufkommens
2006 bis 2016

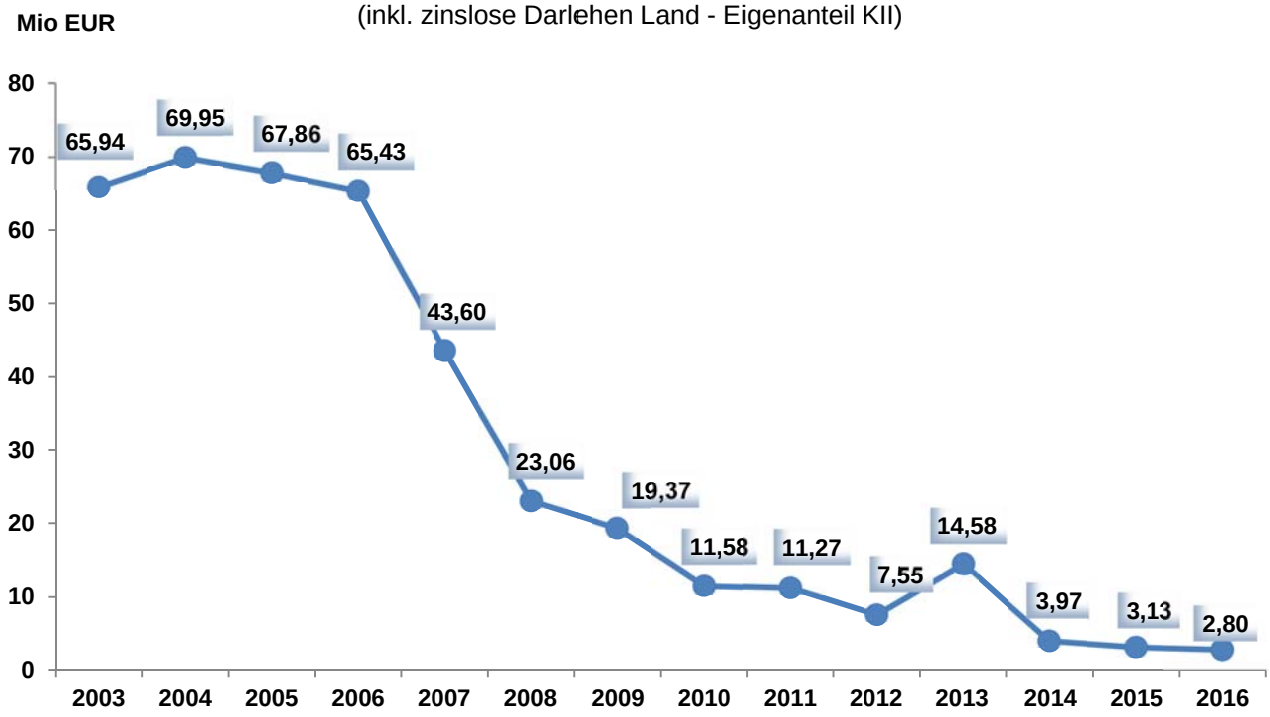


bis 2016 = endgültige Festsetzung

Entwicklung der Einwohnerzahlen Haupt- und Nebenwohnsitz im Landkreis Mainz-Bingen
(zum 30.06.)



Schuldenstand der Jahre 2003 bis 2016
(inkl. zinslose Darlehen Land - Eigenanteil KII)



Haushaltsvermerke

Zweckbindung

1.) Mehrerträge bei folgenden Produkten und Leistungen bzw. Planungsstellen erhöhen gemäß § 15 Abs. 1 Satz 2 und 3 i.V.m. Abs. 4 GemHVO die entsprechenden Aufwendungsansätze:

Lfd. Nr.	Produkt	Planungsstellen
1.	1.1.1.1.	1.1.1.1.4.46290000 / 1.1.1.1.4.56360000
2.	1.1.1.6.	1.1.1.6.1.44190000 / 1.1.1.6.1.52910000, 1.1.1.6.1.56990000
3.	1.2.2.1.	1.2.2.1.1.43120000, 1.2.2.1.1.43122000, 1.2.2.1.1.44242000 / 1.2.2.1.1.50190000, 1.2.2.1.1.50192000, 1.2.2.1.1.56392000
4.	2.4.2.0.	2.4.2.0.2.41442000, 2.4.2.0.2.41442700, 2.4.2.0.2.43210000, 2.4.2.0.2.44242100 / 2.4.2.0.2.52451000, 2.4.2.0.2.52452000, 2.4.2.0.2.56310000
5.	2.8.1.0.	2.8.1.0.2.44190000 / 2.8.1.0.2.52910000, 2.8.1.0.3.46292000 / 2.8.1.0.3.56321000
6.	5.2.1.1.	5.2.1.1.2.43131000 / 5.2.1.1.2.52542000
7.	5.2.1.2.	5.2.1.2.1.44290000 / 5.2.1.2.1.56290000
8.	5.4.7.0.	5.4.7.0.1.41442200 / 5.4.7.0.2.54143000
9.	5.5.2.0.	5.5.2.0.1.43125000 / 5.5.2.0.1.52542000
10.	5.5.4.5.	5.5.4.5.1.43125000 / 5.5.4.5.1.52542000
11.	5.6.1.0.	5.6.1.0.1.44251000 / 5.6.1.0.1.52590000
12.	5.6.1.2.	5.6.1.2.1.44190000 und 5.6.1.2.1.46290000/5.6.1.2.1.54190000, 5.6.1.2.1.56990000
13.	3.1.2.2.1	alle, sowie zusätzlich 3.1.2.2.2.55126000
14.	3.1.2.2.2	3.1.2.2.2.42611000, 3.1.2.2.2.42620000, 3.1.2.2.2.42641000, 3.1.2.2.2.42643000, 3.1.2.2.2.42911000 / 3.1.2.2.2.5511100 (Abrechnungsfähigkeit mit dem Bund)
15.	3.1.2.2.2	3.1.2.2.2.42642000, 3.1.2.2.2.42912000 / 3.1.2.2.2.55112000, 3.1.2.2.2.55121000, 3.1.2.2.2.55122000, 3.1.2.2.2.55124000, 3.1.2.2.2.55125000 (Abrechnungsfähigkeit mit den Kommunen)

2.) Mehrerträge innerhalb der Schulbudgets bei den Ertragskonten mit der Kontierung 44190000 erhöhen die Aufwendungsansätze bei den jeweiligen Schulbudgets (§ 15 Abs. 2 Satz 1 GemHVO).

3.) Mehrerträge im Bereich der „Bildung und Teilhabe“ (Leistung 3.1.1.9.1, 3.1.2.2.3 und 3.5.2.0.1) erhöhen die Aufwendungsansätze bei den jeweiligen Leistungen.

Deckungsfähigkeit

1.) Gemäß § 16 Abs. 1 GemHVO sind die Aufwendungen der einzelnen Produkte, soweit sie nicht produkt- und teilhaushaltübergreifend in einem eigenen Deckungskreis zusammengefasst sind, gegenseitig deckungsfähig.

2.) Die Ansätze folgender Bereiche bilden jeweils einen Deckungskreis und werden daher gemäß § 16 Abs. 2 GemHVO für gegenseitig deckungsfähig erklärt:

- Personalaufwendungen — Deckungskreis 70000
- Bauunterhaltung — Deckungskreis 70100
- Leistungen an die Energiedienstleistungs-gesellschaft Rheinhessen-Nahe m.b.H. (EDG) — Deckungskreis 70200
- Leistungen nach dem SGB XII und angegliederte Leistungen — Deckungskreis 70300
- Leistungen der Jugendhilfe nach dem SGB VIII — Deckungskreis 70400
- Verpflegungskosten (Mittagsverpflegung) Schulverwaltung — Deckungskreis 70700
- Jobcenter Verwaltung Sonstiges und Eingliederung in Arbeit — Deckungskreis 80000
- Jobcenter Bildung und Teilhabe — Deckungskreis 80100
- Jobcenter Sachkosten — Deckungskreis 80200

3.) Die folgenden Ansätze für Auszahlungen aus Investitionstätigkeit werden gemäß § 16 Abs. 3 GemHVO für gegenseitig deckungsfähig erklärt:

- Schulhochbaumaßnahmen — Deckungskreis 70500
- Kreisstraßenbaumaßnahmen — Deckungskreis 54209
- Jobcenter — Deckungskreis 80209

4.) Die Ansätze für Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und Verpflichtungsermächtigungen werden innerhalb der jeweiligen Teilfinanzhaushalte gemäß § 16 Absatz 3 GemHVO für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

Innerhalb der Produkte werden die ordentlichen Auszahlungen für geringwertige Geräte und sonstige Gebrauchsgegenstände bis einschließlich 410 EUR netto mit den Konten für Anschaffungen von beweglichen Sachen des Anlagevermögens oberhalb der Wertgrenze i.H.v. 410 EUR netto gemäß § 16 Abs. 3 GemHVO jeweils für deckungsfähig erklärt.

Die ordentlichen Auszahlungen der Planungsstelle 5.7.1.0.7.72910000 sind zugunsten der investiven Auszahlungen bei der Planungsstelle 5.7.1.0.7/7705.78622000 einseitig deckungsfähig.

Die ordentlichen Auszahlungen der Planungsstelle 1.1.4.4.3.76243000 sind zugunsten der investiven Auszahlungen bei der Planungsstelle 1.1.4.4.3/7007.78410000 einseitig deckungsfähig.

Übersichten

Teilhaushalte

Produkte

Organigramm

Teilhaushalte mit Produkten

Teil-haushalt	Bezeichnung	Produkt	Bezeichnung	Produkt-verantwortliche /-r
01	**Verwaltungsführung**	1.1.1.0	Verwaltungssteuerung	Frau Breivogel
02	**Zentrale Aufgaben**	1.1.1.1	Büro Landrat	Frau Breivogel
		1.1.1.4	Gremien	Frau Breivogel
		1.1.1.6	Gleichstellung	Frau Breivogel
		1.1.1.7	Personalvertretung	Frau Mitscherling
		1.1.2.0	Personal	Frau Mitscherling
		1.1.2.1	Allg. Verwaltung Personal	Frau Mitscherling
		1.1.4.5	Sonstige zentrale Dienste	Frau Mitscherling
		1.1.8.1	Prüfung	Frau Mitscherling
		1.1.9.0	Recht	Frau Breivogel
		1.2.1.1	Durchführung von Auftragsstatistiken und eigenen Statistiken	Frau Mitscherling
		2.8.1.0	Kulturförderung	Frau Breivogel
		3.6.5.2	Kindertagesstätte	Frau Mitscherling
		5.7.1.0	Wirtschaftsförderung	Frau Breivogel
		5.7.5.0	Tourismusförderung	Frau Breivogel
03	**Finanzen, Kasse und Datenverarbeitung**	1.1.4.4	Technikunterstützte Informationsverarbeitung (Tul)	Herr Blechschmidt
		1.1.6.1	Finanzen	Herr Blechschmidt
		1.1.6.2	Zahlungsabwicklung	Herr Blechschmidt
04	**Zentrale Finanzdienstleistungen**	6.1.1.0	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen	Herr Blechschmidt
		6.1.2.0	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	Herr Blechschmidt
		6.1.2.3	Schuldendiensthilfen	Herr Blechschmidt
05	**Bauen und Umwelt**	5.1.1.1	Raumordnung/ Landesplanung	Herr Patschicke
		5.1.1.2	Kreisentwicklung	Herr Patschicke
		5.1.1.3	Dorferneuerung / Städtebauförderung	Herr Patschicke
		5.2.1.0	Allg. Verwaltung Bauen / Denkmalschutz und Denkmalpflege	Herr Patschicke
		5.2.1.1	Baurechtliche Verfahren	Herr Patschicke
		5.2.1.2	Bauaufsicht / Bauverwaltung	Herr Patschicke
		5.4.2.0	Kreisstraßen	Herr Patschicke
		5.5.2.0	Gewässeraufsicht	Herr Patschicke
		5.5.4.0	Allg. Verwaltung Umwelt	Herr Patschicke
		5.5.4.1	Landschafts- und Artenschutz	Herr Patschicke
		5.5.4.5	Eingriffe in Natur und Landschaft	Herr Patschicke
		5.6.1.0	Immissionen	Herr Patschicke
		5.6.1.1	Deponie Prael	Herr Patschicke
		5.6.1.2	Umwelt- und Energieberatungszentrum	Herr Patschicke
06	**Schulen und Gebäude**	1.1.4.1	Zentrales Grundstücks- und Gebäudemanagement	Herr Haas
		1.1.4.3	Bauhof	Herr Haas
		1.1.4.6	Versicherungen	Herr Haas
		2.0.1.2	Allg. Schulverwaltung	Herr Haas
		2.1.5.1	Rochus-Realschule plus, Bingen	Herr Haas
		2.1.5.2	Kaiserpfalz-Realschule plus, Ingelheim	Herr Haas
		2.1.5.3	Carl-Zuckmayer-Realschule plus, Nierstein	Herr Haas
		2.1.5.4	Christian-Erbach-Realschule plus, Gau-Algesheim	Herr Haas
		2.1.5.5	Janunsz-Korczak-Realschule plus, Nackenheim	Herr Haas
		2.1.5.6	Wilhelm-Holzamer-Realschule plus, Nieder-Olm	Herr Haas

Teilhaushalte mit Produkten

Teil-haushalt	Bezeichnung	Produkt	Bezeichnung	Produkt-verantwortliche /-r
06	**Schulen und Gebäude**	2.1.5.7	Realschule plus Oppenheim	Herr Haas
		2.1.5.8	Realschule plus Sprendlingen	Herr Haas
		2.1.7.1	Stefan-George-Gymnasium, Bingen	Herr Haas
		2.1.7.2	Sebastian-Münster-Gymnasium, Ingelheim	Herr Haas
		2.1.7.3	Gymnasium Nieder-Olm	Herr Haas
		2.1.7.4	Gymnasium zu St. Katharinen, Oppenheim	Herr Haas
		2.1.7.5	Gymnasium Nackenheim	Herr Haas
		2.1.8.1	IGS Kurt Schumacher, Ingelheim	Herr Haas
		2.1.8.2	IGS Nieder-Olm	Herr Haas
		2.1.8.3	IGS Gerhard-Ertl, Sprendlingen	Herr Haas
		2.1.8.4	IGS Oppenheim	Herr Haas
		2.2.1.1	Rhein-Nahe-Schule (Förderschwerpunkt Lernen), Bingen	Herr Haas
		2.2.1.2	Albert-Schweitzer-Schule (Förderschwerpunkt Lernen), Ingelheim	Herr Haas
		2.2.1.3	Selztalschule (Förderschwerpunkt Lernen), Nieder-Olm	Herr Haas
		2.2.1.4	Landskronschule (Förderschwerpunkt Lernen), Oppenheim	Herr Haas
		2.2.1.5	Elisabethenschule (Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung), Sprendlingen	Herr Haas
		2.2.1.7	Zweckverband Förderschule Nieder-Olm	Herr Haas
		2.3.1.1	Berufsbildende Schule Bingen	Herr Haas
		2.3.1.2	Berufsbildende Schule Ingelheim	Herr Haas
		2.4.1.0	Beförderung zu Kindertagesstätten und Schulen	Herr Haas
		2.4.2.0	Lernmittelfreiheit	Herr Haas
		2.4.3.0	Schulartübergreifende Dienstleistungen	Herr Haas
		2.4.4.0	Förderung Schulbaumaßnahmen anderer Träger	Herr Haas
		2.5.2.3	Kreismedienzentrum	Herr Haas
		2.7.1.0	Kreisvolkshochschule	Herr Haas
		2.7.1.1	Andere Weiterbildungseinrichtungen im Landkreis	Herr Haas
		5.4.7.0	Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV/SPNV)	Herr Haas
07	**Jugend, Familie und Sport**	3.4.1.0	Unterhaltsvorschussleistungen	Frau Schott
		3.6.1.0	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	Frau Schott
		3.6.1.4	Allg. Verwaltung Jugendamt	Frau Schott
		3.6.2.0	Jugendarbeit	Frau Schott
		3.6.3.0	Allg. Verwaltung Soziale Dienste	Frau Schott
		3.6.3.1	Schul- und Jugendsozialarbeit	Frau Schott
		3.6.3.2	Förderung der Erziehung in der Familie	Frau Schott
		3.6.3.3	Hilfe zur Erziehung	Frau Schott
		3.6.3.5	Inobhutnahme und Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Menschen	Frau Schott
		3.6.3.6	Adoptionsvermittlung	Frau Schott
		3.6.3.7	Amtsvormundschaft	Frau Schott
		3.6.5.0	Tageseinrichtungen für Kinder	Frau Schott
		4.2.1.0	Förderung des Sports	Frau Schott
08	**Soziale Hilfen**	3.1.1.0	Allg. Verwaltung Soziales	Frau Weber
		3.1.1.1	Hilfe zum Lebensunterhalt	Frau Weber
		3.1.1.2	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	Frau Weber
		3.1.1.3	Allg. Verwaltung Sozialplanung/Eingliederungshilfe	Herr Braden
		3.1.1.5	Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	Herr Braden
		3.1.1.6	Hilfe zur Pflege	Frau Weber
		3.1.1.7	Sonstige Hilfen in anderen Lebenslagen	Frau Weber
		3.1.2.3	Abrechnung der Leistungen nach SGB	Frau Weber
		3.1.3.0	Hilfen für Asylbewerber	Frau Weber

Teilhaushalte mit Produkten

Teil-haushalt	Bezeichnung	Produkt	Bezeichnung	Produkt-verantwortliche /-r
08	**Soziale Hilfen**	3.2.1.0	Kriegsopferfürsorge	Frau Weber
		3.3.1.0	Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege	Frau Weber
		3.5.1.2	Landespflege- und Landesblindengeld	Frau Weber
		3.5.1.4	Soziale Sonderleistungen	Frau Weber
09	**Veterinärwesen und Landwirtschaft**	1.2.4.0	Allg. Verwaltung Lebensmittelüberwachung, Veterinärwesen, Tierschutz	Herr Dr. Wacker
		1.2.4.1	Lebensmittelüberwachung	Herr Dr. Wacker
		1.2.4.3	Fleischhygiene	Herr Dr. Wacker
		1.2.4.4	Tierschutz und Tierseuchen	Herr Dr. Wacker
		5.5.5.0	Allg. Verwaltung Landwirtschaft, Weinbau	Herr Dr. Wacker
10	**Gesundheitsdienst**	3.4.3.0	Betreuungswesen	Herr Dr. Hoffmann
		4.1.4.0	Allg. Verwaltung Amtsärztlicher Dienst	Herr Dr. Hoffmann
		4.1.4.1	Gesundheitsplanung und -förderung	Herr Dr. Hoffmann
		4.1.4.2	Kinder- und Jugendärztlicher Gesundheitsdienst	Herr Dr. Hoffmann
		4.1.4.3	Gesundheitsschutz, Infektionsschutz	Herr Dr. Hoffmann
		4.1.4.4	Stellungnahmen	Herr Dr. Hoffmann
		4.1.4.5	Beratung und Betreuung	Herr Dr. Hoffmann
		4.1.4.6	Substitutionsambulanz	Herr Dr. Hoffmann
		4.1.4.7	Heilpraktiker- / Psychotherapeutenwesen	Herr Dr. Hoffmann
		4.1.4.8	Allg. Verwaltung Sozialpsychiatrischer Dienst/Betreuungsbehörde	Herr Dr. Hoffmann
11	**Sicherheit, Ordnung und Verkehr**	1.2.2.0	Allg. Verwaltung Katastrophenschutz/Ordnungsverwaltung/Brandschutz	Herr Wolf
		1.2.2.1	Sicherheit und Ordnung	Herr Wolf
		1.2.2.2	Zentrale Bußgeldstelle	Herr Nagel
		1.2.2.3	Personenstandswesen / Staatsangehörigkeit	Herr Wolf
		1.2.2.5	Regelung des Aufenthalts von Ausländern	Herr Wolf
		1.2.3.0	Allg. Verwaltung Straßenverkehr	Herr Nagel
		1.2.3.1	Verkehrslenkung und -regelung, verkehrsrechtliche Genehmigungen	Herr Nagel
		1.2.3.3	Fahrerlaubnisse	Herr Nagel
		1.2.3.4	Zulassung und Abmeldung von Fahrzeugen	Herr Nagel
		1.2.3.5	Verkehrsüberwachung	Herr Nagel
		1.2.6.0	Brandschutz	Herr Wolf
		1.2.7.0	Rettungsdienst	Herr Wolf
		1.2.8.0	Zivil- und Katastrophenschutz	Herr Wolf
		5.3.7.4	Abfallrecht	Herr Wolf
12	**Kommunalaufsicht**	1.1.8.2	Kommunalaufsicht	Herr Wolf
		1.2.1.0	Wahlen und sonstige Abstimmungen	Herr Wolf
13	**Kommunales Jobcenter**	3.1.1.9	Bildung und Teilhabe nach SGB XII	Herr Rocker
		3.1.2.0	Allgemeine Verwaltung Jobcenter	Herr Rocker
		3.1.2.1	Leistungen zur Eingliederung in Arbeit	Herr Rocker
		3.1.2.2	Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes	Herr Rocker
		3.5.2.0	Bildung und Teilhabe nach BKGG	Herr Rocker

Übersicht über die Produkte/Teilhaushalte

Hauptproduktbereich
Produktbereich

Produktgruppe	Produkt		Teilhaushalt
1 Zentrale Verwaltung			
1.1 Innere Verwaltung			
1.1.1	***Verwaltungssteuerung***		
	1.1.1.0	Verwaltungssteuerung	01
	1.1.1.1	Büro Landrat	02
	1.1.1.4	Gremien	02
	1.1.1.6	Gleichstellung	02
	1.1.1.7	Personalvertretung	02
1.1.2	***Personal***		
	1.1.2.0	Personal	02
	1.1.2.1	Allg. Verwaltung Personal	02
1.1.4	***Zentrale Dienste***		
	1.1.4.1	Zentrales Grundstücks- und Gebäudemanagement	06
	1.1.4.3	Bauhof	06
	1.1.4.4	Technikunterstützte Informationsverarbeitung (TuI)	03
	1.1.4.5	Sonstige zentrale Dienste	02
	1.1.4.6	Versicherungen	06
1.1.6	***Finanzen***		
	1.1.6.1	Finanzen	03
	1.1.6.2	Zahlungsabwicklung	03
1.1.8	***Prüfung und Kommunalaufsicht***		
	1.1.8.1	Prüfung	02
	1.1.8.2	Kommunalaufsicht	12
1.1.9	***Recht***		
	1.1.9.0	Recht	02
1.2 Sicherheit und Ordnung			
1.2.1	***Statistik und Wahlen***		
	1.2.1.0	Wahlen und sonstige Abstimmungen	12
	1.2.1.1	Durchführung von Auftragsstatistiken und eigenen Statistiken	02
1.2.2	***Ordnungsangelegenheiten***		
	1.2.2.0	Allg. Verwaltung Katastrophenschutz/Ordnungsverwaltung/Brandschutz	11
	1.2.2.1	Sicherheit und Ordnung	11
	1.2.2.2	Zentrale Bußgeldstelle	11
	1.2.2.3	Personenstandswesen / Staatsangehörigkeit	11
	1.2.2.5	Regelung des Aufenthalts von Ausländern	11

Übersicht über die Produkte/Teilhaushalte

Hauptproduktbereich

Produktbereich

Produktgruppe	Produkt		Teilhaushalt
1.2.3	***Verkehrsangelegenheiten***		
	1.2.3.0	Allg. Verwaltung Straßenverkehr, Kfz-Zulassung	11
	1.2.3.1	Verkehrslenkung und -regelung, verkehrsrechtliche Genehmigungen	11
	1.2.3.3	Fahrerlaubnisse	11
	1.2.3.4	Zulassung und Abmeldung von Fahrzeugen	11
	1.2.3.5	Verkehrsüberwachung	11
1.2.4	***Veterinärwesen, Lebensmittelüberwachung***		
	1.2.4.0	Allg. Verwaltung Lebensmittelüberwachung, Veterinärwesen, Tierschutz	09
	1.2.4.1	Lebensmittelüberwachung	09
	1.2.4.3	Fleischhygiene	09
	1.2.4.4	Tierschutz und Tierseuchen	09
1.2.6	***Brandschutz***		
	1.2.6.0	Brandschutz	11
1.2.7	***Rettungsdienst***		
	1.2.7.0	Rettungsdienst	11
1.2.8	***Zivil- und Katastrophenschutz***		
	1.2.8.0	Zivil- und Katastrophenschutz	11
2	**Schule und Kultur**		
2.0	**Allgemeine Schulverwaltung**		
2.0.1	***Allgemeine Schulverwaltung***		
	2.0.1.2	Allg. Schulverwaltung	06
2.1	**Schulträgeraufgaben - allgemeinbildende Schulen**		
2.1.5	***Realschulen / Realschulen plus***		
	2.1.5.1	Rochus-Realschule plus, Bingen	06
	2.1.5.2	Kaiserpfalz-Realschule plus, Ingelheim	06
	2.1.5.3	Carl-Zuckmayer-Realschule plus, Nierstein	06
	2.1.5.4	Christian-Erbach-Realschule plus, Gau-Algesheim	06
	2.1.5.5	Janusz-Korczak-Realschule plus, Nackenheim	06
	2.1.5.6	Wilhelm-Holzamer-Realschule plus, Nieder-Olm	06
	2.1.5.7	Realschule plus Oppenheim	06
	2.1.5.8	Realschule plus Sprendlingen	06
2.1.7	***Gymnasien, Abendgymnasien, Kollegs***		
	2.1.7.1	Stefan-George-Gymnasium, Bingen	06
	2.1.7.2	Sebastian-Münster-Gymnasium, Ingelheim	06
	2.1.7.3	Gymnasium Nieder-Olm	06
	2.1.7.4	Gymnasium zu St. Katharinen, Oppenheim	06
	2.1.7.5	Gymnasium Nackenheim	06

Übersicht über die Produkte/Teilhaushalte

Hauptproduktbereich

Produktbereich

Produktgruppe	Produkt		Teilhaushalt
2.1.8	***Integrierte Gesamtschulen***		
	2.1.8.1	IGS Kurt Schumacher, Ingelheim	06
	2.1.8.2	IGS Nieder-Olm	06
	2.1.8.3	IGS Gerhard-Ertl, Sprendlingen	06
	2.1.8.4	IGS Oppenheim	06
2.2	**Schulträgeraufgaben - Förderschulen**		
2.2.1	***Förderschulen***		
	2.2.1.1	Rhein-Nahe-Schule (Förderschwerpunkt Lernen), Bingen	06
	2.2.1.2	Albert-Schweitzer-Schule (Förderschwerpunkt Lernen), Ingelheim	06
	2.2.1.3	Selztalschule (Förderschwerpunkt Lernen), Nieder-Olm	06
	2.2.1.4	Landskronschule (Förderschwerpunkt Lernen), Oppenheim	06
	2.2.1.5	Elisabethenschule (Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung), Sprendlingen	06
	2.2.1.7	Zweckverband Förderschule Nieder-Olm	06
2.3	**Schulträgeraufgaben - berufliche Schulen**		
2.3.1	***Berufsbildende Schulen***		
	2.3.1.1	Berufsbildende Schule Bingen	06
	2.3.1.2	Berufsbildende Schule Ingelheim	06
2.4	**Schulträgeraufgaben - Schülerbeförderung, Sonstiges**		
2.4.1	***Schülerbeförderung***		
	2.4.1.0	Beförderung zu Kindertagesstätten und Schulen	06
2.4.2	***Fördermaßnahmen für Schüler, ohne Schülerwohnheime als Einrichtungen der Jugendhilfe***		
	2.4.2.0	Lernmittelfreiheit	06
2.4.3	***Sonstige schulische Aufgaben***		
	2.4.3.0	Schulartübergreifende Dienstleistungen	06
2.4.4	***Förderung Schulbaumaßnahmen anderer Träger***		
	2.4.4.0	Förderung Schulbaumaßnahmen anderer Träger	06
2.5	**Wissenschaft.Museen, Zoologische Gärten, Botanische Gärten**		
2.5.2	***Nichtwissenschaftliche Museen, Sammlungen***		
	2.5.2.3	Kreismedienzentrum	06
2.7	**Volkshochschulen, Büchereien, u.a.**		
2.7.1	***Volkshochschulen***		
	2.7.1.0	Kreisvolkshochschule	06
	2.7.1.1	Andere Weiterbildungseinrichtungen im Landkreis	06

Übersicht über die Produkte/Teilhaushalte

Hauptproduktbereich

Produktbereich

Produktgruppe	Produkt		Teilhaushalt
2.8	**Heimat- und sonstige Kulturpflege**		
2.8.1	***Heimat- und sonstige Kulturpflege***		
	2.8.1.0	Kulturförderung	02
3	**Soziales und Jugend**		
3.1	**Soziale Hilfen**		
3.1.1	***Grundversorgung und Hilfen in anderen Lebenslagen***		
	3.1.1.0	Allg. Verwaltung Soziales	08
	3.1.1.1	Hilfe zum Lebensunterhalt	08
	3.1.1.2	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	08
	3.1.1.3	Allg. Verwaltung Sozialplanung/Eingliederungshilfe	08
	3.1.1.5	Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	08
	3.1.1.6	Hilfe zur Pflege	08
	3.1.1.7	Sonstige Hilfen in anderen Lebenslagen	08
	3.1.1.9	Bildung und Teilhabe nach SGB XII	13
3.1.2	***Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)***		
	3.1.2.0	Allgemeine Verwaltung Jobcenter	13
	3.1.2.1	Leistungen zur Eingliederung in Arbeit	13
	3.1.2.2	Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes	13
	3.1.2.3	Abrechnung der Leistungen nach SGB	08
3.1.3	***Hilfen für Asylbewerber***		
	3.1.3.0	Hilfen für Asylbewerber	08
3.2	**Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz**		
3.2.1	***Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz***		
	3.2.1.0	Kriegsopferfürsorge	08
3.3	**Förderung der Wohlfahrtspflege**		
3.3.1	***Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege***		
	3.3.1.0	Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege	08
3.4	**Unterhaltsvorschussleistungen, Grundsicherung, Betreuung u.a.**		
3.4.1	***Unterhaltsvorschussleistungen***		
	3.4.1.0	Unterhaltsvorschussleistungen	07
3.4.3	***Betreuungsleistungen***		
	3.4.3.0	Betreuungswesen	10
3.5	**Sonstige soziale Hilfen und Leistungen**		
3.5.1	***Sonstige soziale Hilfen und Leistungen***		
	3.5.1.2	Landespflege- und Landesblindengeld	08

Übersicht über die Produkte/Teilhaushalte

Hauptproduktbereich

Produktbereich

Produktgruppe	Produkt		Teilhaushalt
	3.5.1.4	Soziale Sonderleistungen	08
3.5.2	***Bildung und Teilhabe***		
	3.5.2.0	Bildung und Teilhabe nach BKGG	13
3.6	**Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**		
3.6.1	***Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege***		
	3.6.1.0	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	07
	3.6.1.4	Allg. Verwaltung Jugendamt	07
3.6.2	***Jugendarbeit***		
	3.6.2.0	Jugendarbeit	07
3.6.3	***Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe***		
	3.6.3.0	Allg. Verwaltung Soziale Dienste	07
	3.6.3.1	Schul- und Jugendsozialarbeit	07
	3.6.3.2	Förderung der Erziehung in der Familie	07
	3.6.3.3	Hilfe zur Erziehung	07
	3.6.3.5	Inobhutnahme und Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Menschen	07
	3.6.3.6	Adoptionsvermittlung	07
	3.6.3.7	Amtsvormundschaft	07
3.6.5	***Tageseinrichtungen für Kinder***		
	3.6.5.0	Tageseinrichtungen für Kinder	07
	3.6.5.2	Kindertagesstätte	02
4	**Gesundheit und Sport**		
4.1	**Gesundheitsdienste**		
4.1.4	***Maßnahmen der Gesundheitspflege***		
	4.1.4.0	Allg. Verwaltung Amtsärztlicher Dienst	10
	4.1.4.1	Gesundheitsplanung und -förderung	10
	4.1.4.2	Kinder- und Jugendärztlicher Gesundheitsdienst	10
	4.1.4.3	Gesundheitsschutz, Infektionsschutz	10
	4.1.4.4	Stellungnahmen	10
	4.1.4.5	Beratung, Betreuung u. Psychatrie-Koordination	10
	4.1.4.6	Substitutionsambulanz	10
	4.1.4.7	Heilpraktiker- / Psychotherapeutenwesen	10
	4.1.4.8	Allg. Verwaltung Sozialpsychiatrischer Dienst/Betreuungsbehörde	10
4.2	**Sportförderung**		
4.2.1	***Förderung des Sports***		
	4.2.1.0	Förderung des Sports	07

Übersicht über die Produkte/Teilhaushalte

Hauptproduktbereich
Produktbereich

Produktgruppe	Produkt		Teilhaushalt
5	**Gestaltung Umwelt**		
5.1	**Räumliche Planung und Entwicklung**		
5.1.1	***Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen***		
	5.1.1.1	Raumordnung/ Landesplanung	05
	5.1.1.2	Kreisentwicklung	05
	5.1.1.3	Dorferneuerung / Städtebauförderung	05
5.2	**Bauen und Wohnen**		
5.2.1	***Bau- und Grundstücksordnung***		
	5.2.1.0	Allg. Verwaltung Bauen / Denkmalschutz und Denkmalpflege	05
	5.2.1.1	Baurechtliche Verfahren	05
	5.2.1.2	Bauaufsicht / Bauverwaltung	05
5.3	**Ver- und Entsorgung**		
5.3.7	***Abfallwirtschaft***		
	5.3.7.4	Abfallrecht	11
5.4	**Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV**		
5.4.2	***Kreisstraßen***		
	5.4.2.0	Kreisstraßen	05
5.4.7	***ÖPNV***		
	5.4.7.0	Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV/SPNV)	06
5.5	**Natur- und Landschaftspflege, Umweltschutz**		
5.5.2	***Öffentliche Gewässer, Wasserbauliche Anlagen, Gewässerschutz***		
	5.5.2.0	Gewässeraufsicht	05
5.5.4	***Naturschutz und Landschaftspflege***		
	5.5.4.0	Allg. Verwaltung Umwelt	05
	5.5.4.1	Landschafts- und Artenschutz	05
	5.5.4.5	Eingriffe in Natur und Landschaft	05
5.5.5	***Land- und Forstwirtschaft, Weinbau***		
	5.5.5.0	Allg. Verwaltung Landwirtschaft, Weinbau	09
5.6	**Umweltschutz**		
5.6.1	***Umweltschutzmaßnahmen***		
	5.6.1.0	Immissionen	05
	5.6.1.1	Deponie Prael	05
	5.6.1.2	Umwelt- und Energieberatungszentrum	05

Übersicht über die Produkte/Teilhaushalte

Hauptproduktbereich

Produktbereich

Produktgruppe	Produkt		Teilhaushalt
5.7	**Wirtschaft und Tourismus**		
5.7.1	***Wirtschaftsförderung***		
	5.7.1.0	Wirtschaftsförderung	02
5.7.5	***Tourismus***		
	5.7.5.0	Tourismusförderung	02
6	**Zentrale Finanzdienstleistungen**		
6.1	**Allgemeine Finanzwirtschaft**		
6.1.1	***Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen***		
	6.1.1.0	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen	04
6.1.2	***Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft*** *(soweit nicht einem anderen Produkt direkt zuzuordnen)*		
	6.1.2.0	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	04
	6.1.2.3	Schuldendiensthilfen	04

Kreisverwaltung Mainz-Bingen

Jobcenter Mainz-Bingen
Frau Breivogel

Rechtsamt/Kreisrechtsausschuss
Herr Starzinski

Büro für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung
Frau Schneider-Braun

Landrat
Herr Claus Schick

Büro Landrat
Frau Kerl

Pressestelle: Herr Zöller
Kulturelle Angelegenheiten: Herr Roth
Bürgerberatung: Frau Bill-Prasuhn

Kreisdienste
Frau Krause

Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt
Frau Köth-Hirsch

Gleichstellungsstelle
Frau Hansel

GB I
Herr Landrat Schick
Vertretung:
1. Kreisbeigeordneter Herr Schmitt

GB II
1. Kreisbeigeordneter Herr Schmitt
Vertretung :
Herr Landrat Schick

GB III
2. Kreisbeigeordnete Frau Hartmann-Graham
Vertretung:
3. Kreisbeigeordneter Herr Müller

GB IV
3. Kreisbeigeordneter Herr Müller
Vertretung:
2. Kreisbeigeordnete Frau Hartmann-Graham
Stabsstelle Verwaltung

GB V
Ltd. staatl. Beamter Herr Dr. Cludius
Vertretung:
Herr Landrat Schick

Büroleitung
Frau Breivogel

11 Zentrale Dienste
Frau Mitscherling
(Herr Becker)

a) Personal
Frau Hack/ Frau Wolf
b) Controlling/Organisation
Herr Becker

12 Finanzverwaltung/Datenverarbeitung
Herr Blechschmidt
(Frau Wawzinek)

a) Finanzen
Herr Hornig
b) Kreiskasse
Frau Wawzinek
c) Datenverarbeitung
Herr Ruland

Abfallwirtschaftsbetrieb
Werkleiter: Herr Helmus

Kreisvolkshochschule
Geschäftsführerin: Frau Nickels

Demografiebeauftragter
Herr Kuhl

21 Bauen und Umwelt
Herr Patschicke
(Frau Grunau)

a) Bauen
Frau Grunau
b) Umwelt
Herr Freise-Harenberg
c) Umwelt- und Energieberatung
Herr Spoo

22 Schulen/ Gebäudemanagement
Herr Haas
(Herr Ulunam komm.)

a) Schulverwaltung
Herr Ulunam (komm.)
b) Gebäudemanagement
Herr Haas
c) Schülerbeförderung/ÖPNV
Frau Seifert (komm.)

Klima- und Umweltschutzbeauftragter
Herr Leufen-Verkoyen

Behindertenbeauftragte
Frau Schade

31 Jugendamt
Frau Schott
(Herr Muhl)

a) Verwaltung Jugendamt
Herr Schumacher
b) Soziale Dienste
Herr Muhl
c) Schulsozialarbeit
Frau Steuerwald

32 Sozialplanung/ Eingliederungshilfe und Ausbildungsförderung
Herr Braden
(Herr Conrad)

a) Sozialplanung/Eingliederungshilfe
Herr Conrad
b) Ausbildungsförderung
Herr Dörsam

33 Soziales, Kostencontrolling und Asyl
Frau Hitzges/ Frau Weber
(Frau Bouy - komm.)

a) Soziales
Frau Erbelding
b) Kostencontrolling
Herr Schwarz
c) Asyl und Integration
Frau Bouy (komm.)

Beauftragte für Integration und Migration
Frau Petric

41 Veterinärwesen und Landwirtschaft
Herr Dr. Wacker
(Herr Dr. Gebhardt)

a) Lebensmittelüberwachung Veterinärwesen, Tierschutz
Herr Dr. Gebhardt
b) Landwirtschaft, Weinbau
Herr Runkel

42 Gesundheitswesen
Herr Dr. Hoffmann
(Herr Dr. Mülthei)

a) Amtsärztlicher Dienst
Herr Dr. Mülthei
b) Sozialpsychiatrischer Dienst/ Betreuungsbehörde
Herr Marx

Rheinhessen Touristik GmbH
Geschäftsführer: Herr Halbig

51 Sicherheit und Ordnung/Kommunalaufsicht
Herr Wolf (komm.)
N.N.

a) Katastrophenschutz/ Ordnungsverwaltung
Herr Weyl
b) Staatsangehörigkeit-/ Ausländerrecht
Herr Misskampf (komm.)
c) Kommunalaufsicht
Herr Buch (komm.)

52 Straßenverkehr/Kfz-Zulassung
Herr Nagel
Herr Genzler (komm.)

a) Führerschein-/ Zulassungswesen
Herr Thommessen
b) Straßenverkehr/ Bußgeldstelle
Herr Genzler (komm.)

Stand: 22.08.2016

Übersichten

Aufbau der

Gesamt- /Teilergebnishaushalte

und

Gesamt- /Teilfinanzhaushalte

Schemata der Teilergebnis- und der Teilfinanzhaushalte/Produkte

Teilergebnishaushalt oder Produkt			Erläuterung	
lfd. Nr.	Ertrags- und Aufwandsarten (gem. § 2 Abs. 1 GemHVO)		Rechen-vorschrift	aus Konto-nummer
1		+ Steuern und ähnliche Abgaben		40
2		+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge		41
3		+ Erträge der sozialen Sicherung		42
4		+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte		43
5		+ Privatrechtliche Leistungsentgelte		441
6		+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen		442
7		+ Erhöhungen des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		451
		- Verminderungen des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		
8		+ andere aktivierte Eigenleistungen		452
9		+ Sonstige laufende Erträge		46
10		**Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit**	∑ 1 bis 9	
11		- Personalaufwendungen		50
12		- Versorgungsaufwendungen		51
13		- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		52
14		- Abschreibungen gem. § 2 Abs. 1 Nr. 14 GemHVO		53
15		- Abschreibungen gem. § 2 Abs. 1 Nr. 15 GemHVO		
16		- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen		54
17		- Aufwendungen der sozialen Sicherung		55
18		- Sonstige laufende Aufwendungen		56
19		**Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**	∑ 11 bis 18	
20		**Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit**	10 ./. 19	
21		+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge		47
22		- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen		57
23		**Finanzergebnis**	21 ./. 22	
24		**Ordentliches Ergebnis**	20 + 23	
25		+ außerordentliche Erträge		49
26		- außerordentliche Aufwendungen		59
27		**Außerordentliches Ergebnis**	25 ./. 26	
28		**Jahresergebnis des Teilhaushalts vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen**	24 + 27	
29		+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen		481
30		- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen		581
31		**Saldo der Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen**	29 ./. 30	
32	**Jahresergebnis des Teilhaushalts nach Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen**		28 + 31	

Teilfinanzhaushalt oder Produkt			Erläuterung	
lfd. Nr.	Ein- und Auszahlungsarten (gem. § 3 Abs. 1 GemHVO)		Rechen-vorschrift	aus Konto-nummer
1		**Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit**		
2		**Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und -auszahlungen**		
3		**Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen**	1 + 2	
4		**Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen**		
5		**Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen**	3 + 4	
6		**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus internen Leistungsbeziehungen**		
7		**Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen nach Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen**	5 + 6	
8		+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen		681
9		+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten		682
10		+ Einzahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände		684
11		+ Einzahlung für Sachanlagen		685
12		+ Einzahlung für Finanzanlagen		686
13		+ Einzahlung aus sonstigen Ausleihungen und Kreditgewährungen		687
14		+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Vorräten		688
15		+ Sonstige Investitionseinzahlungen		689
16		**Summe der Einzahlungen aus Investitonstätigkeit**	∑ 8 bis 15	
17		- Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände		781+784
18		- Auszahlungen für Sachanlagen		785
19		- Auszahlungen für Finanzanlagen		786
20		- Auszahlungen für sonstige Ausleihungen und Kreditgewährungen		787
21		- Auszahlungen für den Erwerb von Vorräten		788
22		- Sonstige Investitionsauszahlungen		789
23		**Summe der Auszahlungen aus Investitonstätigkeit**	∑ 17 bis 22	
24		**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	16 ./. 23	
25	**Finanzmittelüberschuss / - fehlbedarf des Teilhaushalts**		7 + 24	

Erläuterung der Ziffern des Gesamtergebnis- und der Teilergebnishaushalte

Erträge

Ziffer Ergebnis-haushalt	Bezeichnung	Wesentliche Inhalte
1.	Steuern und ähnliche Abgaben	Jagdsteuer, Grunderwerbsteuer (Altfälle)
2.	Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge	Schlüsselzuweisungen, Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke, Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen, Kreisumlage
3.	Erträge der sozialen Sicherung	Kostenersätze (inkl. Kostenbeitrag, Aufwendungsersatz, Ersatzleistung) von Hilfeempfängern, unterhaltspflichtigen Angehörigen, sonstigen Verpflichteten und Sozialleistungsträgern. Kostenerstattungen und -beteiligungen anderer Sozialhilfeträger (Soziales und Jugend)
4.	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	Verwaltungsgebühren, Benutzungsgebühren, Kostenerstattungen, Schülerbeförderungsentgelte
5.	privatrechtliche Leistungsentgelte	Mieten und Pachten
6.	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	Kostenerstattungen und Kostenumlagen (ohne Soziales und Jugend)
7.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	---
8.	andere aktivierte Eigenleistungen	---
9.	sonstige laufende Erträge	Veräußerung von Vermögensgegenständen, Erträge aus Auflösung von Rückstellungen, Bußgelder, Verwarnungsgelder, Säumniszuschläge und Mahngebühren

Aufwendungen

Ziffer Ergebnis-haushalt	Bezeichnung	Wesentliche Inhalte
11.	Personalaufwendungen	Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder, Dienstbezüge Beamte, Entgelte Beschäftigte, Beiträge zu Versorgungskassen und Sozialversicherung, Beihilfen, Personalnebenaufwendungen, Zuführungen zu Rückstellungen Altersteilzeit, Überstunden und nicht genommenen Urlaub
12.	Versorgungsaufwendungen	Umlagen an die Versorgungskasse Darmstadt
13.	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	Unterhaltung und Bewirtschaftung der Grundstücke, Außenanlagen, Gebäude und Gebäudeeinrichtungen. Unterhaltung des Infrastrukturvermögens, Fahrzeugen, Maschinen, technischen Anlagen und Betriebs- und Geschäftsausstattung. Schülerbeförderung, Laborbedarf
14.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung der Verwaltung	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagenvermögen
15.	Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die üblichen Abschreibungen überschreiten	---
16.	Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke, Umlage Fonds Deutsche Einheit, Umlage an Zweckverbände
17.	Aufwendungen der sozialen Sicherung	Leistungen, Kostenbeteiligungen und Kostenerstattungen (Soziales und Jugend)
18.	sonstige laufende Aufwendungen	Aus- und Fortbildung, Fahrtkosten, Mieten und Pachten, Geschäftsaufwendungen, Beiträge, Versicherungen und Steuern

Gesamtergebnishaushalt

und

Gesamtfinanzhaushalt

	Ergebnishaushalt **Ertrags- und Aufwandsarten (gem. § 2 Abs. 1 GemHVO)**	Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016
1	+ Steuern und ähnliche Abgaben	78.000	78.000	0
2	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge	230.170.563	225.195.934	4.974.629
3	+ Erträge der sozialen Sicherung	157.309.134	159.189.898	-1.880.764
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	4.694.050	4.694.050	0
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	975.687	975.687	0
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	16.638.739	16.180.923	457.816
7	+/- Erhöhung/Verminderung d. Bestands an fertigen u. unf. Erzeugnissen	0	0	0
8	+ andere aktivierte Eigenleistungen	222.717	222.717	0
9	+ Sonstige laufende Erträge	1.516.506	1.416.506	100.000
10	**Summe (1 bis 9) der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit**	**411.605.396**	**407.953.715**	**3.651.681**
11	- Personalaufwendungen	48.666.782	48.666.782	0
12	- Versorgungsaufwendungen	1.573.100	1.573.100	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	31.097.670	30.729.340	368.330
14	- Abschreibungen gem. § 2 Abs. 1 Nr. 14 GemHVO	11.176.464	10.769.464	407.000
15	- Abschreibungen gem. § 2 Abs. 1 Nr. 15 GemHVO	0	0	0
16	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	74.755.681	69.651.760	5.103.921
17	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	238.495.843	231.493.673	7.002.170
18	- Sonstige laufende Aufwendungen	9.939.276	10.022.923	-83.647
19	**Summe (11 bis 18) der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**	**415.704.816**	**402.907.042**	**12.797.774**
20	**Laufendes Ergebnis (10 ./. 19) aus Verwaltungstätigkeit**	**-4.099.420**	**5.046.673**	**-9.146.093**
21	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	531.061	531.061	0
22	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	165.352	165.352	0
23	**Finanzergebnis (21 ./. 22)**	**365.709**	**365.709**	**0**
24	**Ordentliches Ergebnis (20 + 23)**	**-3.733.711**	**5.412.382**	**-9.146.093**
25	+ außerordentliche Erträge	0	0	0
26	- außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
27	**Außerordentliches Ergebnis (25 ./. 26)**	**0**	**0**	**0**
28	**Jahresergebnis (Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag) (24 + 27)**	**-3.733.711**	**5.412.382**	**-9.146.093**

	Finanzhaushalt **Ein- und Auszahlungsarten (gem. § 3 Abs. 1 GemHVO)**	Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016
1	+ Steuern und ähnliche Abgaben	78.000	78.000	0
2	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	226.990.973	222.217.344	4.773.629
3	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	157.309.134	159.189.898	-1.880.764
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	4.694.050	4.694.050	0
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	975.687	975.687	0
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	16.638.739	16.180.923	457.816
7	+/- Erhöhung/Verminderung d. Bestands an fertigen u. unf. Erzeugnissen	0	0	0
8	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	222.717	222.717	0
9	+ Sonstige laufende Einzahlungen	862.977	862.977	0
10	**Summe (1 bis 9) der laufenden Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit**	**407.772.277**	**404.421.596**	**3.350.681**
11	- Personalauszahlungen	45.687.845	45.687.845	0
12	- Versorgungsauszahlungen	1.573.100	1.573.100	0
13	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	31.097.670	30.729.340	368.330
14	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	74.755.681	69.651.760	5.103.921
15	- Auszahlungen der sozialen Sicherung	238.495.843	231.493.673	7.002.170
16	- Sonstige laufende Auszahlungen	8.294.923	8.174.923	120.000
17	**Summe (11 bis 16) der laufenden Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit**	**399.905.062**	**387.310.641**	**12.594.421**
18	**Saldo (10 ./. 17) der laufenden Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit**	**7.867.215**	**17.110.955**	**-9.243.740**
19	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	531.061	531.061	0
20	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	165.352	165.352	0
21	**Saldo (19 ./. 20) der Zins- und sonstigen Finanzein- und -auszahlungen**	**365.709**	**365.709**	**0**
22	**Saldo (18 + 21) der ordentlichen Ein- und Auszahlungen**	**8.232.924**	**17.476.664**	**-9.243.740**
23	+ außerordentliche Einzahlungen	0	0	0
24	- außerordentliche Auszahlungen	0	0	0
25	**Saldo (23 ./. 24) der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen**	**0**	**0**	**0**
26	**Saldo (22 + 25) der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen**	**8.232.924**	**17.476.664**	**-9.243.740**
27	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	2.835.400	3.030.000	-194.600
28	+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0	0	0
29	+ Einzahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0

Finanzhaushalt **Ein- und Auszahlungsarten (gem. § 3 Abs. 1 GemHVO)**	Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016
30 + Einzahlungen für Sachanlagen	0	0	0
31 + Einzahlungen für Finanzanlagen	0	0	0
32 + Einzahlungen aus sonstigen Ausleihungen und Kreditgewährungen	25.000	25.000	0
33 + Einzahlungen aus der Veräußerung von Vorräten	0	0	0
34 + Sonstige Investitionseinzahlungen	0	0	0
35 **Summe (27 bis 34) der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**2.860.400**	**3.055.000**	**-194.600**
36 - Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	2.687.157	2.607.157	80.000
37 - Auszahlungen für Sachanlagen	17.361.383	17.720.383	-359.000
38 - Auszahlungen für Finanzanlagen	5.666.000	5.666.000	0
39 - Auszahlungen für sonstige Ausleihungen und Kreditgewährungen	45.000	45.000	0
40 - Auszahlungen für den Erwerb von Vorräten	0	0	0
41 - Sonstige Investitionsauszahlungen	0	0	0
42 **Summe (36 bis 41) der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**25.759.540**	**26.038.540**	**-279.000**
43 **Saldo (35 ./. 42) der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**-22.899.140**	**-22.983.540**	**84.400**
44 **Finanzmittelüberschuss / -fehlbetrag (26 + 43)**	**-14.666.216**	**-5.506.876**	**-9.159.340**
45 + Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten	0	0	0
46 - Auszahlungen zur Tilgung von Investitionskrediten	329.010	329.010	0
47 **Saldo (45 ./. 46) der Ein- und Auszahlungen aus Investitionskrediten**	**-329.010**	**-329.010**	**0**
48 + Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung	0	0	0
49 - Auszahlungen zur Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	0	0	0
50 **Saldo (48./.49) der Ein- und Auszahlungen aus Krediten zur Liquiditätssicherung**	**0**	**0**	**0**
51 + Abnahme der liquiden Mittel	14.995.226	5.835.886	9.159.340
52 - Zunahme der liquiden Mittel	0	0	0
53 Veränderung (51 ./. 52) der liquiden Mittel	14.995.226	5.835.886	9.159.340
54 **Saldo (47+50+53) der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit**	**14.666.216**	**5.506.876**	**9.159.340**
55 Einzahlungen aus durchlaufenden Geldern	0	0	0
56 Auszahlungen aus durchlaufenden Geldern	0	0	0
57 **Saldo der Ein- und Auszahlungen aus durchlaufenden Geldern**	**0**	**0**	**0**

Teilhaushalte

nach Organisationsstruktur

der Kreisverwaltung

Mainz-Bingen

Haushaltsplan 2016 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt 01 Verwaltungsführung

Teilergebnishaushalt **Ertrags- und Aufwandsarten (gem. § 2 Abs. 1 GemHVO)**		Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	138.500	138.500	0
9	+ Sonstige laufende Erträge	1.800	1.800	0
10	**Summe (1 bis 9) der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit**	**140.300**	**140.300**	**0**
11	- Personalaufwendungen	771.100	771.100	0
18	- Sonstige laufende Aufwendungen	13.500	13.500	0
19	**Summe (11 bis 18) der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**	**784.600**	**784.600**	**0**
20	**Laufendes Ergebnis (10 ./. 19) aus Verwaltungstätigkeit**	**-644.300**	**-644.300**	**0**
23	**Finanzergebnis (21 ./. 22)**	**0**	**0**	**0**
24	**Ordentliches Ergebnis (20 + 23)**	**-644.300**	**-644.300**	**0**
27	**Außerordentliches Ergebnis (25 ./. 26)**	**0**	**0**	**0**
28	**Jahresergebnis des Teilhh.(24+27) vor Verr. der internen Leistungsbez.**	**-644.300**	**-644.300**	**0**
31	**Saldo (29./.30) der Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbez.**	**0**	**0**	**0**
32	**Jahresergeb. (28+31) des Teilhaushalts nach Verr. der int. Leistungsbeziehungen**	**-644.300**	**-644.300**	**0**

Haushaltsplan 2016 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt 01 Verwaltungsführung

	Teilfinanzhaushalt **Ein- und Auszahlungsarten (gem. § 3 Abs. 1 GemHVO)**	Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016
1	Saldo der lfd. Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit (FHH 18)	-644.300	-644.300	0
2	Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und -auszahlungen (FHH 21)	0	0	0
3	Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen (1 + 2)	-644.300	-644.300	0
4	Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen (FHH 25)	0	0	0
5	Saldo der ordl. u. außerordl. Ein- u. Ausz. vor Verr. der int. Leist.Bez. (3+4)	-644.300	-644.300	0
6	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0
7	Saldo der ordl. u. außerordl. Ein- u. Ausz. nach Verr. der int. Leist.Bez. (5+6)	-644.300	-644.300	0
16	Summe (8 bis 15) der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0
23	Summe (17 bis 22) der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0
24	Saldo (16 ./. 23) der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0
25	Finanzmittelüberschuss / -fehlbetrag des Teilhaushalts (7 + 24)	-644.300	-644.300	0
28	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionskrediten**	**0**	**0**	**0**
31	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Krediten zur Liquiditätssicherung**	**0**	**0**	**0**
34	**Veränderung der liquiden Mittel**	**0**	**0**	**0**

Teilhaushalt 02 Zentrale Aufgaben

Teilergebnishaushalt **Ertrags- und Aufwandsarten (gem. § 2 Abs. 1 GemHVO)**	Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016
2 + Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge	6.341.671	6.341.671	0
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	39.900	39.900	0
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	131.380	131.380	0
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	4.002.496	3.638.166	364.330
9 + Sonstige laufende Erträge	616.909	616.909	0
10 **Summe (1 bis 9) der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit**	**11.132.356**	**10.768.026**	**364.330**
11 - Personalaufwendungen	9.558.448	9.962.147	-403.699
12 - Versorgungsaufwendungen	1.573.000	1.573.000	0
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.271.170	2.271.170	0
14 - Abschreibungen gem. § 2 Abs. 1 Nr. 14 GemHVO	49.693	49.693	0
16 - Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	3.285.595	3.285.595	0
17 - Aufwendungen der sozialen Sicherung	20.000	20.000	0
18 - Sonstige laufende Aufwendungen	2.948.458	2.948.458	0
19 **Summe (11 bis 18) der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**	**19.706.364**	**20.110.063**	**-403.699**
20 **Laufendes Ergebnis (10 ./. 19) aus Verwaltungstätigkeit**	**-8.574.008**	**-9.342.037**	**768.029**
23 **Finanzergebnis (21 ./. 22)**	**0**	**0**	**0**
24 **Ordentliches Ergebnis (20 + 23)**	**-8.574.008**	**-9.342.037**	**768.029**
27 **Außerordentliches Ergebnis (25 ./. 26)**	**0**	**0**	**0**
28 **Jahresergebnis des Teilhh.(24+27) vor Verr. der internen Leistungsbez.**	**-8.574.008**	**-9.342.037**	**768.029**
31 **Saldo (29./.30) der Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbez.**	**0**	**0**	**0**
32 **Jahresergeb. (28+31) des Teilhaushalts nach Verr. der int. Leistungsbeziehungen**	**-8.574.008**	**-9.342.037**	**768.029**

Teilhaushalt 02 Zentrale Aufgaben

Teilfinanzhaushalt **Ein- und Auszahlungsarten (gem. § 3 Abs. 1 GemHVO)**		Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016
1	Saldo der lfd. Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit (FHH 18)	-6.101.878	-6.869.907	768.029
2	Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und -auszahlungen (FHH 21)	0	0	0
3	Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen (1 + 2)	-6.101.878	-6.869.907	768.029
4	Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen (FHH 25)	0	0	0
5	Saldo der ordl. u. außerordl. Ein- u. Ausz. vor Verr. der int. Leist.Bez. (3+4)	-6.101.878	-6.869.907	768.029
6	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0
7	Saldo der ordl. u. außerordl. Ein- u. Ausz. nach Verr. der int. Leist.Bez. (5+6)	-6.101.878	-6.869.907	768.029
13	+ Einzahlungen aus sonstigen Ausleihungen und Kreditgewährungen	25.000	25.000	0
16	Summe (8 bis 15) der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	25.000	25.000	0
18	- Auszahlungen für Sachanlagen	32.000	32.000	0
19	- Auszahlungen für Finanzanlagen	5.570.000	5.570.000	0
20	- Auszahlungen für sonstige Ausleihungen und Kreditgewährungen	45.000	45.000	0
23	Summe (17 bis 22) der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	5.647.000	5.647.000	0
24	Saldo (16 ./. 23) der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-5.622.000	-5.622.000	0
25	Finanzmittelüberschuss / -fehlbetrag des Teilhaushalts (7 + 24)	-11.723.878	-12.491.907	768.029
28	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionskrediten**	**0**	**0**	**0**
31	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Krediten zur Liquiditätssicherung**	**0**	**0**	**0**
34	**Veränderung der liquiden Mittel**	**0**	**0**	**0**

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 02 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**02**	**Zentrale Aufgaben**

Hauptproduktbereich	**1**	**Zentrale Verwaltung**	**verantwortlich:**	Frau Mitscherling
Produktbereich	**1.1**	**Innere Verwaltung**		intern
Produktgruppe	**1.1.2**	**Personal**	**Rechtsbindung:**	funktional
Produkt	**1.1.2.0**	**Personal**		

Beschreibung

Personalkosten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung 11, Fachbereich "Personal", die im Rahmen der Sicherstellung der für die jeweiligen Aufgabendarstellung der erforderlichen qualitativen und quantitativen Personalkapazität durch Betreuung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Planung und Durchführung des Personaleinsatzes, Durchführung der Gehaltsabrechnung , Bedarfsgerechte Aus- und Fortbildung) der Kreisverwaltung entstehen.

Auftrag

Bundesbesoldungsgesetz (BBesG); Landesbeamtengesetz (LBG); Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) sowie alle sonstigen beamten- und arbeitsrechtlich relevanten Vorschriften

Zielgruppe

Mitarbeiter; Auszubildende; Praktikanten; Dritte

Leistungen zum Produkt

1.1.2.0.1 - Aus- und Fortbildung
Aus- und Fortbildung der Nachwuchskräfte, Weiterbildung der Mitarbeiter, Seminare; Bereitstellung von Praktikumsplätzen für Berufspraktikanten und Schulpraktikanten; Gastausbildungen.

1.1.2.0.3 - Personalbetreuung
Ein- und Höhergruppierung; Beförderung; Urlaubsregelungen; Gesundheitsvorsorge; Jubiläen; An- und Abwesenheit; Zeiterfassung; Nebentätigkeit; Mutterschutz und Elternzeit; Dienstunfälle; Abwicklung von Versorgungs- und Rentenangelegenheiten; Beurteilungswesen, Zeugnisse, Zusammenarbeit mit dem Personalrat und Kreisausschuss. Bereitstellung von verbilligten Fahrausweisen an Mitarbeiter.

1.1.2.0.4 - Personalabrechnung
Berechnung, Abrechnung und Anweisung von Besoldung und Entgelten für eigene Bedienstete und für Dritte; Personalkostenerstattung, Leistungsorientierte Vergütung Erstellen der Meldungen und Anweisungen an die Krankenkassen, Versorgungs- und Zusatzversorgungskasse; Berechnung und Zahlbarmachung von Reise- und Umzugskosten; Trennungsgeldern; Kindergeld. Kontrolle; Weiterleitung und Abrechnung von Beihilfeleistungen

Erläuterungen zum Produkt

Die Gesamtsumme der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeiten erhöht sich um 364.330 EUR auf insgesamt 10.571.991 EUR.

Dieser Mehrertrag resultiert ausschließlich aus Ertragserhöhungen bei der Ziff. 6 Kostenerstattungen und Kostenumlagen. Die erhöhten Erstattungen ergeben sich im Jobcenter und sind auf Veränderungen des Personalbestandes zurück zu führen.

Der Rückgang der Personalaufwendungen von bisher 5.821.837 EUR auf 5.418.138 EUR ergibt sich im Bereich der eingeplanten Personalaufwendungen für die Übernahme der ehemaligen Anwärter/innen. Entgegen der Annahme zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung wurden die Anwärter/innen teilweise auf bereits im Haushalt veranschlagten Stellen eingesetzt. Ein Mehrbedarf darüber hinaus hat sich nicht bestätigt.

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 02 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**02**	**Zentrale Aufgaben**

Hauptproduktbereich	**1**	**Zentrale Verwaltung**	**verantwortlich:**	Frau Mitscherling
Produktbereich	**1.1**	**Innere Verwaltung**		intern
Produktgruppe	**1.1.2**	**Personal**	**Rechtsbindung:**	funktional
Produkt	**1.1.2.0**	**Personal**		

Teilergebnishaushalt **Ertrags- und Aufwandsarten (gem. § 2 Abs. 1 GemHVO)**		Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016
2 + Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge		6.060.000	6.060.000	0
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte		95.780	95.780	0
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen		3.861.182	3.496.852	364.330
1.1.2.0.4.44243110	Personalgemeinkostenerstattung vom Jobcenter	1.341.045	1.241.649	99.396
1.1.2.0.4.44243120	Personalnebenkostenerstattung vom Jobcenter	278.211	243.304	34.907
1.1.2.0.4.44243200	Sachkostenerstattung vom Jobcenter	1.386.176	1.212.254	173.922
1.1.2.0.4.44290200	Kostenerstattung Versorgungszuschlag vom Jobcenter	318.141	262.036	56.105
9 + Sonstige laufende Erträge		555.029	555.029	0
10 **Summe (1 bis 9) der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit**		**10.571.991**	**10.207.661**	**364.330**
11 - Personalaufwendungen		5.418.138	5.821.837	-403.699
1.1.2.0.4.50211000	Dienstbezüge Beamtinnen u. Beamte	881.901	1.285.600	-403.699
12 - Versorgungsaufwendungen		1.573.000	1.573.000	0
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		42.860	42.860	0
16 - Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen		49.265	49.265	0
17 - Aufwendungen der sozialen Sicherung		20.000	20.000	0
18 - Sonstige laufende Aufwendungen		1.059.466	1.059.466	0
19 **Summe (11 bis 18) der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**		**8.162.729**	**8.566.428**	**-403.699**
20 **Laufendes Ergebnis (10 ./. 19) aus Verwaltungstätigkeit**		**2.409.262**	**1.641.233**	**768.029**
23 **Finanzergebnis (21 ./. 22)**		**0**	**0**	**0**
24 **Ordentliches Ergebnis (20 + 23)**		**2.409.262**	**1.641.233**	**768.029**
27 **Außerordentliches Ergebnis (25 ./. 26)**		**0**	**0**	**0**
28 **Jahresergebnis des Teilhh.(24+27) vor Verr. der internen Leistungsbez.**		**2.409.262**	**1.641.233**	**768.029**
31 **Saldo (29./.30) der Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbez.**		**0**	**0**	**0**
32 **Jahresergeb. (28+31) des Teilhaushalts nach Verr. der int. Leistungsbeziehungen**		**2.409.262**	**1.641.233**	**768.029**

Teilhaushalt 03 Finanzen, Kasse und Datenverarbeitung

Teilergebnishaushalt **Ertrags- und Aufwandsarten (gem. § 2 Abs. 1 GemHVO)**	Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	100	100	0
9 + Sonstige laufende Erträge	65.050	65.050	0
10 **Summe (1 bis 9) der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit**	**65.150**	**65.150**	**0**
11 - Personalaufwendungen	1.834.500	1.834.500	0
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	134.840	134.840	0
14 - Abschreibungen gem. § 2 Abs. 1 Nr. 14 GemHVO	363.846	363.846	0
18 - Sonstige laufende Aufwendungen	2.009.043	2.212.690	-203.647
19 **Summe (11 bis 18) der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**	**4.342.229**	**4.545.876**	**-203.647**
20 **Laufendes Ergebnis (10 ./. 19) aus Verwaltungstätigkeit**	**-4.277.079**	**-4.480.726**	**203.647**
21 + Zinserträge und sonstige Finanzerträge	1.800	1.800	0
23 **Finanzergebnis (21 ./. 22)**	**1.800**	**1.800**	**0**
24 **Ordentliches Ergebnis (20 + 23)**	**-4.275.279**	**-4.478.926**	**203.647**
27 **Außerordentliches Ergebnis (25 ./. 26)**	**0**	**0**	**0**
28 **Jahresergebnis des Teilhh.(24+27) vor Verr. der internen Leistungsbez.**	**-4.275.279**	**-4.478.926**	**203.647**
31 **Saldo (29./.30) der Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbez.**	**0**	**0**	**0**
32 **Jahresergeb. (28+31) des Teilhaushalts nach Verr. der int. Leistungsbeziehungen**	**-4.275.279**	**-4.478.926**	**203.647**

Haushaltsplan 2016 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt **03** **Finanzen, Kasse und Datenverarbeitung**

	Teilfinanzhaushalt **Ein- und Auszahlungsarten (gem. § 3 Abs. 1 GemHVO)**	Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016
1	Saldo der lfd. Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit (FHH 18)	-2.768.880	-2.768.880	0
2	Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und -auszahlungen (FHH 21)	1.800	1.800	0
3	Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen (1 + 2)	-2.767.080	-2.767.080	0
4	Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen (FHH 25)	0	0	0
5	Saldo der ordl. u. außerordl. Ein- u. Ausz. vor Verr. der int. Leist.Bez. (3+4)	-2.767.080	-2.767.080	0
6	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0
7	Saldo der ordl. u. außerordl. Ein- u. Ausz. nach Verr. der int. Leist.Bez. (5+6)	-2.767.080	-2.767.080	0
16	Summe (8 bis 15) der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0
17	- Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	335.850	335.850	0
18	- Auszahlungen für Sachanlagen	291.710	291.710	0
23	Summe (17 bis 22) der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	627.560	627.560	0
24	Saldo (16 ./. 23) der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-627.560	-627.560	0
25	Finanzmittelüberschuss / -fehlbetrag des Teilhaushalts (7 + 24)	-3.394.640	-3.394.640	0
28	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionskrediten**	**0**	**0**	**0**
31	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Krediten zur Liquiditätssicherung**	**0**	**0**	**0**
34	**Veränderung der liquiden Mittel**	**0**	**0**	**0**

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 03 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**03**	**Finanzen, Kasse und Datenverarbeitung**

Hauptproduktbereich	**1**	**Zentrale Verwaltung**	**verantwortlich:**	Herr Blechschmidt
Produktbereich	**1.1**	**Innere Verwaltung**		intern
Produktgruppe	**1.1.6**	**Finanzen**	**Rechtsbindung:**	funktional
Produkt	**1.1.6.1**	**Finanzen**		

Beschreibung

Sicherstellung einer geordneten Finanzwirtschaft zur stetigen und wirtschaftlichen Aufgabenerfüllung. Hierzu gehören: Haushalts-, Finanz- und Investitionsplanung, Überwachung und Steuerung des Haushaltsvollzugs, Zentrales Finanzberichtswesen, Jahresabschluss, Beteiligungscontrolling, Festsetzung und Erhebung der Jagdsteuer.

Auftrag

Landkreisordnung (LKO), Gemeindeordnung (GemO), Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO), Landesfinanzausgleichsgesetz (LFAG), Abgabenordnung (AO), Kommunalabgabengesetz (KAG), Beschlüsse der Gremien

Zielgruppe

Einwohner, Gremien, Verwaltungsführung, Fachabteilungen, Vertragspartner, kreisangehörige Gemeinden, Land

Leistungen zum Produkt

1.1.6.1.4 - Darlehens- und Schuldenverwaltung
Verwaltung von Krediten und kreditähnlichen Rechtsgeschäften (Aufnahme von Krediten, Umschuldungen, Abwicklung des Schuldendienstes; Übernahme und Verwaltung von Bürgschafts- und Gewährverträgen), Darlehensverwaltung

1.1.6.1.5 - Beteiligungen
Vorbereitung und Umsetzung von Beschlüssen über Gründung, Veräußerung, Auflösung von Beteiligungen; Beteiligungsberichte nach §§ 85 ff GemO

1.1.6.1.7 - Stundung, Erlass, Niederschlagung
Billigkeitsmaßnahmen für alle Abgabearten, soweit diese zentral und nicht im Rahmen der Produkterstellung wahrgenommen werden

1.1.6.1.8 - Sonstige Grundstücksangelegenheiten
Abschluss von Kauf-, Miet-, Pacht- und Gestattungsverträgen oder sonstigen Nutzungsverträgen; Verwaltung bestehender Vertragsverhältnisse, sofern nicht bei Produkt 1141

1.1.6.1.9 - Personal

Erläuterungen zum Produkt

Im Nachtragshaushalt 2016 kommt hier der Verlust des Abfallwirtschaftsbetriebes des Landkreises Mainz-Bingen im Geschäftsjahr 2015, der sich auf 944.353 EUR belief, zur Veranschlagung.

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 03 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**03**	**Finanzen, Kasse und Datenverarbeitung**

Hauptproduktbereich	**1**	**Zentrale Verwaltung**	**verantwortlich:**	Herr Blechschmidt
Produktbereich	**1.1**	**Innere Verwaltung**		intern
Produktgruppe	**1.1.6**	**Finanzen**	**Rechtsbindung:**	funktional
Produkt	**1.1.6.1**	**Finanzen**		

Teilergebnishaushalt **Ertrags- und Aufwandsarten (gem. § 2 Abs. 1 GemHVO)**		Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte		100	100	0
10 **Summe (1 bis 9) der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit**		**100**	**100**	**0**
11 - Personalaufwendungen		399.500	399.500	0
18 - Sonstige laufende Aufwendungen		1.144.353	1.348.000	-203.647
1.1.6.1.5.56513000	Verluste aus dem Abgang von Finanzanlagen	944.353	1.148.000	-203.647
19 **Summe (11 bis 18) der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**		**1.543.853**	**1.747.500**	**-203.647**
20 **Laufendes Ergebnis (10 ./. 19) aus Verwaltungstätigkeit**		**-1.543.753**	**-1.747.400**	**203.647**
21 + Zinserträge und sonstige Finanzerträge		1.800	1.800	0
23 **Finanzergebnis (21 ./. 22)**		**1.800**	**1.800**	**0**
24 **Ordentliches Ergebnis (20 + 23)**		**-1.541.953**	**-1.745.600**	**203.647**
27 **Außerordentliches Ergebnis (25 ./. 26)**		**0**	**0**	**0**
28 **Jahresergebnis des Teilhh.(24+27) vor Verr. der internen Leistungsbez.**		**-1.541.953**	**-1.745.600**	**203.647**
31 **Saldo (29./.30) der Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbez.**		**0**	**0**	**0**
32 **Jahresergeb. (28+31) des Teilhaushalts nach Verr. der int. Leistungsbeziehungen**		**-1.541.953**	**-1.745.600**	**203.647**

Haushaltsplan 2016 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt 04 Zentrale Finanzdienstleistungen

	Teilergebnishaushalt **Ertrags- und Aufwandsarten (gem. § 2 Abs. 1 GemHVO)**	Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016
1	+ Steuern und ähnliche Abgaben	78.000	78.000	0
2	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge	174.036.635	174.254.821	-218.186
10	**Summe (1 bis 9) der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit**	**174.114.635**	**174.332.821**	**-218.186**
16	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	1.283.025	1.283.025	0
18	- Sonstige laufende Aufwendungen	11.573	11.573	0
19	**Summe (11 bis 18) der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**	**1.294.598**	**1.294.598**	**0**
20	**Laufendes Ergebnis (10 ./. 19) aus Verwaltungstätigkeit**	**172.820.037**	**173.038.223**	**-218.186**
21	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	529.260	529.260	0
22	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	165.352	165.352	0
23	**Finanzergebnis (21 ./. 22)**	**363.908**	**363.908**	**0**
24	**Ordentliches Ergebnis (20 + 23)**	**173.183.945**	**173.402.131**	**-218.186**
27	**Außerordentliches Ergebnis (25 ./. 26)**	**0**	**0**	**0**
28	**Jahresergebnis des Teilhh.(24+27) vor Verr. der internen Leistungsbez.**	**173.183.945**	**173.402.131**	**-218.186**
31	**Saldo (29./.30) der Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbez.**	**0**	**0**	**0**
32	**Jahresergeb. (28+31) des Teilhaushalts nach Verr. der int. Leistungsbeziehungen**	**173.183.945**	**173.402.131**	**-218.186**

Haushaltsplan 2016 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt **04** **Zentrale Finanzdienstleistungen**

	Teilfinanzhaushalt **Ein- und Auszahlungsarten (gem. § 3 Abs. 1 GemHVO)**	Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016
1	Saldo der lfd. Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit (FHH 18)	172.771.724	172.989.910	-218.186
2	Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und -auszahlungen (FHH 21)	363.908	363.908	0
3	Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen (1 + 2)	173.135.632	173.353.818	-218.186
4	Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen (FHH 25)	0	0	0
5	Saldo der ordl. u. außerordl. Ein- u. Ausz. vor Verr. der int. Leist.Bez. (3+4)	173.135.632	173.353.818	-218.186
6	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0
7	Saldo der ordl. u. außerordl. Ein- u. Ausz. nach Verr. der int. Leist.Bez. (5+6)	173.135.632	173.353.818	-218.186
16	Summe (8 bis 15) der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0
19	- Auszahlungen für Finanzanlagen	96.000	96.000	0
23	Summe (17 bis 22) der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	96.000	96.000	0
24	Saldo (16 ./. 23) der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-96.000	-96.000	0
25	Finanzmittelüberschuss / -fehlbetrag des Teilhaushalts (7 + 24)	173.039.632	173.257.818	-218.186
27	- Auszahlungen zur Tilgung von Investitionskrediten	329.010	329.010	0
28	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionskrediten**	**329.010**	**329.010**	**0**
31	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Krediten zur Liquiditätssicherung**	**0**	**0**	**0**
32	+ Abnahme der liquiden Mittel	14.995.226	5.835.886	9.159.340
34	**Veränderung der liquiden Mittel**	**-14.995.226**	**-5.835.886**	**-9.159.340**

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 04 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**04**	**Zentrale Finanzdienstleistungen**

Hauptproduktbereich	**6**	**Zentrale Finanzdienstleistungen**	**verantwortlich:**	Herr Blechschmidt
Produktbereich	**6.1**	**Allgemeine Finanzwirtschaft**		intern
Produktgruppe	**6.1.1**	**Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**6.1.1.0**	**Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen**		

Beschreibung

Der Landkreis finanziert seine Produkte überwiegend aus Zuweisungen und allgemeinen Umlagen und zu einem geringen Teil aus Steuern. Steuern: Er erhebt ausschließlich die Jagdsteuer. Zuweisungen: Er erhält Schlüsselzuweisungen vom Land. Allgemeine Umlagen: Er erhebt die Kreisumlage von den kreisangehörigen Kommunen. Diese ist die bedeutsamste Einnahmequelle. Er führt die Umlage Fonds Deutsche Einheit an das Land ab. Mit Ausnahme der Steuern ergeben sich die allgemeinen Zuweisungen und Umlagen aus dem Kommunalen Finanzausgleich.

Auftrag	**Zielgruppe**
Finanzausgleichsgesetz (LFAG), Kommunalabgabengesetz (KAG), Haushaltssatzung	Land, Verbandsgemeinden, Gemeinden, Jagdausübungsberechtigte im Landkreis

Leistungen zum Produkt

6.1.1.0.1 - Jagdsteuer
Steuer auf die Ausübung des Jagdrechtes. Festsetzung des Steuersatzes durch den Kreistag.

6.1.1.0.2 - Schlüsselzuweisungen
Vereinnahmung der Schlüsselzuweisungen vom Land.

6.1.1.0.3 - Kreisumlage
Jährliche Festsetzung des Hebesatzes durch den Kreistag,
Berechnung und Vereinnahmung der von den kreisangehörigen Kommunen aufzubringenden Kreisumlage.

6.1.1.0.4 - Umlage Fond Deutscher Einheit
Abführung der Umlage zur Finanzierung des „Fonds Deutsche Einheit“ an das Land.

6.1.1.0.7 - Grunderwerbssteuer

Erläuterungen zum Produkt

Gem. § 9 a Abs. 2 Nr. 2 LFAG erhalten u.a. die Landkreise eine Schlüsselzuweisung C 2. Infolge notwendiger Korrekturen der gemeldeten relevanten Ein- und Auszahlungen an das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz ergibt sich für das laufende Haushaltsjahr rückwirkend eine geänderte Schlüsselzuweisung C 2 in Höhe von 218.186 EUR.

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 04 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**04**	**Zentrale Finanzdienstleistungen**

Hauptproduktbereich	**6**	**Zentrale Finanzdienstleistungen**	**verantwortlich:**	Herr Blechschmidt
Produktbereich	**6.1**	**Allgemeine Finanzwirtschaft**		intern
Produktgruppe	**6.1.1**	**Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**6.1.1.0**	**Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen**		

Teilergebnishaushalt **Ertrags- und Aufwandsarten (gem. § 2 Abs. 1 GemHVO)**		Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016
1	+ Steuern und ähnliche Abgaben	78.000	78.000	0
2	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge	174.036.635	174.254.821	-218.186
	6.1.1.0.2.41116000 Schlüsselzuweisung C 2	7.765.576	7.983.762	-218.186
10	**Summe (1 bis 9) der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit**	**174.114.635**	**174.332.821**	**-218.186**
16	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	1.264.303	1.264.303	0
19	**Summe (11 bis 18) der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**	**1.264.303**	**1.264.303**	**0**
20	**Laufendes Ergebnis (10 ./. 19) aus Verwaltungstätigkeit**	**172.850.332**	**173.068.518**	**-218.186**
23	**Finanzergebnis (21 ./. 22)**	**0**	**0**	**0**
24	**Ordentliches Ergebnis (20 + 23)**	**172.850.332**	**173.068.518**	**-218.186**
27	**Außerordentliches Ergebnis (25 ./. 26)**	**0**	**0**	**0**
28	**Jahresergebnis des Teilhh.(24+27) vor Verr. der internen Leistungsbez.**	**172.850.332**	**173.068.518**	**-218.186**
31	**Saldo (29./.30) der Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbez.**	**0**	**0**	**0**
32	**Jahresergeb. (28+31) des Teilhaushalts nach Verr. der int. Leistungsbeziehungen**	**172.850.332**	**173.068.518**	**-218.186**

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 04 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**04**	**Zentrale Finanzdienstleistungen**

Hauptproduktbereich	**6**	**Zentrale Finanzdienstleistungen**	**verantwortlich:**	Herr Blechschmidt
Produktbereich	**6.1**	**Allgemeine Finanzwirtschaft**		extern
Produktgruppe	**6.1.2**	**Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft (soweit keinem anderen Produkt zugeordnet)**	**Rechtsbindung:**	funktional
Produkt	**6.1.2.0**	**Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft**		

Erläuterungen zum Produkt

In der Haushaltsplanung 2016 war eine Entnahme bei den liquiden Mitteln in Höhe von 5.835.886 EUR vorgesehen. Mit der 1. Nachtragsplanung ist es für den Finanzausgleich erforderlich diesen Ansatz um 9.159.340 EUR auf jetzt 14.995.226 EUR zu erhöhen. Diese zusätzlichen liquiden Mittel resultieren aus dem positiven Jahresabschluss 2015.

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 04 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**04**	**Zentrale Finanzdienstleistungen**

Hauptproduktbereich	**6**	**Zentrale Finanzdienstleistungen**	**verantwortlich:**	Herr Blechschmidt
Produktbereich	**6.1**	**Allgemeine Finanzwirtschaft**		extern
Produktgruppe	**6.1.2**	**Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft (soweit keinem anderen Produkt zugeordnet)**	**Rechtsbindung:**	funktional
Produkt	**6.1.2.0**	**Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft**		

Teilfinanzplan - Planung einzelner Investitionsmaßnahmen	Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016	Verpflichtungs-ermächtig. neu 2016	Verpflichtungs-ermächtig. alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016	Gesamt Einz./Ausz.
MN 9998 Zu-/Abnahme liquide Mittel							
Ein- und Auszahlungen für vorgenannte Investitionsmaßnahme:							
16 **Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
23 **Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
24 **Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
32 + Abnahme der liquiden Mittel	14.995.226	5.835.886	9.159.340	0	0	0	0
6.1.2.0.5/9998.69520100 Einzahlung aus Guthaben bei Kreditinstituten	14.995.226	5.835.886	9.159.340	0	0	0	0
34 **Veränderung der liquiden Mittel**	**-14.995.226**	**-5.835.886**	**-9.159.340**	**0**	**0**	**0**	**0**

Haushaltsplan 2016 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt 05 Bauen und Umwelt

Teilergebnishaushalt **Ertrags- und Aufwandsarten (gem. § 2 Abs. 1 GemHVO)**	Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016
2 + Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge	1.978.870	1.978.870	0
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	635.558	635.558	0
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.080	1.080	0
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	823.141	823.141	0
9 + Sonstige laufende Erträge	16.000	16.000	0
10 **Summe (1 bis 9) der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit**	**3.454.649**	**3.454.649**	**0**
11 - Personalaufwendungen	2.374.300	2.374.300	0
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.279.699	1.429.699	-150.000
14 - Abschreibungen gem. § 2 Abs. 1 Nr. 14 GemHVO	2.387.957	2.387.957	0
16 - Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	743.631	743.631	0
18 - Sonstige laufende Aufwendungen	836.704	836.704	0
19 **Summe (11 bis 18) der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**	**7.622.291**	**7.772.291**	**-150.000**
20 **Laufendes Ergebnis (10 ./. 19) aus Verwaltungstätigkeit**	**-4.167.642**	**-4.317.642**	**150.000**
23 **Finanzergebnis (21 ./. 22)**	**0**	**0**	**0**
24 **Ordentliches Ergebnis (20 + 23)**	**-4.167.642**	**-4.317.642**	**150.000**
27 **Außerordentliches Ergebnis (25 ./. 26)**	**0**	**0**	**0**
28 **Jahresergebnis des Teilhh.(24+27) vor Verr. der internen Leistungsbez.**	**-4.167.642**	**-4.317.642**	**150.000**
31 **Saldo (29./.30) der Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbez.**	**0**	**0**	**0**
32 **Jahresergeb. (28+31) des Teilhaushalts nach Verr. der int. Leistungsbeziehungen**	**-4.167.642**	**-4.317.642**	**150.000**

Haushaltsplan 2016 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt **05** **Bauen und Umwelt**

	Teilfinanzhaushalt **Ein- und Auszahlungsarten (gem. § 3 Abs. 1 GemHVO)**	Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016
1	Saldo der lfd. Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit (FHH 18)	-2.633.989	-2.783.989	150.000
2	Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und -auszahlungen (FHH 21)	0	0	0
3	Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen (1 + 2)	-2.633.989	-2.783.989	150.000
4	Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen (FHH 25)	0	0	0
5	Saldo der ordl. u. außerordl. Ein- u. Ausz. vor Verr. der int. Leist.Bez. (3+4)	-2.633.989	-2.783.989	150.000
6	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0
7	Saldo der ordl. u. außerordl. Ein- u. Ausz. nach Verr. der int. Leist.Bez. (5+6)	-2.633.989	-2.783.989	150.000
8	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	735.400	800.000	-64.600
16	Summe (8 bis 15) der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	735.400	800.000	-64.600
17	- Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	270.000	270.000	0
18	- Auszahlungen für Sachanlagen	682.000	1.342.000	-660.000
23	Summe (17 bis 22) der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	952.000	1.612.000	-660.000
24	Saldo (16 ./. 23) der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-216.600	-812.000	595.400
25	Finanzmittelüberschuss / -fehlbetrag des Teilhaushalts (7 + 24)	-2.850.589	-3.595.989	745.400
28	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionskrediten**	**0**	**0**	**0**
31	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Krediten zur Liquiditätssicherung**	**0**	**0**	**0**
34	**Veränderung der liquiden Mittel**	**0**	**0**	**0**

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 05 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**05**	**Bauen und Umwelt**

Hauptproduktbereich	**5**	**Gestaltung Umwelt**	**verantwortlich:**	Herr Patschicke
Produktbereich	**5.4**	**Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV**		extern
Produktgruppe	**5.4.2**	**Kreisstraßen**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**5.4.2.0**	**Kreisstraßen**		

Beschreibung

Abwicklung des Baus, der Sanierung und der Unterhaltung von Fahrbahnen und Ingenieurbauwerken im Zuge von Kreisstraßen einschließlich Pflege von Begleit- und Ausgleichsflächen sowie Sicherstellung der ordnungsgemäßen Verkehrsausstattung, Beschilderung und Entwässerung.

Auftrag	**Zielgruppe**
Landesstraßengesetz (LStrG)	Verkehrsteilnehmer

Leistungen zum Produkt

5.4.2.0.1 - Bau / Unterhaltung von Kreisstraßen
Abwicklung des Baus, der Sanierung und der Unterhaltung von Fahrbahnen und Ingenieurbauwerken im Zuge von Kreisstraßen einschließlich Pflege von Begleit- und Ausgleichsflächen sowie Sicherstellung der ordnungsgemäßen Verkehrsausstattung, Beschilderung und Entwässerung.

Erläuterungen zum Produkt

Erträge:
Es liegen keine Anpassungen vor.

Aufwendungen:

Bei der „Unterhaltung der Straßen, Wege, Plätze und Verkehrslenkungsanlagen“ beläuft sich der Haushaltsansatz für das Jahr 2016 auf 1.224.000,00 EUR. Zur Deckung einer außerplanmäßigen Ausgabe bei der „K 34 – Bau eines Radweges zwischen Mommenheim und Zornheim“ sind von diesen Haushaltsmitteln 150.000,00 EUR in Abzug zu bringen. Die zu belastende Planungsstelle weißt eine ausreichende Deckungsreserve aus. Die Einsparungen bei dieser Planungsstelle resultieren aus der Tatsache, dass nicht alle für das Jahr 2016 geplanten Straßenunterhaltungsmaßnahmen realisiert werden können. Der Haushaltsansatz ist im Zuge des 1. Nachtragshaushaltes 2016 um 150.000,00 EUR auf 1.074.000,00 EUR zu reduzieren.

Ein- und Auszahlungen für Investitionsmaßnahmen:

Bei der Maßnahme „Bau eines Radweges zwischen Mommenheim und Zornheim“ haben sich während der Bauphase Mehrausgaben i.H.v. 150.000,00 EUR ergeben. Die Planungsstelle ist für das HH-Jahr 2016 um diesen Betrag zu erhöhen.

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 05 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**05**	**Bauen und Umwelt**

Hauptproduktbereich	**5**	**Gestaltung Umwelt**	**verantwortlich:**	Herr Patschicke
Produktbereich	**5.4**	**Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV**		extern
Produktgruppe	**5.4.2**	**Kreisstraßen**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**5.4.2.0**	**Kreisstraßen**		

Teilergebnishaushalt **Ertrags- und Aufwandsarten (gem. § 2 Abs. 1 GemHVO)**	Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016
2 + Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge	1.962.917	1.962.917	0
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.458	2.458	0
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	980	980	0
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	51.550	51.550	0
9 + Sonstige laufende Erträge	16.000	16.000	0
10 **Summe (1 bis 9) der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit**	**2.033.905**	**2.033.905**	**0**
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.224.699	1.374.699	-150.000
5.4.2.0.1.52338000 Unterhaltung Straßen, Wege, Plätze und Verkehrslenkungsanlagen	1.074.000	1.224.000	-150.000
14 - Abschreibungen gem. § 2 Abs. 1 Nr. 14 GemHVO	2.384.000	2.384.000	0
18 - Sonstige laufende Aufwendungen	300.245	300.245	0
19 **Summe (11 bis 18) der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**	**3.908.944**	**4.058.944**	**-150.000**
20 **Laufendes Ergebnis (10 ./. 19) aus Verwaltungstätigkeit**	**-1.875.039**	**-2.025.039**	**150.000**
23 **Finanzergebnis (21 ./. 22)**	**0**	**0**	**0**
24 **Ordentliches Ergebnis (20 + 23)**	**-1.875.039**	**-2.025.039**	**150.000**
27 **Außerordentliches Ergebnis (25 ./. 26)**	**0**	**0**	**0**
28 **Jahresergebnis des Teilhh.(24+27) vor Verr. der internen Leistungsbez.**	**-1.875.039**	**-2.025.039**	**150.000**
31 **Saldo (29./.30) der Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbez.**	**0**	**0**	**0**
32 **Jahresergeb. (28+31) des Teilhaushalts nach Verr. der int. Leistungsbeziehungen**	**-1.875.039**	**-2.025.039**	**150.000**

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 05 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**05**	**Bauen und Umwelt**

Hauptproduktbereich	**5**	**Gestaltung Umwelt**	**verantwortlich:**	Herr Patschicke
Produktbereich	**5.4**	**Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV**		extern
Produktgruppe	**5.4.2**	**Kreisstraßen**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**5.4.2.0**	**Kreisstraßen**		

Teilfinanzplan - Planung einzelner Investitionsmaßnahmen	Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016	Verpflichtungs-ermächtig. neu 2016	Verpflichtungs-ermächtig. alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016	Gesamt Einz./Ausz.
MN 3401 **K 34 - Bau eines Radweges zwischen Zornheim und Mommenheim**							
Ein- und Auszahlungen für vorgenannte Investitionsmaßnahme:							
16 **Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
18 - Auszahlungen für Sachanlagen	150.000	0	150.000	0	0	0	0
5.4.2.0.1/3401.78533000 Ausz f. Baumaßnahmen	150.000	0	150.000	0	0	0	0
23 **Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**150.000**	**0**	**150.000**	**0**	**0**	**0**	**0**
24 **Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**-150.000**	**0**	**-150.000**	**0**	**0**	**0**	**0**

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 05 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**05**	**Bauen und Umwelt**

Hauptproduktbereich	**5**	**Gestaltung Umwelt**	**verantwortlich:**	Herr Patschicke
Produktbereich	**5.5**	**Natur- und Landschaftspflege, Umweltschutz**		extern
Produktgruppe	**5.5.2**	**Öffentliche Gewässer, Wasserbauliche Anlagen, Gewässerschutz**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**5.5.2.0**	**Gewässeraufsicht**		

Erläuterungen zum Produkt

Investitionszuwendung Spundwand am Appelbach

Aufgrund bereits eingegangener Zuwendungen in 2015 verringert sich der Ansatz dementsprechend.

Auszahlungen für Baumaßnahmen Spundwand am Appelbach

Im Haushaltsjahr 2015 wurden Mittel veranschlagt und als Ermächtigung in das Haushaltsjahr 2016 übertragen. Aus diesem Grund können die im Haushalt 2016 veranschlagten Mittel mit dem Nachtrag 2016 zurückgemeldet werden.

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 05 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**05**	**Bauen und Umwelt**

Hauptproduktbereich	**5**	**Gestaltung Umwelt**	**verantwortlich:**	Herr Patschicke
Produktbereich	**5.5**	**Natur- und Landschaftspflege, Umweltschutz**		extern
Produktgruppe	**5.5.2**	**Öffentliche Gewässer, Wasserbauliche Anlagen, Gewässerschutz**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**5.5.2.0**	**Gewässeraufsicht**		

Teilfinanzplan - Planung einzelner Investitionsmaßnahmen	Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016	Verpflichtungs-ermächtig. neu 2016	Verpflichtungs-ermächtig. alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016	Gesamt Einz./Ausz.
MN 7604 Errichtung einer Spundwand am Appelbach							
Ein- und Auszahlungen für vorgenannte Investitionsmaßnahme:							
8 + Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	453.800	518.400	-64.600	0	0	0	0
5.5.2.0.2/7604.68142000 Investitionszuwendungen vom Land	372.800	437.400	-64.600	0	0	0	0
16 **Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**453.800**	**518.400**	**-64.600**	**0**	**0**	**0**	**0**
18 - Auszahlungen für Sachanlagen	0	810.000	-810.000	0	0	0	0
5.5.2.0.2/7604.78533000 Ausz f. Baumaßnahmen	0	810.000	-810.000	0	0	0	0
23 **Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0**	**810.000**	**-810.000**	**0**	**0**	**0**	**0**
24 **Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**453.800**	**-291.600**	**745.400**	**0**	**0**	**0**	**0**

Haushaltsplan 2016 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt **06** **Schulen und Gebäude**

Teilergebnishaushalt **Ertrags- und Aufwandsarten (gem. § 2 Abs. 1 GemHVO)**		Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016
2	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge	7.702.672	7.501.672	201.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	866.292	866.292	0
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	579.427	579.427	0
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	496.634	496.634	0
8	+ andere aktivierte Eigenleistungen	222.717	222.717	0
9	+ Sonstige laufende Erträge	27.343	27.343	0
10	**Summe (1 bis 9) der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit**	**9.895.085**	**9.694.085**	**201.000**
11	- Personalaufwendungen	8.473.960	8.473.960	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	22.226.509	22.292.509	-66.000
14	- Abschreibungen gem. § 2 Abs. 1 Nr. 14 GemHVO	6.941.578	6.534.578	407.000
16	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	1.630.777	1.630.777	0
18	- Sonstige laufende Aufwendungen	2.827.600	2.707.600	120.000
19	**Summe (11 bis 18) der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**	**42.100.424**	**41.639.424**	**461.000**
20	**Laufendes Ergebnis (10 ./. 19) aus Verwaltungstätigkeit**	**-32.205.339**	**-31.945.339**	**-260.000**
23	**Finanzergebnis (21 ./. 22)**	**0**	**0**	**0**
24	**Ordentliches Ergebnis (20 + 23)**	**-32.205.339**	**-31.945.339**	**-260.000**
27	**Außerordentliches Ergebnis (25 ./. 26)**	**0**	**0**	**0**
28	**Jahresergebnis des Teilhh.(24+27) vor Verr. der internen Leistungsbez.**	**-32.205.339**	**-31.945.339**	**-260.000**
31	**Saldo (29./.30) der Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbez.**	**0**	**0**	**0**
32	**Jahresergeb. (28+31) des Teilhaushalts nach Verr. der int. Leistungsbeziehungen**	**-32.205.339**	**-31.945.339**	**-260.000**

Haushaltsplan 2016 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt **06** **Schulen und Gebäude**

	Teilfinanzhaushalt **Ein- und Auszahlungsarten (gem. § 3 Abs. 1 GemHVO)**	Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016
1	Saldo der lfd. Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit (FHH 18)	-27.072.668	-27.018.668	-54.000
2	Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und -auszahlungen (FHH 21)	0	0	0
3	Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen (1 + 2)	-27.072.668	-27.018.668	-54.000
4	Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen (FHH 25)	0	0	0
5	Saldo der ordl. u. außerordl. Ein- u. Ausz. vor Verr. der int. Leist.Bez. (3+4)	-27.072.668	-27.018.668	-54.000
6	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0
7	Saldo der ordl. u. außerordl. Ein- u. Ausz. nach Verr. der int. Leist.Bez. (5+6)	-27.072.668	-27.018.668	-54.000
8	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	2.050.000	2.190.000	-140.000
16	Summe (8 bis 15) der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	2.050.000	2.190.000	-140.000
17	- Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	886.407	886.407	0
18	- Auszahlungen für Sachanlagen	13.255.928	12.964.928	291.000
23	Summe (17 bis 22) der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	14.142.335	13.851.335	291.000
24	Saldo (16 ./. 23) der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-12.092.335	-11.661.335	-431.000
25	Finanzmittelüberschuss / -fehlbetrag des Teilhaushalts (7 + 24)	-39.165.003	-38.680.003	-485.000
28	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionskrediten**	**0**	**0**	**0**
31	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Krediten zur Liquiditätssicherung**	**0**	**0**	**0**
34	**Veränderung der liquiden Mittel**	**0**	**0**	**0**

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 06 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**06**	**Schulen und Gebäude**

Hauptproduktbereich	**1**	**Zentrale Verwaltung**	**verantwortlich:**	Herr Haas
Produktbereich	**1.1**	**Innere Verwaltung**		intern
Produktgruppe	**1.1.4**	**Zentrale Dienste**	**Rechtsbindung:**	funktional
Produkt	**1.1.4.1**	**Zentrales Grundstücks- und Gebäudemanagement**		

Beschreibung

Bestandserfassung, Planung, Neu-, Um- und Anbau inkl. Generalisierungen, Unterhaltung, dauernder Werteerhalt sowie Bewirtschaftung kreiseigener Grundstücke (bebaute und unbebaute) - ohne Straßen (siehe Produkt 5420) - ohne selbständige Radwege

Auftrag

Landkreisordnung (LKO); Schulgesetz (SchulG)

Zielgruppe

Grundstücks- und Gebäudenutzer

Leistungen zum Produkt

1.1.4.1.1 - Kaufmännisches Gebäudemanagement
Buchhaltung, Budgetierung, Wirtschaftlichkeitsberechnungen, Controlling, Finanzierung von Maßnahmen/Vorhaben, Liegenschaftsverwaltung (Bedarfsplanung, Bewertung, Eigen- und Fremdnutzung, Kauf/Verkauf von Objekten, Vertrags- und Flächenmanagement, Zahlung von Grundsteuern, Abgaben, Gebäude- und Schlüsselversicherungen, zentrales Beschaffungsmanagementfeste und bewegliche Einrichtungen).

1.1.4.1.2 - Technisches Gebäudemanagement
Bauplanung, Neu- und An- und Umbauten inkl. Generalisierung, Projektsteuerung, Bestandserfassung und -pflege, Handwerksdienste, Inspektionen, Wartung, Instandsetzung und -haltung, Technisches Beschaffungsmanagement, Energiewirtschaft (inkl. Energiecontrolling), Arbeitsschutz- und -sicherheit, Brandschutz (für kreiseigene Gebäude).

1.1.4.1.3 - Dienstleistungsmanagement
Raumbelegung und Umnutzung, Reinigungs- und Hausmeisterdienste (inkl. Kontroll- und Schließdienst), Umzüge Schlüsselverwaltung, Entsorgung, Pflege der Außen- und Grünanlagen, Winterdienst Kontroll- und Schließdienst.

1.1.4.1.4 - Personal

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 06 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**06**	**Schulen und Gebäude**

Hauptproduktbereich	**1**	**Zentrale Verwaltung**	**verantwortlich:**	Herr Haas
Produktbereich	**1.1**	**Innere Verwaltung**		intern
Produktgruppe	**1.1.4**	**Zentrale Dienste**	**Rechtsbindung:**	funktional
Produkt	**1.1.4.1**	**Zentrales Grundstücks- und Gebäudemanagement**		

Erläuterungen zum Produkt

Erträge:
Es liegen keine Anpassungen vor.

Aufwendungen:
Das Jobcenter ist für die Unterbringung von Kontingentflüchtlingen zuständig. Die Anmietung der benötigten Wohnräume erfolgt durch die Kreisverwaltung Mainz-Bingen. Zwischenzeitlich wurden weitere Wohnräume angemietet, sodass im Nachtrag 2016 Mittel in Höhe von 120.000 EUR bereitgestellt werden müssen. Bei der Planungsstelle 1.1.4.1.2.52313000 (Unterhaltung der Gebäude einschl. Bestandteile, die dem Gebäude zuzurechnen sind; Dienstgebäude) wurden Haushaltsmittel zur Deckung einer außerplanmäßigen Auszahlung (Beschlussvorlage: X/0888/2016; Objekt: Kreuzhof) herangezogen. Im Nachtrag sind Haushaltsmittel in Höhe von 30.000 EUR zurückzumelden. Bei der Planungsstelle 1.1.4.1.2.52313100 (Bauunterhaltung Haustechnik; Dienstgebäude) wurden ebenfalls Mittel zur Deckung der o.g. außerplanmäßigen Auszahlung eingesetzt, sodass auch hier Mittel in Höhe von 16.000 EUR zurückzumelden sind. Weiterhin wurden bei der Planungsstelle 1.1.4.1.2.52313030 (Bauunterhaltung; angemietete Objekte Asyl) Haushaltsmittel zur Deckung einer außerplanmäßigen Auszahlung (Beschlussvorlage: X/0940/2016; Objekt: Sparkasse Oppenheim) herangezogen, sodass auch hier Mittel in Höhe von 20.000 EUR zurückgemeldet werden.

Ein- und Auszahlungen für Investitionsmaßnahmen:
Der Neubau zur Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Asylbewerbern in Waldalgesheim wird aufgrund der geringen Anzahl der ankommenden Flüchtlinge nicht ausgeführt. Im Nachtragshaushalt 2016 werden Mittel in Höhe von 1,1 Mio. EUR zurückgemeldet. Die eingesparten Haushaltsmittel werden zur Deckung der im Haushalt 2017 geplanten Errichtung eines Biomasseheizwerks am Schulzentrum Nieder-Olm (siehe Beschlussvorlage: X/0935/2016) verwendet.
Der Landkreis Mainz-Bingen hat die Immobilie „Kreuzhof“ in Nieder-Olm erworben. Für Umbaumaßnahmen zur Herstellung der Betriebsbereitschaft wurden zunächst 280.000 EUR außerplanmäßig mit Beschlussvorlage X/0888/2016 bereitgestellt, zusätzlich werden 150.000 EUR benötigt. Somit ergibt sich für diese Maßnahme ein Gesamtausgabebedarf in Höhe von 430.000 EUR, der im Nachtrag angemeldet werden muss.
Die Maßnahme zur Schaffung von Parkflächen am Dienstgebäude wird nicht umgesetzt. Hier wurden Haushaltsmittel in Höhe von 160.000 EUR zur Deckung der o.g. Beschlussvorlage: X/0888/2016 herangezogen, die im Nachtrag zurückgemeldet werden müssen.
Weiterhin wurde der Ankauf einer Liegenschaft der Sparkasse Mainz in Oppenheim, zur Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Asylbewerbern beschlossen. Für notwendige Umbaumaßnahmen wurden zunächst 20.000 EUR im Rahmen einer außerplanmäßigen Beschlussvorlage (X/0940/2016) zur Verfügung gestellt. Zusätzlich werden 150.000 EUR benötigt. Die Verwaltung geht von einem Gesamtausgabebedarf in Höhe von 170.000 EUR aus, der im Nachtragshaushalt 2016 veranschlagt wird.

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 06 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**06**	**Schulen und Gebäude**

Hauptproduktbereich	**1**	**Zentrale Verwaltung**	**verantwortlich:**	Herr Haas
Produktbereich	**1.1**	**Innere Verwaltung**		intern
Produktgruppe	**1.1.4**	**Zentrale Dienste**	**Rechtsbindung:**	funktional
Produkt	**1.1.4.1**	**Zentrales Grundstücks- und Gebäudemanagement**		

Teilergebnishaushalt **Ertrags- und Aufwandsarten (gem. § 2 Abs. 1 GemHVO)**			Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016
2	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge		283.438	82.438	201.000
	1.1.4.1.2.41590000	Sonstige Sonderposten (Pauschalwert aus Erträgen v. zu aktivierenden AIB's u.a.)	263.000	62.000	201.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte		16.200	16.200	0
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte		461.300	461.300	0
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen		250.600	250.600	0
8	+ andere aktivierte Eigenleistungen		222.717	222.717	0
9	+ Sonstige laufende Erträge		7.001	7.001	0
10	**Summe (1 bis 9) der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit**		**1.241.256**	**1.040.256**	**201.000**
11	- Personalaufwendungen		1.649.500	1.649.500	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		2.596.898	2.662.898	-66.000
	1.1.4.1.2.52313000	Unterhaltung der Gebäude einschl. Bestandteile, die dem Gebäude zuzurechnen sind	52.453	82.453	-30.000
	1.1.4.1.2.52313030	Bauunterhaltung (angemietete Objekte Asyl)	980.000	1.000.000	-20.000
	1.1.4.1.2.52313100	Bauunterhaltung Haustechnik	67.905	83.905	-16.000
14	- Abschreibungen gem. § 2 Abs. 1 Nr. 14 GemHVO		1.384.791	977.791	407.000
	1.1.4.1.2.53990000	Sonstige Abschreibungen Pauschalwert f.i.lfd.HH-Jahr z. aktivierende VMG`s	1.008.000	601.000	407.000
18	- Sonstige laufende Aufwendungen		1.291.742	1.171.742	120.000
	1.1.4.1.1.56211120	Miete (angemietete Objekte Asyl)	295.000	175.000	120.000
19	**Summe (11 bis 18) der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**		**6.922.931**	**6.461.931**	**461.000**
20	**Laufendes Ergebnis (10 ./. 19) aus Verwaltungstätigkeit**		**-5.681.675**	**-5.421.675**	**-260.000**
23	**Finanzergebnis (21 ./. 22)**		**0**	**0**	**0**
24	**Ordentliches Ergebnis (20 + 23)**		**-5.681.675**	**-5.421.675**	**-260.000**
27	**Außerordentliches Ergebnis (25 ./. 26)**		**0**	**0**	**0**
28	**Jahresergebnis des Teilhh.(24+27) vor Verr. der internen Leistungsbez.**		**-5.681.675**	**-5.421.675**	**-260.000**
31	**Saldo (29./.30) der Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbez.**		**0**	**0**	**0**
32	**Jahresergeb. (28+31) des Teilhaushalts nach Verr. der int. Leistungsbeziehungen**		**-5.681.675**	**-5.421.675**	**-260.000**

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 06 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**06**	**Schulen und Gebäude**

Hauptproduktbereich	**1**	**Zentrale Verwaltung**	**verantwortlich:**	Herr Haas
Produktbereich	**1.1**	**Innere Verwaltung**		intern
Produktgruppe	**1.1.4**	**Zentrale Dienste**	**Rechtsbindung:**	funktional
Produkt	**1.1.4.1**	**Zentrales Grundstücks- und Gebäudemanagement**		

Teilfinanzplan - Planung einzelner Investitionsmaßnahmen	Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016	Verpflichtungs-ermächtig. neu 2016	Verpflichtungs-ermächtig. alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016	Gesamt Einz./Ausz.
MN 7119 Schaffung von Wohnraum für unbegleitete minderjährige Asylbewerber (Waldalg.)							
Ein- und Auszahlungen für vorgenannte Investitionsmaßnahme:							
16 **Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
18 - Auszahlungen für Sachanlagen	37.982	1.137.982	-1.100.000	0	0	0	0
1.1.4.1.2/7119.78523000 Ausz f. Baumaßnahmen	0	1.100.000	-1.100.000	0	0	0	0
23 **Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**37.982**	**1.137.982**	**-1.100.000**	**0**	**0**	**0**	**0**
24 **Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**-37.982**	**-1.137.982**	**1.100.000**	**0**	**0**	**0**	**0**
MN 7120 Ankauf und Schaffung von Büroflächen							
Ein- und Auszahlungen für vorgenannte Investitionsmaßnahme:							
16 **Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
18 - Auszahlungen für Sachanlagen	430.000	0	430.000	0	0	0	0
1.1.4.1.2/7120.78523000 Ausz f. Baumaßnahmen	430.000	0	430.000	0	0	0	0
23 **Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**430.000**	**0**	**430.000**	**0**	**0**	**0**	**0**
24 **Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**-430.000**	**0**	**-430.000**	**0**	**0**	**0**	**0**
MN 7121 Schaffung von Parkflächen am Verwaltungsgebäude							
Ein- und Auszahlungen für vorgenannte Investitionsmaßnahme:							
16 **Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
18 - Auszahlungen für Sachanlagen	140.000	300.000	-160.000	0	0	0	0
1.1.4.1.2/7121.78523000 Ausz f. Baumaßnahmen	140.000	300.000	-160.000	0	0	0	0
23 **Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**140.000**	**300.000**	**-160.000**	**0**	**0**	**0**	**0**

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 06 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**06**	**Schulen und Gebäude**

Hauptproduktbereich	**1**	**Zentrale Verwaltung**	**verantwortlich:**	Herr Haas
Produktbereich	**1.1**	**Innere Verwaltung**		intern
Produktgruppe	**1.1.4**	**Zentrale Dienste**	**Rechtsbindung:**	funktional
Produkt	**1.1.4.1**	**Zentrales Grundstücks- und Gebäudemanagement**		

Teilfinanzplan - Planung einzelner Investitionsmaßnahmen	Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016	Verpflichtungs-ermächtig. neu 2016	Verpflichtungs-ermächtig. alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016	Gesamt Einz./Ausz.
24 **Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**-140.000**	**-300.000**	**160.000**	**0**	**0**	**0**	**0**
MN 7125 **Schaffung von Wohnraum für Asylbewerber (Sparkasse Oppenheim)**							
Ein- und Auszahlungen für vorgenannte Investitionsmaßnahme:							
16 **Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
18 - Auszahlungen für Sachanlagen	170.000	0	170.000	0	0	0	0
1.1.4.1.2/7125.78523000 Ausz f. Baumaßnahmen	170.000	0	170.000	0	0	0	0
23 **Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**170.000**	**0**	**170.000**	**0**	**0**	**0**	**0**
24 **Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**-170.000**	**0**	**-170.000**	**0**	**0**	**0**	**0**

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 06 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**06**	**Schulen und Gebäude**

Hauptproduktbereich	**2**	**Schule und Kultur**	**verantwortlich:**	Herr Haas
Produktbereich	**2.1**	**Schulträgeraufgaben - allgemeinbildende Schulen**		extern
Produktgruppe	**2.1.7**	**Gymnasien, Abendgymnasien, Kollegs**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**2.1.7.1**	**Stefan-George-Gymnasium, Bingen**		

Erläuterungen zum Produkt

Erträge:
Es liegen keine Anpassungen vor.

Aufwendungen:
Es liegen keine Anpassungen vor.

Ein- und Auszahlungen für Investitionsmaßnahmen:
Für den Neubau der Mensa am Gymnasium in Bingen ist die Fachabteilung zunächst von ungefähren Baukosten in Höhe von 1,5 Mio EUR (1,3 Mio EUR für die Baumaßnahme und 200.000 EUR für die küchentechnische Ausstattung) ausgegangen. Nachdem die Stadtverwaltung Bingen den Bau von zusätzlich 49 weiteren Parkplätzen in die Baugenehmigung aufgenommen hat, erhöht sich der Gesamtausgabebedarf auf rund 2 Mio EUR, sodass im Nachtrag 2016 weitere 500.000 EUR zu veranschlagen sind. Die zusätzlichen Mittel werden zur Abdeckung von unvorhersehbaren Leistungen veranschlagt.

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 06 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**06**	**Schulen und Gebäude**

Hauptproduktbereich	**2**	**Schule und Kultur**	**verantwortlich:**	Herr Haas
Produktbereich	**2.1**	**Schulträgeraufgaben - allgemeinbildende Schulen**		extern
Produktgruppe	**2.1.7**	**Gymnasien, Abendgymnasien, Kollegs**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**2.1.7.1**	**Stefan-George-Gymnasium, Bingen**		

Teilfinanzplan - Planung einzelner Investitionsmaßnahmen	Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016	Verpflichtungs-ermächtig. neu 2016	Verpflichtungs-ermächtig. alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016	Gesamt Einz./Ausz.
MN 6103 Erweiterung / Neubau Mensa							
Ein- und Auszahlungen für vorgenannte Investitionsmaßnahme:							
16 **Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
18 - Auszahlungen für Sachanlagen	1.255.683	755.683	500.000	0	0	0	0
2.1.7.1.1/6103.78523000 Ausz f. Baumaßnahmen	1.000.000	500.000	500.000	0	0	0	0
23 **Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**1.255.683**	**755.683**	**500.000**	**0**	**0**	**0**	**0**
24 **Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**-1.255.683**	**-755.683**	**-500.000**	**0**	**0**	**0**	**0**

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 06 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**06**	**Schulen und Gebäude**

Hauptproduktbereich	**2**	**Schule und Kultur**	**verantwortlich:**	Herr Haas
Produktbereich	**2.1**	**Schulträgeraufgaben - allgemeinbildende Schulen**		extern
Produktgruppe	**2.1.7**	**Gymnasien, Abendgymnasien, Kollegs**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**2.1.7.3**	**Gymnasium Nieder-Olm**		

Erläuterungen zum Produkt

Erträge:
Es liegen keine Anpassungen vor.

Aufwendungen:
Es liegen keine Anpassungen vor.

Ein- und Auszahlungen für Investitionsmaßnahmen:
Gemäß Bewilligungsbescheid des Landes Rheinland-Pfalz vom 25.06.2015 wird für den Bau der Sporthalle am Gymnasium in Nieder-Olm ein Landeszuschuss in Höhe von 600.000 EUR gewährt. Auf das Haushaltsjahr 2016 entfallen 30.000 EUR. Der Ansatz ist demnach um 70.000 EUR zu reduzieren.

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 06 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**06**	**Schulen und Gebäude**

Hauptproduktbereich	**2**	**Schule und Kultur**	**verantwortlich:**	Herr Haas
Produktbereich	**2.1**	**Schulträgeraufgaben - allgemeinbildende Schulen**		extern
Produktgruppe	**2.1.7**	**Gymnasien, Abendgymnasien, Kollegs**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**2.1.7.3**	**Gymnasium Nieder-Olm**		

Teilfinanzplan - Planung einzelner Investitionsmaßnahmen	Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016	Verpflichtungs-ermächtig. neu 2016	Verpflichtungs-ermächtig. alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016	Gesamt Einz./Ausz.
MN 6119 Neubau Dreifeldsporthalle							
Ein- und Auszahlungen für vorgenannte Investitionsmaßnahme:							
8 + Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	30.000	100.000	-70.000	0	0	0	0
2.1.7.3.1/6119.68166200 Anzahlungen auf Investitionszuwendungen vom Land	30.000	100.000	-70.000	0	0	0	0
16 **Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**30.000**	**100.000**	**-70.000**	**0**	**0**	**0**	**0**
23 **Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
24 **Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**30.000**	**100.000**	**-70.000**	**0**	**0**	**0**	**0**

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 06 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**06**	**Schulen und Gebäude**

Hauptproduktbereich	**2**	**Schule und Kultur**	**verantwortlich:**	Herr Haas
Produktbereich	**2.1**	**Schulträgeraufgaben - allgemeinbildende Schulen**		extern
Produktgruppe	**2.1.7**	**Gymnasien, Abendgymnasien, Kollegs**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**2.1.7.5**	**Gymnasium Nackenheim**		

Erläuterungen zum Produkt

Erträge:
Es liegen keine Anpassungen vor.

Aufwendungen:
Es liegen keine Anpassungen vor.

Ein- und Auszahlungen für Investitionsmaßnahmen:
Gemäß Bewilligungsbescheid des Landes Rheinland-Pfalz vom 25.06.2015 wird für den Bau der Sporthalle am Gymnasium in Nackenheim ein Landeszuschuss in Höhe von 600.000 EUR gewährt. Auf das Haushaltsjahr 2016 entfallen 30.000 EUR. Der Ansatz ist demnach um 70.000 EUR zu reduzieren.

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 06 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**06**	**Schulen und Gebäude**

Hauptproduktbereich	**2**	**Schule und Kultur**	**verantwortlich:**	Herr Haas
Produktbereich	**2.1**	**Schulträgeraufgaben - allgemeinbildende Schulen**		extern
Produktgruppe	**2.1.7**	**Gymnasien, Abendgymnasien, Kollegs**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**2.1.7.5**	**Gymnasium Nackenheim**		

Teilfinanzplan - Planung einzelner Investitionsmaßnahmen	Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016	Verpflichtungs-ermächtig. neu 2016	Verpflichtungs-ermächtig. alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016	Gesamt Einz./Ausz.
MN 6106 Neubau Dreifeldsporthalle							
Ein- und Auszahlungen für vorgenannte Investitionsmaßnahme:							
8 + Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	30.000	100.000	-70.000	0	0	0	0
2.1.7.5.1/6106.68166200 Anzahlungen auf Investitionszuwendungen vom Land	30.000	100.000	-70.000	0	0	0	0
16 **Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**30.000**	**100.000**	**-70.000**	**0**	**0**	**0**	**0**
23 **Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
24 **Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**30.000**	**100.000**	**-70.000**	**0**	**0**	**0**	**0**

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 06 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**06**	**Schulen und Gebäude**

Hauptproduktbereich	**2**	**Schule und Kultur**	**verantwortlich:**	Herr Haas
Produktbereich	**2.1**	**Schulträgeraufgaben - allgemeinbildende Schulen**		extern
Produktgruppe	**2.1.8**	**Integrierte Gesamtschulen**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**2.1.8.2**	**IGS Nieder-Olm**		

Erläuterungen zum Produkt

Erträge:
Es liegen keine Anpassungen vor.

Aufwendungen:
Es liegen keine Anpassungen vor.

Ein- und Auszahlungen für Investitionsmaßnahmen:
Für die Umgestaltung des Pausenhofs der Integrierten Gesamtschule in Nieder-Olm wurden die benötigten Haushaltsmittel zunächst auf einer konsumtiven Planungsstelle veranschlagt. Der Pausenhof wurde zwischenzeitlich jedoch komplett erneuert, sodass es sich um eine Investition handelt. Mit Beschlussvorlage X/0913/2016 wurden die Mittel in Höhe von 425.000 EUR außerplanmäßig auf einer investiven Planungsstelle bereitgestellt und sind nunmehr im Nachtragshaushalt 2016 zu veranschlagen. Die Deckung erfolgte über Ermächtigungen aus dem Vorjahr.

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 06 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**06**	**Schulen und Gebäude**

Hauptproduktbereich	**2**	**Schule und Kultur**	**verantwortlich:**	Herr Haas
Produktbereich	**2.1**	**Schulträgeraufgaben - allgemeinbildende Schulen**		extern
Produktgruppe	**2.1.8**	**Integrierte Gesamtschulen**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**2.1.8.2**	**IGS Nieder-Olm**		

Teilfinanzplan - Planung einzelner Investitionsmaßnahmen	Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016	Verpflichtungs-ermächtig. neu 2016	Verpflichtungs-ermächtig. alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016	Gesamt Einz./Ausz.
MN 6107 Erneuerung Pausenhof							
Ein- und Auszahlungen für vorgenannte Investitionsmaßnahme:							
16 **Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
18 - Auszahlungen für Sachanlagen	425.000	0	425.000	0	0	0	0
2.1.8.2.1/6107.78523000 Ausz f. Baumaßnahmen	425.000	0	425.000	0	0	0	0
23 **Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**425.000**	**0**	**425.000**	**0**	**0**	**0**	**0**
24 **Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**-425.000**	**0**	**-425.000**	**0**	**0**	**0**	**0**

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 06 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**06**	**Schulen und Gebäude**

Hauptproduktbereich	**2**	**Schule und Kultur**	**verantwortlich:**	Herr Haas
Produktbereich	**2.1**	**Schulträgeraufgaben - allgemeinbildende Schulen**		extern
Produktgruppe	**2.1.8**	**Integrierte Gesamtschulen**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**2.1.8.4**	**IGS Oppenheim**		

Erläuterungen zum Produkt

Erträge:
Es liegen keine Anpassungen vor.

Aufwendungen:
Es liegen keine Anpassungen vor.

Ein- und Auszahlungen für Investitionsmaßnahmen:
Die Erweiterungsmaßnahmen an der Integrierten Gesamtschule Oppenheim sind abgeschlossen. Zwischenzeitlich kam es zu einem Vergleich für die HLS-Arbeiten, sodass im Nachtragshaushalt 2016 weitere Mittel in Höhe von 100.000 EUR veranschlagt werden müssen.

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 06 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**06**	**Schulen und Gebäude**

Hauptproduktbereich	**2**	**Schule und Kultur**	**verantwortlich:**	Herr Haas
Produktbereich	**2.1**	**Schulträgeraufgaben - allgemeinbildende Schulen**		extern
Produktgruppe	**2.1.8**	**Integrierte Gesamtschulen**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**2.1.8.4**	**IGS Oppenheim**		

Teilfinanzplan - Planung einzelner Investitionsmaßnahmen	Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016	Verpflichtungs-ermächtig. neu 2016	Verpflichtungs-ermächtig. alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016	Gesamt Einz./Ausz.
MN 6101 Erweiterungsmaßnahmen							
Ein- und Auszahlungen für vorgenannte Investitionsmaßnahme:							
8 + Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	240.000	240.000	0	0	0	0	0
16 **Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**240.000**	**240.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
18 - Auszahlungen für Sachanlagen	180.000	80.000	100.000	0	0	0	0
2.1.8.4.1/6101.78523000 Ausz f. Baumaßnahmen	100.000	0	100.000	0	0	0	0
23 **Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**180.000**	**80.000**	**100.000**	**0**	**0**	**0**	**0**
24 **Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**60.000**	**160.000**	**-100.000**	**0**	**0**	**0**	**0**

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 06 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**06**	**Schulen und Gebäude**

Hauptproduktbereich	**2**	**Schule und Kultur**	**verantwortlich:**	Herr Haas
Produktbereich	**2.3**	**Schulträgeraufgaben - berufliche Schulen**		extern
Produktgruppe	**2.3.1**	**Berufsbildende Schulen**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**2.3.1.2**	**Berufsbildende Schule Ingelheim**		

Erläuterungen zum Produkt

Erträge:
Es liegen keine Anpassungen vor.

Aufwendungen:
Es liegen keine Anpassungen vor.

Ein- und Auszahlungen für Investitionsmaßnahmen:
Die Maßnahme „Neubau BBS Ingelheim“ wurde zur Deckung einer außerplanmäßigen Auszahlung (Beschlussvorlage: X/0888/2016) herangezogen. Im Nachtragshaushalt sind Haushaltsmittel in Höhe von 74.000 EUR zurückzumelden.

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 06 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**06**	**Schulen und Gebäude**

Hauptproduktbereich	**2**	**Schule und Kultur**	**verantwortlich:**	Herr Haas
Produktbereich	**2.3**	**Schulträgeraufgaben - berufliche Schulen**		extern
Produktgruppe	**2.3.1**	**Berufsbildende Schulen**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**2.3.1.2**	**Berufsbildende Schule Ingelheim**		

Teilfinanzplan - Planung einzelner Investitionsmaßnahmen	Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016	Verpflichtungs-ermächtig. neu 2016	Verpflichtungs-ermächtig. alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016	Gesamt Einz./Ausz.
MN 6120 **Neubau des Schulgebäudes**							
Ein- und Auszahlungen für vorgenannte Investitionsmaßnahme:							
16 **Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
18 - Auszahlungen für Sachanlagen	1.771.647	1.845.647	-74.000	0	0	0	0
2.3.1.2.1/6120.78523000 Ausz f. Baumaßnahmen	1.726.000	1.800.000	-74.000	0	0	0	0
23 **Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**1.771.647**	**1.845.647**	**-74.000**	**0**	**0**	**0**	**0**
24 **Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**-1.771.647**	**-1.845.647**	**74.000**	**0**	**0**	**0**	**0**

Teilhaushalt 07 Jugend, Familie und Sport

Teilergebnishaushalt **Ertrags- und Aufwandsarten (gem. § 2 Abs. 1 GemHVO)**	Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016
2 + Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge	39.496.295	34.604.480	4.891.815
3 + Erträge der sozialen Sicherung	10.480.170	12.880.170	-2.400.000
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.400	2.400	0
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	27.360	27.360	0
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	379.600	379.600	0
9 + Sonstige laufende Erträge	5.800	5.800	0
10 **Summe (1 bis 9) der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit**	**50.391.625**	**47.899.810**	**2.491.815**
11 - Personalaufwendungen	6.077.600	6.077.600	0
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	275.120	255.120	20.000
14 - Abschreibungen gem. § 2 Abs. 1 Nr. 14 GemHVO	964.461	964.461	0
16 - Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	65.737.153	60.183.232	5.553.921
17 - Aufwendungen der sozialen Sicherung	41.076.060	40.576.060	500.000
18 - Sonstige laufende Aufwendungen	158.200	158.200	0
19 **Summe (11 bis 18) der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**	**114.288.594**	**108.214.673**	**6.073.921**
20 **Laufendes Ergebnis (10 ./. 19) aus Verwaltungstätigkeit**	**-63.896.969**	**-60.314.863**	**-3.582.106**
23 **Finanzergebnis (21 ./. 22)**	**0**	**0**	**0**
24 **Ordentliches Ergebnis (20 + 23)**	**-63.896.969**	**-60.314.863**	**-3.582.106**
27 **Außerordentliches Ergebnis (25 ./. 26)**	**0**	**0**	**0**
28 **Jahresergebnis des Teilhh.(24+27) vor Verr. der internen Leistungsbez.**	**-63.896.969**	**-60.314.863**	**-3.582.106**
31 **Saldo (29./.30) der Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbez.**	**0**	**0**	**0**
32 **Jahresergeb. (28+31) des Teilhaushalts nach Verr. der int. Leistungsbeziehungen**	**-63.896.969**	**-60.314.863**	**-3.582.106**

Haushaltsplan 2016 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt **07** **Jugend, Familie und Sport**

	Teilfinanzhaushalt **Ein- und Auszahlungsarten (gem. § 3 Abs. 1 GemHVO)**	Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016
1	Saldo der lfd. Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit (FHH 18)	-62.935.165	-59.353.059	-3.582.106
2	Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und -auszahlungen (FHH 21)	0	0	0
3	Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen (1 + 2)	-62.935.165	-59.353.059	-3.582.106
4	Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen (FHH 25)	0	0	0
5	Saldo der ordl. u. außerordl. Ein- u. Ausz. vor Verr. der int. Leist.Bez. (3+4)	-62.935.165	-59.353.059	-3.582.106
6	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0
7	Saldo der ordl. u. außerordl. Ein- u. Ausz. nach Verr. der int. Leist.Bez. (5+6)	-62.935.165	-59.353.059	-3.582.106
8	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	10.000	0	10.000
16	Summe (8 bis 15) der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	10.000	0	10.000
17	- Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	888.000	888.000	0
18	- Auszahlungen für Sachanlagen	25.000	15.000	10.000
23	Summe (17 bis 22) der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	913.000	903.000	10.000
24	Saldo (16 ./. 23) der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-903.000	-903.000	0
25	Finanzmittelüberschuss / -fehlbetrag des Teilhaushalts (7 + 24)	-63.838.165	-60.256.059	-3.582.106
28	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionskrediten**	**0**	**0**	**0**
31	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Krediten zur Liquiditätssicherung**	**0**	**0**	**0**
34	**Veränderung der liquiden Mittel**	**0**	**0**	**0**

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 07 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**07**	**Jugend, Familie und Sport**

Hauptproduktbereich	**3**	**Soziales und Jugend**	**verantwortlich:**	Frau Schott
Produktbereich	**3.6**	**Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**		extern
Produktgruppe	**3.6.1**	**Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**3.6.1.0**	**Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege**		

Beschreibung

Förderung von Eltern mit geringem Einkommen durch Übernahme der Elternbeiträge in Kindergärten, Horten und anderen Einrichtungen. Zur Förderung der Entwicklung des Kindes in den ersten Lebensjahren kann auch eine Betreuungsperson für einen Teil des Tages oder ganztags entweder im eigenen oder im Haushalt des Personensorgeberechtigten vermittelt werden. Durch diese Förderungen sollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert und Alleinerziehende und finanzschwache Familien unterstützt werden.

Auftrag

Kinder- und Jugendhilfegesetz KJHG, Kindertagesstättengesetz (KitaG), Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG)

Zielgruppe

Eltern und Alleinerziehende mit Kindern

Leistungen zum Produkt

3.6.1.0.1 - Übernahme der Elternbeiträgen in Tageseinrichtungen
Wirtschaftliche Unterstützung von Eltern; Vermeidung von sozialen Härten durch Übernahme von Elternbeiträgen in Tageseinrichtungen.

3.6.1.0.2 - Zuschüsse für Tagespflegestellen
Wirtschaftliche Unterstützung von Eltern; Vermeidung von sozialen Härten durch Gewährung von Zuschüssen für Tagespflegestellen.

3.6.1.0.3 - Vermittlung von Betreuungsstellen
Die Tagespflegeperson und der Personensorgeberechtigte sollen zum Wohl des Kindes zusammenarbeiten. Sie haben Anspruch auf Beratung und Qualifizierung in allen Fragen der Tagespflege. Es soll sichergestellt sein,
dass ausreichend Tagespflegestellen flächendeckend zur Verfügung stehen. Die Vermittlung in Tagespflegestellen soll zeitnah erfolgen. Zusammenschlüsse von Tagespflegepersonen sollen beraten, unterstützt und gefördert werden.

3.6.1.0.4 - Qualifizierung von Tagespflegepersonen
Organisation und Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen in allen Fragen der Tagespflege.

Erläuterungen zum Produkt

Der Landkreis Mainz-Bingen erhält aufgrund des Wegfalls des Betreuungsgeldes für die Jahre 2016 bis 2018 jährliche eine Zuweisung vom Land Rheinland-Pfalz in Höhe von 875.121,00 EUR. Diese ist bestimmt für Maßnahmen und Investitionen zur Verbesserung der Kindertagesbetreuung im Zuge der Änderung des Finanzausgleichsgesetzes durch das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz. Für die Kindertagespflege werden hiervon 20 000,00 EUR konsumtiv und 10.000,00 EUR investiv veranschlagt.

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 07 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**07**	**Jugend, Familie und Sport**

Hauptproduktbereich	**3**	**Soziales und Jugend**	**verantwortlich:**	Frau Schott
Produktbereich	**3.6**	**Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**		extern
Produktgruppe	**3.6.1**	**Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**3.6.1.0**	**Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege**		

Teilergebnishaushalt **Ertrags- und Aufwandsarten (gem. § 2 Abs. 1 GemHVO)**		Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016
2 + Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge		31.657	11.657	20.000
3.6.1.0.2.41442000	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke vom Land	29.000	9.000	20.000
3 + Erträge der sozialen Sicherung		339.350	339.350	0
10 **Summe (1 bis 9) der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit**		**371.007**	**351.007**	**20.000**
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		29.000	9.000	20.000
3.6.1.0.2.52380000	Geringwertige Geräte u. sonstige Gebrauchsgegenstände bis einschl. 410 € netto	29.000	9.000	20.000
14 - Abschreibungen gem. § 2 Abs. 1 Nr. 14 GemHVO		2.652	2.652	0
17 - Aufwendungen der sozialen Sicherung		1.259.500	1.259.500	0
18 - Sonstige laufende Aufwendungen		129.780	129.780	0
19 **Summe (11 bis 18) der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**		**1.420.932**	**1.400.932**	**20.000**
20 **Laufendes Ergebnis (10 ./. 19) aus Verwaltungstätigkeit**		**-1.049.925**	**-1.049.925**	**0**
23 **Finanzergebnis (21 ./. 22)**		**0**	**0**	**0**
24 **Ordentliches Ergebnis (20 + 23)**		**-1.049.925**	**-1.049.925**	**0**
27 **Außerordentliches Ergebnis (25 ./. 26)**		**0**	**0**	**0**
28 **Jahresergebnis des Teilhh.(24+27) vor Verr. der internen Leistungsbez.**		**-1.049.925**	**-1.049.925**	**0**
31 **Saldo (29./.30) der Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbez.**		**0**	**0**	**0**
32 **Jahresergeb. (28+31) des Teilhaushalts nach Verr. der int. Leistungsbeziehungen**		**-1.049.925**	**-1.049.925**	**0**

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 07 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**07**	**Jugend, Familie und Sport**

Hauptproduktbereich	**3**	**Soziales und Jugend**	**verantwortlich:**	Frau Schott
Produktbereich	**3.6**	**Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**		extern
Produktgruppe	**3.6.1**	**Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**3.6.1.0**	**Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege**		

Teilfinanzplan - Planung einzelner Investitionsmaßnahmen	Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016	Verpflichtungs-ermächtig. neu 2016	Verpflichtungs-ermächtig. alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016	Gesamt Einz./Ausz.
MN 7405 Materialpool Kindertagespflege							
Ein- und Auszahlungen für vorgenannte Investitionsmaßnahme:							
8 + Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	10.000	0	10.000	0	0	0	0
3.6.1.0.2/7405.68142000 Investitionszuwendungen vom Land	10.000	0	10.000	0	0	0	0
16 **Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**10.000**	**0**	**10.000**	**0**	**0**	**0**	**0**
18 - Auszahlungen für Sachanlagen	10.000	0	10.000	0	0	0	0
3.6.1.0.2/7405.78571000 Auszahlungen für bewegl. Sachen des Anlagevermögens oberhalb der Wertgrenze	10.000	0	10.000	0	0	0	0
23 **Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**10.000**	**0**	**10.000**	**0**	**0**	**0**	**0**
24 **Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 07 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**07**	**Jugend, Familie und Sport**

Hauptproduktbereich	**3**	**Soziales und Jugend**	**verantwortlich:**	Frau Schott
Produktbereich	**3.6**	**Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**		extern
Produktgruppe	**3.6.3**	**Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**3.6.3.3**	**Hilfe zur Erziehung**		

Beschreibung

Hilfe zur Erziehung wird erforderlich, wenn eine dem Wohl des Kindes, Jugendlichen und jungen Volljährigen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist und die Hilfe für seine Entwicklung geeignet und notwendig ist. Hilfe zur Erziehung umfasst insbesondere die Gewährung pädagogischer und damit verbundener therapeutischer Leistungen sowie bei Bedarf auch Ausbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen. Die Art und Umfang der Hilfe richtet sich nach dem erzieherischen Bedarf im Einzelfall; dabei soll das engere soziale Umfeld des Kindes, Jugendlichen oder jungen Volljährigen einbezogen werden.

Auftrag

Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG), Landesgesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (AGKJHG)

Zielgruppe

Kinder, Jugendliche und junge Volljährigen, Mütter und Väter, Alleinerziehende, Personensorgeberechtigte

Leistungen zum Produkt

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 07 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**07**	**Jugend, Familie und Sport**

Hauptproduktbereich	**3**	**Soziales und Jugend**	**verantwortlich:**	Frau Schott
Produktbereich	**3.6**	**Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**		extern
Produktgruppe	**3.6.3**	**Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**3.6.3.3**	**Hilfe zur Erziehung**		

3.6.3.3.1 - Institutionelle Beratung
Erziehungs-, Jugend-, Familien-, Ehe- und Suchtberatungsstellen sollen Kinder, Jugendliche, junge Volljährige, Eltern und andere Erziehungsberechtigte bei der Klärung und Bewältigung individueller und familienbezogener Probleme unterstützen.

3.6.3.3.2 - Soziale Gruppenarbeit
Die Teilnahme an sozialer Gruppenarbeit soll Kindern / Jugendlichen und jungen Volljährigen bei der Überwindung von Entwicklungsproblemen helfen.

3.6.3.3.3 - Erziehungsbeistand, Betreuungshelfer
Der Erziehungsbeistand und der Betreuungshelfer sollen das Kind / den Jugendlichen oder jungen Volljährigen bei der Bewältigung von Entwicklungsproblemen möglichst unter Einbeziehung des sozialen Umfeldes unterstützen und unter Erhaltung des Lebensbezugs zur Familie seine Verselbständigung fördern.

3.6.3.3.4 - Sozialpädagogische Familienhilfe
Durch intensive Betreuung und Begleitung sollen Familien unterstützt und Hilfe zur Selbsthilfe gegeben werden für:
Erziehungsaufgaben (Anleitung zur Kindererziehung und Entwicklungsförderung), Bewältigung von Alltagsproblemen (Strukturierung des Tagesablaufes, Einteilung des Haushaltsbudgets, Wahrnehmung von gesundheitlichen Belangen), Lösung von Konflikten und Krisen (Beziehungs- und Kommunikationsprobleme) Kontakt mit Ämtern und Institutionen (Schuldnerberatung, Geltendmachung von Ansprüchen).
Die Hilfe ist in der Regel auf längere Dauer angelegt und erfordert die Mitarbeit der Familie.

3.6.3.3.5 - Tagesgruppe
Die Hilfe soll die Entwicklung des Kindes oder des Jugendlichen durch soziales Lernen in der Gruppe, Begleitung der schulischen Förderung und Elternarbeit unterstützen. Dadurch soll der Verbleib des Kindes oder des Jugendlichen in seiner Familie gesichert werden. Die Hilfe kann auch in Familienpflege geleistet werden.

3.6.3.3.6 - Vollzeitpflege
Die Unterbringung in einer anderen Familie soll möglichst eine zeitlich befristete Erziehungshilfe sein.
Zur Gewinnung, Überprüfung und Begleitung qualifizierter Pflegestellen sind erforderlich: Durchführung von Bewerberseminaren; Organisation der Fortbildung von Pflegestellen, Qualifizierung der Pflegepersonen zu sonder- und sozialpädagogischen Pflegestellen; Beratung und Betreuung; Vermittlung zwischen Herkunftsfamilie, Pflegefamilie und Pflegekind; Begleitung von Besuchskontakten; Stabilisierung der Herkunftsfamilie und - soweit möglich - Rückführung ins Elternhaus bzw. Vorbereitung auf ein selbständiges Leben.

3.6.3.3.7 - Heimerziehung und betreutes Wohnen
Diese stationären Unterbringungsformen sollen Kinder/Jugendliche oder junge Volljährige durch eine Verbindung von Alltagserleben mit pädagogischen und therapeutischen Angeboten in Ihrer Entwicklung fördern, um eventuell eine Rückkehr in die Herkunftsfamilie zu erreichen oder um sie auf ein selbständiges Leben vorzubereiten.

3.6.3.3.8 - Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung
Diese Hilfe soll Jugendlichen gewährt werden, die einer intensiven Unterstützung zur sozialen Integration und zu einer eigenverantwortlichen Lebensführung bedürfen. Die Hilfe ist in der Regel auf längere Zeit angelegt und soll den individuellen Bedürfnissen des Jugendlichen Rechnung tragen.

3.6.3.3.9 - Andere Hilfen zur Erziehung
Erziehungshilfen, welche den klassischen Hilfearten nach den §§ 29-35 SGB VIII nicht zugeordnet werden können, werden als Einzelfallhilfen nach 27 (2) SGB VIII erfasst.
Dazu zählen z. B. Haushaltshilfen, Haushaltstraining, Hebammenbetreuung etc.

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 07 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**07**	**Jugend, Familie und Sport**

Hauptproduktbereich	**3**	**Soziales und Jugend**	**verantwortlich:**	Frau Schott
Produktbereich	**3.6**	**Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**		extern
Produktgruppe	**3.6.3**	**Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**3.6.3.3**	**Hilfe zur Erziehung**		

Erläuterungen zum Produkt

Erträge:
Die Gesamtsumme der laufenden Erträge reduziert sich um 2.600.000 EUR von 8.071.800 EUR auf 5.471.800 EUR.

Die Mindererträge resultieren aus gesunkenen Kostenerstattungen vom überörtlichen Jugendhilfeträger sowie anderen Jugendämtern und Sozialleistungsträgern. Die Kostenerstattungen erfolgen zeitlich verzögert.

- Andere Kommunen (100.000 EUR 3.6.3.3.6.42412000 und 300.000 EUR 3.6.3.3.6.42413000),
- Überörtlicher Jugendhilfeträger (2.000.000 EUR 3.6.3.3.7.42411110 und 100.000 EUR 3.6.3.3.7.42411000)
- Sozialleistungsträger (100.000 EUR 3.6.3.3.7.42233000)

Aufwendungen:
Die Gesamtsumme der Aufwendungen verbleibt bei 28.698.800 EUR. Allerdings finden aufgrund der aktuellen Fallzahl- und Ausgabeentwicklung folgende Veränderungen statt.

- - 100.000 EUR (3.6.3.3.2 – Soziale Gruppenarbeit)
- + 100.000 EUR (3.6.3.3.4 – Sozialpädagogische Familienhilfe)
- - 150.000 EUR (3.6.3.3.5 – Erziehung in der Tagesgruppe)
- + 150.000 EUR (3.6.3.3.6 – Vollzeitpflege)

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 07 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**07**	**Jugend, Familie und Sport**

Hauptproduktbereich	**3**	**Soziales und Jugend**	**verantwortlich:**	Frau Schott
Produktbereich	**3.6**	**Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**		extern
Produktgruppe	**3.6.3**	**Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**3.6.3.3**	**Hilfe zur Erziehung**		

Teilergebnishaushalt **Ertrags- und Aufwandsarten (gem. § 2 Abs. 1 GemHVO)**		Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016
3 + Erträge der sozialen Sicherung		5.446.800	8.046.800	-2.600.000
3.6.3.3.6.42412000	Kostenbeteiligung u. -erstattung SGB VIII, überörtl. Träger, von Landkreisen	100.000	200.000	-100.000
3.6.3.3.6.42413000	Kostenbeteiligung u. -erstattung SGB VIII, überörtl. Träger, v.krsfr.Städten	400.000	700.000	-300.000
3.6.3.3.7.42233000	Ersatz soz. Leistg. in Einr.örtl. Träger mit eig. Ko.beteilig.v. Soz.leist.träge	100.000	200.000	-100.000
3.6.3.3.7.42411000	Kostenbeteiligung u. -erstattung SGB VIII, überörtl. Träger, vom Land	1.094.000	1.194.000	-100.000
3.6.3.3.7.42411110	Kostenerst. überörtl. Tr. gem. § 89 d SGB VIII, UMA	1.203.000	3.203.000	-2.000.000
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen		20.000	20.000	0
9 + Sonstige laufende Erträge		5.000	5.000	0
10 **Summe (1 bis 9) der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit**		**5.471.800**	**8.071.800**	**-2.600.000**
17 - Aufwendungen der sozialen Sicherung		28.698.800	28.698.800	0
3.6.3.3.2.55510000	Leistungen außerhalb von Einrichtungen	2.500.000	2.600.000	-100.000
3.6.3.3.4.55510000	Leistungen außerhalb von Einrichtungen	3.550.000	3.450.000	100.000
3.6.3.3.5.55520000	Leistungen innerhalb von Einrichtungen (in voll- u. teilstation. Einrichtungen)	1.050.000	1.200.000	-150.000
3.6.3.3.6.55510000	Leistungen außerhalb von Einrichtungen	2.775.000	2.625.000	150.000
19 **Summe (11 bis 18) der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**		**28.698.800**	**28.698.800**	**0**
20 **Laufendes Ergebnis (10 ./. 19) aus Verwaltungstätigkeit**		**-23.227.000**	**-20.627.000**	**-2.600.000**
23 **Finanzergebnis (21 ./. 22)**		**0**	**0**	**0**
24 **Ordentliches Ergebnis (20 + 23)**		**-23.227.000**	**-20.627.000**	**-2.600.000**
27 **Außerordentliches Ergebnis (25 ./. 26)**		**0**	**0**	**0**
28 **Jahresergebnis des Teilhh.(24+27) vor Verr. der internen Leistungsbez.**		**-23.227.000**	**-20.627.000**	**-2.600.000**
31 **Saldo (29./.30) der Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbez.**		**0**	**0**	**0**
32 **Jahresergeb. (28+31) des Teilhaushalts nach Verr. der int. Leistungsbeziehungen**		**-23.227.000**	**-20.627.000**	**-2.600.000**

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 07 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**07**	**Jugend, Familie und Sport**

Hauptproduktbereich	**3**	**Soziales und Jugend**	**verantwortlich:**	Frau Schott
Produktbereich	**3.6**	**Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**		extern
Produktgruppe	**3.6.3**	**Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**3.6.3.5**	**Inobhutnahme und Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Menschen**		

Beschreibung

Das Jugendamt ist verpflichtet, ein Kind oder einen Jugendlichen in seine Obhut zu nehmen, wenn das Kind oder der Jugendliche darum bittet oder wenn eine dringende Gefahr für das Wohl des Kindes oder des Jugendlichen die Inobhutnahme erfordert. Kinder und Jugendliche haben Anspruch auf Eingliederungshilfe, wenn ihre seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als 6 Monate von dem für ihr Lebensalter typischen Zustand abweicht und ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist oder eine solche Beeinträchtigung zu erwarten ist.

Auftrag

Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG), Landesgesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (AGKJHG)

Zielgruppe

Kinder, Jugendliche und Eltern, Personensorge- oder Erziehungsberechtigte

Leistungen zum Produkt

3.6.3.5.1 - Inobhutnahme, Notaufnahme
Abklärung der Not- bzw. Konfliktsituation; Beratung der Beteiligten; Erarbeitung und Einleitung einer geeigneten, bedarfgerechten Hilfemaßnahme oder begleitete Rückführung mit Nachbetreuung unter Einbindung anderer Dienste; Information des Familiengerichtes; ständiger Ansprechpartner im Jugendamt.

3.6.3.5.2 - Ambulante Frühförderung
Überprüfung der Antragsunterlagen und der Stellungnahmen; Gewährung der bedarfsgerechten Einzelfallhilfe, um die Behinderung bzw. die drohende Behinderung abzuwenden; Wiedereingliederung der behinderten jungen Menschen in die Gesellschaft.

3.6.3.5.3 - Teilstationäre Leistungen
Überprüfung der Antragsunterlagen und der Stellungnahmen; Gewährung der bedarfsgerechten Einzelfallhilfe, um die Behinderung bzw. die drohende Behinderung abzuwenden; Wiedereingliederung der behinderten jungen Menschen in die Gesellschaft.

3.6.3.5.4 - Stationäre Leistungen
Überprüfung der Antragsunterlagen und der Stellungnahmen; Gewährung der bedarfsgerechten Einzelfallhilfe, um die Behinderung bzw. die drohende Behinderung abzuwenden; Wiedereingliederung der behinderten jungen Menschen in die Gesellschaft.

3.6.3.5.5 - Ambulante Leistungen
Überprüfung der Antragsunterlagen und der Stellungnahmen; Gewährung der bedarfsgerechten Einzelfallhilfe, um die Behinderung bzw. die drohende Behinderung abzuwenden; Wiedereingliederung der behinderten jungen Menschen in die Gesellschaft.

Erläuterungen zum Produkt

Erträge:
Die Gesamtsumme der Erträge erhöht sich von 3.200.000 EUR auf 3.400.000 EUR. Aufgrund einer Kostenerstattung gemäß § 89c SGB VIII in einem kostenintensiven Einzelfall bei den Stationären Leistungen ist mit Mehrerträgen in Höhe von 200.000 EUR zu rechnen.

Aufwendungen:
Die Gesamtsumme der Aufwendungen erhöht sich von 6.556.200 EUR auf 7.056.200 EUR. Angesichts der Fallzahlentwicklung im Bereich der Inobhutnahmen (Leistung 3.6.3.5.1) von unbegleiteten minderjährigen Ausländern werden zusätzliche Mittel in Höhe von 500.000 EUR benötigt.

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 07 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**07**	**Jugend, Familie und Sport**

Hauptproduktbereich	**3**	**Soziales und Jugend**	**verantwortlich:**	Frau Schott
Produktbereich	**3.6**	**Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**		extern
Produktgruppe	**3.6.3**	**Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**3.6.3.5**	**Inobhutnahme und Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Menschen**		

Teilergebnishaushalt **Ertrags- und Aufwandsarten (gem. § 2 Abs. 1 GemHVO)**		Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016
3 + Erträge der sozialen Sicherung		3.400.000	3.200.000	200.000
3.6.3.5.4.42490000	Rückerstattung Jugendhilfeleistungen	210.000	10.000	200.000
10 **Summe (1 bis 9) der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit**		**3.400.000**	**3.200.000**	**200.000**
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		10.000	10.000	0
17 - Aufwendungen der sozialen Sicherung		7.046.200	6.546.200	500.000
3.6.3.5.1.55521000	Leistungen innerh.v.Einricht.(in voll- u.teilstat.Einr.) UMA,§§ 42,42a SGB VIII	4.244.000	3.744.000	500.000
19 **Summe (11 bis 18) der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**		**7.056.200**	**6.556.200**	**500.000**
20 **Laufendes Ergebnis (10 ./. 19) aus Verwaltungstätigkeit**		**-3.656.200**	**-3.356.200**	**-300.000**
23 **Finanzergebnis (21 ./. 22)**		**0**	**0**	**0**
24 **Ordentliches Ergebnis (20 + 23)**		**-3.656.200**	**-3.356.200**	**-300.000**
27 **Außerordentliches Ergebnis (25 ./. 26)**		**0**	**0**	**0**
28 **Jahresergebnis des Teilhh.(24+27) vor Verr. der internen Leistungsbez.**		**-3.656.200**	**-3.356.200**	**-300.000**
31 **Saldo (29./.30) der Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbez.**		**0**	**0**	**0**
32 **Jahresergeb. (28+31) des Teilhaushalts nach Verr. der int. Leistungsbeziehungen**		**-3.656.200**	**-3.356.200**	**-300.000**

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 07 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**07**	**Jugend, Familie und Sport**

Hauptproduktbereich	**3**	**Soziales und Jugend**	**verantwortlich:**	Frau Schott
Produktbereich	**3.6**	**Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**		extern
Produktgruppe	**3.6.5**	**Tageseinrichtungen für Kinder**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**3.6.5.0**	**Tageseinrichtungen für Kinder**		

Beschreibung

Ein Kind hat vom vollendeten zweiten Lebensjahr bis zum Schuleintritt Anspruch auf den Besuch einer Tageseinrichtung (Kindergarten, Krippe, Horte). Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben darauf hinzuwirken, dass für diese Altersgruppe ein bedarfgerechtes Angebot an Ganztagsplätzen oder ergänzende Förderung in der Kindertagespflege zur Verfügung steht. Für Kinder unter 2 Jahren und im schulpflichtigen Alter ist ein bedarfsgerechtes Angebot an Plätzen in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege vorzuhalten.

Auftrag

Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG), Kindertagesstättengesetz (KitaG), Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG)

Zielgruppe

Kinder (auch unter 2 Jahre und Schulkinder), Eltern, Träger und Mitarbeiter von Kindertagesstätten.

Leistungen zum Produkt

3.6.5.0.1 - Bedarfsplanung
Das Jugendamt hat zu gewährleisten, dass die erforderlichen Tageseinrichtungen (Kindergärten, notwendige Plätze für Kinder unter 2 Jahren und für Schulkinder) zur Verfügung stehen.
Dies erfolgt durch die Aufstellung eines jährlich fortzuschreibenden Bedarfsplanes.

3.6.5.0.2 - Betrieb und Finanzierung
Das Jugendamt hat darauf hinzuwirken, dass die im Bedarfsplan ausgewiesenen Tagesstätten durch anerkannte Träger der freien Jugendhilfe errichtet und betrieben werden. Auf eine Trägerschaftsvielfalt ist hinzuwirken.
Bezüglich der Finanzierung sind im KitaG die prozentualen Anteile des Landes, der Träger und Eltern festgelegt. Der Elternanteil darf maximal bei 17.5 % liegen.
Der Finanzanteil des Landkreises im Rahmen der Fehlbetragsausgleichspflicht ist prozentual nicht festgelegt und schwankt je nach Höhe der Festlegung der Elternanteile.
Entscheidung über die den Bau und die Ausstattung betreffenden Teil von Anträgen auf Erteilung der Betriebserlaubnis von Kindertagesstätten. Gewährung von Investitionszuschüssen.

3.6.5.0.3 - Kostenbeteiligung
Die im Einzugbereich der Kindertagesstätte liegenden Gemeinden sollen sich im Rahmen ihrer Finanzkraft an den Personalkosten beteiligen.
Die Landkreise beteiligen die Gemeinden an den Personalaufwendungen der freien Träger prozentual in der Höhe, die sie selbst aufbringen müssten, wenn sie Träger der Kindertagesstätte wären.

3.6.5.0.4 - Fachberatung
Pädagogische Fachberatung der Mitarbeiter von Tageseinrichtungen; Vernetzung der Einrichtungen durch Arbeitsgruppen und Treffen auf Leitungsebene; Planung und Durchführung von Fortbildungsangeboten; Vermittlung in Problemfällen.

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 07 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**07**	**Jugend, Familie und Sport**

Hauptproduktbereich	**3**	**Soziales und Jugend**	**verantwortlich:**	Frau Schott
Produktbereich	**3.6**	**Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**		extern
Produktgruppe	**3.6.5**	**Tageseinrichtungen für Kinder**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**3.6.5.0**	**Tageseinrichtungen für Kinder**		

Erläuterungen zum Produkt

Gemäß § 12 Abs. 4 KiTaG gewährt das Land im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs dem Träger des Jugendamtes für die Personalkosten von Kindertagesstätten zweckgebundene und von den notwendigen Aufwendungen abgängige Finanzzuweisungen (Kostenbeteiligung). Nach dem geltenden KiTaG beträgt der Anteil des Landes für

kommunale	Teilzeit-Kindergärten	27,5 v. H.
	Kindergärten mit mindestens 15 Ganztagsplätzen	30,0 v. H.
caritative	Teilzeit-Kindergärten	30,0 v. H.
	für Kindergärten mit mindestens 15 GZ-Plätzen	32,5 v. H.

Zusätzlich erhält der Landkreis Mainz-Bingen, bedingt durch den Wegfall des Betreuungsgeldes, für die Jahre 2016 bis 2018 jährlich eine Zuweisung vom Land Rheinland-Pfalz in Höhe von 875.121,00 EUR. Diese ist bestimmt für Maßnahmen und Investitionen zur Verbesserung der Kindertagesbetreuung im Zuge der Änderung des Finanzausgleichsgesetzes durch das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz. Für Tageseinrichtungen für Kinder werden insgesamt 845.121,00 EUR veranschlagt, davon werden 500.000 EUR an Gemeinden und Gemeindeverbände und 345.121,00 EUR an sonstige Träger weitergeleitet.

Die saldierte Verschlechterung von 682.106 EUR im Produkt Tageseinrichtungen für Kinder ist verschiedenen Umständen geschuldet. Eine erhöhte Zuweisung der dem Krippenbereich zuzuordnenden Personalkosten erfolgt aufgrund der Abrechnung sog. „fiktiver Krippengruppen“ gem. §12 Abs. 3 Satz 2 KiTaG. Demnach werden Träger von Kindergärten nach § 1 Abs. 2 mit einem altersgemischten Angebot, die Gruppen für Kinder unter drei Jahren mit mindestens 8 Plätzen oder Hortgruppen die mindestens 15 Plätzen bilden könnten, zur Berechnung der Eigenleistung so gestellt, als hätten sie tatsächlich diese Gruppen gebildet.

Abschließend ist festzustellen, dass die geplanten Ansätze in der Summe ausreichend sind, es kommt lediglich zu Verschiebungen zwischen Planungsstellen. Auch der Umstand, dass viele Träger inzwischen von der Möglichkeit Gebrauch machen, ab dem ersten Krankheitstag eine Vertretungskraft einzustellen trägt einen Anteil zu der Verschlechterung bei. Des Weiteren und durch den Zuzug von Asylbewerbern begründet, nutzen viele Träger die Möglichkeit Ausbauplätze mit entsprechendem Zusatzpersonal einzurichten.

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 07 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**07**	**Jugend, Familie und Sport**

Hauptproduktbereich	**3**	**Soziales und Jugend**	**verantwortlich:**	Frau Schott
Produktbereich	**3.6**	**Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**		extern
Produktgruppe	**3.6.5**	**Tageseinrichtungen für Kinder**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**3.6.5.0**	**Tageseinrichtungen für Kinder**		

Teilergebnishaushalt **Ertrags- und Aufwandsarten (gem. § 2 Abs. 1 GemHVO)**			Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016
2	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge		39.397.128	34.525.313	4.871.815
	3.6.5.0.3.41442010	Kostenbeteiligung Land Kindergärten (Personalkosten freie u. komm. Träger)	19.751.982	21.450.768	-1.698.786
	3.6.5.0.3.41442020	Kostenbeteiligung Land Horte, Krippen, Sonstige	5.678.000	3.115.920	2.562.080
	3.6.5.0.3.41442030	Kostenbeteiligung Land Beitragsfreiheit	11.748.000	8.584.600	3.163.400
	3.6.5.0.3.41442060	Landeszuw. f. Maßnahmen z. Verbesserung der Kindertagesbetreuung	845.121	0	845.121
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen		7.500	7.500	0
10	**Summe (1 bis 9) der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit**		**39.404.628**	**34.532.813**	**4.871.815**
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		15.000	15.000	0
14	- Abschreibungen gem. § 2 Abs. 1 Nr. 14 GemHVO		829.008	829.008	0
16	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen		65.692.103	60.138.182	5.553.921
	3.6.5.0.3.54143100	Personalkostenbeteiligungen Kindergärten (kommunale Träger)	32.816.125	30.742.125	2.074.000
	3.6.5.0.3.54143300	Beitragsfreiheit (kommunale Träger)	7.321.200	5.408.300	1.912.900
	3.6.5.0.3.54143500	Weiterl. Landeszuw. z. Verbesserung d. Kindertagesbetr. a. Gemeinden u.Gem.verb.	500.000	0	500.000
	3.6.5.0.3.54193000	Personalkostenbeteiligungen Horte, Krippen, Sonstige (freie Träger)	1.576.800	1.268.600	308.200
	3.6.5.0.3.54194000	Beitragsfreiheit (freie Träger)	3.590.000	3.176.300	413.700
	3.6.5.0.3.54196000	Weiterl. Landeszuw. z. Verbesserung d. Kindertagesbetr. an Sonstige	345.121	0	345.121
19	**Summe (11 bis 18) der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**		**66.536.111**	**60.982.190**	**5.553.921**
20	**Laufendes Ergebnis (10 ./. 19) aus Verwaltungstätigkeit**		**-27.131.483**	**-26.449.377**	**-682.106**
23	**Finanzergebnis (21 ./. 22)**		**0**	**0**	**0**
24	**Ordentliches Ergebnis (20 + 23)**		**-27.131.483**	**-26.449.377**	**-682.106**
27	**Außerordentliches Ergebnis (25 ./. 26)**		**0**	**0**	**0**
28	**Jahresergebnis des Teilhh.(24+27) vor Verr. der internen Leistungsbez.**		**-27.131.483**	**-26.449.377**	**-682.106**
31	**Saldo (29./.30) der Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbez.**		**0**	**0**	**0**
32	**Jahresergeb. (28+31) des Teilhaushalts nach Verr. der int. Leistungsbeziehungen**		**-27.131.483**	**-26.449.377**	**-682.106**

Haushaltsplan 2016 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt 08 Soziale Hilfen

Teilergebnishaushalt **Ertrags- und Aufwandsarten (gem. § 2 Abs. 1 GemHVO)**	Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016
2 + Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge	300.000	200.000	100.000
3 + Erträge der sozialen Sicherung	94.119.412	94.621.278	-501.866
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	796.500	796.500	0
9 + Sonstige laufende Erträge	403	403	0
10 **Summe (1 bis 9) der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit**	**95.216.315**	**95.618.181**	**-401.866**
11 - Personalaufwendungen	3.557.500	3.557.500	0
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	207.000	107.000	100.000
14 - Abschreibungen gem. § 2 Abs. 1 Nr. 14 GemHVO	211.670	211.670	0
16 - Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	1.600.000	2.200.000	-600.000
17 - Aufwendungen der sozialen Sicherung	132.678.535	127.197.467	5.481.068
18 - Sonstige laufende Aufwendungen	17.891	17.891	0
19 **Summe (11 bis 18) der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**	**138.272.596**	**133.291.528**	**4.981.068**
20 **Laufendes Ergebnis (10 ./. 19) aus Verwaltungstätigkeit**	**-43.056.281**	**-37.673.347**	**-5.382.934**
23 **Finanzergebnis (21 ./. 22)**	**0**	**0**	**0**
24 **Ordentliches Ergebnis (20 + 23)**	**-43.056.281**	**-37.673.347**	**-5.382.934**
27 **Außerordentliches Ergebnis (25 ./. 26)**	**0**	**0**	**0**
28 **Jahresergebnis des Teilhh.(24+27) vor Verr. der internen Leistungsbez.**	**-43.056.281**	**-37.673.347**	**-5.382.934**
31 **Saldo (29./.30) der Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbez.**	**0**	**0**	**0**
32 **Jahresergeb. (28+31) des Teilhaushalts nach Verr. der int. Leistungsbeziehungen**	**-43.056.281**	**-37.673.347**	**-5.382.934**

Haushaltsplan 2016 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt **08** **Soziale Hilfen**

	Teilfinanzhaushalt **Ein- und Auszahlungsarten (gem. § 3 Abs. 1 GemHVO)**	Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016
1	Saldo der lfd. Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit (FHH 18)	-42.844.611	-37.461.677	-5.382.934
2	Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und -auszahlungen (FHH 21)	0	0	0
3	Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen (1 + 2)	-42.844.611	-37.461.677	-5.382.934
4	Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen (FHH 25)	0	0	0
5	Saldo der ordl. u. außerordl. Ein- u. Ausz. vor Verr. der int. Leist.Bez. (3+4)	-42.844.611	-37.461.677	-5.382.934
6	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0
7	Saldo der ordl. u. außerordl. Ein- u. Ausz. nach Verr. der int. Leist.Bez. (5+6)	-42.844.611	-37.461.677	-5.382.934
16	Summe (8 bis 15) der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0
17	- Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	110.000	30.000	80.000
23	Summe (17 bis 22) der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	110.000	30.000	80.000
24	Saldo (16 ./. 23) der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-110.000	-30.000	-80.000
25	Finanzmittelüberschuss / -fehlbetrag des Teilhaushalts (7 + 24)	-42.954.611	-37.491.677	-5.462.934
28	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionskrediten**	**0**	**0**	**0**
31	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Krediten zur Liquiditätssicherung**	**0**	**0**	**0**
34	**Veränderung der liquiden Mittel**	**0**	**0**	**0**

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 08 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**08**	**Soziale Hilfen**

Hauptproduktbereich	**3**	**Soziales und Jugend**	**verantwortlich:**	Frau Weber
Produktbereich	**3.1**	**Soziale Hilfen**		extern
Produktgruppe	**3.1.1**	**Grundversorgung und Hilfen in anderen Lebenslagen**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**3.1.1.1**	**Hilfe zum Lebensunterhalt**		

Beschreibung

Leistungen an vorübergehend nicht erwerbsfähige Personen und Kinder unter 14 Jahren, soweit kein Anspruch auf Sozialgeld nach dem SGB II besteht, zur Sicherung des Lebensunterhaltes, sofern diese unter Berücksichtigung von Einkommen und Vermögen bedürftig sind.

Auftrag

3. Kapitel Sozialgesetzbuch XII (SBB XII), Landesausführungsgesetz, Delegationssatzung Landkreis

Zielgruppe

Nicht dauerhaft erwerbsunfähige Personen, die derzeit ihren Lebensunterhalt aus eigenem Einkommen oder Vermögen nicht sicherstellen können

Leistungen zum Produkt

3.1.1.1.1 - Laufende Leistungen zum Lebensunterhalt innerhalb von Einrichtungen
Die laufenden Leistungen zum Lebensunterhalt werden als monatlich wiederkehrende Leistungen nach Regelsätzen und Mehrbedarfen gewährt. Sie decken den notwendigen Lebensbedarf ab (Ernährung, Kleidung, Unterkunft, Hausrat pp).

3.1.1.1.2 - Einmalige Leistungen zum Lebensunterhalt innerhalb von Einrichtungen
Einmalige Leistungen können neben den laufenden Leistungen in Ausnahmefällen erbracht werden (z.B. für Bekleidung)

3.1.1.1.3 - Kranken- u. Pflegeversicherungsbeiträge
Sofern der Hilfeempfänger freiwilliges Mitglied bei einem Krankenversicherungsträger ist, werden die Beiträge für die Kranken- und Pflegeversicherung übernommen.

3.1.1.1.4 - Leistungen außerhalb von Einrichtungen
Die Bearbeitung aller Leistungen die außerhalb von Einrichtungen gewährt werden, ist an die Delegationsgemeinden übertragen. Die Abrechnung erfolgt summarisch und weist unter den jetzt geltenden Kriterien keine Unterteilung auf.
Leistungen zur Bildung und Teilhabe.

Erläuterungen zum Produkt

3.1.1.1.4 Leistungen außerhalb von Einrichtungen
Die Aufwendungen der Delegationsgemeinden werden mit dem Landkreis zu 75% abgerechnet. Aufgrund eines erhöhten Abrechnungsvolumens seitens der Delegationsgemeinden ist der Ansatz um 110.000 EUR zu erhöhen.

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 08 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**08**	**Soziale Hilfen**

Hauptproduktbereich	**3**	**Soziales und Jugend**	**verantwortlich:**	Frau Weber
Produktbereich	**3.1**	**Soziale Hilfen**		extern
Produktgruppe	**3.1.1**	**Grundversorgung und Hilfen in anderen Lebenslagen**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**3.1.1.1**	**Hilfe zum Lebensunterhalt**		

Teilergebnishaushalt **Ertrags- und Aufwandsarten (gem. § 2 Abs. 1 GemHVO)**			Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016
3	+ Erträge der sozialen Sicherung		797.302	797.302	0
10	**Summe (1 bis 9) der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit**		**797.302**	**797.302**	**0**
17	- Aufwendungen der sozialen Sicherung		2.421.502	2.311.502	110.000
	3.1.1.1.4.55331000	Lfd. u. einm. Leist. m. 25% Gemeindebeteiligung	1.060.000	950.000	110.000
19	**Summe (11 bis 18) der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**		**2.421.502**	**2.311.502**	**110.000**
20	**Laufendes Ergebnis (10 ./. 19) aus Verwaltungstätigkeit**		**-1.624.200**	**-1.514.200**	**-110.000**
23	**Finanzergebnis (21 ./. 22)**		**0**	**0**	**0**
24	**Ordentliches Ergebnis (20 + 23)**		**-1.624.200**	**-1.514.200**	**-110.000**
27	**Außerordentliches Ergebnis (25 ./. 26)**		**0**	**0**	**0**
28	**Jahresergebnis des Teilhh.(24+27) vor Verr. der internen Leistungsbez.**		**-1.624.200**	**-1.514.200**	**-110.000**
31	**Saldo (29./.30) der Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbez.**		**0**	**0**	**0**
32	**Jahresergeb. (28+31) des Teilhaushalts nach Verr. der int. Leistungsbeziehungen**		**-1.624.200**	**-1.514.200**	**-110.000**

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 08 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**08**	**Soziale Hilfen**

Hauptproduktbereich	**3**	**Soziales und Jugend**	**verantwortlich:**	Herr Braden
Produktbereich	**3.1**	**Soziale Hilfen**		extern
Produktgruppe	**3.1.1**	**Grundversorgung und Hilfen in anderen Lebenslagen**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**3.1.1.5**	**Eingliederungshilfe für behinderte Menschen**		

Beschreibung

Eingliederungshilfe erhalten Personen, die durch eine Behinderung wesentlich in ihrer Fähigkeit, an der Gesellschaft teilzuhaben, eingeschränkt oder von einer solchen wesentlichen Behinderung bedroht sind. Darüber hinaus können Personen mit einer anderen körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung Leistungen der Eingliederungshilfe erhalten. Grundsätzlich sind die ambulanten Hilfen gegenüber den teilstationären oder stationären Hilfen vorrangig.

Auftrag

6. Kapitel Sozialgesetzbuch XII (SGB XII)

Zielgruppe

Nicht nur vorübergehend wesentlich behinderte oder von einer wesentlichen Behinderung bedrohte Personen.

Leistungen zum Produkt

3.1.1.5.1 - Hilfe nach Maß
Das Modellprojekt "Hilfe nach Maß" wurde zum 31.12.2013 durch das Land Rheinalnd-Pfalz eingestellt.

3.1.1.5.2 - Hilfen in betreuten Wohnformen
Leistungen zum selbstbestimmten Leben behinderter Menschen in betreuten Wohnmöglichkeiten an Stelle einer stationären Unterbringung.

3.1.1.5.3 - Sonstige ambulante Hilfen
Sonstige ärztliche oder ärztlich verordnete Maßnahmen zur Verhütung, Beseitigung oder Milderung der Behinderung (z. B. Leistungen bei Sprachtherapie, Autismus, Anschaffung von Hilfsmitteln etc.). Ambulante Leistungen zur Teilhabe.

3.1.1.5.4 - Leistungen der Teilhabe am Arbeitsleben oder Leistungen der Teilhabe zur Arbeit
Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) sind Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation für Menschen mit Behinderung, die wegen Art und Schwere ihrer Behinderung nicht, noch nicht oder noch nicht wieder auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt beschäftigt werden können. Bei Integration eines Menschen mit Behinderung in den 1. Arbeitsmarkt kann ein Budget für Arbeit nach dem Modellprojekt des Landes (einschl. Betreuungsleistungen in einer befristeten Übergangszeit) gewährt werden, wenn diese Person andernfalls nur in einer Werkstatt für behinderte Menschen beschäftigt werden könnte.

3.1.1.5.5 - Heilpädagogische Leistungen für Kinder
Heilpädagogische Leistungen für Kinder sind insbesondere die ambulante nichtmedizinische Frühförderung für Kinder im Vorschulalter, die Förderung in sog. Sonderkindergärten und die Hilfen zu einer angemessenen Schulausbildung (z. B. Integrationshilfe, Schulbegleitung, behinderungsbedingte Mehrkosten für Schülerbeförderung)

3.1.1.5.6 - Leistungen in Tagesstätten und Tagesförderstätten
Mit den Leistungen in Tagesstätten für behinderte Menschen oder in Tagesförderstätten wird der Betreuungsaufwand für ausgebildetes Fachpersonal übernommen, der durch die Betreuung bzw. Anleitung von behinderten Menschen zur Erlangung einer geordneten Tagesstruktur und zur Festigung des Persönlichkeitsbildes entsteht.

3.1.1.5.7 - Stationäre Hilfen
Übernahme der Heimkosten für eine vollstationäre Unterbringung im Rahmen der Eingliederungshilfe einschließlich eventueller Nebenkosten.

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 08 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**08**	**Soziale Hilfen**

Hauptproduktbereich	**3**	**Soziales und Jugend**	**verantwortlich:**	Herr Braden
Produktbereich	**3.1**	**Soziale Hilfen**		extern
Produktgruppe	**3.1.1**	**Grundversorgung und Hilfen in anderen Lebenslagen**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**3.1.1.5**	**Eingliederungshilfe für behinderte Menschen**		

Erläuterungen zum Produkt

3.1.1.5.3 Sonstige ambulante Hilfen
Die Aufwendungen ergeben sich überwiegend aus der ambulanten Betreuung (3.790.000 EUR), aus den schulischen Integrationshilfen (2.300.000 EUR)und aus der Schülerbeförderung für Einzel- u. Sammeltransporte sowie weiteren Hilfen zur angemessenen Schulbildung in Höhe von insgesamt 440.000 EUR. Für die Beschaffung von behindertengerechten Fahrzeugeinbauten und Umbauten für Wohnungen müssen 59.000 EUR bereitgestellt werden. Der Ansatz muss aufgrund der gestiegenen Vergütungssätze sowie steigender Fallzahlen um 302.000 EUR erhöht werden.

3.1.1.5.4 Leistungen der Teilhabe am Arbeitsleben oder zur Arbeit
Die Erträge ergeben sich aus den Erstattungen des Landes für die Leistungen in den Werkstätten für behinderte Menschen. Das Land zahlt 50% der Kosten. Hier können 100.000 EUR mehr veranschlagt werden, da die Aufwendungen in diesem Bereich wieder ansteigen.

An dieser Stelle werden die Kosten für behinderte Menschen in Werkstätten veranschlagt. Die teilstationären Fallzahlen sind wieder leicht steigend, sodass auch die Aufwendungen wieder steigen (150.000 EUR). Ebenso die Zahlungen im Rahmen des Budgets für Arbeit. Hier ist es gelungen 8 neue Arbeitsplätze zu vermitteln. Dies bedingt aber auch eine Kostensteigerung in Höhe von 215.00,00 EUR.

3.1.1.5.5 Heilpädagogische Leistungen für Kinder
Die Erträge können durch die Beteiligung des überörtlichen Trägers um 336.000 EUR erhöht werden, da die Aufwendungen bereits im zweiten Halbjahr 2015 angestiegen sind.

Einsparungen im Bereich der Frühförderung und Integrationshilfen in Kitas in Höhe von 125.000 EUR stehen hier Mehraufwendungen für die teilstationären und stationären Maßnahmen in Höhe von 353.000 EUR gegenüber (Zehn neue Plätze int. Kita Nieder-Olm). Auch die Beteiligung an das Land muss um 168.000 EUR erhöht werden.

3.1.1.5.6 Leistungen in Tagesstätten und Tagesförderstätten
Die Erträge ergeben sich aus den Erstattungen des Landes in seiner Eigenschaft als überörtlicher Träger der Sozialhilfe. Durch den Anstieg der Aufwendungen im Abrechnungszeitraum ist auch die Beteiligung des Landes um 190.000 EUR gestiegen.

Durch den Anstieg der Fallzahlen und den neuen, erhöhten, Vergütungssatz sind die Aufwendungen für externe Besucher sowie für vollstationär untergebrachte Personen in Tagesstätten und Tagesförderstätten um ca. 340.000 EUR gestiegen. Auch sind hier seit diesem Jahr für diverse Personen Zusatzbetreuungen erforderlich geworden.

3.1.1.5.7 Stationäre Hilfen
Die Erträge können aufgrund diverser Nachzahlungen (BAföG, Kindergeld, Pflegegeld, etc.) und aufgrund der erhöhten monatlichen Vereinnahmungen um 700.000 EUR erhöht werden.

Gestiegene Pflegesätze bedingen einen Anstieg um 400.000 EUR. Die Steigerung der Kostenbeteiligung macht Mehraufwendungen in Höhe von 362.000 EUR erforderlich.

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 08 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**08**	**Soziale Hilfen**

Hauptproduktbereich	**3**	**Soziales und Jugend**	**verantwortlich:**	Herr Braden
Produktbereich	**3.1**	**Soziale Hilfen**		extern
Produktgruppe	**3.1.1**	**Grundversorgung und Hilfen in anderen Lebenslagen**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**3.1.1.5**	**Eingliederungshilfe für behinderte Menschen**		

Teilergebnishaushalt **Ertrags- und Aufwandsarten (gem. § 2 Abs. 1 GemHVO)**		Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016
3 + Erträge der sozialen Sicherung		42.430.911	41.104.911	1.326.000
3.1.1.5.4.42311100	EGH Hilfe zur Arbeit Abrechnung mit dem Land (100%)	11.416.000	11.316.000	100.000
3.1.1.5.5.42311100	EGH Leistungen für Kinder Abrechnung mit dem Land (100%)	2.046.000	1.710.000	336.000
3.1.1.5.6.42311100	EGH Leistungen in Tagesstätten Abrechnung mit dem Land (100%)	2.680.000	2.490.000	190.000
3.1.1.5.7.42231100	EGH stationär Ersatz soz. Leistungen v. Sozialleistungsträgern üö. Tr.	3.800.000	3.100.000	700.000
9 + Sonstige laufende Erträge		400	400	0
10 **Summe (1 bis 9) der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit**		**42.431.311**	**41.105.311**	**1.326.000**
17 - Aufwendungen der sozialen Sicherung		68.263.956	66.098.956	2.165.000
3.1.1.5.3.55334000	EGH ambulant Leistungen ö. Tr.	6.772.000	6.470.000	302.000
3.1.1.5.4.55310000	EGH Hilfe zur Arbeit Budget für Arbeit	540.000	325.000	215.000
3.1.1.5.4.55351000	EGH Hilfe zur Arbeit Leistungen in Werkstätten für behinderte Menschen	11.050.000	10.900.000	150.000
3.1.1.5.5.55334000	EGH Leistungen für Kinder ambulante heilpädagogische Leistungen u. Frühförderung	1.775.000	1.900.000	-125.000
3.1.1.5.5.55351000	EGH Leistungen für Kinder voll- und teilstationäre heilpädagogische Leistungen	2.153.000	1.800.000	353.000
3.1.1.5.5.55411100	EGH Leistungen für Kinder Abrechnung mit dem Land (Kreisanteil 50%)	1.023.000	855.000	168.000
3.1.1.5.6.55351000	EGH Leistungen in Tagesstätten Betreuungskosten	2.640.000	2.300.000	340.000
3.1.1.5.7.55351000	EGH sationär Leistungen	21.900.000	21.500.000	400.000
3.1.1.5.7.55411100	EGH stationär Abrechnung mit dem Land (Kreisanteil 50 %)	8.680.000	9.020.000	-340.000
3.1.1.5.7.55434000	EGH stationär Abrechnung mit dem Land (Erträge 100%)	4.662.000	3.960.000	702.000
18 - Sonstige laufende Aufwendungen		400	400	0
19 **Summe (11 bis 18) der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**		**68.264.356**	**66.099.356**	**2.165.000**
20 **Laufendes Ergebnis (10 ./. 19) aus Verwaltungstätigkeit**		**-25.833.045**	**-24.994.045**	**-839.000**
23 **Finanzergebnis (21 ./. 22)**		**0**	**0**	**0**
24 **Ordentliches Ergebnis (20 + 23)**		**-25.833.045**	**-24.994.045**	**-839.000**
27 **Außerordentliches Ergebnis (25 ./. 26)**		**0**	**0**	**0**
28 **Jahresergebnis des Teilhh.(24+27) vor Verr. der internen Leistungsbez.**		**-25.833.045**	**-24.994.045**	**-839.000**
31 **Saldo (29./.30) der Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbez.**		**0**	**0**	**0**
32 **Jahresergeb. (28+31) des Teilhaushalts nach Verr. der int. Leistungsbeziehungen**		**-25.833.045**	**-24.994.045**	**-839.000**

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 08 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**08**	**Soziale Hilfen**

Hauptproduktbereich	**3**	**Soziales und Jugend**	**verantwortlich:**	Frau Weber
Produktbereich	**3.1**	**Soziale Hilfen**		extern
Produktgruppe	**3.1.1**	**Grundversorgung und Hilfen in anderen Lebenslagen**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**3.1.1.6**	**Hilfe zur Pflege**		

Beschreibung

Hilfe zur Pflege erhalten Personen, die wegen Krankheit oder Behinderung für die gewöhnlichen oder regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens auf Dauer, voraussichtlich für mindestens 6 Monate, in erheblichem oder höherem Maß der Hilfe bedürfen. Hilfe zur Pflege umfasst häusliche Pflege, Hilfsmittel, teilstationäre Pflege, Kurzzeitpflege, Tagespflege und vollstationäre Pflege. Dabei haben ambulante Hilfen Vorrang vor stationären Hilfen.

Auftrag

7. Kapitel Sozialgesetzbuch XII (SGB XII)

Zielgruppe

Personen, die infolge von Krankheit oder Behinderung so hilflos sind, dass sie nicht ohne Betreuung oder Pflege bleiben können.

Leistungen zum Produkt

3.1.1.6.1 - Ambulante Hilfe zur Pflege
Sämtliche Leistungen werden in der gewohnten Umgebung, also zu Hause, erbracht. Häufig kommt es vor, dass nach Krankheit oder bei Pflegebedürftigkeit längere Zeit oder sogar dauerhaft pflegerische oder hauswirtschaftliche Hilfen benötigt werden.
Die hauswirtschaftliche und pflegerische Versorgung kann zum einen durch Angehörige oder Nachbarn und zum anderen durch einen ambulanten Pflegedienst sichergestellt werden.
Wenn die monatlichen Einkünfte sowie die Leistungen der Pflegekasse nicht ausreichen,
die Kosten für die ambulante Pflege zu tragen, werden die verbleibenden Restkosten aus Mitteln der Sozialhilfe übernommen.

3.1.1.6.2 - Andere ambulante Leistungen
Leistungen für technische Hilfen (Pflegebetten) und zum Verbrauch bestimmte Pflegehilfsmittel (z.B. Desinfektionsmittel, Körperpflegemittelartikel) oder Zuschüsse zum pflegebedingten Umbau der Wohnung (z.B. Türverbreiterung)

3.1.1.6.3 - Stationäre Hilfe zur Pflege
Reichen die Leistungen aus der gesetzlichen Pflegeversicherung sowie der Einsatz des vorhandenen Einkommens und Vermögens bzw. der zu leistende Kostenbeitrag nicht aus, um die in einem Alten- oder Pflegeheim entstehenden Heimkosten zu bestreiten,
werden die nicht gedeckten Kosten im Rahmen der stationären Hilfe zur Pflege übernommen.

3.1.1.6.4 - Kurzzeitpflege
Durch die Kurzzeitpflege werden pflegende Angehörige zeitweise von den pflegerischen Aufgaben entlastet. Unter Kurzzeitpflege ist die zeitlich befristete (bis zu einer Dauer von 45 Tagen) vollstationäre Versorgung und
Betreuung schwer pflegebedürftiger Menschen in einer Pflegeeinrichtung zu verstehen.

3.1.1.6.5 - Tagespflege
Durch die Tagespflege (teilstationäre Hilfe zur Pflege) an Arbeitstagen werden die pflegenden Angehörigen zeitweilig entlastet. Die Leistungen (vermindert um den Zuschuss der gesetzlichen Pflegeversicherung) können ergänzend neben ambulanten Leistungen gewährt werden. Tagespflege wird in der Regel in (vollstationären Einrichtungen) erbracht und nach Pflegesätzen abgerechnet.
Zu den Leistungen gehört auch die Übernahme von Fahrtkosten zwischen Wohnung und Tagespflegeeinrichtung.

Erläuterungen zum Produkt

3.1.1.6.3 Stationäre Hilfe zur Pflege
Für das Haushaltsjahr 2016 ist mit einer Steigerung der Erträge i. H. v. 100.000 EUR zu rechnen. Diese ergeben sich aus höheren Wohngeldleistungen der Empfänger von Hilfe zur Pflege in Einrichtungen.

Die Aufwendungen erhöhen sich in diesem Bereich um 400.000 EUR und resultieren aus gestiegenen Fallzahlen und Pflegekosten.

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 08 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**08**	**Soziale Hilfen**

Hauptproduktbereich	**3**	**Soziales und Jugend**	**verantwortlich:**	Frau Weber
Produktbereich	**3.1**	**Soziale Hilfen**		extern
Produktgruppe	**3.1.1**	**Grundversorgung und Hilfen in anderen Lebenslagen**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**3.1.1.6**	**Hilfe zur Pflege**		

Teilergebnishaushalt **Ertrags- und Aufwandsarten (gem. § 2 Abs. 1 GemHVO)**		Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016
3 + Erträge der sozialen Sicherung		6.827.202	6.727.202	100.000
3.1.1.6.3.42231100	HzP stationär Ersatz soz. Leistungen v. Sozialleistungsträgern üö. Tr.	485.000	385.000	100.000
10 **Summe (1 bis 9) der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit**		**6.827.202**	**6.727.202**	**100.000**
17 - Aufwendungen der sozialen Sicherung		11.078.001	10.678.001	400.000
3.1.1.6.3.55351000	HzP stationär üö. Tr.	5.900.000	5.500.000	400.000
19 **Summe (11 bis 18) der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**		**11.078.001**	**10.678.001**	**400.000**
20 **Laufendes Ergebnis (10 ./. 19) aus Verwaltungstätigkeit**		**-4.250.799**	**-3.950.799**	**-300.000**
23 **Finanzergebnis (21 ./. 22)**		**0**	**0**	**0**
24 **Ordentliches Ergebnis (20 + 23)**		**-4.250.799**	**-3.950.799**	**-300.000**
27 **Außerordentliches Ergebnis (25 ./. 26)**		**0**	**0**	**0**
28 **Jahresergebnis des Teilhh.(24+27) vor Verr. der internen Leistungsbez.**		**-4.250.799**	**-3.950.799**	**-300.000**
31 **Saldo (29./.30) der Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbez.**		**0**	**0**	**0**
32 **Jahresergeb. (28+31) des Teilhaushalts nach Verr. der int. Leistungsbeziehungen**		**-4.250.799**	**-3.950.799**	**-300.000**

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 08 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**08**	**Soziale Hilfen**

Hauptproduktbereich	**3**	**Soziales und Jugend**	**verantwortlich:**	Frau Weber
Produktbereich	**3.1**	**Soziale Hilfen**		extern
Produktgruppe	**3.1.1**	**Grundversorgung und Hilfen in anderen Lebenslagen**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**3.1.1.7**	**Sonstige Hilfen in anderen Lebenslagen**		

Beschreibung

Bei den sonstigen Hilfen handelt es sich in erster Linie um die Hilfen zur Gesundheit. Darüber hinaus werden auf die Besonderheit der Situation abgestellte weitere Hilfen angeboten.

Auftrag

5., 8. und 9. Kapitel Sozialgesetzbuch XII (SGB XII); Landesausführungsgesetz (AGSGB XII)

Zielgruppe

Personen, die der weitergehenden Hilfe in besonderen Lebenslagen bedürfen.

Leistungen zum Produkt

3.1.1.7.1 - Leistungen zur Gesundheit
Nicht krankenversicherte Sozialhilfeempfänger erhalten Hilfen nach dem SGB XII im gleichen Umfang, wie krankenversicherte Personen nach dem SGB V.
Außerdem vorbeugende Gesundheitshilfe, Hilfen bei Schwangerschaft, Mutterschaft, Familienplanung und Sterilisation.

3.1.1.7.2 - Hilfen in anderen Lebenslagen
Das 8. und das 9. Kapitel umfassen verschiedene Leistungen: Die Hilfe zur Weiterführung des Haushalts, die Altenhilfe, die
Übernahme von Bestattungskosten und als Auffangnorm, die Hilfe in sonstigen Lebenslagen. Die Hilfen richten sich an Personen, bei denen besonders belastende Lebensverhältnisse mit sozialen Schwierigkeiten verbunden sind.
Obdachlose oder von weiteren existenziellen Problemlagen betroffene Personen gehören zu diesem Adressatenkreis

3.1.1.7.3 - Schuldnerberatung
Die Schuldnerberatung liefert keine finanzielle Unterstützung zur Tilgung der Schulden. Schuldnerberatung hat die Zielsetzung, Einzelpersonen wieder eine optimistische Perspektive und aktive Lebensplanung zu ermöglichen.
Die Leistungen des Kreises beschränken sich auf die freiwillige finanzielle Förderung anerkannter Schuldnerberatungsstellen.

Erläuterungen zum Produkt

3.1.1.7.1 Leistungen zur Gesundheit
Die Erträge resultieren aus der Kostenbeteiligung des Landes bei der Krankenhilfe innerhalb von Einrichtungen und in Fällen ohne gewöhnlichen Aufenthalt. Da die Kosten der stationären Krankenhilfe gestiegen sind, steigen ebenfalls die Erträge durch die Kostenbeteiligung des Landes. Es ist mit Mehrerträgen i. H. v. 342.135 EUR zu rechnen.

Die Aufwendungen ergeben sich aus den Zahlungen für nicht krankenversicherte Personen. Weiterhin wird hier noch die Kostenbeteiligung des Kreises an das Land ausgewiesen. Aufgrund steigender Zuweisungen des Landes, steigt auch die Kostenbeteiligung des Kreises um 171.068 EUR. Des Weiteren erhöhen sich die Kosten im Bereich der stationären Krankenhilfen um 150.000 EUR.

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 08 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**08**	**Soziale Hilfen**

Hauptproduktbereich	**3**	**Soziales und Jugend**	**verantwortlich:**	Frau Weber
Produktbereich	**3.1**	**Soziale Hilfen**		extern
Produktgruppe	**3.1.1**	**Grundversorgung und Hilfen in anderen Lebenslagen**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**3.1.1.7**	**Sonstige Hilfen in anderen Lebenslagen**		

Teilergebnishaushalt **Ertrags- und Aufwandsarten (gem. § 2 Abs. 1 GemHVO)**		Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016
3 + Erträge der sozialen Sicherung		1.186.142	844.007	342.135
3.1.1.7.1.42311100	HzG Abrechnung mit dem Land (100%)	827.135	485.000	342.135
10 **Summe (1 bis 9) der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit**		**1.186.142**	**844.007**	**342.135**
17 - Aufwendungen der sozialen Sicherung		2.400.074	2.079.006	321.068
3.1.1.7.1.55351000	HzG stationär üö. Tr.	500.000	350.000	150.000
3.1.1.7.1.55411100	HzG Abrechnung mit dem Land (Kreisanteil 50%)	413.568	242.500	171.068
19 **Summe (11 bis 18) der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**		**2.400.074**	**2.079.006**	**321.068**
20 **Laufendes Ergebnis (10 ./. 19) aus Verwaltungstätigkeit**		**-1.213.932**	**-1.234.999**	**21.067**
23 **Finanzergebnis (21 ./. 22)**		**0**	**0**	**0**
24 **Ordentliches Ergebnis (20 + 23)**		**-1.213.932**	**-1.234.999**	**21.067**
27 **Außerordentliches Ergebnis (25 ./. 26)**		**0**	**0**	**0**
28 **Jahresergebnis des Teilhh.(24+27) vor Verr. der internen Leistungsbez.**		**-1.213.932**	**-1.234.999**	**21.067**
31 **Saldo (29./.30) der Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbez.**		**0**	**0**	**0**
32 **Jahresergeb. (28+31) des Teilhaushalts nach Verr. der int. Leistungsbeziehungen**		**-1.213.932**	**-1.234.999**	**21.067**

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 08 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**08**	**Soziale Hilfen**

Hauptproduktbereich	**3**	**Soziales und Jugend**	**verantwortlich:**	Frau Weber
Produktbereich	**3.1**	**Soziale Hilfen**		extern
Produktgruppe	**3.1.3**	**Hilfen für Asylbewerber**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**3.1.3.0**	**Hilfen für Asylbewerber**		

Beschreibung

Asylsuchenden und Flüchtlingen werden alle Leistungen zur Sicherstellung des Lebensunterhalts einschließlich Kosten der Unterkunft sowie Krankenhilfe gezahlt.

Auftrag	**Zielgruppe**
Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbIG), Sozialgesetzbuch XII (SGB XII)	Asylsuchende, abgelehnte, jedoch geduldete Asylbewerber, Kontingent- und Bürgerkriegsflüchtlinge

Leistungen zum Produkt

3.1.3.0.1 - Hilfe zum Lebensunterhalt
Leistungen zum Lebensunterhalt decken den notwendigen Lebensbedarf ab (Ernährung, Kleidung, Unterkunft, Hausrat, Leistungen zur Bildung und Teilhabe pp).

3.1.3.0.2 - Krankenhilfe
Unabweisbar notwendige Aufwendungen für eine Krankenbehandlung nicht krankenversicherter Asylbewerber

3.1.3.0.4 - Personal

Erläuterungen zum Produkt

3.1.3.0.1 Hilfe zum Lebensunterhalt
Die Erträge ergeben sich aus den Erstattungen des Landes für Asylbewerber bis zum Erstbescheid durch das BAMF (848 EUR pro Kopf) sowie einer pauschalen Erstattung i. H. v. 1.785.000 EUR für entstandene Kosten nach Erlass des Erstbescheids. Für 2016 sind Mindererträge i. H. v. 1.850.000 EUR zu erwarten. Diese ergeben sich aus einer Vorauszahlung des Landes im Dezember 2015 für 2016 (-2.244.000 EUR), leicht gestiegenen Fallzahlen (+294.000 EUR) und Landeszuschüssen zur Förderung von Projekten (+100.000 EUR).

Die Aufwendungen resultieren aus den 100 %igen Erstattungen an die Delegationsnehmer sowie der eigenständigen Unterbringung von Asylbewerbern in Gebäuden des Kreises. Aufgrund steigender Fallzahlen sowie einer sich erhöhenden Anzahl von Asylbewerber, die Analogleistungen beziehen, sind Mehraufwendungen von 1.450.000 EUR geplant.

3.1.3.0.2 Krankenhilfe
Für 2016 werden Aufwendungen i.H.v. 3.200.000 EUR erwartet. Die Erhöhung des Ansatzes ergibt sich aus der gestiegenen Anzahl von kranken und traumatisierten Asylbewerbern, die im Landkreis Mainz-Bingen leben. Ebenso hat sich die Anzahl der Asylbewerber mit schweren Erkrankungen erhöht.

3.1.3.0.3 Personal
Für Projekte (u.a. „Neuanfang in Mainz-Bingen“) erhält der Kreis Fördergelder vom Land. Die Aufwendungen i. H. v. 100.000 EUR werden über diese Leistung gezahlt.

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 08 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**08**	**Soziale Hilfen**

Hauptproduktbereich	**3**	**Soziales und Jugend**	**verantwortlich:**	Frau Weber
Produktbereich	**3.1**	**Soziale Hilfen**		extern
Produktgruppe	**3.1.3**	**Hilfen für Asylbewerber**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**3.1.3.0**	**Hilfen für Asylbewerber**		

Teilergebnishaushalt **Ertrags- und Aufwandsarten (gem. § 2 Abs. 1 GemHVO)**		Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016
2 + Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge		100.000	0	100.000
3.1.3.0.1.41442000	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke vom Land	100.000	0	100.000
3 + Erträge der sozialen Sicherung		14.790.000	16.740.000	-1.950.000
3.1.3.0.1.42391000	Sonstige Kostenbeteiligungen u. -erstattungen vom Land	14.520.000	0	14.520.000
3.1.3.0.1.42901000	Erstattung des Landes (Pro-Kopf-Pauschale, HLU)	0	16.470.000	-16.470.000
10 **Summe (1 bis 9) der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit**		**14.890.000**	**16.740.000**	**-1.850.000**
11 - Personalaufwendungen		698.000	698.000	0
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		140.000	40.000	100.000
3.1.3.0.3.52920000	Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen	100.000	0	100.000
16 - Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen		1.550.000	2.150.000	-600.000
3.1.3.0.1.54143000	Freiwillige Erstattungen an Delegationsgemeinden (Pers.-u. Sachkosten)	1.400.000	2.000.000	-600.000
17 - Aufwendungen der sozialen Sicherung		18.750.000	16.500.000	2.250.000
3.1.3.0.1.55810000	Leistungen nach dem AsylbIG (HLU)	15.500.000	12.500.000	3.000.000
3.1.3.0.1.55811000	Leistungen nach dem AsylbIG (eigenverantwortliche Unterbringung)	50.000	1.000.000	-950.000
3.1.3.0.2.55810000	Leistungen nach dem AsylbIG (HbL)	3.200.000	3.000.000	200.000
19 **Summe (11 bis 18) der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**		**21.138.000**	**19.388.000**	**1.750.000**
20 **Laufendes Ergebnis (10 ./. 19) aus Verwaltungstätigkeit**		**-6.248.000**	**-2.648.000**	**-3.600.000**
23 **Finanzergebnis (21 ./. 22)**		**0**	**0**	**0**
24 **Ordentliches Ergebnis (20 + 23)**		**-6.248.000**	**-2.648.000**	**-3.600.000**
27 **Außerordentliches Ergebnis (25 ./. 26)**		**0**	**0**	**0**
28 **Jahresergebnis des Teilhh.(24+27) vor Verr. der internen Leistungsbez.**		**-6.248.000**	**-2.648.000**	**-3.600.000**
31 **Saldo (29./.30) der Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbez.**		**0**	**0**	**0**
32 **Jahresergeb. (28+31) des Teilhaushalts nach Verr. der int. Leistungsbeziehungen**		**-6.248.000**	**-2.648.000**	**-3.600.000**

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 08 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**08**	**Soziale Hilfen**

Hauptproduktbereich	**3**	**Soziales und Jugend**	**verantwortlich:**	Frau Weber
Produktbereich	**3.2**	**Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz**		extern
Produktgruppe	**3.2.1**	**Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**3.2.1.0**	**Kriegsopferfürsorge**		

Beschreibung

Es werden Leistungen an unmittelbar durch Kriegseinwirkung betroffene Personen oder an deren Hinterbliebene gewährt.

Auftrag	**Zielgruppe**
Bundesversorgungsgesetz (BVG)	Kriegsbeschädigte und deren Hinterbliebene

Leistungen zum Produkt

3.2.1.0.1 - Leistungen an Kriegsopfer und Hinterbliebene

Die Landkreise als örtlicher Träger der Kriegsopferfürsorge sind zuständig für Leistungen an Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene. Dieser o.g. Personenkreis kann, sofern auch die weiteren Voraussetzungen gegeben sind, u.a. folgende Leistungen beantragen: Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt, Erholungsmaßnahmen, Erziehungsbeihilfe, Hilfe zur Pflege, Haushaltshilfe, Altenhilfe, Kraftfahrzeugbeihilfe und -finanzierung, Wohnungshilfe. Bei den Leistungen, die nahezu vollständig von Bund und Land erstattet werden, handelt es sich in erster Linie um ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt einschl. Beihilfen sowie Leistungen
Leistungen in Einrichtungen.

3.2.1.0.2 - Leistungen analog Bundesversorgungsgesetz

Die Landkreise als örtlicher Träger der Kriegsopferfürsorge sind zuständig neben Leistungen an Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene auch für Leistungen an Opfer von Gewalttaten, Impfgeschädigte und Wehr- oder Zivildienstgeschädigte. Dieser o.g. Personenkreis kann, sofern auch die weiteren Voraussetzungen gegeben sind, u.a. folgende Leistungen beantragen: Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt, Erholungsmaßnahmen, Erziehungsbeihilfe, Hilfe zur Pflege, Haushaltshilfe, Altenhilfe, Kraftfahrzeugbeihilfe und -finanzierung, Wohnungshilfe. Bei den Leistungen, die nahezu vollständig von Bund und Land erstattet werden, handelt es sich in erster Linie um ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt einschl. Beihilfen sowie Leistungen in Einrichtungen.

Erläuterungen zum Produkt

3.2.1.0.1 Leistungen an Kriegsopfer und Hinterbliebene

Aufgrund des Zweiten Gesetzes zur Kommunal- und Verwaltungsreform vom 28.09.2010 nimmt der Landkreis Mainz-Bingen seit dem 01.01.2011 sämtliche Aufgaben der Kriegsopferfürsorge für den gesamten Bereich des ehemaligen Regierungsbezirkes Rheinhessen-Pfalz wahr. Sämtliche Leistungen werden durch das Land Rheinland-Pfalz zu 100% erstattet. Bedingt durch die zeitlich versetzte Abrechnung wird der Restbetrag immer im Folgejahr gezahlt.

Die Erträge setzen sich u.a. zusammen aus Kostenersätzen aus Vermögen, Überleitungen von Sozialleistungsträgern, Überleitungen Privatrecht und Kostenerstattungen durch das Land. Aufgrund geringerer Aufwendungen im Haushaltsjahr 2015, fiel der Erstattungsbetrag des Landes um 915.000 EUR geringer aus als geplant. Mehrerträge konnten durch die Rückzahlungen gewährter Darlehen generiert werden (100.000 EUR).

Die Aufwendungen ergeben sich hauptsächlich aus Hilfen innerhalb sowie außerhalb von Einrichtungen. Für 2016 ist aufgrund sinkender Fallzahlen mit Minderaufwendungen i. H. v. 260.000 EUR zu rechnen.

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 08 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**08**	**Soziale Hilfen**

Hauptproduktbereich	**3**	**Soziales und Jugend**	**verantwortlich:**	Frau Weber
Produktbereich	**3.2**	**Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz**		extern
Produktgruppe	**3.2.1**	**Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**3.2.1.0**	**Kriegsopferfürsorge**		

Teilergebnishaushalt **Ertrags- und Aufwandsarten (gem. § 2 Abs. 1 GemHVO)**		Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016
3 + Erträge der sozialen Sicherung		5.513.104	6.328.105	-815.001
3.2.1.0.1.42242000	KOF Rückzahlung von Darlehen in Einrichtungen üö.Tr.	100.000	1	99.999
3.2.1.0.1.42511000	KOF Abrechnung mit dem Land	4.455.000	5.370.000	-915.000
10 **Summe (1 bis 9) der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit**		**5.513.104**	**6.328.105**	**-815.001**
17 - Aufwendungen der sozialen Sicherung		6.092.301	6.352.301	-260.000
3.2.1.0.1.55722222	KOF Hilfe zur Pflege in Einrichtungen üö.Tr.	1.800.000	2.060.000	-260.000
19 **Summe (11 bis 18) der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**		**6.092.301**	**6.352.301**	**-260.000**
20 **Laufendes Ergebnis (10 ./. 19) aus Verwaltungstätigkeit**		**-579.197**	**-24.196**	**-555.001**
23 **Finanzergebnis (21 ./. 22)**		**0**	**0**	**0**
24 **Ordentliches Ergebnis (20 + 23)**		**-579.197**	**-24.196**	**-555.001**
27 **Außerordentliches Ergebnis (25 ./. 26)**		**0**	**0**	**0**
28 **Jahresergebnis des Teilhh.(24+27) vor Verr. der internen Leistungsbez.**		**-579.197**	**-24.196**	**-555.001**
31 **Saldo (29./.30) der Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbez.**		**0**	**0**	**0**
32 **Jahresergeb. (28+31) des Teilhaushalts nach Verr. der int. Leistungsbeziehungen**		**-579.197**	**-24.196**	**-555.001**

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 08 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**08**	**Soziale Hilfen**

Hauptproduktbereich	**3**	**Soziales und Jugend**	**verantwortlich:**	Frau Weber
Produktbereich	**3.3**	**Förderung der Wohlfahrtspflege**		extern
Produktgruppe	**3.3.1**	**Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**3.3.1.0**	**Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege**		

Erläuterungen zum Produkt

3.3.1.0.1 - Förderung von Einrichtungen

Investitionsmaßnahmen:

Zur Schaffung neuer integrativer Kitagruppen gewährt der Landkreis den einzelnen Trägern oder Investoren einen Zuschuss in Höhe von 45.000 EUR pro Gruppe.
Für das Haushaltsjahr 2016 konnten zwei weitere Gruppen in Bingen realisiert werden. Aus diesem Grund werden 80.000 EUR als Ansatz und 10.000 EUR als Verpflichtungsermächtigung im Nachtrag für 2016 veranschlagt.

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 08 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**08**	**Soziale Hilfen**

Hauptproduktbereich	**3**	**Soziales und Jugend**	**verantwortlich:**	Frau Weber
Produktbereich	**3.3**	**Förderung der Wohlfahrtspflege**		extern
Produktgruppe	**3.3.1**	**Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**3.3.1.0**	**Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege**		

Teilfinanzplan - Planung einzelner Investitionsmaßnahmen	Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016	Verpflichtungs-ermächtig. neu 2016	Verpflichtungs-ermächtig. alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016	Gesamt Einz./Ausz.
MN 7503 Schaffung integrativer Kindertagesstätten							
Ein- und Auszahlungen für vorgenannte Investitionsmaßnahme:							
16 **Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
17 - Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	90.000	10.000	80.000	10.000	0	10.000	0
3.3.1.0.1/7503.78143000 Investitionszuwendungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	80.000	0	80.000	10.000	0	10.000	0
23 **Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**90.000**	**10.000**	**80.000**	**10.000**	**0**	**10.000**	**0**
24 **Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**-90.000**	**-10.000**	**-80.000**	**-10.000**	**0**	**-10.000**	**0**

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 08 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**08**	**Soziale Hilfen**

Hauptproduktbereich	**3**	**Soziales und Jugend**	**verantwortlich:**	Frau Weber
Produktbereich	**3.5**	**Sonstige soziale Hilfen und Leistungen**		extern
Produktgruppe	**3.5.1**	**Sonstige soziale Hilfen und Leistungen**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**3.5.1.4**	**Soziale Sonderleistungen**		

Beschreibung

Finanzielle Leistungen zur Abwendung wirtschaftlicher Notlagen (Unterhaltssicherung im Falle von Wehr- und Zivildienst) und zur wirtschaftlichen Sicherung einer schulischen Aus- und Fortbildung (Ausbildungsförderung, Aufstiegsfortbildungsförderung).

Auftrag

Unterhaltssicherungsgesetz (USG), Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG), Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzgesetz (AFBG), Lastenausgleichsgesetz (LAG), Sozialgesetzbuch - Viertes Buch (SGB IV)

Zielgruppe

Wehr- bzw. Zivildienstleistende, junge Menschen in Aus- und Fortbildung sowie Personen, die weitergehender Hilfen bedürfen.

Leistungen zum Produkt

3.5.1.4.1 - Leistungen nach Unterhaltsicherungsgesetz
Das Unterhaltssicherungsgesetz regelt die Unterhaltspflicht des Staates für Wehrpflichtige und deren Familienangehörigen. Während des Wehr- und Zivildienstes sowie bei Wehrübungen stehen den Anspruchsberechtigten
umfangreiche Hilfen zur Sicherung des Lebensbedarfes zu.

3.5.1.4.2 - Leistungen nach Bundesausbildungsförderungsgesetz Inland
Nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz können Schüler Förderleistungen erhalten, wenn der Schulbesuch weder allein noch mit Hilfe von Unterhaltspflichtigen finanziert werden kann.

3.5.1.4.3 - Leistungen nach Bundesausbildungsförderungsgesetz Ausland
Nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz können Schüler Förderleistungen erhalten, wenn der Schulbesuch weder allein noch mit Hilfe von Unterhaltspflichtigen finanziert werden kann.

3.5.1.4.4 - Personal (BaföG)

3.5.1.4.5 - Sonstige soziale Sonderleistungen
Es handelt sich z.B. um
- die Krankenversorgung nach dem Lastenausgleichsgesetz. Danach können Vertriebene als Empfänger von Unterhaltshilfe nach dem Lastenausgleichsgesetz als zusätzliche Leistung Krankenbehandlung erhalten.
- Aufgaben des Versicherungsamtes (§§ 92, 93 SGB IV): Information der Bevölkerung über Angelegenheiten der Sozialversicherung; Beratung bei Anfragen; Unterstützung der Sozialversicherungsträger bei Ermittlung eines Sachverhaltes.
- Leistungen für Bildung und Teilhabe für die Wohngeld- und Kinderzuschlagsberechtigten nach dem Bundeskindergeldgesetz (BKGG).

3.5.1.4.6 - Leistungen aus dem Familienfonds (Schulmaterial)
Pauschalierte Finanzierung von notwendigen Schulmaterialien über den Lernmittelgutschein hinaus für Kinder aus Familien, die Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII beziehen, solange keine Bundes- oder Landesregelung diese Bedarfslücke schließt.

3.5.1.4.7 - Leistungen nach Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz
Aufstiegsfortbildungsförderung soll dazu dienen, durch Erweiterung von Qualifikationen im Beruf weiterzukommen („Meister-BAföG“). In der Regel setzt Aufstiegsfortbildungsförderung eine abgeschlossene Berufsausbildung und eine einschlägige, meist mehrjährige Berufserfahrung voraus.

Erläuterungen zum Produkt

Durch die kommunale Verwaltungsreform wurde dem Landkreis zum 01.01.2012 die Erstattung von Fahrgeldausfällen für die unentgeltliche Beförderung behinderter Menschen im Straßenverkehr nach §150 Abs. 3 S. 1 und Abs. 4 SGB IX übertragen. Die Aufwendungen hierfür werden zu 100% vom Land erstattet. Mit dem Nachtragshaushalt erfolgt eine Anpassung der Ansätze an das vom Land zur Verfügung stehende Budget.

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 08 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**08**	**Soziale Hilfen**

Hauptproduktbereich	**3**	**Soziales und Jugend**	**verantwortlich:**	Frau Weber
Produktbereich	**3.5**	**Sonstige soziale Hilfen und Leistungen**		extern
Produktgruppe	**3.5.1**	**Sonstige soziale Hilfen und Leistungen**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**3.5.1.4**	**Soziale Sonderleistungen**		

Teilergebnishaushalt **Ertrags- und Aufwandsarten (gem. § 2 Abs. 1 GemHVO)**		Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016
3 + Erträge der sozialen Sicherung		10.500.000	10.005.000	495.000
3.5.1.4.5.42511000	Kostenerstattung vom Land für Fahrgeldausfälle gem. § 150 SGB IX	10.500.000	10.005.000	495.000
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen		763.800	763.800	0
10 **Summe (1 bis 9) der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit**		**11.263.800**	**10.768.800**	**495.000**
11 - Personalaufwendungen		759.100	759.100	0
17 - Aufwendungen der sozialen Sicherung		10.500.000	10.005.000	495.000
3.5.1.4.5.55792000	Erstattung von Fahrgeldausfällen an Verkehrsbetriebe gem. § 150 SGB IX	10.500.000	10.005.000	495.000
18 - Sonstige laufende Aufwendungen		100	100	0
19 **Summe (11 bis 18) der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**		**11.259.200**	**10.764.200**	**495.000**
20 **Laufendes Ergebnis (10 ./. 19) aus Verwaltungstätigkeit**		**4.600**	**4.600**	**0**
23 **Finanzergebnis (21 ./. 22)**		**0**	**0**	**0**
24 **Ordentliches Ergebnis (20 + 23)**		**4.600**	**4.600**	**0**
27 **Außerordentliches Ergebnis (25 ./. 26)**		**0**	**0**	**0**
28 **Jahresergebnis des Teilhh.(24+27) vor Verr. der internen Leistungsbez.**		**4.600**	**4.600**	**0**
31 **Saldo (29./.30) der Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbez.**		**0**	**0**	**0**
32 **Jahresergeb. (28+31) des Teilhaushalts nach Verr. der int. Leistungsbeziehungen**		**4.600**	**4.600**	**0**

Haushaltsplan 2016 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt 09 Veterinärwesen und Landwirtschaft

Teilergebnishaushalt **Ertrags- und Aufwandsarten (gem. § 2 Abs. 1 GemHVO)**		Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016
2	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge	52.590	52.590	0
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	163.000	163.000	0
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	5.000	5.000	0
9	+ Sonstige laufende Erträge	3.000	3.000	0
10	**Summe (1 bis 9) der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit**	**223.590**	**223.590**	**0**
11	- Personalaufwendungen	1.307.200	1.307.200	0
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	53.200	53.200	0
14	- Abschreibungen gem. § 2 Abs. 1 Nr. 14 GemHVO	2.015	2.015	0
16	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	206.000	206.000	0
18	- Sonstige laufende Aufwendungen	39.930	39.930	0
19	**Summe (11 bis 18) der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**	**1.608.345**	**1.608.345**	**0**
20	**Laufendes Ergebnis (10 ./. 19) aus Verwaltungstätigkeit**	**-1.384.755**	**-1.384.755**	**0**
23	**Finanzergebnis (21 ./. 22)**	**0**	**0**	**0**
24	**Ordentliches Ergebnis (20 + 23)**	**-1.384.755**	**-1.384.755**	**0**
27	**Außerordentliches Ergebnis (25 ./. 26)**	**0**	**0**	**0**
28	**Jahresergebnis des Teilhh.(24+27) vor Verr. der internen Leistungsbez.**	**-1.384.755**	**-1.384.755**	**0**
31	**Saldo (29./.30) der Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbez.**	**0**	**0**	**0**
32	**Jahresergeb. (28+31) des Teilhaushalts nach Verr. der int. Leistungsbeziehungen**	**-1.384.755**	**-1.384.755**	**0**

Haushaltsplan 2016 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt **09** **Veterinärwesen und Landwirtschaft**

	Teilfinanzhaushalt **Ein- und Auszahlungsarten (gem. § 3 Abs. 1 GemHVO)**	Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016
1	Saldo der lfd. Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit (FHH 18)	-1.382.740	-1.382.740	0
2	Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und -auszahlungen (FHH 21)	0	0	0
3	Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen (1 + 2)	-1.382.740	-1.382.740	0
4	Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen (FHH 25)	0	0	0
5	Saldo der ordl. u. außerordl. Ein- u. Ausz. vor Verr. der int. Leist.Bez. (3+4)	-1.382.740	-1.382.740	0
6	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0
7	Saldo der ordl. u. außerordl. Ein- u. Ausz. nach Verr. der int. Leist.Bez. (5+6)	-1.382.740	-1.382.740	0
16	Summe (8 bis 15) der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0
17	- Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	50.000	50.000	0
18	- Auszahlungen für Sachanlagen	12.000	12.000	0
23	Summe (17 bis 22) der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	62.000	62.000	0
24	Saldo (16 ./. 23) der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-62.000	-62.000	0
25	Finanzmittelüberschuss / -fehlbetrag des Teilhaushalts (7 + 24)	-1.444.740	-1.444.740	0
28	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionskrediten**	**0**	**0**	**0**
31	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Krediten zur Liquiditätssicherung**	**0**	**0**	**0**
34	**Veränderung der liquiden Mittel**	**0**	**0**	**0**

Teilhaushalt **10** **Gesundheitswesen**

Teilergebnishaushalt **Ertrags- und Aufwandsarten (gem. § 2 Abs. 1 GemHVO)**	Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016
2 + Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge	168.992	168.992	0
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	605.750	605.750	0
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	152.000	152.000	0
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	213.600	213.600	0
9 + Sonstige laufende Erträge	500	500	0
10 **Summe (1 bis 9) der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit**	**1.140.842**	**1.140.842**	**0**
11 - Personalaufwendungen	3.607.900	3.607.900	0
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	373.900	373.900	0
14 - Abschreibungen gem. § 2 Abs. 1 Nr. 14 GemHVO	2.570	2.570	0
16 - Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	103.500	103.500	0
17 - Aufwendungen der sozialen Sicherung	135.600	135.600	0
18 - Sonstige laufende Aufwendungen	36.748	36.748	0
19 **Summe (11 bis 18) der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**	**4.260.218**	**4.260.218**	**0**
20 **Laufendes Ergebnis (10 ./. 19) aus Verwaltungstätigkeit**	**-3.119.376**	**-3.119.376**	**0**
21 + Zinserträge und sonstige Finanzerträge	1	1	0
23 **Finanzergebnis (21 ./. 22)**	**1**	**1**	**0**
24 **Ordentliches Ergebnis (20 + 23)**	**-3.119.375**	**-3.119.375**	**0**
27 **Außerordentliches Ergebnis (25 ./. 26)**	**0**	**0**	**0**
28 **Jahresergebnis des Teilhh.(24+27) vor Verr. der internen Leistungsbez.**	**-3.119.375**	**-3.119.375**	**0**
31 **Saldo (29./.30) der Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbez.**	**0**	**0**	**0**
32 **Jahresergeb. (28+31) des Teilhaushalts nach Verr. der int. Leistungsbeziehungen**	**-3.119.375**	**-3.119.375**	**0**

Haushaltsplan 2016 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt **10** **Gesundheitswesen**

	Teilfinanzhaushalt **Ein- und Auszahlungsarten (gem. § 3 Abs. 1 GemHVO)**	Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016
1	Saldo der lfd. Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit (FHH 18)	-3.116.806	-3.116.806	0
2	Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und -auszahlungen (FHH 21)	1	1	0
3	Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen (1 + 2)	-3.116.805	-3.116.805	0
4	Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen (FHH 25)	0	0	0
5	Saldo der ordl. u. außerordl. Ein- u. Ausz. vor Verr. der int. Leist.Bez. (3+4)	-3.116.805	-3.116.805	0
6	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0
7	Saldo der ordl. u. außerordl. Ein- u. Ausz. nach Verr. der int. Leist.Bez. (5+6)	-3.116.805	-3.116.805	0
16	Summe (8 bis 15) der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0
18	- Auszahlungen für Sachanlagen	7.500	7.500	0
23	Summe (17 bis 22) der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	7.500	7.500	0
24	Saldo (16 ./. 23) der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-7.500	-7.500	0
25	Finanzmittelüberschuss / -fehlbetrag des Teilhaushalts (7 + 24)	-3.124.305	-3.124.305	0
28	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionskrediten**	**0**	**0**	**0**
31	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Krediten zur Liquiditätssicherung**	**0**	**0**	**0**
34	**Veränderung der liquiden Mittel**	**0**	**0**	**0**

Teilhaushalt 11 Sicherheit, Ordnung und Verkehr

Teilergebnishaushalt **Ertrags- und Aufwandsarten (gem. § 2 Abs. 1 GemHVO)**	Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016
2 + Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge	92.838	92.838	0
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.380.550	2.380.550	0
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	84.440	84.440	0
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.864.940	2.414.940	-550.000
9 + Sonstige laufende Erträge	663.701	663.701	0
10 **Summe (1 bis 9) der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit**	**5.086.469**	**5.636.469**	**-550.000**
11 - Personalaufwendungen	4.868.530	4.868.530	0
12 - Versorgungsaufwendungen	100	100	0
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	938.650	838.650	100.000
14 - Abschreibungen gem. § 2 Abs. 1 Nr. 14 GemHVO	252.674	252.674	0
16 - Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	166.000	16.000	150.000
17 - Aufwendungen der sozialen Sicherung	71.400	71.400	0
18 - Sonstige laufende Aufwendungen	760.029	760.029	0
19 **Summe (11 bis 18) der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**	**7.057.383**	**6.807.383**	**250.000**
20 **Laufendes Ergebnis (10 ./. 19) aus Verwaltungstätigkeit**	**-1.970.914**	**-1.170.914**	**-800.000**
23 **Finanzergebnis (21 ./. 22)**	**0**	**0**	**0**
24 **Ordentliches Ergebnis (20 + 23)**	**-1.970.914**	**-1.170.914**	**-800.000**
27 **Außerordentliches Ergebnis (25 ./. 26)**	**0**	**0**	**0**
28 **Jahresergebnis des Teilhh.(24+27) vor Verr. der internen Leistungsbez.**	**-1.970.914**	**-1.170.914**	**-800.000**
31 **Saldo (29./.30) der Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbez.**	**0**	**0**	**0**
32 **Jahresergeb. (28+31) des Teilhaushalts nach Verr. der int. Leistungsbeziehungen**	**-1.970.914**	**-1.170.914**	**-800.000**

Haushaltsplan 2016 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt **11** **Sicherheit, Ordnung und Verkehr**

	Teilfinanzhaushalt **Ein- und Auszahlungsarten (gem. § 3 Abs. 1 GemHVO)**	Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016
1	Saldo der lfd. Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit (FHH 18)	-1.880.678	-1.080.678	-800.000
2	Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und -auszahlungen (FHH 21)	0	0	0
3	Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen (1 + 2)	-1.880.678	-1.080.678	-800.000
4	Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen (FHH 25)	0	0	0
5	Saldo der ordl. u. außerordl. Ein- u. Ausz. vor Verr. der int. Leist.Bez. (3+4)	-1.880.678	-1.080.678	-800.000
6	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0
7	Saldo der ordl. u. außerordl. Ein- u. Ausz. nach Verr. der int. Leist.Bez. (5+6)	-1.880.678	-1.080.678	-800.000
8	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	40.000	40.000	0
16	Summe (8 bis 15) der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	40.000	40.000	0
17	- Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	146.900	146.900	0
18	- Auszahlungen für Sachanlagen	3.055.245	3.055.245	0
23	Summe (17 bis 22) der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	3.202.145	3.202.145	0
24	Saldo (16 ./. 23) der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-3.162.145	-3.162.145	0
25	Finanzmittelüberschuss / -fehlbetrag des Teilhaushalts (7 + 24)	-5.042.823	-4.242.823	-800.000
28	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionskrediten**	**0**	**0**	**0**
31	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Krediten zur Liquiditätssicherung**	**0**	**0**	**0**
34	**Veränderung der liquiden Mittel**	**0**	**0**	**0**

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 11 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**11**	**Sicherheit, Ordnung und Verkehr**

Hauptproduktbereich	**1**	**Zentrale Verwaltung**	**verantwortlich:**	Herr Nagel
Produktbereich	**1.2**	**Sicherheit und Ordnung**		extern
Produktgruppe	**1.2.2**	**Ordnungsangelegenheiten**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**1.2.2.2**	**Zentrale Bußgeldstelle**		

Beschreibung

Bearbeitung von Ordnungswidrigkeiten, überwiegend aus dem Bereich Verkehrsrecht. Daneben Bearbeitung aller bei der Kreisverwaltung anfallenden Ordnungswidrigkeiten.

Auftrag	**Zielgruppe**
Straßenverkehrsgesetz (StVG), Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OwiG), diverse Spezialgesetze	Personen, die Bußgeldtatbestände oder Ordnungswidrigkeiten begangen haben

Leistungen zum Produkt

1.2.2.2.1 - Verfahren nach Straßenverkehrsrecht
Bearbeitung von Ordnungswidrigkeiten innerhalb des Straßenverkehrs

1.2.2.2.2 - Sonstige Verfahren
Bearbeitung von Ordnungswidrigkeiten innerhalb anderer Rechtsgebiete, wie: Handwerksrecht, Schulrecht, Waffenrecht, Lebensmittelrecht, Umweltschutz- und Abfallrecht, Baurecht

1.2.2.2.3 - Personal

Erläuterungen zum Produkt

Die Stadt Mainz hat im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit (Zweckvereinbarung zwischen der Stadt Mainz und dem Landkreis Mainz-Bingen) eine gebietsübergreifende Bußgeldstelle zur Verfolgung und Ahndung aller anfallenden Ordnungswidrigkeiten des fließenden Verkehrs eingerichtet. Die entstehenden Sachkosten in Höhe von voraussichtlich 100.000 EUR sind der Stadt Mainz zu erstatten.

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 11 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**11**	**Sicherheit, Ordnung und Verkehr**

Hauptproduktbereich	**1**	**Zentrale Verwaltung**	**verantwortlich:**	Herr Nagel
Produktbereich	**1.2**	**Sicherheit und Ordnung**		extern
Produktgruppe	**1.2.2**	**Ordnungsangelegenheiten**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**1.2.2.2**	**Zentrale Bußgeldstelle**		

Teilergebnishaushalt **Ertrags- und Aufwandsarten (gem. § 2 Abs. 1 GemHVO)**		Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte		16.000	16.000	0
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen		156.000	156.000	0
9 + Sonstige laufende Erträge		75.000	75.000	0
10 **Summe (1 bis 9) der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit**		**247.000**	**247.000**	**0**
11 - Personalaufwendungen		240.900	240.900	0
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		100.000	0	100.000
1.2.2.2.3.52543100	Sachkostenerstattung an die Stadt Mainz	100.000	0	100.000
19 **Summe (11 bis 18) der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**		**340.900**	**240.900**	**100.000**
20 **Laufendes Ergebnis (10 ./. 19) aus Verwaltungstätigkeit**		**-93.900**	**6.100**	**-100.000**
23 **Finanzergebnis (21 ./. 22)**		**0**	**0**	**0**
24 **Ordentliches Ergebnis (20 + 23)**		**-93.900**	**6.100**	**-100.000**
27 **Außerordentliches Ergebnis (25 ./. 26)**		**0**	**0**	**0**
28 **Jahresergebnis des Teilhh.(24+27) vor Verr. der internen Leistungsbez.**		**-93.900**	**6.100**	**-100.000**
31 **Saldo (29./.30) der Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbez.**		**0**	**0**	**0**
32 **Jahresergeb. (28+31) des Teilhaushalts nach Verr. der int. Leistungsbeziehungen**		**-93.900**	**6.100**	**-100.000**

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 11 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**11**	**Sicherheit, Ordnung und Verkehr**

Hauptproduktbereich	**1**	**Zentrale Verwaltung**	**verantwortlich:**	Herr Wolf
Produktbereich	**1.2**	**Sicherheit und Ordnung**		extern
Produktgruppe	**1.2.2**	**Ordnungsangelegenheiten**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**1.2.2.5**	**Regelung des Aufenthalts von Ausländern**		

Beschreibung

Zu den Aufgaben der Kreisverwaltung gehören aufenthaltsrechtliche und die Ausreise begründende Maßnahmen sowie die laufende Betreuung, Überwachung und Aufenthaltsgestattung.

Auftrag

Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz -AufenthG-); Asylverfahrensgesetz (AsylVfG), EU Freizügigkeitsgesetz (FreizügG/EU)

Zielgruppe

Ausländer, Freizügigkeitsberechtigte Unionsbürger und ihre Familienangehörigen, Ausländer die Schutz als politisch Verfolgte (etc.) beantragen

Leistungen zum Produkt

1.2.2.5.1 - Aufenthaltstitel
Aufenthaltstitel (Aufenthaltserlaubnis, Niederlassungserlaubnis etc.)

1.2.2.5.2 - Aufenthaltsbeendende Maßnahmen
Abschiebungen, Ausreiseüberwachung, Förderung der freiwilligen Rückkehr, Ausweisungen

1.2.2.5.3 - Integrationsmaßnahmen
Betreuung von Ausländern mit Aufenthaltsstatus und -Integration. Berechtigung und Verpflichtung zur Teilnahme an Integrationskursen.

1.2.2.5.4 - Sonstige aufenthaltsrechtlichen Maßnahmen
Asylverfahren, Duldung, Ablehnung / Rücknahme von Aufenthaltstitel, Entscheidung über Erlaubnis zur Ausübung einer Beschäftigung, Passbeschaffung, Anerkennung von Verpflichtungserklärungen

1.2.2.5.5 - Personal

1.2.2.5.6 - Aufnahemeinrichtung für Asylbewerber

Erläuterungen zum Produkt

Erträge:
Die Erträge aus Kostenerstattungen und Kostenumlagen reduzieren sich um 550.000 EUR. Seitens des Landes sind Schwerpunktjugendämter gebildet worden, welche für die Inobhutnahme für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zuständig sind. Hierfür wird pro Fall eine Personal- und Sachkostenpauschale gewährt, diese beträgt seit dem 01.11.2015 für „richtige Inobhutnahmen“ 1.046 EUR sowie für Tagesfälle 300 EUR. Nach Rücksprache mit der Fachabteilung erfolgt derzeit die Abrechnung der Fälle vor dem 31.10.2015, da aber auch die erstattungspflichtigen überörtlichen Träger der Jugendhilfe Bearbeitungsrückstände haben, ist nur noch bedingt mit Zahlungseingängen im Haushaltsjahr 2016 zu rechnen. Der Ansatz ist dementsprechend um 550.000 EUR zu reduzieren.

Aufwendungen:
Keine Abweichungen zum Haushaltsplanansatz 2016.

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 11 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**11**	**Sicherheit, Ordnung und Verkehr**

Hauptproduktbereich	**1**	**Zentrale Verwaltung**	**verantwortlich:**	Herr Wolf
Produktbereich	**1.2**	**Sicherheit und Ordnung**		extern
Produktgruppe	**1.2.2**	**Ordnungsangelegenheiten**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**1.2.2.5**	**Regelung des Aufenthalts von Ausländern**		

Teilergebnishaushalt **Ertrags- und Aufwandsarten (gem. § 2 Abs. 1 GemHVO)**		Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016
2 + Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge		71.400	71.400	0
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte		160.000	160.000	0
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte		1.000	1.000	0
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen		1.533.840	2.083.840	-550.000
1.2.2.5.6.44242110	Personal- und Sachkostenerstattung des Landes (Fallpauschale) Abt. 31	150.000	700.000	-550.000
1.2.2.5.6.44242230	Erstattung von Abschiebekosten vom Land (AFA Ingelheim)	80.000	0	80.000
1.2.2.5.6.44291000	Erstattung von Abschiebekosten von Sonstigen (AFA Ingelheim)	0	80.000	-80.000
9 + Sonstige laufende Erträge		100	100	0
10 **Summe (1 bis 9) der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit**		**1.766.340**	**2.316.340**	**-550.000**
11 - Personalaufwendungen		1.807.600	1.807.600	0
12 - Versorgungsaufwendungen		100	100	0
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		281.900	281.900	0
14 - Abschreibungen gem. § 2 Abs. 1 Nr. 14 GemHVO		2.894	2.894	0
17 - Aufwendungen der sozialen Sicherung		71.400	71.400	0
18 - Sonstige laufende Aufwendungen		144.980	144.980	0
19 **Summe (11 bis 18) der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**		**2.308.874**	**2.308.874**	**0**
20 **Laufendes Ergebnis (10 ./. 19) aus Verwaltungstätigkeit**		**-542.534**	**7.466**	**-550.000**
23 **Finanzergebnis (21 ./. 22)**		**0**	**0**	**0**
24 **Ordentliches Ergebnis (20 + 23)**		**-542.534**	**7.466**	**-550.000**
27 **Außerordentliches Ergebnis (25 ./. 26)**		**0**	**0**	**0**
28 **Jahresergebnis des Teilhh.(24+27) vor Verr. der internen Leistungsbez.**		**-542.534**	**7.466**	**-550.000**
31 **Saldo (29./.30) der Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbez.**		**0**	**0**	**0**
32 **Jahresergeb. (28+31) des Teilhaushalts nach Verr. der int. Leistungsbeziehungen**		**-542.534**	**7.466**	**-550.000**

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 11 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**11**	**Sicherheit, Ordnung und Verkehr**

Hauptproduktbereich	**1**	**Zentrale Verwaltung**	**verantwortlich:**	Herr Wolf
Produktbereich	**1.2**	**Sicherheit und Ordnung**		extern
Produktgruppe	**1.2.8**	**Zivil- und Katastrophenschutz**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**1.2.8.0**	**Zivil- und Katastrophenschutz**		

Beschreibung

Die Landkreise sind Träger des Katastrophenschutzes. Zu den Aufgaben gehören: Bereitstellung von Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes mit erforderlichen baulichen Anlagen und Ausrüstungen, Bildung von Stabstellen, Aus- und Fortbildung der Angehörigen des Katastrophenschutzes und Aufstellung von Alarm- und Einsatzplänen.Der Bund ist Träger des Zivilschutzes. Die Landkreise wirken durch nicht militärische Maßnahmen mit, um die Bevölkerung, ihre Wohnungen und Arbeitsstätten, sowie das Kulturgut vor Kriegseinwirkungen zu schützen sowie Folgen zu beseitigen.

Auftrag

Landesgesetz über den Brandschutz, die Allgemeine Hilfe und den Katastrophenschutz (Brand- und Katastrophenschutzgesetz -LBKG-); Zivilschutzgesetz (ZSG)

Zielgruppe

Bevölkerung

Leistungen zum Produkt

1.2.8.0.1 - Zivilschutz
Verteidigungsbezogene Maßnahmen wie Objektschutz und Wirtschaftssicherstellung.

1.2.8.0.2 - Katastrophenschutz
Friedensmäßige Maßnahmen, wie Aus- und Fortbildung der Angehörigen des Katastrophenschutzes und Aufstellung und Abstimmung von Alarm- und Einsatzplänen.

Erläuterungen zum Produkt

Für die Einrichtung eines „Hilfsfonds“, der sich an den kommunalen Kosten zur Beseitigung von Schäden nach Katastrophenfällen beteiligt, werden Mittel in Höhe von 150.000 EUR veranschlagt.

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 11 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**11**	**Sicherheit, Ordnung und Verkehr**

Hauptproduktbereich	**1**	**Zentrale Verwaltung**	**verantwortlich:**	Herr Wolf
Produktbereich	**1.2**	**Sicherheit und Ordnung**		extern
Produktgruppe	**1.2.8**	**Zivil- und Katastrophenschutz**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**1.2.8.0**	**Zivil- und Katastrophenschutz**		

Teilergebnishaushalt **Ertrags- und Aufwandsarten (gem. § 2 Abs. 1 GemHVO)**	Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016
2 + Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge	9.749	9.749	0
10 **Summe (1 bis 9) der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit**	**9.749**	**9.749**	**0**
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	29.250	29.250	0
14 - Abschreibungen gem. § 2 Abs. 1 Nr. 14 GemHVO	52.881	52.881	0
16 - Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	166.000	16.000	150.000
1.2.8.0.2.54143000 Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an Gemeinden und Gemeindeverbände	150.000	0	150.000
18 - Sonstige laufende Aufwendungen	136.200	136.200	0
19 **Summe (11 bis 18) der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**	**384.331**	**234.331**	**150.000**
20 **Laufendes Ergebnis (10 ./. 19) aus Verwaltungstätigkeit**	**-374.582**	**-224.582**	**-150.000**
23 **Finanzergebnis (21 ./. 22)**	**0**	**0**	**0**
24 **Ordentliches Ergebnis (20 + 23)**	**-374.582**	**-224.582**	**-150.000**
27 **Außerordentliches Ergebnis (25 ./. 26)**	**0**	**0**	**0**
28 **Jahresergebnis des Teilhh.(24+27) vor Verr. der internen Leistungsbez.**	**-374.582**	**-224.582**	**-150.000**
31 **Saldo (29./.30) der Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbez.**	**0**	**0**	**0**
32 **Jahresergeb. (28+31) des Teilhaushalts nach Verr. der int. Leistungsbeziehungen**	**-374.582**	**-224.582**	**-150.000**

Teilhaushalt 12 Kommunalaufsicht

Teilergebnishaushalt **Ertrags- und Aufwandsarten (gem. § 2 Abs. 1 GemHVO)**	Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	19.500	19.500	0
10 **Summe (1 bis 9) der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit**	**19.500**	**19.500**	**0**
11 - Personalaufwendungen	193.000	193.000	0
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	10.000	10.000	0
19 **Summe (11 bis 18) der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**	**203.000**	**203.000**	**0**
20 **Laufendes Ergebnis (10 ./. 19) aus Verwaltungstätigkeit**	**-183.500**	**-183.500**	**0**
23 **Finanzergebnis (21 ./. 22)**	**0**	**0**	**0**
24 **Ordentliches Ergebnis (20 + 23)**	**-183.500**	**-183.500**	**0**
27 **Außerordentliches Ergebnis (25 ./. 26)**	**0**	**0**	**0**
28 **Jahresergebnis des Teilhh.(24+27) vor Verr. der internen Leistungsbez.**	**-183.500**	**-183.500**	**0**
31 **Saldo (29./.30) der Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbez.**	**0**	**0**	**0**
32 **Jahresergeb. (28+31) des Teilhaushalts nach Verr. der int. Leistungsbeziehungen**	**-183.500**	**-183.500**	**0**

Haushaltsplan 2016 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt 12 Kommunalaufsicht

	Teilfinanzhaushalt **Ein- und Auszahlungsarten (gem. § 3 Abs. 1 GemHVO)**	Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016
1	Saldo der lfd. Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit (FHH 18)	-183.500	-183.500	0
2	Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und -auszahlungen (FHH 21)	0	0	0
3	Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen (1 + 2)	-183.500	-183.500	0
4	Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen (FHH 25)	0	0	0
5	Saldo der ordl. u. außerordl. Ein- u. Ausz. vor Verr. der int. Leist.Bez. (3+4)	-183.500	-183.500	0
6	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0
7	Saldo der ordl. u. außerordl. Ein- u. Ausz. nach Verr. der int. Leist.Bez. (5+6)	-183.500	-183.500	0
16	Summe (8 bis 15) der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0
23	Summe (17 bis 22) der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0
24	Saldo (16 ./. 23) der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0
25	Finanzmittelüberschuss / -fehlbetrag des Teilhaushalts (7 + 24)	-183.500	-183.500	0
28	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionskrediten**	**0**	**0**	**0**
31	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Krediten zur Liquiditätssicherung**	**0**	**0**	**0**
34	**Veränderung der liquiden Mittel**	**0**	**0**	**0**

Haushaltsplan 2016 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt 13 Kommunales Jobcenter

Teilergebnishaushalt **Ertrags- und Aufwandsarten (gem. § 2 Abs. 1 GemHVO)**		Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016
3	+ Erträge der sozialen Sicherung	52.709.552	51.688.450	1.021.102
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	500	500	0
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	7.898.828	7.255.342	643.486
9	+ Sonstige laufende Erträge	116.000	16.000	100.000
10	**Summe (1 bis 9) der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit**	**60.724.880**	**58.960.292**	**1.764.588**
11	- Personalaufwendungen	6.042.744	5.639.045	403.699
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.327.582	2.963.252	364.330
17	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	64.514.248	63.493.146	1.021.102
18	- Sonstige laufende Aufwendungen	279.600	279.600	0
19	**Summe (11 bis 18) der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**	**74.164.174**	**72.375.043**	**1.789.131**
20	**Laufendes Ergebnis (10 ./. 19) aus Verwaltungstätigkeit**	**-13.439.294**	**-13.414.751**	**-24.543**
23	**Finanzergebnis (21 ./. 22)**	**0**	**0**	**0**
24	**Ordentliches Ergebnis (20 + 23)**	**-13.439.294**	**-13.414.751**	**-24.543**
27	**Außerordentliches Ergebnis (25 ./. 26)**	**0**	**0**	**0**
28	**Jahresergebnis des Teilhh.(24+27) vor Verr. der internen Leistungsbez.**	**-13.439.294**	**-13.414.751**	**-24.543**
31	**Saldo (29./.30) der Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbez.**	**0**	**0**	**0**
32	**Jahresergeb. (28+31) des Teilhaushalts nach Verr. der int. Leistungsbeziehungen**	**-13.439.294**	**-13.414.751**	**-24.543**

Teilhaushalt **13** **Kommunales Jobcenter**

	Teilfinanzhaushalt **Ein- und Auszahlungsarten (gem. § 3 Abs. 1 GemHVO)**	Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016
1	Saldo der lfd. Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit (FHH 18)	-13.339.294	-13.214.751	-124.543
2	Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und -auszahlungen (FHH 21)	0	0	0
3	Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen (1 + 2)	-13.339.294	-13.214.751	-124.543
4	Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen (FHH 25)	0	0	0
5	Saldo der ordl. u. außerordl. Ein- u. Ausz. vor Verr. der int. Leist.Bez. (3+4)	-13.339.294	-13.214.751	-124.543
6	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0
7	Saldo der ordl. u. außerordl. Ein- u. Ausz. nach Verr. der int. Leist.Bez. (5+6)	-13.339.294	-13.214.751	-124.543
16	Summe (8 bis 15) der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0
23	Summe (17 bis 22) der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0
24	Saldo (16 ./. 23) der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0
25	Finanzmittelüberschuss / -fehlbetrag des Teilhaushalts (7 + 24)	-13.339.294	-13.214.751	-124.543
28	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionskrediten**	**0**	**0**	**0**
31	**Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Krediten zur Liquiditätssicherung**	**0**	**0**	**0**
34	**Veränderung der liquiden Mittel**	**0**	**0**	**0**

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 13 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**13**	**Kommunales Jobcenter**

Hauptproduktbereich	**3**	**Soziales und Jugend**	**verantwortlich:**	Herr Rocker
Produktbereich	**3.1**	**Soziale Hilfen**		extern
Produktgruppe	**3.1.2**	**Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**3.1.2.0**	**Allgemeine Verwaltung Jobcenter**		

Beschreibung

Gem. § 6 SGB II ist der Landkreis Mainz-Bingen nach der Kommunalträger-Zulassungsverordnung ab dem 01.01.2012 anstelle der Bundesagentur für Arbeit zugelassener kommunaler Träger. Zur Wahrnehmung der Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitsuchende hat der Landkreis gem. § 6a SGB II, Abs. 5, eine besondere Einrichtung zu errichten. Der Bund trägt die Aufwendungen für Arbeitsuchende, einschließlich der Personal- und Sachkosten als Verwaltungskosten (nach § 46, Abs. 3 SGB II in Höhe von 84,8 v.H.), soweit die Leistungen in Zuständigkeit des Bundes erbracht werden.

Auftrag

Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD), Bundesbesoldungsgesetz (BBesG), Landesbeamtengesetz (LBG), sowie alle sonstigen beamten- und arbeitsrechtlich relevanten Vorschriften i.V.m. Zweitem Sozialgesetzbuch (SGB II) und der Kommunaltäger-Zulassungsverordnung

Zielgruppe

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landkreises

Leistungen zum Produkt

3.1.2.0.1 - Personal

Die allgemeinen Verwaltungskosten des Kommunalen Jobcenters trägt der Bund zu 84,8 v.H., der Landkreis hat gem. § 46, Abs. 3 SGB II 15,2 v.H. der Kosten zu decken.
Die finanzielle Beteiligung des Bundes wird als Budget für Personalkosten Personalnebenkosten (bis zu 2.248 € je Vollzeitäquivalent), Versorgungszuschläge, Personalgemeinkosten, Reisekosten und Fortbildungskosten zur Verfügung gestellt. Die Mittel sind zu vereinnahmen und an die Kosten deckenden Abteilungen der Kreisverwaltung weiter zu leiten.
Zudem gehören sonstige Personalnebenkosten wie z.B. die Finanzierung von Job Tickets zu den in Rede stehenden Leistungen.

3.1.2.0.2 - Sonstiges

Nach der Kommunalträger-Abrechnungsverwaltungsvorschrift trägt der Bund angemessene Sachkosten bis zu 11.908 € je Vollzeitäquivalent und Jahr. Die Kostenbeteiligung ist zu vereinnahmen und intern weiter zu leiten. Daneben sind aber auch Aufwendungen berücksichtigt, die sich aus der Übertragung der Ausbildungsvermittlung an die Agentur für Arbeit ergeben, sowie Kosten, die aus der Beauftragung des Gesundheitsamtes entstehen, um die Erwerbsfähigkeit von Leistungsempfängerinnen nach dem SGB II gutachterlich festzustellen. Eine Mitgliedsgebühr an den Deutschen Landkreistag ist zu entrichten und in Verfahren der Sozialgerichtsbarkeit sind anfallende Gebühren und Kosten zu tragen.

Erläuterungen zum Produkt

Für Verwaltungskosten wird seitens des Bundes auf der Grundlage der Mitteilung des BMAS vom 26. April 2016 ein Budget in Höhe von 6.752.226 EUR angenommen. Dies sind gegenüber dem laufenden Jahr 2016 mit 5.833.553 Euro um 918.673 Euro deutlich erhöhte Bundesmittel.

Insgesamt sind für den TH 13 an budgetierten Zuweisungen des Bundes 11.475.120 EUR für Verwaltungskosten (Produkt 3.1.2.0) und für Eingliederungsmaßnahmen - EGL - (Produkt 3.1.2.1) zu erwarten, gegenüber der Planung 2015 mit 9.824.099 Euro ein Plus von 1.651.021 Euro. Vom Gesamtbudget entfallen zu Gunsten der EGL 4.722.894 Euro (ohne Umschichtungsbetrachtung zur Deckung von Verwaltungskosten) ein Plus von 732.348 Euro gegenüber 3.990.546 Euro. Beide Zuweisungen bilden einen Deckungskreis. Erfahrungsgemäß erfolgt eine notwendige „Finanzierungszuführung“ vom Bereich EGL, da die Zuweisungen des Bundes nicht auskömmlich sind.

Die Gesamterträge zur Kostendeckung der Verwaltungskosten belaufen sich abzüglich des kommunalen Anteils über 15,2% auf 7.465.074 EUR (= 84,8%). Zur Eingliederung in Arbeit wurden zuwendungsfähige Aufwendungen im Rahmen einer eingeschätzten Umsetzbarkeit in Höhe von 4.023.613 EUR etatisiert. Aus dem Eingliederungstitel musste ein verbleibender Betrag in Höhe von 699.281 EUR zur Finanzierung von Verwaltungskosten überführt werden.

Die Erstattungen des Bundes für Personalgemeinkosten beinhaltet u.a. die Aufgabenwahrnehmung durch die sog. „Querschnittsämter“. Ergänzt wird dies durch die Erstattung von Personalnebenkosten, Versorgungszuschlag und Sachkosten. Alle Erstattungen bilden zu jeweils 84,8% die Bruttoausgaben ab. Die Weiterleitung aus dem Teilhaushalt 13 zu 100% auf der Aufwandsseite zeigt auf der Ertragsseite des Teilhaushaltes 02 (Produkt 1.1.2.0) eine korrespondierende Darstellung.

Der kommunale Finanzierungsanteil in 2016 in Höhe von 1.532.098 Euro erfährt bei Gesamterträgen in Höhe von 7.915.328 EUR und Aufwendungen in Höhe von 9.447.426 EUR zu bisher einen Anstieg um 124.543 EUR (bisher: 1.407.555 Euro). Der kommunale Finanzierungsanteil beinhaltet u.a. den grundsätzlich zu tragenden gesetzlichen Mindestanteil (15,2%) des Landkreises gemäß § 46 (3) SGB II.

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 13 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**13**	**Kommunales Jobcenter**

Hauptproduktbereich	**3**	**Soziales und Jugend**	**verantwortlich:**	Herr Rocker
Produktbereich	**3.1**	**Soziale Hilfen**		extern
Produktgruppe	**3.1.2**	**Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**3.1.2.0**	**Allgemeine Verwaltung Jobcenter**		

Teilergebnishaushalt **Ertrags- und Aufwandsarten (gem. § 2 Abs. 1 GemHVO)**		Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte		500	500	0
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen		7.898.828	7.255.342	643.486
3.1.2.0.1.44241100	Erstattung Personalkosten Kerngeschäft § 19 i.V.m. § 10 KoA-VV (VKB Bund)	4.646.685	4.312.149	334.536
3.1.2.0.1.44241101	Erstattung Personalkosten gem. §§ 11-13 i.V.m. §20-22 KoA-VV	1.642.912	1.481.448	161.464
3.1.2.0.2.44241000	Sachkostenerstattung gem. § 14 i.V.m. § 23 KoA-VV (VKB Bund)	1.175.477	1.027.991	147.486
9 + Sonstige laufende Erträge		16.000	16.000	0
10 **Summe (1 bis 9) der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit**		**7.915.328**	**7.271.842**	**643.486**
11 - Personalaufwendungen		6.042.744	5.639.045	403.699
3.1.2.0.1.50211000	Dienstbezüge Beamte	946.120	788.900	157.220
3.1.2.0.1.50221000	Vergütungen der tariflich Beschäftigten	3.569.982	3.390.200	179.782
3.1.2.0.1.50320000	Arbeitgeberanteil zur ZVK für tariflich Beschäftigte	293.699	269.700	23.999
3.1.2.0.1.50420000	Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung für tariflich Beschäftigte	719.298	676.600	42.698
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		3.327.082	2.962.752	364.330
3.1.2.0.1.52543110	Kostenerstattung Personalgemeinkosten an den Landkreis Mainz-Bingen	1.341.045	1.241.649	99.396
3.1.2.0.1.52543300	Kostenerstattung Personalnebenkosten a.d. LK Mainz-Bingen	278.211	243.304	34.907
3.1.2.0.1.52543330	Kostenerstattung Versorgungszuschlag an den Landkreis Mainz-Bingen	318.141	262.036	56.105
3.1.2.0.2.52543400	Sachkostenerstattung (§ 23 KoA-VV) an den Landkreis Mainz-Bingen	1.269.283	1.095.361	173.922
18 - Sonstige laufende Aufwendungen		77.600	77.600	0
19 **Summe (11 bis 18) der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**		**9.447.426**	**8.679.397**	**768.029**
20 **Laufendes Ergebnis (10 ./. 19) aus Verwaltungstätigkeit**		**-1.532.098**	**-1.407.555**	**-124.543**
23 **Finanzergebnis (21 ./. 22)**		**0**	**0**	**0**
24 **Ordentliches Ergebnis (20 + 23)**		**-1.532.098**	**-1.407.555**	**-124.543**
27 **Außerordentliches Ergebnis (25 ./. 26)**		**0**	**0**	**0**
28 **Jahresergebnis des Teilhh.(24+27) vor Verr. der internen Leistungsbez.**		**-1.532.098**	**-1.407.555**	**-124.543**
31 **Saldo (29./.30) der Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbez.**		**0**	**0**	**0**
32 **Jahresergeb. (28+31) des Teilhaushalts nach Verr. der int. Leistungsbeziehungen**		**-1.532.098**	**-1.407.555**	**-124.543**

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 13 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**13**	**Kommunales Jobcenter**

Hauptproduktbereich	**3**	**Soziales und Jugend**	**verantwortlich:**	Herr Rocker
Produktbereich	**3.1**	**Soziale Hilfen**		extern
Produktgruppe	**3.1.2**	**Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**3.1.2.1**	**Leistungen zur Eingliederung in Arbeit**		

Beschreibung

Erwerbsfähig i.S. des SGB II sind 15-65 jährige Menschen, die mindestens 3 Stunden täglich unter den üblichen Bedingungen des Arbeitsmarktes einer Erwerbstätigkeit nachgehen könnten. Zur Unterstützung sieht das SGB III i.V.m. § 16 SGB II Leistungen -in Zuständigkeit des Bundes- vor, mit denen die schnellst mögliche Eingliederung in Arbeit unterstützt werden soll. Darüber hinaus sind flankierende Leistungen - in kommunaler Zuständigkeit- zu erbringen: Kinderbetreuung, häusliche Pflege von Angehörigen, Schuldnerberatung, Suchtberatung, psychosoziale Betreuung.

Auftrag

Zweites Sozialgesetzbuch (SGB II) i.V.m. Drittem Sozialgesetzbuch SGB III

Zielgruppe

Erwerbsfähige Hilfebedürftige und die mit ihnen in der Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen, sowie ggf. zu deren Gunsten tätige Träger von fördernden Maßnahmen und Arbeitgeber

Leistungen zum Produkt

3.1.2.1.1 - Eingliederungsleistungen für Optionskreise
Die Mittel zur Erbringung von Eingliederungsleistungen werden als Budget vom Bund zur Verfügung gestellt. Die Budgets zur Deckung von Verwaltungskosten und zur Eingliederung in Arbeit sind gegenseitig deckungsfähig. Die Höhe der Zuweisung regelt der Bund in der Eingliederungsmittelverordnung. Für das Jahr 2012 stehen die Zuweisungen noch nicht fest, Mittelkürzungen sind jedoch in einer Höhe von ca. 20 v.H. gegenüber 2011 angekündigt. Innerhalb des festgelegten Budgets sind die einzelnen Eingliederungsmaßnahmen zu planen: Qualifizierungsmaßnahmen, Maßnahmen der Fort- und Weiterbildung, Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung usw. Daneben hat der Landkreis als kommunaler Träger flankierende Angebote gem. § 16 SGB II sicher zu stellen: Kinderbetreuung, Alten- und Behindertenhilfe, häusliche Pflege von Angehörigen, Schuldnerberatung, "psychosoziale Betreuung", sowie Suchtberatung.

Erläuterungen zum Produkt

Für die Veranschlagung des Bundeszuschusses für Eingliederungsleistungen für 2016 ist das Schreiben des BMAS vom 26. April 2016 (Budget an den Eingliederungs- und Verwaltungsmittel) für das Jahr 2016 maßgebend. Hiernach sind u.a. „flüchtlingsinduzierte Mehrbedarfe“ zu Gunsten verstärkter Haushaltsmittel (+ 732.348 Euro) zu bisher auf nunmehr 4.722.894 EUR etatisiert. Diese Zuweisung bildet mit der Zuweisung für Verwaltungskosten in Höhe von 6.752.226 EUR einen Deckungskreis über gesamt 11.475.120 EUR. So ist es möglich, auch jahrelange Praxis, dass Umschichtungen aus diesem Titel zur Finanzierung von Verwaltungskosten dienen.

Zur Eingliederung in Arbeit wurden zuwendungsfähige Aufwendungen in Höhe von 4.063.613 EUR, davon 4.023.613 EUR über vorg. Bundesmittel finanziert, etatisiert, so dass ein verbleibender Betrag in Höhe von 699.281 EUR zur Finanzierung von Verwaltungskosten dienen kann (Umschichtung im Deckungskreis).

Die Schwerpunkte der Förderungen liegen u.a. bei der Aktivierung und beruflichen Eingliederung (rd. 2,3 Mio. €uro), den Eingliederungszuschüssen (460 T€uro), der Förderung der beruflichen Weiterbildung (440 T€uro), den Arbeitsgelegenheiten (300 T€uro), speziellen Maßnahmen für Jüngere und für Menschen mit Behinderung (95 T€uro), die Förderung von Arbeitsverhältnissen (81 T€uro) sowie für Beschäftigungszuschüsse (31 T€uro).

Der ausgewiesene Zuschussbedarf in Höhe von 149.000 €uro beinhaltet kommunale Kosten (Beratungsdienste, u.a.: Schuldner- und Suchtberatung, Psychosoziale Betreuung), die nicht aus Bundesmittel finanziert werden dürfen.

Der Bund finanziert darüber hinaus im lfd. Jahr 2016 über ein paralleles „Sonderbudget“ (ESF-Bundesprogramm zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsberechtigter nach dem SGB II) dafür speziell arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Höhe von 823 T€uro.

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 13 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**13**	**Kommunales Jobcenter**

Hauptproduktbereich	**3**	**Soziales und Jugend**	**verantwortlich:**	Herr Rocker
Produktbereich	**3.1**	**Soziale Hilfen**		extern
Produktgruppe	**3.1.2**	**Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**3.1.2.1**	**Leistungen zur Eingliederung in Arbeit**		

Teilergebnishaushalt **Ertrags- und Aufwandsarten (gem. § 2 Abs. 1 GemHVO)**		Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016
3 + Erträge der sozialen Sicherung		4.886.693	3.865.591	1.021.102
3.1.2.1.1.42613000	Zuweisung Eingliederungsleistungen (EGT Bund)	4.023.613	3.002.511	1.021.102
10 **Summe (1 bis 9) der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit**		**4.886.693**	**3.865.591**	**1.021.102**
17 - Aufwendungen der sozialen Sicherung		5.033.693	4.012.591	1.021.102
3.1.2.1.1.55151500	unbefristeter Beschäftigungszuschuss § 16e SGB II -Altfälle-	32.174	31.174	1.000
3.1.2.1.1.55156100	Aktivierung u.berufl.Eingliederung §16 (1) SGB II i.V.m. §45 SGB III-Ermessen-	2.321.339	1.301.237	1.020.102
18 - Sonstige laufende Aufwendungen		2.000	2.000	0
19 **Summe (11 bis 18) der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**		**5.035.693**	**4.014.591**	**1.021.102**
20 **Laufendes Ergebnis (10 ./. 19) aus Verwaltungstätigkeit**		**-149.000**	**-149.000**	**0**
23 **Finanzergebnis (21 ./. 22)**		**0**	**0**	**0**
24 **Ordentliches Ergebnis (20 + 23)**		**-149.000**	**-149.000**	**0**
27 **Außerordentliches Ergebnis (25 ./. 26)**		**0**	**0**	**0**
28 **Jahresergebnis des Teilhh.(24+27) vor Verr. der internen Leistungsbez.**		**-149.000**	**-149.000**	**0**
31 **Saldo (29./.30) der Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbez.**		**0**	**0**	**0**
32 **Jahresergeb. (28+31) des Teilhaushalts nach Verr. der int. Leistungsbeziehungen**		**-149.000**	**-149.000**	**0**

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 13 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**13**	**Kommunales Jobcenter**

Hauptproduktbereich	**3**	**Soziales und Jugend**	**verantwortlich:**	Herr Rocker
Produktbereich	**3.1**	**Soziale Hilfen**		extern
Produktgruppe	**3.1.2**	**Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**3.1.2.2**	**Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes**		

Beschreibung

Gemäß § 6a SGB II ist der Landkreis ab dem 01.01.2012 zuständiger kommunaler Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Leistungsberechtigt sind Erwerbsfähige, die nicht wegen Krankheit oder einer Behinderung auf absehbare Zeit außerstande sind, unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes mindestens drei Stunden täglich erwerbsfähig zu sein. Nichterwerbsfähige Leistungsberechtigte, die mit erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in einer Bedarfsgemeinschaft leben, erhalten Sozialgeld, soweit sie keinen Anspruch auf Leistungen nach dem Vierten Kapitel des Zwölften Buches haben. Gemäß § 46 Abs. 1 SGB II trägt der Bund die Aufwendungen der Grundsicherung für Arbeit, soweit für die Leistungen die Bundesagentur für Arbeit als zuständiger Träger festgelegt wurde.

Auftrag

Zweites Sozialgesetzbuch (SGB II)

Zielgruppe

Erwerbsfähige Hilfebedürftige und die mit ihnen in der Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen

Leistungen zum Produkt

3.1.2.2.1 - Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes für Optionskreise
Erträge (Leistungsbeteiligungen, Forderungseinzug für Altfälle, Kostenersätze) und Aufwendungen werden ausgewiesen. Nach dem SGB II erwerbsfähige Personen zwischen dem 15. und 65. Lebensjahr und die Mitglieder ihrer Bedarfsgemeinschaft erhalten bei wirtschaftlichem Hilfebedarf Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II. Nicht erwerbsfähige hilfebedürftige Personen, die mit erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in einer Bedarfsgemeinschaft leben, erhalten Sozialgeld. In der Bedarfsgemeinschaft lebende Kinder, die das 25.Lebensjahr überschritten haben, begründen eine eigene Bedarfsgemeinschaft. Neben den sog. Regelbedarfen sind Leistungen des Mehrbedarfes, der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge, Sonstige Aufwendungen und Gutachterkosten in Zuständigkeit des Bundes.

3.1.2.2.2 - Leistungen zur Sicherung der Unterkunft und Heizung
Erträge (Leistungsbeteiligungen Bund, Land, kreisangehörige Kommunen, Tilgungen aus Darlehen, Rückforderungen und Erstattungen) und Aufwendungen werden ausgewiesen. Zu den Regelbedarfen werden Kosten der Unterkunft und Heizung, der Wohnungsbeschaffungskosten, Umzugskosten, Kosten der Wohnungserstausstattung in Zuständigkeit des kommunalen Trägers gewährt. An den Kosten der Unterkunft beteiligt sich der Bund (in schwankender Höhe und zur zweckbestimmten Verwendung im Bereich Bildung und Teilhabe und zum Ausbau der Schulsozialarbeit), das Land leitet zur Kostenbeteiligung Einsparungen aus Wohngeldzahlungen an die Kommunen weiter, und die kreisangehörigen Kommunen werden zur Kostendeckung mit 25 v.H. an den Nettokosten herangezogen.

3.1.2.2.3 - BuT - § 28 SGB II - Grundsicherung für Arbeitssuchende
Gemäß § 28 ff SGB II werden leistungsberechtigten Personen des SGB II - die das 25. Lebensjahr noch nicht überschritten haben- Leistungen zur Bildung und Teilhabe gewährt. Hierbei handelt es sich um: Kostenübernahme für Ausflüge und Klassenfahrten, 100 €/Jahr für Schulbedarf, ggf. kosten der Schülerbeförderung, angemessene Kosten für eine außerschulische Lernförderung zur Erreichung eines Lernzieles, Mittagsverpflegung in Kindertageseinrichtungen und Schulen bei 1€ Selbstbeteiligung, sowie Bezuschussung soziokultureller Aktivitäten bis max. 10 €/Monat. Ausgewiesen werden die Aufwendungen, aber auch der Ertrag aus der Kostenbeteiligung des Bundes, abgerechnet über das Land.

Erläuterungen zum Produkt

In dem Produkt Sicherung des Lebensunterhaltes (3.1.2.2) werden ALG II – Leistungen (3.1.2.2.1), Leistungen für Unterkunft und Heizung (3.1.2.2.2) sowie Aufwendungen der sozialen Sicherung im Rahmen der sog. „Bildung und Teilhabe“ gem. § 28 SGB II (3.1.2.2.3) der Grundsicherung für Arbeit abgebildet.

Mit dem Nachtragsplan 2016 wird für bereits erfolgte Geldeingänge auf Altforderungen der Bundesanstalt für Arbeit ein Ansatz über 100.000 EUR eingestellt.

Zugeordnete Produkte zum Teilhaushalt 13 - 1. Nachtrag

Teilhaushalt	**13**	**Kommunales Jobcenter**

Hauptproduktbereich	**3**	**Soziales und Jugend**	**verantwortlich:**	Herr Rocker
Produktbereich	**3.1**	**Soziale Hilfen**		extern
Produktgruppe	**3.1.2**	**Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)**	**Rechtsbindung:**	muss
Produkt	**3.1.2.2**	**Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes**		

Teilergebnishaushalt **Ertrags- und Aufwandsarten (gem. § 2 Abs. 1 GemHVO)**		Ansatz neu 2016	Ansatz alt 2016	mehr(+) / weniger(-) 2016
3 + Erträge der sozialen Sicherung		47.488.901	47.488.901	0
9 + Sonstige laufende Erträge		100.000	0	100.000
3.1.2.2.1.46614100	Erträge a.d.Auflösung v.Rückstellungen f.Altforderungen BA (Geldeingänge ALG II)	100.000	0	100.000
10 **Summe (1 bis 9) der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit**		**47.588.901**	**47.488.901**	**100.000**
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		500	500	0
17 - Aufwendungen der sozialen Sicherung		59.146.597	59.146.597	0
18 - Sonstige laufende Aufwendungen		200.000	200.000	0
19 **Summe (11 bis 18) der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**		**59.347.097**	**59.347.097**	**0**
20 **Laufendes Ergebnis (10 ./. 19) aus Verwaltungstätigkeit**		**-11.758.196**	**-11.858.196**	**100.000**
23 **Finanzergebnis (21 ./. 22)**		**0**	**0**	**0**
24 **Ordentliches Ergebnis (20 + 23)**		**-11.758.196**	**-11.858.196**	**100.000**
27 **Außerordentliches Ergebnis (25 ./. 26)**		**0**	**0**	**0**
28 **Jahresergebnis des Teilhh.(24+27) vor Verr. der internen Leistungsbez.**		**-11.758.196**	**-11.858.196**	**100.000**
31 **Saldo (29./.30) der Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbez.**		**0**	**0**	**0**
32 **Jahresergeb. (28+31) des Teilhaushalts nach Verr. der int. Leistungsbeziehungen**		**-11.758.196**	**-11.858.196**	**100.000**

Übersichten

Verpflichtungsermächtigungen

Übersicht
über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen

Verpflichtungsermächtigungen (gem. § 1 Abs. 1 Nr. 4 GemHVO)	Planungsdaten 2017	Planungsdaten 2018	Planungsdaten 2019	Planungsdaten der weiteren Haushaltsfolge-jahre
	in EUR			
im Haushaltsjahr 2016	2.010.000	0	0	0
Summe	**2.010.000**	**0**	**0**	**0**
Gesamtbetrag der Investitionskredite (ohne zinslose Kredite und Kredite zur Umschuldung)	0	0	0	0

Produktplan 2016

Übersicht der Belastung der Folgejahre durch Verpflichtungsermächtigungen
- in EUR -

Planungsstelle	Bezeichnung	Voraussichtlich fällige Auszahlungen					
		2017	2018	2019	2020	künftige Jahre	gesamt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1.1.4.1.2	Produkt Zentrale Dienste						
	MN 7113 Neubau von Büroflächen						
1.1.4.1.2/7113.78523200	Ausz f. Baumaßnahmen	2.000.000	0	0	0	0	2.000.000
	Summe Maßnahme 7113	2.000.000	0	0	0	0	2.000.000
	Summe Produkt 1.1.4.1.2	**2.000.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**2.000.000**
3.3.1.0.1	Produkt Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege						
	MN 7503 Schaffung integrativer Kindertagesstätten						
3.3.1.0.1/7503.78143000	Investitionszuwendungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	10.000	0	0	0	0	10.000
	Summe Maßnahme 7503	10.000	0	0	0	0	10.000
	Summe Produkt 3.3.1.0.1	**10.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**10.000**
	Summe	**2.010.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**2.010.000**

Übersicht

über- und außerplanmäßige

Aufwendungen

und

Auszahlungen

Aufstellung der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen 2016
- konsumtiver Bereich -

Haushaltsstelle		Überplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen		Außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen		Deckung der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen				Genehmigt durch		
Nr.	Bezeichnung	Beschluss	Rechnungs-ergebnis	Beschluss	Rechnungs-ergebnis	Mehrerträge/Mehreinzahlungen		Minderaufwendungen/ Minderauszahlungen		Kreisvor-stand	Kreis-ausschuss	Kreistag
						Haushalts-stelle	Betrag EUR	Haushalts-stelle	Betrag EUR	am	am	am
		EUR	EUR	EUR	EUR							
3.1.3.0.3.52920000	Sonst. Aufwendungen für Dienstleistungen - Kinderbetreuung			15.000,00				3.1.3.0.3.50221000	15.000,00	15.02.2016		
3.1.2.1.1.55141000	Leistungsbeteiligung Kinderbetreuung / Angehörigenpflege	20.000,00						3.1.3.0.3.50221000	20.000,00	15.02.2016		
1.1.4.4.3.56249200	RLP-Netz Haupthaus	10.057,61						Abgang Ermächtigung 1.1.4.4.3.56243000	10.057,61	14.03.2016		
1.2.3.4.1.56249200	RLP-Netz Zulassungen Bingen und Oppenheim	14.691,00						Abgang Ermächtigung 1.2.3.4.1.56243000 Bestand liquider Mittel	5.000,00 9.691,00	14.03.2016		
2.1.8.4.1.52313300	IGS Oppenheim - Umbau im Bestand	50.000,00						1.1.4.1.2/7121.78523000	50.000,00		11.04.2016	
1.2.7.0.2.56290000	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Standortanalyse im Rettungsdienstbereich Rheinhessen			40.000,00				Bestand liquider Mittel	40.000,00		27.06.2016	
1.2.2.2.3.52543100	Sachkostenerstattung an die Stadt Mainz - Zweckvereinbarung Zentrale Bußgeldstelle			14.000,00				Bestand liquider Mittel	14.000,00	11.07.2016		
1.2.3.4.1.52370000	Zulassungstelle Bingen und Oppenheim - Ausstattung der zwei Kassenautomaten mit je einem EC-Bezahlterminal	9.200,00						1.1.4.5.5.56290000	9.200,00	**12.09.2016**		
1.2.2.2.3.52543100	Sachkostenerstattung an die Stadt Mainz - Zweckvereinbarung Zentrale Bußgeldstelle			86.000,00				Bestand liquider Mittel	86.000,00		**05.09.2016**	
Summe		**103.948,61**		**155.000,00**					**258.948,61**			

Aufstellung der über- und außerplanmäßigen Auszahlungen 2016
- investiver Bereich -

Haushaltsstelle		Überplanmäßige Auszahlungen		Außerplanmäßige Auszahlungen		Deckung der über- und außerplanmäßigen Auszahlungen				Genehmigt durch		
Nr.	Bezeichnung	Beschluss	Rechnungs-ergebnis	Beschluss	Rechnungs-ergebnis	Mehreinnzahlungen		Minderauszahlungen		Kreisvor-stand	Kreis-ausschuss	Kreistag
						Haushalts-stelle	Betrag	Haushalts-stelle	Betrag			
		EUR	EUR	EUR	EUR		EUR		EUR	am	am	am
2.1.8.2.1/6104.78571100	Auszahlungen für bewegliche Sachen des Anlagevermögens oberhalb der Wertgrenze - Mensa IGS Nieder-Olm	10.000,00						1.1.4.1.2/7121.78523000	10.000,00	15.02.2016		
5.4.7.0.2/7610.78523000	Neubau einer Bushaltestelle in Nieder-Olm	50.000,00				5.4.7.0.2/7610.68142000	50.000,00				29.02.2016	
1.2.2.5.6/7002.78571100	Auszahlungen für bewegliche Sachen des Anlagevermögens oberhalb der Wertgrenze (FB 42a) - Aufnahmestelle für Asylbegehrende	6.700,00						aus Bestand liquider Mittel	6.700,00	26.02.2013		
2.1.5.2.1/6102.78521000	Kostenerstattungsbeträge nach §§ 135 a bis 135 C BauGB im Rahmen des Neubaus der RS Ingelheim			80.000,00				1.1.4.1.2/7121.78523000	80.000,00		11.04.2016	
1.1.4.1.2/7120.78523000	Auszahlungen für Baumaßnahmen "Kreuzhof"			280.000,00				1.1.4.1.2.52313000 1.1.4.1.2.52313100 1.1.4.1.2/7121.78523000 2.3.1.2.1/6120.78523000	30.000,00 16.000,00 160.000,00 74.000,00		11.04.2016	
1.1.4.1.1/7115.78699000	Übertragung Geschäftsanteil Wassergenossenschafts eG Oberdiebach auf den Landkreis Mainz-Bingen			562,00				Abgang Erm. bei Pl.St. 2.3.1.2.1.52313300	562,00		09.05.2016	20.05.2016
1.1.4.1.2/7122.78523000	Auszahlungen für Baumaßnahmen (Trollmühle)			45.000,00				1.1.4.1.1.52312100 1.1.4.1.2.52313020 1.1.4.1.2.52313120	5.000,00 20.000,00 20.000,00		09.05.2016	
1.1.4.1.2/7123.78523000.	Auszahlungen für Baumaßnahmen (Oberdiebach)			10.800,00				1.1.4.1.1.52312100 1.1.4.1.2.52313020 1.1.4.1.2.52313120	1.200,00 4.800,00 4.800,00		09.05.2016	
1.1.7.1.2/7124.78523000	Auszahlungen für Baumaßnahmen (Osterbergstraße)			84.200,00				1.1.4.1.1.52312100 1.1.4.1.2.52313020 1.1.4.1.2.52313120	2.100,00 40.000,00 42.100,00		09.05.2016	
2.1.8.2.1/6107.78523000	Auzahlungen für Baumaßnahmen Pausenhof IGS Nieder-Olm			425.000,00				Abgang Erm. bei Pl.St. 2.1.8.2.1.52313300	425.000,00		09.05.2016	
1.1.4.1.2/7125.78523000	Auszahlungen für Baumaßnahmen - Sparkasse Oppenheim			20.000,00				1.1.4.1.2.52313030	20.000,00	17.05.2016		
5.4.2.0.1/4408.78533000	Auszahlungen für Baumaßnahmen - K 44, Ausbau der OD Oppenheim (1. BA)	52.109,00						5.4.2.0.1.52338000	52.109,00		27.06.2016	
5.4.2.0.1/3401.78533000	Auszahlungen für Baumaßnahmen - K 34, Bau eines Radweges zwischen Mommenheim und Zornheim	150.000,00						5.4.2.0.1.52338000	150.000,00		27.06.2016	
1.2.3.4.1/6014.78571100	Auszahlungen für bewegl. Sachen des AV oberhalb der Wertgrenze - IT-Safe Zulassungsstelle Oppenheim	11.900,00						Abgang Erm. bei Pl.St. 1.1.4.1.2/7119.78521000	11.900,00	11.07.2016		
	Gesamtsumme	**280.709,00**	**0,00**	**945.562,00**			**50.000,00**		**1.176.271,00**			

Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit (freie Finanzspitze)

Übersicht zur Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit - 1. Nachtrag 2016

(Berechnung der sog. freien Finanzspitze)

	Lfd. Nr.	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis des Haushalts-vorvorjahres in TEUR	Ansätze des Haushaltsvorjahres einschl. Nachträge in TEUR	Ansätze des Haushaltsjahres 2016 - NEU in TEUR	Ansätze des Haushaltsjahres 2016 - ALT in TEUR	mehr (+) / weniger (-) 2016 in TEUR
			einschließlich Zinsauszahlungen für bereits genehmigte Kredite		einschließlich Zinsauszahlungen für bereits genehmigte Kredite und für geplante, aber noch nicht genehmigte Kredite		
Entstehungrechnung	1	Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen (§ 3 Abs. 1 Nr. 26 GemHVO)	47.843	23.265	8.233	17.477	-9.244
		abzüglich					
	2	Auszahlungen zur planmäßigen Tilgung von bereits genehmigten Investitionskrediten (§ 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 46 GemHVO	2.618	831	329	329	0
	3	**= freie Finanzspitze**	**45.225**	**22.434**	**7.904**	**17.148**	**-9.244**
Verwendungsrechnung		**abzüglich**					
	4	Auszahlungen zur planmäßigen Tilgung von geplanten, aber noch nicht genehmigten Investitionskrediten (§ 3 Abs. 1 Nr. 46 GemHVO)	0	0	0	0	0
	5	**verbleibende Finanzspitze** (Ziel in allen Jahren: 0)	**45.225**	**22.434**	**7.904**	**17.148**	**-9.244**

Endfällige Kredite

keine

Stand der Kredite zur Liquiditätssicherung

keine

Mittelfristiges

Kreisstraßenbauprogramm

Mittelfristiges Kreisstraßenbauprogramm Haushalt 2016 (Nachtrag)

- laufende und neue Maßnahmen -

K-Nr.	MN-Nr.	Doppik	DV-Nr.	Maßnahmenbezeichnung		Summe aus Vorjahren	2015	2016	2017	2018	2019	Spätere Jahre	Erl.
versch.	ohne	5950 5951/5953	ohne	Kreisstraßenbau (5.4.2.0.1/5953.78531000) Grunderwerbskosten	A	38.622							
					E	910							
versch.	ohne	5954	ohne	Kreisstraßenbau (5.4.2.0.1/5954.78533000) Allgemeine Tiefbaumaßnahmen	A	310.646							
					E	0							
versch.	ohne	5952 5955	1991	Investitionszuw. an komm.Gebietskörpersch. für die Oberflächenentwässerung	A	2.446.563	90.000	90.000	90.000	90.000	90.000	90.000	
					E	1.038.813					0		
ohne	1	5957	ohne	Neubau einer Verbindungsstraße zw. L 419 bei Wackernheim und L 426 bei Essenheim	A	17.543							
					E	0							
ohne		5958	ohne	Ausbau der Ober-Olmer-Straße in Wackernheim (Gemeindestraße)	A	195.070							**2011**
					E	0							**neu**
ohne		5959	ohne	Ausbau der Forststraße zw. Wackernheim u. Einmündung L 427	A	452.212							**2014**
					E	227.755							**neu**
1	109	0101	ohne	Ausbau des Knotens B 48/K1 südl. von Münster-Sarmsheim	A	0	150.000	145.000					**2008**
					E	0	82.500	79.750					**neu**
4	41		ohne	Neubau zwischen Welgesheim und Horrweiler	A	0						2.000.000	
					E	0						1.200.000	
5		0502	ohne	Ausbau der Ortsdurchfahrt Waldalgesheim in Richtung Rümmelsheim	A	0			300.000				**2015**
					E	0			165.000				**neu**
6		0602	ohne	Bau eines Radweges zw. Welgesheim und Zotzenheim	A	0	150.000						**2012**
					E	0	102.300						**neu**
9	96	0905	ohne	Ausbau des Knotens B 48/K9 in Münster-Sarmsheim	A	0	50.000						
					E	0	27.500						
11		1106	ohne	Teilausbau in der Ortsdurchfahrt Ockenheim	A	82.876							**2012**
					E	63.250							**Neu**
13		1302	ohne	Bestandsausbau zwischen RegioBad und Gau-Algesheim	A	0							**2014**
					E	0							**Neu**
16		1605	ohne	Lückenschluss Radweg südlich Engelstadt	A	0		166.000					**2013**
					E	0		91.300					**Neu**
18	189	1806	ohne	Ausbau der Ortsdurchfahrt Heidesheim Oberdorfstraße	A	343.830							**2008**
					E	149.652							**Neu**
18		1807	ohne	Ausbau der Ortsdurchfahrt Wackernheim	A	0			620.000				**2015**
					E	0			341.000				**Neu**
20	201	2001	ohne	Bau eines Rad- und Gehweges zw. Sporkenheim und der L 419	A	0						100.000	
					E	0						60.000	
22		2202	ohne	Ausbau zw. Breitscheid u. Bacharach-Steeg, 2. BA	A	269.117							**2012**
					E	172.235							**Neu**
22		2204	ohne	Bestandsausbau zw. Breitscheid u. Kreisgrenze (Gemeinschaftsmaßnahme mit LK Rhein-Hunsrück)	A	0					295.000		**2015**
					E	0					162.250		**Neu**
24		2404	ohne	Ausbau von Einmündung K 25 bis Bacharach-Neurath	A	0			300.000				**2015**
					E	0			165.000				**Neu**
25	251	2501	2002 302 00	Ausbau OD Bacharach bis Einmündung K 24, 3. BA	A	250.562							1
					E	151.750							4
27	276	2703	ohne	Bau eines kombinierten Rad- und Gehweges zw. Ober- und Rheindiebach	A	0							
					E	0							
30		3003	ohne	Bestandsausbau der OD Genheim bis Kreisgrenze	A	0							**2015**
					E	0							**Neu**
30		3004	ohne	Fahrbahnerneuerung in der OD Waldalgesheim in Richtung Genheim	A	0				200.000			**2018**
					E	0				110.000			**Neu**
33	331		ohne	Bau eines Radweges zwischen L 422 (Budenheim) und der Stadtgrenze Mz	A	0						75.000	
					E	0						45.000	
34	341	3401	ohne	Bau eines Radweges zwischen Zornheim und Mommenheim	A	27.754	521.143	150.000					
					E	0	369.129						
34		3406	ohne	Bau eines Radweges zw. Mommenheim und Lörzweiler	A	710.182		20.000					
					E	199.842							
34		3407	ohne	Bestandsausbau in der OD Lörzweiler	A	0				300.000			**2016**
					E	0				165.000			**Neu**
35		3502	ohne	Flurbereinigungsverfahren Hahnheim-Knopf	A	34.122							
					E	0							
35		3503	ohne	Bestandsausbau in der OD Zornheim	A	0					300.000		**2016**
					E	0					165.000		**Neu**

Mittelfristiges Kreisstraßenbauprogramm Haushalt 2016 (Nachtrag)

- laufende und neue Maßnahmen -

K-Nr.	MN-Nr.	Doppik	DV-Nr.	Maßnahmenbezeichnung		Summe aus Vorjahren	2015	2016	2017	2018	2019	Spätere Jahre	Erl.
39	392	3901	ohne	Bau eines Radweges zwischen Dalheim und Dexheim	A	47.571							3
					E	30.000							
40		4005	ohne	Grundhafte Erneuerung Trogbauwerk Oppenheim	A	0			200.000				**2017**
					E	0			110.000				**Neu**
41	416	4105	ohne	Bau eines Rad- und Gehweges zwischen.Eimsheim und Uelversheim	A	0			410.000				**2011**
					E	0			209.000				**Neu**
41	417	4104	ohne	Beteiligung am Neubau einer Überquerung der B9 im Zuge der K41 Dienheim	A	319.530							
					E	0							
41		4107	ohne	Bestandsausbau zw. Wintersheim u. Dorn-Dürkheim	A	0	285.000						**2015**
					E	0	176.700						**Neu**
42	421		ohne	Ausbau zwischen der L 438 und Wintersheim	A	0						300.000	
					E	0						180.000	
43		4301	ohne	Ausbau zw. Guntersblum u. Rheindamm	A	0							
					E	0							
44	441	4402	2004 271	Ausbau zwischen Oppenheim und Dexheim	A	428.136							3
					E	210.000							
44	446	4405	2006 0375 00	Untergrundsanierung und Fahrbahnerneuerung in Oppenheim	A	277.720							
					E	173.645							
44		4408	ohne	Ausbau der OD Oppenheim (Wormser Straße)	A	0		201.000	300.000	300.000			
					E	0		110.550	165.000	165.000			
45		4501	ohne	Ausbau Rheinstraße in der OD Nierstein	A	231.108							**2013**
					E	105.000							**Neu**
45		4502	ohne	Bestandsausbau zw. Nierstein u. Schwabsburg	A	175.000				175.000			**2015**
					E	96.250				96.250			**Neu**
45			ohne	Bestandsausbau OD Schwabsburg	A						800.000		**2015**
					E						440.000		**Neu**
45	452		ohne	Verlegung der Kreisstraße bei Nierstein	A	0						1.200.000	3
					E	0						720.000	
50		5001	ohne	Ausbau zwischen Wolfsheim und Kreisgrenze	A	0						245.000	
					E	0						139.650	
				Summe Auszahlungen		**6.658.164**	**1.246.143**	**772.000**	**2.220.000**	**1.065.000**	**1.485.000**	**4.010.000**	
				Summe Einzahlungen		**2.619.102**	**758.129**	**281.600**	**1.155.000**	**536.250**	**767.250**	**2.344.650**	
				Nettokostenanteil Kreis		**4.039.062**	**488.014**	**490.400**	**1.065.000**	**528.750**	**717.750**	**1.665.350**	

Erläuterungen

1 Bautechnisch abgeschlossen

2 Finanzierungsbedarf noch nicht erkennbar
3 Ausbau nach vorliegen Baurecht
4 Maßnahme noch in Abwicklung
5 Kostenneutral
6 Keine Zuwendung, fällt unter Bagatellklausel

Übersicht

über die

voraussichtlichen Verbindlichkeiten

Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten zum Ende des Haushaltsjahres 2016

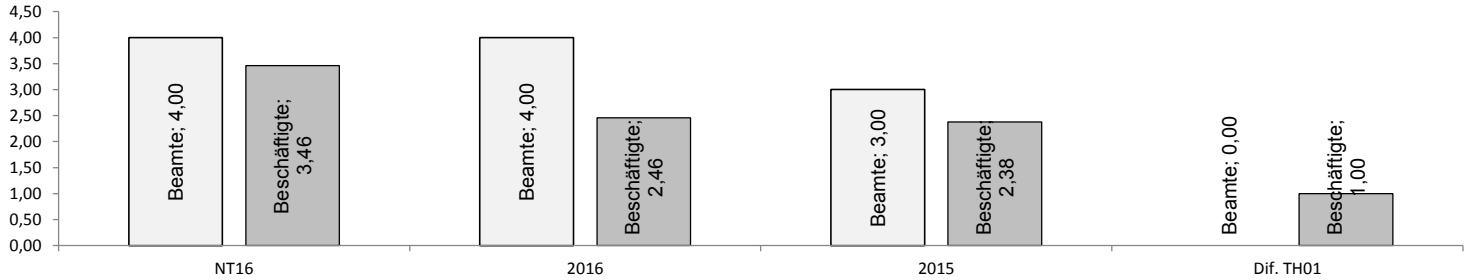
lfd. Nr.	Art (gem. § 47 Abs. 5 Nr. 4 GemHVO)	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres 2016	Voraussichtlicher Stand zum Ende des Haushaltsjahres 2016
		EUR	
1	Anleihen		
2	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	3.133.284,69	2.804.275,61
	davon:		
3	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen	3.133.284,69	2.804.275,61
4	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung		
5	Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen		
6	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen		
7	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		
8	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen		
9	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		
10	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		
11	Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen, Zweckverbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähigen kommunalen Stiftungen	850.000,00	754.000,00
12	Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich		
13	Sonstige Verbindlichkeiten		
14	**Summe der Verbindlichkeiten**	**3.983.284,69**	**3.558.275,61**

Nachtrag zum Stellenplan 2016

lfd. Nr. Teilhaushalt Organisationseinheit Laufbahn, Fachrichtung,	Bes./ Entgelt- gruppe	Stellennummer	**NT16**	2016	2015	Dif. NT	Bemerkungen * anteilige Personalkostenerstattung gemäß § 22 KoA-VV # überg. nach E9 im Rahmen der Überleitung in den TVÖD

A Kreisverwaltung: Teilhaushalt 01 - Verwaltungsführung

			7,46	6,46	5,38	1,00	



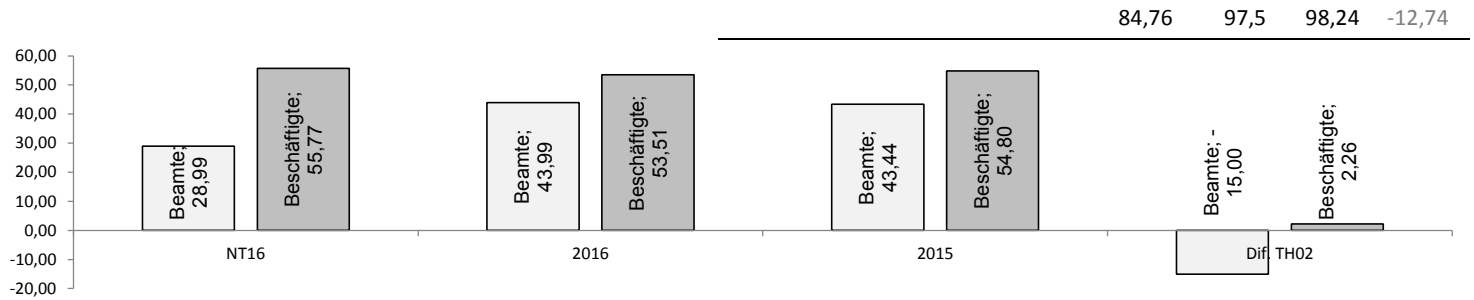
Leitender Beamte GB V

010500

Geschäftsbereich V			**1,00**	**0,00**	**0,00**	**1,00**	
Projekt Koordination MPU							
Beschäftigte/-er							
	E 15						
		00002139	1,00	0,00	0,00	1,00	Mehrbedarf ab 06/2016, dafür Wegfall Stelle 406 THH 13
Leitender Beamte GB V Ergebnis			**1,00**	**0,00**	**0,00**	**1,00**	

lfd. Nr. Teilhaushalt Organisationseinheit Laufbahn, Fachrichtung,	Bes./ Entgelt- gruppe	Stellennummer	**NT16**	2016	2015	Dif. NT	Bemerkungen * anteilige Personalkostenerstattung gemäß § 22 KoA-VV # überg. nach E9 im Rahmen der Überleitung in den TVÖD

A Kreisverwaltung: Teilhaushalt 02 - Zentrale Aufgaben

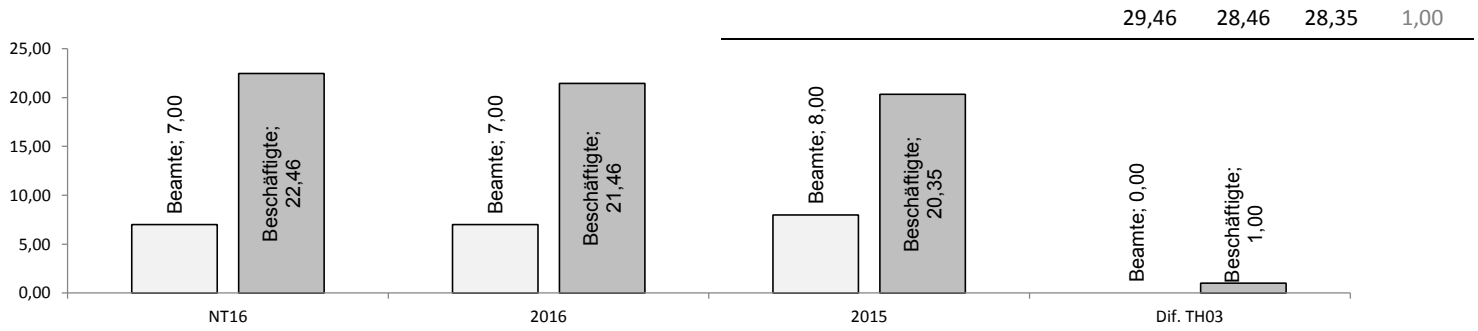


		84,76	97,5	98,24	-12,74	
Rheinhessen-Touristik GmbH						
020830						
Rheinhessen-Touristik GmbH		**1,00**	**1,00**	**1,00**	**0,00**	
Beschäftigte/-er						
E 8						
	00001059	1,00	1,00	1,00	0,00	Zuweisung nach § 4 Abs. 2 TVöD, kw 08/2016
Rheinhessen-Touristik GmbH Ergebnis		**1,00**	**1,00**	**1,00**	**0,00**	
Projekt Bildung						
020810						
Projekt Bildung		**1,00**	**0,00**	**0,00**	**1,00**	
Beschäftigte/-er						
E 9						
	00002181	1,00	0,00	0,00	1,00	Bildungskoordinatorin, kw nach Abschluss des Projektes
Projekt Bildung Ergebnis		**1,00**	**0,00**	**0,00**	**1,00**	
Abteilung 11 Zentrale Dienste						
021102						
Übernahme nach Ausbildung		**0,00**	**15,00**	**5,00**	**-15,00**	
Kreisinspektorin/-inspektor						
A9, 3.EA						
	00001996	0,00	1,00	0,00	-1,00	
	00001997	0,00	1,00	0,00	-1,00	
	00001998	0,00	1,00	0,00	-1,00	
	00001999	0,00	1,00	0,00	-1,00	
	00001994V	0,00	1,00	0,00	-1,00	Stelle im NT2016 verlagert zu FB 31 a)

lfd. Nr. Teilhaushalt Organisationseinheit Laufbahn, Fachrichtung,	Bes./ Entgelt- gruppe	Stellennummer	**NT16**	2016	2015	Dif. NT	Bemerkungen * anteilige Personalkostenerstattung gemäß § 22 KoA-VV # überg. nach E9 im Rahmen der Überleitung in den TVÖD
A Kreisverwaltung: Teilhaushalt 02 - Zentrale Aufgaben							
	A9, 3.EA	00001995V	0,00	1,00	0,00	-1,00	Stelle im NT2016 verlagert zu FB 31 b)
		00001993V	0,00	1,00	0,00	-1,00	Stelle im NT2016 verlagert zu JC int. Dienste
Kreissekretärin/-sekretär							
	A6						
		00001393	0,00	1,00	1,00	-1,00	
		00001398	0,00	1,00	1,00	-1,00	
		00001771	0,00	1,00	1,00	-1,00	
		00001772	0,00	1,00	1,00	-1,00	
		00002006	0,00	1,00	0,00	-1,00	
		00002007	0,00	1,00	0,00	-1,00	
		00002008	0,00	1,00	0,00	-1,00	
		00001371V	0,00	1,00	1,00	-1,00	Stelle im NT2016 verlagert zu FB 22 b)
021104							
Fachbereich 11 b) Controlling / Organisation			**3,46**	**2,20**	**0,46**	**1,26**	
Beschäftigte/-er							
	E 9						
		00002132	1,00	0,00	0,00	1,00	Mehrbedarf
	E 5						
		00001480	0,50	0,24	0,46	0,26	(19,42 Std. = 0,49) plus 0,26 wegen Mehrbedarf elektronische Archivierung
	E 3						
		00002027	1,00	1,00	0,00	0,00	kw 2017
	E 2						
		00002025	0,50	0,50	0,00	0,00	kw 2017
		00002026	0,46	0,46	0,00	0,00	kw 2017
Abteilung 11 Zentrale Dienste Ergebnis			**3,46**	**17,20**	**5,46**	**-13,74**	

lfd. Nr. Teilhaushalt Organisationseinheit Laufbahn, Fachrichtung,	Bes./ Entgelt- gruppe	Stellennummer	**NT16**	2016	2015	Dif. NT	Bemerkungen * anteilige Personalkostenerstattung gemäß § 22 KoA-VV # überg. nach E9 im Rahmen der Überleitung in den TVÖD

A Kreisverwaltung: Teilhaushalt 03 - Finanzen, Kasse und Datenverarbeitung



			29,46	28,46	28,35	1,00	

Abteilung 12 Finanzverwaltung/Datenverarbeitung

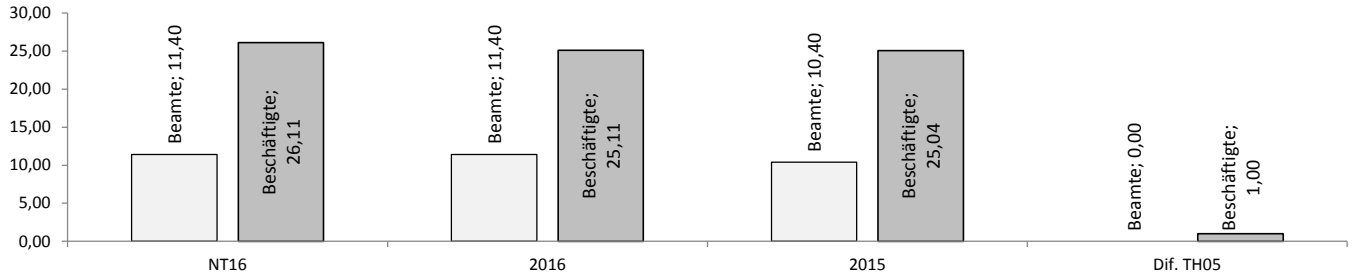
031201

Fachbereich 12 a) Finanzen			**2,00**	**1,00**	**1,00**	**1,00**	
Amtsrätin/-rat	**A12**	00001430W	0,00	1,00	1,00	-1,00	Stelle im NT2016 umgewandelt in A11
Kreisamtfrau/-mann	**A11**	00001430neuW	1,00	0,00	0,00	1,00	z.Zt. A10, Haushaltscontroller, umgew. aus A12
Beschäftigte/-er	**E 8**	00002156	1,00	0,00	0,00	1,00	befristeter Mehrbedarf Anlagenbuchhaltung, kw
Abteilung 12 Finanzverwaltung/Datenverarbeitung Ergebnis			**2,00**	**1,00**	**1,00**	**1,00**	

lfd. Nr. Teilhaushalt Organisationseinheit Laufbahn, Fachrichtung,	Bes./ Entgelt- gruppe	Stellennummer	**NT16**	2016	2015	Dif. NT	Bemerkungen * anteilige Personalkostenerstattung gemäß § 22 KoA-VV # überg. nach E9 im Rahmen der Überleitung in den TVÖD

A Kreisverwaltung: Teilhaushalt 05 - Bauen und Umwelt

			37,51	36,51	35,44	1,00	



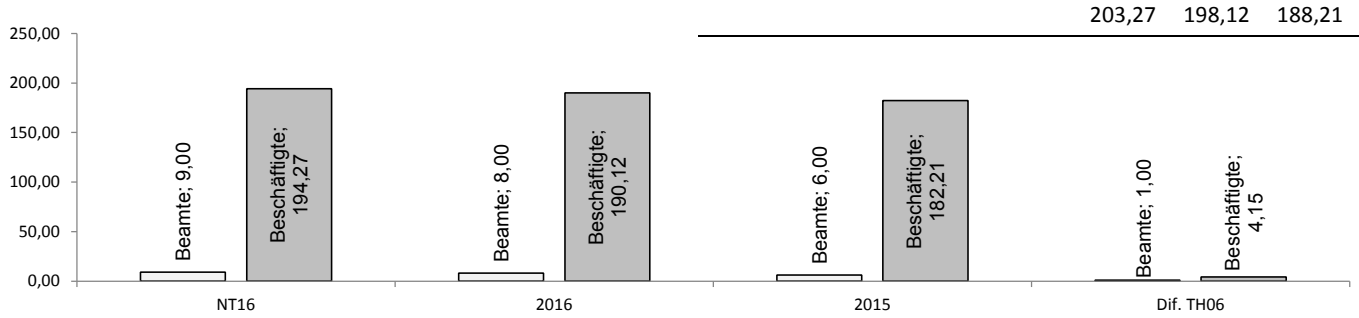
Abteilung 21 Bauen und Umwelt

052102

Fachbereich 21 b) Umwelt		**1,00**	**0,00**	**0,00**	**1,00**	
Beschäftigte/-er						
E 11						
	00002141	1,00	0,00	0,00	1,00	Mehrbedarf Sachgebiet Wasserwirtschaft
Abteilung 21 Bauen und Umwelt Ergebnis		**1,00**	**0,00**	**0,00**	**1,00**	

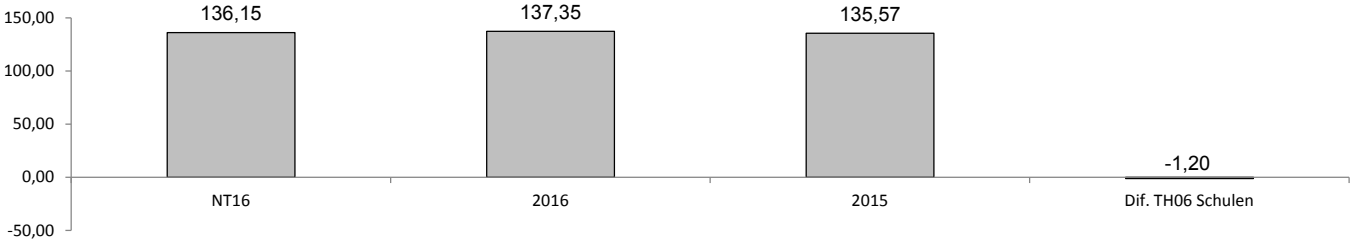
lfd. Nr. Teilhaushalt Organisationseinheit Laufbahn, Fachrichtung,	Bes./ Entgelt- gruppe	Stellennummer	**NT16**	2016	2015	Dif. NT	Bemerkungen * anteilige Personalkostenerstattung gemäß § 22 KoA-VV # überg. nach E9 im Rahmen der Überleitung in den TVÖD

A Kreisverwaltung: Teilhaushalt 06 - Schulen und Gebäude



			203,27	198,12	188,21	5,15

Summe des Personals an Schulen



Abteilung 22 Schulen/Gebäudemanagement

052200							
22 Schulen/Gebäudemanagement			**1,00**	**1,00**	**1,00**	**0,00**	
stellv. Abteilungsleiter/-in							
Kreisverwaltungsrätin/-rat							
	A13, 3.EA						
		00000126	1,00	1,00	1,00	0,00	z.Zt. E11, ku E12
062201							
Fachbereich 22 a) Schulverwaltung			**3,41**	**1,46**	**0,46**	**1,95**	
Beschäftigte/-er							
	E 10						
		00001947neuW	1,00	0,00	0,00	1,00	z.Zt. E 9, Mehrbedarf Schulnetzwerksupport umgew. aus E11
	E 11						
		00001947W	0,00	1,00	0,00	-1,00	Stelle im NT2016 umgewandelt in E10

lfd. Nr. Teilhaushalt Organisationseinheit Laufbahn, Fachrichtung,	Bes./ Entgelt- gruppe	Stellennummer	**NT16**	2016	2015	Dif. NT	Bemerkungen * anteilige Personalkostenerstattung gemäß § 22 KoA-VV # überg. nach E9 im Rahmen der Überleitung in den TVÖD
A Kreisverwaltung: Teilhaushalt 06 - Schulen und Gebäude							
	E 9						
		00000473	0,41	0,46	0,46	-0,05	(16 Std. = 0,41), Geschäftsf. Zweckverb. Schule Förderschwerpkt. motorische Entwickl.
		00002182	1,00	0,00	0,00	1,00	Mehrbedarf Schul IT
		00002183	1,00	0,00	0,00	1,00	Mehrbedarf Schul IT
062202							
Fachbereich 22 b) Gebäudemanagement			**4,14**	**1,74**	**1,00**	**2,40**	
Kreissekretärin/-sekretär							
	A6						
		00001371neuV	1,00	0,00	0,00	1,00	Übernahme Anw. 2016, verl. von THH 02, Mehrbedarf Aufg.umstrukturierung im Fachbereich
Beschäftigte/-er							
	E 8						
		00000634	1,00	0,74	0,00	0,26	z.Zt. E 6, Mehrbedarf Sachgebiet Immobilienverwaltung
	E 5						
		00000997	1,00	1,00	1,00	0,00	kw 07/2016
	E 1						
		00002115	0,38	0,00	0,00	0,38	neu, Verwaltungsgebäude Kreuzhof Nieder-Olm
		00002118	0,38	0,00	0,00	0,38	neu, Verwaltungsgebäude Kreuzhof Nieder-Olm
		00002125	0,38	0,00	0,00	0,38	neu, Verwaltungsgebäude Kreuzhof Nieder-Olm
062203							
22 Bautrupp			**2,00**	**0,00**	**0,00**	**2,00**	
Beschäftigte/-er							
	E 5						
		00002123	1,00	0,00	0,00	1,00	Mehrbedarf, neues Verwaltungsgebäude Kreuzhof Nieder-Olm + Prüfung ortsveränderl. Elektrogeräte
	E 2						
		00002113	1,00	0,00	0,00	1,00	Betreuung diverser neu erworbener Liegenschaften des Landkreises
062205							
Fachbereich 22 c) Schülerbeförderung/ÖPNV			**1,00**	**1,00**	**1,00**	**0,00**	
Fachbereichsleiter/-in							
Amtsrätin/-rat							
	A12						
		00000430neuW	1,00	0,00	0,00	1,00	ku A11 nach Ende des Projektes Trennung des Mischverbundes RNN GmbH und ZRNN, umgew. aus A11

lfd. Nr. Teilhaushalt Organisationseinheit Laufbahn, Fachrichtung,	Bes./ Entgelt- gruppe	Stellennummer	**NT16**	2016	2015	Dif. NT	Bemerkungen * anteilige Personalkostenerstattung gemäß § 22 KoA-VV # überg. nach E9 im Rahmen der Überleitung in den TVÖD
A Kreisverwaltung: Teilhaushalt 06 - Schulen und Gebäude							
Kreisamtfrau/-mann							
	A11						
		00000430W	0,00	1,00	1,00	-1,00	Stelle im NT2016 umgewandelt in A12
Abteilung 22 Schulen/Gebäudemanagement Ergebnis			**11,55**	**5,20**	**3,46**	**6,35**	
Gymnasien							
062212							
Sebastian-Münster-Gymnasium Ingelheim			**1,28**	**1,31**	**1,21**	**-0,03**	
Beschäftigte/-er							
	E 5						
		00000191	0,88	0,82	0,83	0,06	(34,34 Std. = 0,88), Neuberechnung Stunden lt. Wibera
		00001410	0,40	0,35	0,38	0,05	(15,75 Std. = 0,40), Neuberechnung Stunden lt. Wibera + 0,09 bei IGS Ingelheim
		00002060	0,00	0,14	0,00	-0,14	Neuberechnung Wibera
062213							
Gymnasium Nieder-Olm			**0,25**	**0,00**	**0,00**	**0,25**	
Beschäftigte/-er							
	E 1						
		00002116	0,25	0,00	0,00	0,25	Mehrbedarf, Fertigstellung Sporthalle
062214							
Gymnasium zu St. Katharinen Oppenheim			**0,34**	**0,38**	**0,38**	**-0,04**	
Beschäftigte/-er							
	E 1						
		00001553	0,34	0,38	0,38	-0,04	Neuberechnung aufgr. Übernahme weiteres Revier
Gymnasien Ergebnis			**1,87**	**1,69**	**1,59**	**0,18**	
Realschulen plus							
062217							
Kaiserpfalz-Realschule plus Ingelheim			**0,92**	**1,08**	**1,09**	**-0,16**	
Beschäftigte/-er							
	E 6						
		00001018	0,57	0,47	0,47	0,10	z.Zt. E 5, (22,26 Std. = 0,57) , Neuberechnung Stunden lt. Wibera
	E 5						
		00001228	0,35	0,61	0,62	-0,26	(14 Std. = 0,35) Neuberechnung Stunden lt. Wibera

lfd. Nr. Teilhaushalt Organisationseinheit Laufbahn, Fachrichtung,	Bes./ Entgelt- gruppe	Stellennummer	**NT16**	2016	2015	Dif. NT	Bemerkungen * anteilige Personalkostenerstattung gemäß § 22 KoA-VV # überg. nach E9 im Rahmen der Überleitung in den TVÖD
A Kreisverwaltung: Teilhaushalt 06 - Schulen und Gebäude							
062218							
Carl-Zuckmayer-Realschule plus Nierstein			**1,90**	**1,91**	**1,42**	**-0,01**	
Beschäftigte/-er							
	E 6						
		00000610	0,68	0,74	0,74	-0,06	z.Zt. E 5, (26,65 Std. = 0,68), Neuverteilung Stunden aufgrund Wibera
	E 5						
		00000197	0,59	0,68	0,68	-0,09	(23 Std. = 0,59) Neuverteilung Stunden aufgrund Wibera
		00002050	0,63	0,47	0,00	0,16	(24,59 Std. = 0,63) Mehrbedarf lt. Wibera aufgrund Fachoberschule
		00002065	0,00	0,02	0,00	-0,02	Neuberechnung Wibera
062219							
Christian-Erbach-Realschule plus Gau-Algesheim			**0,45**	**0,00**	**0,00**	**0,45**	
Beschäftigte/-er							
	E 6						
		00002128	0,45	0,00	0,00	0,45	ATZ-Nachfolge, kw 2018
062220							
Realschule plus Oppenheim			**0,00**	**1,21**	**2,01**	**-1,21**	
Beschäftigte/-er							
	E 5						
		00000720	0,00	0,06	0,19	-0,06	Auflösung der Schule, Ausweisung bei IGS Oppenheim
		00001034	0,00	0,64	0,64	-0,64	Auflösung der Schule, Ausweisung bei IGS Oppenheim
		00001305	0,00	0,26	0,26	-0,26	Auflösung der Schule, Ausweisung bei IGS Oppenheim
	E 3						
		00001166	0,00	0,06	0,19	-0,06	Auflösung der Schule, Ausweisung bei IGS Oppenheim
	E 2						
		00000974	0,00	0,05	0,17	-0,05	Auflösung der Schule, Ausweisung bei IGS Oppenheim
	E 1						
		00000880	0,00	0,03	0,11	-0,03	Auflösung der Schule, Ausweisung bei IGS Oppenheim
		00000894	0,00	0,02	0,10	-0,02	Auflösung der Schule, Ausweisung bei IGS Oppenheim
		00001040	0,00	0,03	0,11	-0,03	Auflösung der Schule, Ausweisung bei IGS Oppenheim
		00001328	0,00	0,04	0,15	-0,04	Auflösung der Schule, Ausweisung bei IGS Oppenheim
		00001390	0,00	0,02	0,09	-0,02	Auflösung der Schule, Ausweisung bei IGS Oppenheim
Realschulen plus Ergebnis			**3,27**	**4,20**	**4,52**	**-0,93**	

lfd. Nr. Teilhaushalt Organisationseinheit Laufbahn, Fachrichtung,	Bes./ Entgelt- gruppe	Stellennummer	**NT16**	2016	2015	Dif. NT	Bemerkungen * anteilige Personalkostenerstattung gemäß § 22 KoA-VV # überg. nach E9 im Rahmen der Überleitung in den TVÖD

A Kreisverwaltung: Teilhaushalt 06 - Schulen und Gebäude

Integrierte Gesamtschulen

062222

IGS Nieder-Olm			**1,08**	**1,07**	**0,79**	**0,01**	
Beschäftigte/-er							
	E 5						
		00001546	0,32	0,24	0,28	0,08	(12,57 Std. = 0,32) Anpassung Stunden aufgrund Wibera
		00002067	0,25	0,33	0,00	-0,08	Neuberechnung Wibera
	E 2						
		00001665	0,51	0,06	0,06	0,45	z.Zt. E 1, Vorarbeiterin, Erhöhung aufgrund Wegfalls der Stelle 869
	E 1						
		00000869	0,00	0,44	0,45	-0,44	Wegfall zugunsten Stelle 1665

062224

IGS Oppenheim			**5,87**	**5,57**	**4,79**	**0,30**	
Beschäftigte/-er							
	E 5						
		00001719	1,00	0,94	0,81	0,06	100 % Ausweisung bei der IGS nach Auflösung der Realschule plus
	E 3						
		00001720	1,00	0,94	0,81	0,06	100 % Ausweisung bei der IGS nach Auflösung der Realschule plus
	E 2						
		00001684	0,91	0,86	0,74	0,05	Vorarbeiterin, 100 % Ausweisung bei der IGS nach Auflösung der RS plus
	E 1						
		00001686	0,51	0,49	0,42	0,02	100 % Ausweisung bei der IGS nach Auflösung der Realschule plus
		00001687	0,60	0,57	0,49	0,03	100 % Ausweisung bei der IGS nach Auflösung der Realschule plus
		00001688	0,45	0,43	0,38	0,02	100 % Ausweisung bei der IGS nach Auflösung der Realschule plus
		00001689	0,60	0,57	0,49	0,03	100 % Ausweisung bei der IGS nach Auflösung der Realschule plus
		00001690	0,80	0,77	0,65	0,03	100 % Ausweisung bei der IGS nach Auflösung der Realschule plus
Integrierte Gesamtschulen Ergebnis			**6,95**	**6,64**	**5,58**	**0,31**	

Berufsbildende Schulen

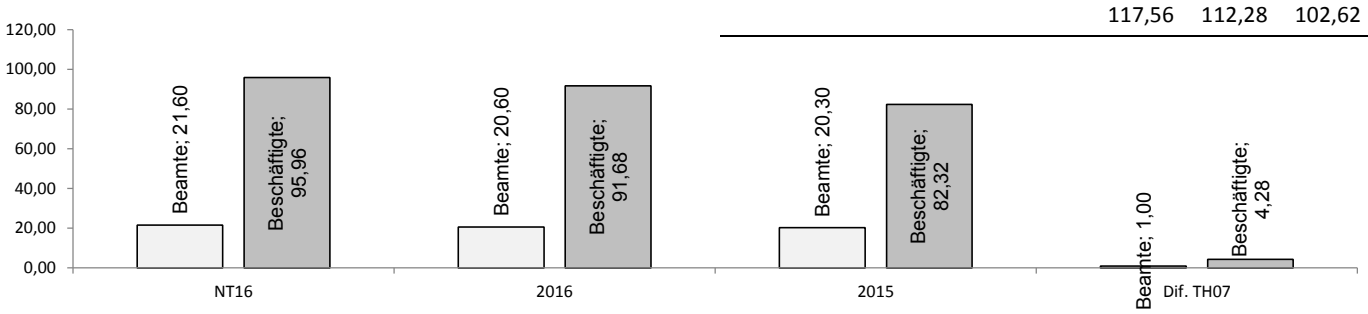
062225

BBS Bingen			**1,78**	**1,79**	**1,40**	**-0,01**	
Beschäftigte/-er							
	E 6						
		00000149	0,82	0,76	1,00	0,06	(32 Std. = 0,82), Neuberechnung aufgrund Wibera

lfd. Nr. Teilhaushalt Organisationseinheit Laufbahn, Fachrichtung,	Bes./ Entgelt- gruppe	Stellennummer	**NT16**	2016	2015	Dif. NT	Bemerkungen * anteilige Personalkostenerstattung gemäß § 22 KoA-VV # überg. nach E9 im Rahmen der Überleitung in den TVÖD
A Kreisverwaltung: Teilhaushalt 06 - Schulen und Gebäude							
	E 5						
		00000193	0,53	0,40	0,40	0,13	(20,82 Std. = 0,53) Neuberechnung aufgrund Wibera
		00000200	0,43	0,32	0,00	0,11	(16,78 Std. = 0,43), Neuberechnung aufgrund Wibera
		00002069	0,00	0,31	0,00	-0,31	Neuberechnung Wibera
BBS Ingelheim			**0,48**	**0,42**	**0,09**	**0,06**	
Beschäftigte/-er							
	E 6						
		00001391W	0,00	0,34	0,09	-0,34	Stelle im NT2016 umgewandelt in E5
	E 5						
		00001391neuW	0,48	0,00	0,00	0,48	(19 Std. = 0,48) umgew. aus E6, Neuberechnung aufgrund Wibera
		00002070	0,00	0,08	0,00	-0,08	Neuberechnung Wibera
Berufsbildende Schulen Ergebnis			**2,26**	**2,21**	**1,49**	**0,05**	
Förderschulen							
062231							
Förderschule Elisabethenschule Sprendlingen			**0,00**	**0,81**	**0,82**	**-0,81**	
Beschäftigte/-er							
	E 2						
		00000214	0,00	0,81	0,82	-0,81	Übernahme Verpflegung durch Caterer
Förderschulen Ergebnis			**0,00**	**0,81**	**0,82**	**-0,81**	

lfd. Nr. Teilhaushalt Organisationseinheit Laufbahn, Fachrichtung,	Bes./ Entgelt- gruppe	Stellennummer	**NT16**	2016	2015	Dif. NT	Bemerkungen * anteilige Personalkostenerstattung gemäß § 22 KoA-VV # überg. nach E9 im Rahmen der Überleitung in den TVÖD

A Kreisverwaltung: Teilhaushalt 07 - Jugend, Familie und Sport



			117,56	112,28	102,62	5,28

Abteilung 31 Jugendamt

073101

Fachbereich 31 a) Verwaltung Jugendamt			**9,02**	**10,02**	**5,14**	**-1,00**	
Kreisamtfrau/-mann							
	A11						
		00000222	1,00	1,00	1,00	0,00	bisher kw 1,0, aufgrund erhebl. Fallzahlsteigerung kw 0,33 + ku E8
Kreisoberinspektorin/-inspektor							
	A10						
		00001991WV	0,00	1,00	0,00	-1,00	Stelle im NT2016 umgew. in E9 und verlagert zu FB 31 b)
		00002016W	0,00	1,00	0,00	-1,00	Stelle im NT2016 umgewandelt in S12
Kreisinspektorin/-inspektor							
	A9, 3.EA						
		00001994neuV	1,00	0,00	0,00	1,00	verl. von Übern. Ausb., Nachfolge für Stelle 713
Beschäftigte/-er							
	E 10						
		00000713	1,00	1,00	1,00	0,00	kw bei Bewilligung Rente, dafür Stelle 1994neuV
	E 9						
		00000266neuW	1,00	0,00	0,00	1,00	z.Zt. E 8, umgewandelt aufgrund Stellenbewertung, umgew. aus E8
	E 8						
		00000266W	0,00	1,00	1,00	-1,00	Stelle im NT2016 umgewandelt in E9
	E 6						
		00000267W	0,00	0,50	0,50	-0,50	Stelle im NT2016 umgewandelt in E5
		00000633	0,76	0,75	0,00	0,01	(30 Std. = 0,76)
		00000648	0,43	0,43	0,41	0,00	(17 Std. = 0,43), kw wegen Wegfalls des Aufgabengebiets

lfd. Nr. Teilhaushalt Organisationseinheit Laufbahn, Fachrichtung,	Bes./ Entgelt- gruppe	Stellennummer	**NT16**	2016	2015	Dif. NT	Bemerkungen * anteilige Personalkostenerstattung gemäß § 22 KoA-VV # überg. nach E9 im Rahmen der Überleitung in den TVÖD
A Kreisverwaltung: Teilhaushalt 07 - Jugend, Familie und Sport							
	E 5						
		00000267neuW	0,50	0,00	0,00	0,50	(19,5 Std. = 0,50), umgew. aus E6 aufgrund Stellenbewertung
	S 14						
		00002055	0,00	1,00	0,00	-1,00	Stelle wird nicht benötigt
		00002056	0,50	1,00	0,00	-0,50	(19,5 Std. = 0,50), Reduzierung zugunsten Stelle 2112 (Jobsharing)
		00002112	0,50	0,00	0,00	0,50	(19,5 Std. = 0,50), Stellenanteil von Stelle 2056 (Jobsharing)
	S 12						
		00002016neuW	1,00	0,00	0,00	1,00	Aufgabengebiet Vormundschaften Mehrbedarf LefAA, umgew. aus A10
	S 11b						
		00001306	0,76	0,84	0,73	-0,08	(30 Std. = 0,76) Kindertagespflege, Reduzierung zugunsten Stelle 1349
		00001349	0,57	0,50	0,50	0,07	(22,5 Std. = 0,76) Kindertagespflege, Vertretung, plus 0,07 aufgrund Red. Stelle 1306
073102 **Fachbereich 31 b) Soziale Dienste**			**6,05**	**1,00**	**1,00**	**5,05**	
Kreisoberinspektorin/-inspektor	**A10**						
		00002099	1,00	0,00	0,00	1,00	Mehrbedarf wirtschaftliche Jugendhilfe
Kreisinspektorin/-inspektor	**A9, 3.EA**						
		00001995neuV	1,00	0,00	0,00	1,00	Mehrbedarf wirtschaftliche Jugendhilfe, verl. von Übern. Ausb.
Beschäftigte/-er	**E 9**						
		00001991neuWV	1,00	0,00	0,00	1,00	z.Zt. E 8, umgew. aus A10, verl. von FB 31 a)
		00002119	1,00	0,00	0,00	1,00	z.Zt. E 8, Mehrbedarf wirtschaftliche Jugendhilfe
	E 8						
		00002111	0,41	0,00	0,00	0,41	(16 Std. = 0,41), Mehrbedarf wirtschaftliche Jugendhilfe
		00002137	0,64	0,00	0,00	0,64	(25 Std. = 0,64), Mehrbedarf wirtschaftliche Jugendhilfe
ASD Beschäftigte/-er			**1,00**	**1,00**	**1,00**	**0,00**	
	S 14						
		00000975	0,50	1,00	1,00	-0,50	(19,5 Std. = 0,50) Vertretung, Reduzierung zugunsten Stelle 2124
		00002124	0,50	0,00	0,00	0,50	(19,5 Std. = 0,50) Vertretung, Stellenanteil von Stelle 975

lfd. Nr. Teilhaushalt Organisationseinheit Laufbahn, Fachrichtung,	Bes./ Entgelt- gruppe	Stellennummer	**NT16**	2016	2015	Dif. NT	Bemerkungen * anteilige Personalkostenerstattung gemäß § 22 KoA-VV # überg. nach E9 im Rahmen der Überleitung in den TVÖD

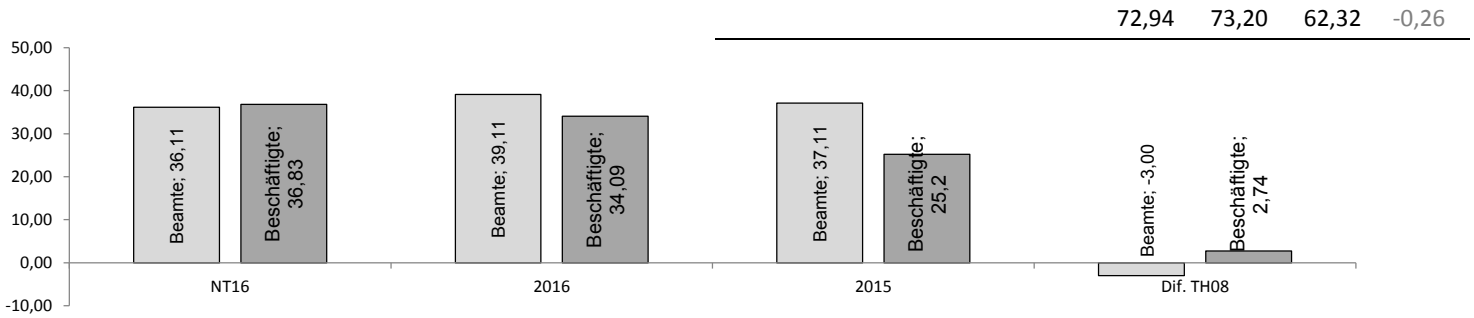
A Kreisverwaltung: Teilhaushalt 07 - Jugend, Familie und Sport

073103

Fachbereich 31 c) Schulsozialarbeit			**3,00**	**1,77**	**1,77**	**1,23**	
Beschäftigte/-er							
	S 11b						
		00000571	0,75	0,50	0,50	0,25	(29,25 Std. = 0,75), PKerstattung, + 0,25 Beschluss Kreisvorstand
		00000623	0,75	0,50	0,50	0,25	(29,25 Std. = 0,75), PKerstattung, + 0,25 Beschluss Kreisvorstand
		00001218	1,00	0,77	0,77	0,23	plus 0,23 Bewilligung Vollzeitstelle BBS Bingen, Pkerstattung
		00002114	0,50	0,00	0,00	0,50	(19,5 Std. = 0,50), Pk.erstattung, Neubewilligung BBS Ingelheim
Abteilung 31 Jugendamt Ergebnis			**18,07**	**12,79**	**7,91**	**5,28**	

lfd. Nr. Teilhaushalt Organisationseinheit Laufbahn, Fachrichtung,	Bes./ Entgelt- gruppe	Stellennummer	**NT16**	2016	2015	Dif. NT	Bemerkungen * anteilige Personalkostenerstattung gemäß § 22 KoA-VV # überg. nach E9 im Rahmen der Überleitung in den TVÖD

A Kreisverwaltung: Teilhaushalt 08 - Soziale Hilfen



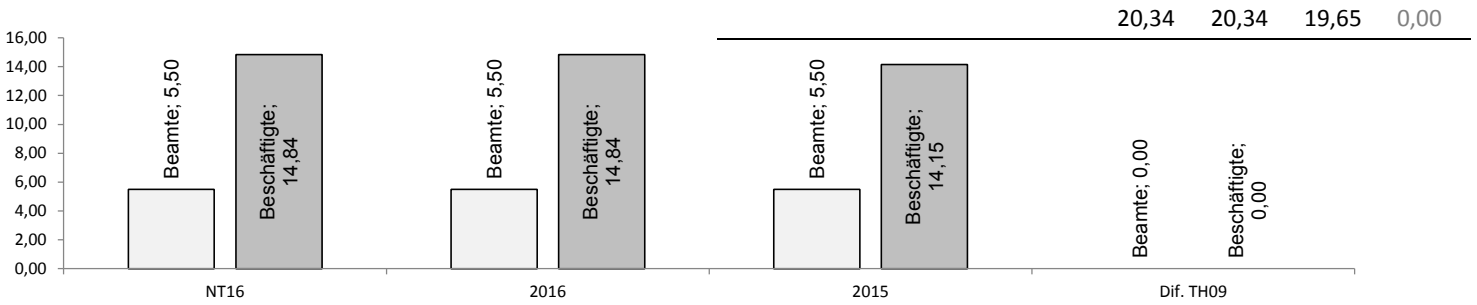
			72,94	73,20	62,32	-0,26	
Abteilung 32 Sozialplanung/Eingliederungshilfe und Ausbildungsförderung							
083202							
Fachbereich 32 b) Ausbildungsförderung			**1,00**	**1,00**	**1,00**	**0,00**	
Kreissekretärin/-sekretär							
	A6						
		00001298neuW	1,00	0,00	0,00	1,00	Personalkostenerstattung BaföG, umgew. aus E8
Beschäftigte/-er							
	E 8						
		00001298W	0,00	1,00	1,00	-1,00	Stelle im NT2016 umgewandelt in A6
Abteilung 32 Sozialplanung/Eingliederungshilfe und Ausbildungsförderung Ergebnis			**1,00**	**1,00**	**1,00**	**0,00**	
Abteilung 33 Soziales, Kostencontrolling und Asyl							
083300							
33 Soziales, Kostencontrolling und Asyl			**2,00**	**1,60**	**1,00**	**0,40**	
stellv. Abteilungsleiter/-in							
Amtsrätin/-rat							
	A12						
		00000300W	0,00	1,00	1,00	-1,00	Stelle im NT2016 umgewandelt in E11
Beschäftigte/-er							
	E 11						
		00000300neuW	1,00	0,00	0,00	1,00	z.Zt. E 9, zugleich Leitung Fachbereich Asyl und Integration, umgew. aus A12
Beschäftigte/-er							
	E 9						
		00002073	1,00	0,60	0,00	0,40	Mehrbedarf, Mitarbeit Geschäftsführung Seniorenbeirat

lfd. Nr. Teilhaushalt Organisationseinheit Laufbahn, Fachrichtung,	Bes./ Entgelt- gruppe	Stellennummer	**NT16**	2016	2015	Dif. NT	Bemerkungen * anteilige Personalkostenerstattung gemäß § 22 KoA-VV # überg. nach E9 im Rahmen der Überleitung in den TVÖD
A Kreisverwaltung: Teilhaushalt 08 - Soziale Hilfen							
083301							
Fachbereich 33 a) Soziales			**4,00**	**4,51**	**1,50**	**-0,51**	
Kreisoberinspektorin/-inspektor							
	A10						
		00001235W	0,00	1,00	1,00	-1,00	Stelle im NT2016 umgewandelt in E9
		00001346W	0,00	1,00	0,00	-1,00	Stelle im NT2016 umgewandelt in E9
		00002088	0,00	1,00	0,00	-1,00	Stelle wird nicht benötigt
Beschäftigte/-er							
	E 9						
		00001205	1,00	0,51	0,50	0,49	z.Zt. E 6, Fallzahlsteigerung
		00001235	1,00	0,00	0,00	1,00	z.Zt. E 8, umgew. aus A10
		00001346neuW	1,00	0,00	0,00	1,00	umgew. aus A10
	E 8						
		00002058	1,00	1,00	0,00	0,00	
083302							kw 08/2016
Fachbereich 33 b) Kostencontrolling			**2,20**	**1,72**	**2,00**	**0,48**	
Beschäftigte/-er							
	E 6						
		00001089	0,00	0,49	1,00	-0,49	Wegfall zugunsten Stelle 2057
		00002110	0,51	0,00	0,00	0,51	Mehrbedarf durch Aufgabenumverteilung in der Abt.
	E 5						
		00001112	0,69	1,00	1,00	-0,31	z.Zt. E 3, (27 Std. = 0,69) Reduzierung zugunsten Stelle 2057
		00002057	1,00	0,23	0,00	0,77	Stellenanteile von Stellen 1089 und 1112
083303							
Fachbereich 33 c) Asyl und Integration			**1,50**	**2,13**	**0,00**	**-0,63**	
Amtsrätin/-rat							
	A12						
		00000486	0,50	0,50	0,00	0,00	kw 07/2016
Beschäftigte/-er							
	E 9						
		00000439	0,00	0,87	0,00	-0,87	Wegfall aufgrund Besetzung Stelle 300 (stv. Abtl.leitung)
	E 8						
		00002041neuW	1,00	0,00	0,00	1,00	Mehrbedarf Asyl, umgew. aus E6
	E 6						
		00002041W	0,00	0,76	0,00	-0,76	Stelle im NT2016 umgewandelt in E8

lfd. Nr. Teilhaushalt Organisationseinheit Laufbahn, Fachrichtung,	Bes./ Entgelt- gruppe	Stellennummer	**NT16**	2016	2015	Dif. NT	Bemerkungen * anteilige Personalkostenerstattung gemäß § 22 KoA-VV # überg. nach E9 im Rahmen der Überleitung in den TVÖD
A Kreisverwaltung: Teilhaushalt 08 - Soziale Hilfen							
Abteilung 33 Soziales, Kostencontrolling und Asyl Ergebnis			**9,70**	**9,96**	**4,50**	**-0,26**	

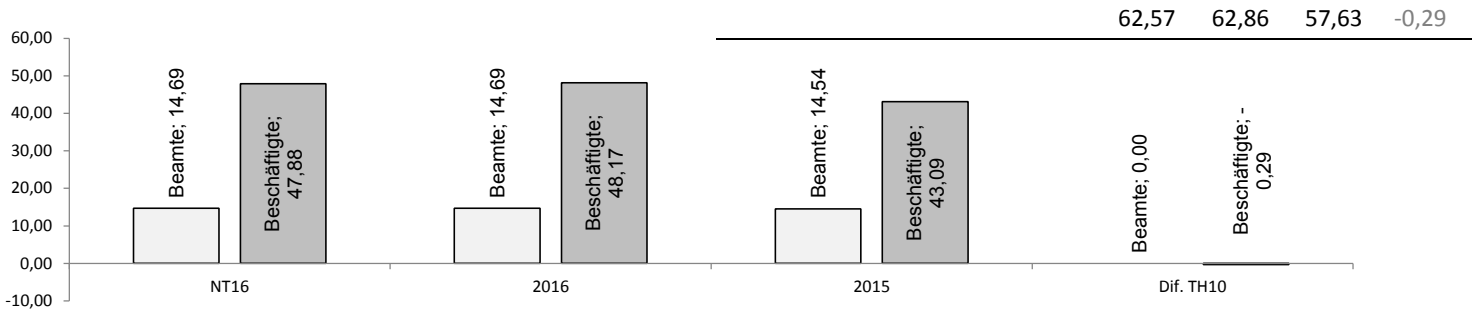
lfd. Nr. Teilhaushalt Organisationseinheit Laufbahn, Fachrichtung,	Bes./ Entgelt- gruppe	Stellennummer	**NT16**	2016	2015	Dif. NT	Bemerkungen * anteilige Personalkostenerstattung gemäß § 22 KoA-VV # überg. nach E9 im Rahmen der Überleitung in den TVÖD

A Kreisverwaltung: Teilhaushalt 09 - Veterinärwesen und Landwirtschaft



lfd. Nr. Teilhaushalt Organisationseinheit Laufbahn, Fachrichtung,	Bes./ Entgelt- gruppe	Stellennummer	**NT16**	2016	2015	Dif. NT	Bemerkungen * anteilige Personalkostenerstattung gemäß § 22 KoA-VV # überg. nach E9 im Rahmen der Überleitung in den TVÖD

A Kreisverwaltung: Teilhaushalt 10 - Gesundheitsdienst



			62,57	62,86	57,63	-0,29

Abteilung 42 Gesundheitswesen

104201

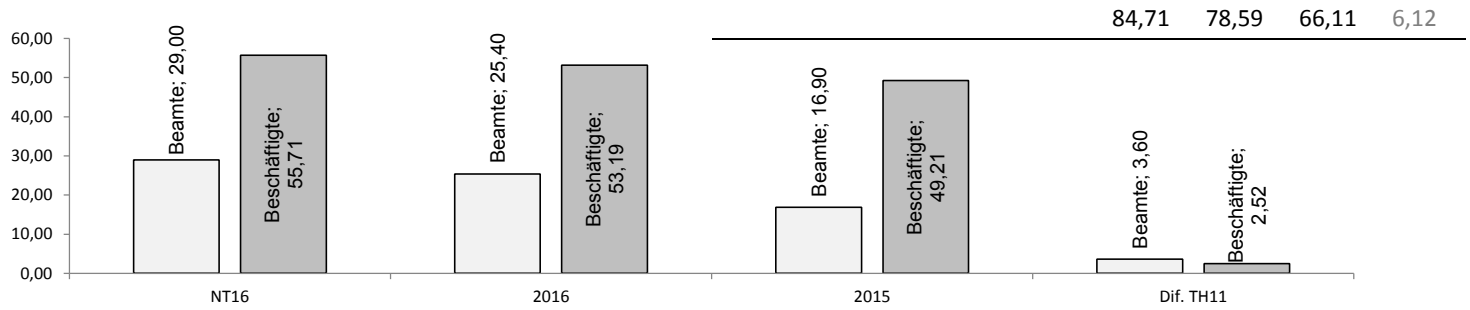
Fachbereich 42 a) Amtsärztlicher Dienst			**1,38**	**2,00**	**1,00**	**-0,62**
Beschäftigte/-er						
	E 15					
		00002042	0,00	1,00	0,00	-1,00	Stelle wird nicht benötigt
	E 6					
		00000564W	0,00	1,00	1,00	-1,00	Stelle im NT2016 umgewandelt in E3
	E 3					
		00002171	0,38	0,00	0,00	0,38	Dolmetscher, (15 Std. = 0,38)
		00000564neuW	1,00	0,00	0,00	1,00	umgew. aus E6

104202

Fachbereich 42 b) Sozialpsychiatrischer Dienst/Betreuungsbehörde			**0,76**	**0,43**	**0,00**	**0,33**	
Beschäftigte/-er						
	S 14					
		00001976	0,76	0,43	0,00	0,33	davon 17 Std. = 0,43 Vertretung, Mehrbedarf aufgrund Fallzahlsteigerung
Abteilung 42 Gesundheitswesen Ergebnis			**2,14**	**2,43**	**1,00**	**-0,29**	

lfd. Nr. Teilhaushalt Organisationseinheit Laufbahn, Fachrichtung,	Bes./ Entgelt- gruppe	Stellennummer	**NT16**	2016	2015	Dif. NT	Bemerkungen * anteilige Personalkostenerstattung gemäß § 22 KoA-VV # überg. nach E9 im Rahmen der Überleitung in den TVÖD

A Kreisverwaltung: Teilhaushalt 11 - Sicherheit, Ordnung und Verkehr



Abteilung 51 Sicherheit und Ordnung/Kommunalaufsicht

115100

51 Sicherheit und Ordnung/Kommunalaufsicht			**3,00**	**1,00**	**1,00**	**2,00**	
stellv. Abteilungsleiter/-in							
Kreisverwaltungsrätin/-rat							
	A13, 3.EA						
		00000606	1,00	1,00	1,00	0,00	Bei Besetzung der Stelle entfällt eine Stelle in der Abt. 51
ärztlicher Leiter Rettungsdienst							
Beschäftigte/-er							
	Ü						
		00000675neuV	1,00	0,00	0,00	1,00	Ärztlicher Leiter Rettungsdienst, Kostenerstattung, verl. von FB 51 a) Arzt
hauptamtlicher Kreisfeuerwehrinspekteur							
Brandamtsrätin/-rat							
	A12						
		00002184	1,00	0,00	0,00	1,00	

115101

Fachbereich 51 a) Katastrophenschutz / Ordnungsverwaltung			**0,50**	**1,00**	**1,00**	**-0,50**	
Beschäftigte/-er							
	Ü						
		00000675V	0,00	1,00	1,00	-1,00	Stelle im NT2016 verlagert zu Abt. 51
	E 2						
		00002178	0,50	0,00	0,00	0,50	Mehrbedarf Waffenkontrollen

115102

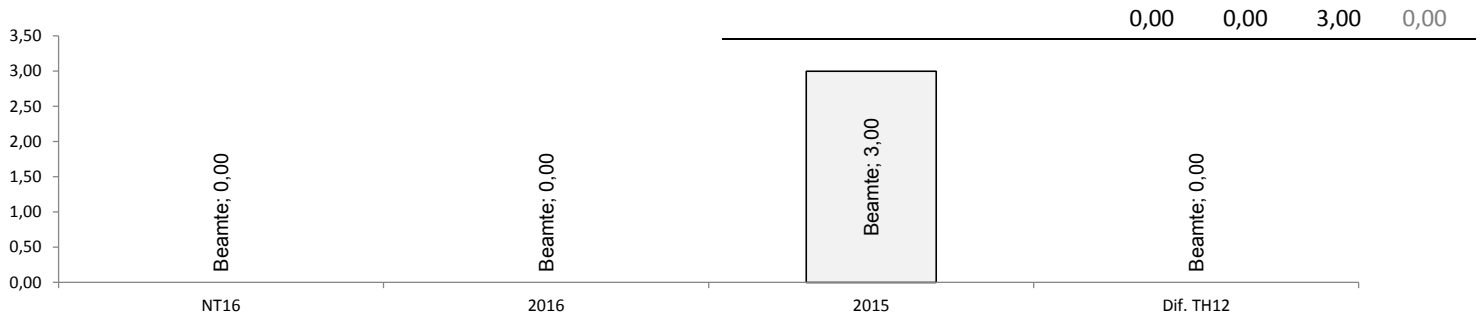
Fachbereich 51 b) Staatsangehörigkeits-/Ausländerrecht			**7,50**	**4,90**	**0,90**	**2,60**	
Fachbereichsleiter/-in							

lfd. Nr. Teilhaushalt Organisationseinheit Laufbahn, Fachrichtung,	Bes./ Entgelt- gruppe	Stellennummer	**NT16**	2016	2015	Dif. NT	Bemerkungen * anteilige Personalkostenerstattung gemäß § 22 KoA-VV # überg. nach E9 im Rahmen der Überleitung in den TVÖD
A Kreisverwaltung: Teilhaushalt 11 - Sicherheit, Ordnung und Verkehr							
Amtsrätin/-rat	**A12**						
		00002192	1,00	0,00	0,00	1,00	Stelle der Fachbereichsleitung war bisher als stv. Abt.leitung ausgewiesen
Kreisamtfrau/-mann	**A11**						
		00000432	1,00	0,90	0,90	0,10	ku E9 , Grundsatzsachbearbeitung AR
Kreisoberinspektorin/-inspektor	**A10**						
		00002020	0,00	1,00	0,00	-1,00	
		00002173	0,50	0,00	0,00	0,50	
		00001026neuW	1,00	0,00	0,00	1,00	
		00000440	1,00	0,00	0,00	1,00	z.Zt. A9, #, umgewandelt aus E9
Kreishauptsekretärin/-sekretär	**A8**						
		00001026W	0,00	1,00	0,00	-1,00	Stelle im NT2016 umgewandelt in A10
		00002126	1,00	0,00	0,00	1,00	z.Zt. A6, Mehrbedarf aufgrund Orgauntersuchung
Beschäftigte/-er	**E 9**						
		00000440W	0,00	1,00	0,00	-1,00	#, Stelle im NT2016 umgewandelt in A10
	E 5						
		00002033	1,00	1,00	0,00	0,00	Mehrbedarf aufgrund steigender Flüchtlingszahlen, ku E3 aufgrund Stellenbewertung
	E 3						
		00002172	1,00	0,00	0,00	1,00	Mehrbedarf Dolmetscher
Abteilung 51 Sicherheit und Ordnung/Kommunalaufsicht Ergebnis			**11,00**	**6,90**	**2,90**	**4,10**	
Abteilung 52 Straßenverkehr, Kfz-Zulassung							
115200							
52 Straßenverkehr/Kfz-Zulassung			**1,00**	**1,00**	**1,00**	**0,00**	
stellv. Abteilungsleiter/-in							
Kreisverwaltungsrätin/-rat	**A13, 3.EA**						
		00001472neuW	1,00	0,00	0,00	1,00	zugleich Leitung des Fachbereichs Straßenverkehr/Bußgeldstelle, ku A12, umgew. aus A12
Amtsrätin/-rat	**A12**						
		00001472W	0,00	1,00	1,00	-1,00	Stelle im NT2016 umgewandelt in A13

lfd. Nr. Teilhaushalt Organisationseinheit Laufbahn, Fachrichtung,	Bes./ Entgelt- gruppe	Stellennummer	**NT16**	2016	2015	Dif. NT	Bemerkungen * anteilige Personalkostenerstattung gemäß § 22 KoA-VV # überg. nach E9 im Rahmen der Überleitung in den TVÖD
A Kreisverwaltung: Teilhaushalt 11 - Sicherheit, Ordnung und Verkehr							
115302 **52 Zulassungsstelle Bingen**			**3,52**	**1,50**	**1,50**	**2,02**	
Beschäftigte/-er							
	E 8						
		00001025neuW	1,00	0,00	0,00	1,00	z.Zt. E 6, Umwandlung aufgrund Stellenbewertung, umgew. aus E6
	E 6						
		00001025W	0,00	1,00	1,00	-1,00	Stelle im NT2016 umgewandelt in E8
	E 5						
		00000459	0,76	0,50	0,50	0,26	plus 0,26 Mehrbedarf Orgauntersuchung,
		00002174	0,76	0,00	0,00	0,76	Mehrbedarf Orgauntersuchung, (30 Std. = 0,76)
		00002175	1,00	0,00	0,00	1,00	Mehrbedarf Führerscheinstelle und allgemeine Schaltertätigkeiten aufgrund Orgauntersuchung
Abteilung 52 Straßenverkehr, Kfz-Zulassung Ergebnis			**4,52**	**2,50**	**2,50**	**2,02**	

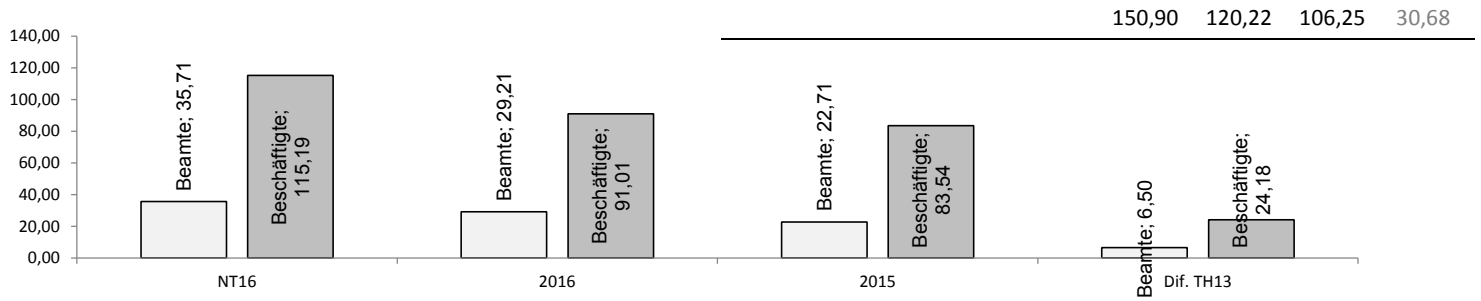
lfd. Nr. Teilhaushalt Organisationseinheit Laufbahn, Fachrichtung,	Bes./ Entgelt- gruppe	Stellennummer	**NT16**	2016	2015	Dif. NT	Bemerkungen * anteilige Personalkostenerstattung gemäß § 22 KoA-VV # überg. nach E9 im Rahmen der Überleitung in den TVÖD

A Kreisverwaltung: Teilhaushalt 12 - Kommunalaufsicht



lfd. Nr. Teilhaushalt Organisationseinheit Laufbahn, Fachrichtung,	Bes./ Entgelt- gruppe	Stellennummer	**NT16**	2016	2015	Dif. NT	Bemerkungen * Personalkostenerstattung durch Bund gemäß § 19 KoA-VV (derzeit 84,8%), # überg. nach E9 im Rahmen der Überleitung in den TVÖD

A Kreisverwaltung: Teilhaushalt 13 - Kommunales Jobcenter



Jobcenter Mainz-Bingen

130100

Jobcenter operative Dienste			**5,00**	**4,51**	**1,54**	**0,49**	
Leiter/-in							
Beschäftigte/-er							
	E 15						
		00000406	1,00	1,00	1,00	0,00	zugleich stv. Leiterin Jobcenter, kw 06/2016 dafür neu Stelle 2139 THH 01
Arbeitgeberbüro							
Beschäftigte/-er							
	E 10						
		00001527	1,00	0,53	0,54	0,47	plus 0,47 aufgrund Fallzahlsteigerung, Grundsatzsachbearbeiterin, z.Zt. Vertretung
	E 9						
		00001954	1,00	0,60	0,00	0,40	Akquisiteur, ESF-Förderprogramm, Fallzahlsteigerung, ant. PKerst. gem. § 22 Koa-VV
		00002024	1,00	0,38	0,00	0,62	Ausbildungsstellenvermittlung, Fallzahlsteigerung
		00002031	0,00	1,00	0,00	-1,00	Fallzahlreduzierung, Coach
		00002032	0,00	1,00	0,00	-1,00	Fallzahlreduzierung, Coach
		00002120	1,00	0,00	0,00	1,00	Mehrbedarf Fallzahlsteigerung

130101

Region Nord			**7,02**	**6,91**	**2,91**	**0,11**	
Materielle Hilfen							
Kreisoberinspektorin/-inspektor							
	A10						
		00001949W	0,00	1,00	0,00	-1,00	Stelle im NT2016 umgewandelt in E9
		00002089V	0,00	1,00	0,00	-1,00	Stelle im NT2016 verlagert zu Büro für Flüchtlingsangelegenheiten
		00002109	1,00	0,00	0,00	1,00	z.Zt. A9, 2.EA, 0,5 von Stelle 1980 + 0,5 Fallzahlsteigerung

lfd. Nr. Teilhaushalt Organisationseinheit Laufbahn, Fachrichtung,	Bes./ Entgelt- gruppe	Stellennummer	**NT16**	2016	2015	Dif. NT	Bemerkungen * Personalkostenerstattung durch Bund gemäß § 19 KoA-VV (derzeit 84,8%), # überg. nach E9 im Rahmen der Überleitung in den TVÖD
A Kreisverwaltung: Teilhaushalt 13 - Kommunales Jobcenter							
Beschäftigte/-er							
	E 9						
		00001095neuW	1,00	0,00	0,00	1,00	umgew. aus E8
		00001429	1,00	1,00	1,00	0,00	Kw 09/2016
		00001949neuW	1,00	0,00	0,00	1,00	umgew. aus A10
		00001980	0,50	1,00	0,00	-0,50	Reduzierung um 0,5 zugunsten Stelle 2109
	E 8						
		00001095W	0,00	1,00	1,00	-1,00	Stelle im NT2016 umgewandelt in E9
		00001886	0,76	0,41	0,41	0,35	(30 Std. = 0,76)
Aktivierenden Hilfen Ü 25							
Beschäftigte/-er							
	E 9						
		00001088neuV	1,00	0,00	0,00	1,00	verl. von Region Süd
		00002090V	0,00	1,00	0,00	-1,00	Stelle im NT2016 verlagert zu Büro für Flüchtlingsangelegenheiten
Aktivierenden Hilfe U 25							
Beschäftigte/-er							
	E 9						
		00001151	0,76	0,50	0,50	0,26	(30 Std. = 0,76), plus 0,25 Fallzahlsteigerung
130102							
Region Mitte			**4,00**	**4,64**	**1,64**	**-0,64**	
Materielle Hilfen							
Kreisoberinspektorin/-inspektor							
	A10						
		00002105V	0,00	1,00	0,00	-1,00	Stelle im NT2016 verlagert zu Büro für Flüchtlingsangelegenheiten
Kreissekretärin/-sekretär							
	A6						
		00001134neuW	1,00	0,00	0,00	1,00	umgew. aus E8, Besetzung durch Beamten ab 07/2016
Beschäftigte/-er							
	E 8						
		00001134W	0,00	0,64	0,64	-0,64	Stelle im NT2016 umgewandelt in A6, Besetzung Beschäftigte bis 02/2016
Bildung und Teilhabe							
Kreissekretärin/-sekretär							
	A6						
		00001121	1,00	1,00	1,00	0,00	z.Zt. E 5, ku E5

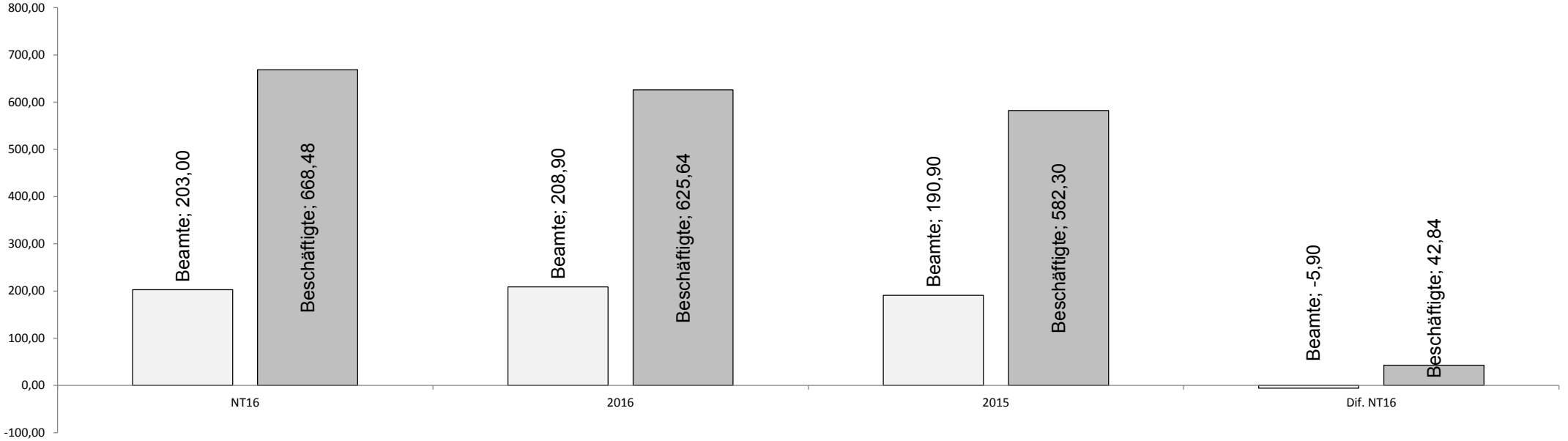
lfd. Nr. Teilhaushalt Organisationseinheit Laufbahn, Fachrichtung,	Bes./ Entgelt- gruppe	Stellennummer	**NT16**	2016	2015	Dif. NT	Bemerkungen * Personalkostenerstattung durch Bund gemäß § 19 KoA-VV (derzeit 84,8%), # überg. nach E9 im Rahmen der Überleitung in den TVÖD
A Kreisverwaltung: Teilhaushalt 13 - Kommunales Jobcenter							
Beschäftigte/-er							
	E 5						
		00002169	1,00	0,00	0,00	1,00	Mehrbedarf aufgrund Orgaüberprüfung
		00002170	1,00	0,00	0,00	1,00	Mehrbedarf aufgrund Orgaüberprüfung
Aktivierenden Hilfen Ü 25							
Beschäftigte/-er							
	E 9						
		00001955V	0,00	1,00	0,00	-1,00	Stelle im NT2016 verlagert zu Büro für Flüchtlingsangelegenheiten
		00002092V	0,00	1,00	0,00	-1,00	Stelle im NT2016 verlagert zu Büro für Flüchtlingsangelegenheiten
130103							
Region Süd			**35,38**	**6,78**	**4,80**	**28,60**	
Materielle Hilfen							
Kreisoberinspektorin/-inspektor							
	A10						
		00001769W	0,00	1,00	1,00	-1,00	Stelle im NT2016 umgewandelt in E9
		00001978W	0,00	1,00	0,00	-1,00	Stelle im NT2016 umgewandelt in E9
Beschäftigte/-er							
	E 9						
		00000978W	0,00	1,00	0,00	-1,00	Stelle im NT2016 umgewandelt in E8
		00001769neuW	1,00	0,00	0,00	1,00	umgew. aus A10
		00001978neuW	1,00	0,00	0,00	1,00	Mehrbedarf, Orgaüberprüfung 01.07.2015, umgew. aus A10
	E 8						
		00000978neuW	1,00	0,00	0,00	1,00	umgew. aus E9
Aktivierenden Hilfen Ü 25							
Beschäftigte/-er							
	E 9						
		00001088V	0,00	1,00	1,00	-1,00	Stelle im NT2016 verlagert zu Region Nord
		00001092	1,00	0,89	0,90	0,11	plus 0,11 Mehrbedarf aufgrund Fallzahlsteigerung
		00001160	1,00	1,00	1,00	0,00	kw 05/2016
Aktivierenden Hilfe U 25							
Beschäftigte/-er							
	E 9						
		00001142	1,00	0,89	0,90	0,11	plus 0,11 Mehrbedarf aufgrund Fallzahlsteigerung
		00002122	0,38	0,00	0,00	0,38	Mehrbedarf aufgrund Fallzahlsteigerung
Büro für Flüchtlingsangelegenheiten im SGB II							
Kreisoberinspektorin/-inspektor							
	A10						
		00002089neuV	1,00	0,00	0,00	1,00	z.Zt. A9, 3.EA, Mehrbedarf Asyl, verl. von Region Nord
		00002105neuV	1,00	0,00	0,00	1,00	Mehrbedarf Asyl, verl. von Region Mitte
		00002145	1,00	0,00	0,00	1,00	z.Zt. A9, 3.EA, Mehrbedarf Asyl

lfd. Nr. Teilhaushalt Organisationseinheit Laufbahn, Fachrichtung,	Bes./ Entgelt- gruppe	Stellennummer	**NT16**	2016	2015	Dif. NT	Bemerkungen * Personalkostenerstattung durch Bund gemäß § 19 KoA-VV (derzeit 84,8%), # überg. nach E9 im Rahmen der Überleitung in den TVÖD
A Kreisverwaltung: Teilhaushalt 13 - Kommunales Jobcenter							
	A10	00002146	1,00	0,00	0,00	1,00	z.Zt. A9, 3.EA, Mehrbedarf Asyl
		00002148	1,00	0,00	0,00	1,00	Mehrbedarf Asyl
		00002149	1,00	0,00	0,00	1,00	Mehrbedarf Asyl
		00002150	1,00	0,00	0,00	1,00	Mehrbedarf Asyl
Kreissekretärin/-sekretär							
	A6						
		00002179	1,00	0,00	0,00	1,00	materielle Hilfen, Mehrbedarf
		00002180	1,00	0,00	0,00	1,00	materielle Hilfen Mehrbedarf
Beschäftigte/-er							
	E 9						
		00001955neuV	1,00	0,00	0,00	1,00	verl. von Region Mitte
		00002090neuV	1,00	0,00	0,00	1,00	Mehrbedarf Asyl, verl. von Region Nord
		00002092neuV	1,00	0,00	0,00	1,00	Mehrbedarf Asyl, verl. von Region Mitte
		00002135	1,00	0,00	0,00	1,00	Mehrbedarf Asyl
		00002147	1,00	0,00	0,00	1,00	materielle Hilfe
		00002157	1,00	0,00	0,00	1,00	Mehrbedarf Asyl
		00002158	1,00	0,00	0,00	1,00	Mehrbedarf Asyl
		00002159	1,00	0,00	0,00	1,00	Mehrbedarf Asyl, aktivierende Hilfen U 25
		00002160	1,00	0,00	0,00	1,00	Mehrbedarf Asyl, aktivierende Hilfen U 25
		00002161	1,00	0,00	0,00	1,00	Mehrbedarf Asyl, aktivierende Hilfen U 25
		00002162	1,00	0,00	0,00	1,00	Mehrbedarf Asyl, aktivierende Hilfen U 25
		00002163	1,00	0,00	0,00	1,00	Mehrbedarf Asyl, aktivierende Hilfen U 25
		00002164	1,00	0,00	0,00	1,00	Mehrbedarf Asyl, aktivierende Hilfen U 25
		00002165	1,00	0,00	0,00	1,00	Mehrbedarf Asyl, aktivierende Hilfen Ü 25
		00002166	1,00	0,00	0,00	1,00	Mehrbedarf Asyl, aktivierende Hilfen Ü 25
		00002167	1,00	0,00	0,00	1,00	Mehrbedarf Asyl, aktivierende Hilfen Ü 25
		00002168	1,00	0,00	0,00	1,00	Mehrbedarf Asyl, aktivierende Hilfen Ü 25
	E 8						
		00002151	1,00	0,00	0,00	1,00	Mehrbedarf Asyl
	E 5						
		00002177	1,00	0,00	0,00	1,00	Dolmetscherin
	E 3						
		00002176	1,00	0,00	0,00	1,00	Dolmetscherin
130200							
Jobcenter interne Dienste			**4,38**	**2,26**	**1,50**	**2,12**	
Kostenstelle							
Kreisoberinspektorin/-inspektor							
	A10						
		00001278W	0,00	0,50	0,50	-0,50	Stelle im NT2016 umgewandelt in E9

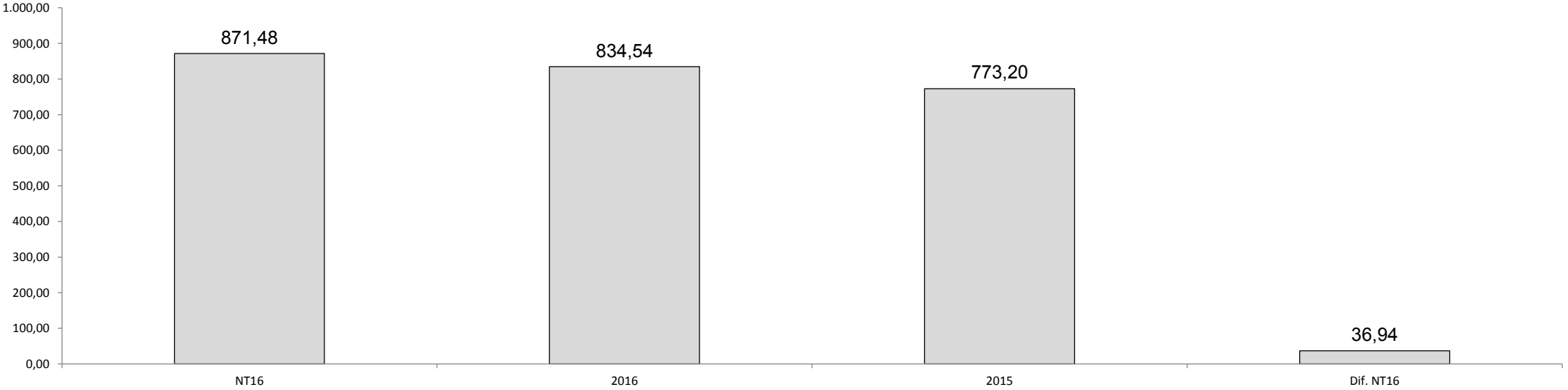
lfd. Nr. Teilhaushalt Organisationseinheit Laufbahn, Fachrichtung,	Bes./ Entgelt- gruppe	Stellennummer	**NT16**	2016	2015	Dif. NT	Bemerkungen * Personalkostenerstattung durch Bund gemäß § 19 KoA-VV (derzeit 84,8%), # überg. nach E9 im Rahmen der Überleitung in den TVÖD
A Kreisverwaltung: Teilhaushalt 13 - Kommunales Jobcenter							
Beschäftigte/-er	**E 9**	00001278neuW	0,64	0,00	0,00	0,64	umgew. aus A10, plus 0,14 Fallzahlsteigerung
EDV/Statistik							
Kreisinspektorin/-inspektor	**A9, 3.EA**	00001993neuV	1,00	0,00	0,00	1,00	verl. von Übern. Ausb.
Beschäftigte/-er	**E 9**	00001111	1,00	1,00	1,00	0,00	kw, ant. PKerst. gem. § 22 Koa-VV
Servicestelle							
Beschäftigte/-er	**E 6**	00001964	0,74	0,76	0,00	-0,02	(29 Std. = 0,74), Umstrukturierungen, ku E 5
	E 5	00002185	1,00	0,00	0,00	1,00	Mehrbedarf
Jobcenter Mainz-Bingen Ergebnis			**55,78**	**25,10**	**12,39**	**30,68**	

Summe Beschäftigte Kreisverwaltung
Summe Beamte Kreisverwaltung
Summe Mitarbeiter insgesamt Kreisverwaltung

A Kreisverwaltung



Mitarbeiter insgesamt



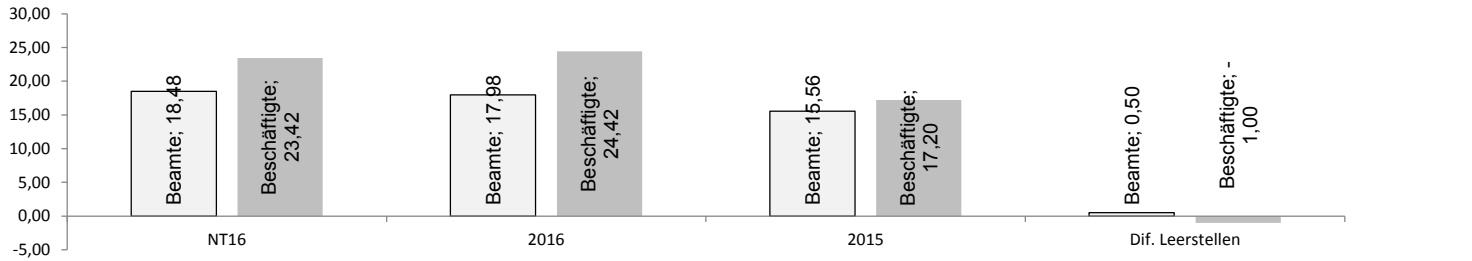
lfd. Nr. Teilhaushalt Organisationseinheit Laufbahn, Fachrichtung,	Bes./ Entgelt- gruppe	Stellennummer	**NT16**	2016	2015	Dif. NT	Bemerkungen
B Sondervermögen mit Sonderrechnung: Abfallwirtschaftsbetrieb							
Erster Werkleiter			**0,00**	**0,00**	**0,55**	**0,00**	
Ltd. Kreisverwaltungsdirektorin/-direktor	**A16**						
			0,00	0,00	0,55		Widerruf der Bestellung zum 31.07.2015 gem. Kreistagsbeschluss v. 17.07.2015
Summe Beamte:			**0,00**	**0,00**	**0,55**	**0,00**	
Summe Beschäftigte			**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	
Summe Beamte und Beschäftigte			**0,00**	**0,00**	**0,55**	**0,00**	

lfd. Nr. Teilhaushalt Organisationseinheit Laufbahn, Fachrichtung,	Bes./ Entgelt- gruppe	Stellennummer	**NT16**	2016	2015	Dif. NT	Bemerkungen * anteilige Personalkostenerstattung gemäß § 22 KoA-VV # überg. nach E9 im Rahmen der Überleitung in den TVÖD

C Leerstellen

Nach § 87 a LBG bzw. § 11 TVöD wegen der Betreuung von Kindern und nach § 80 a LBG aus arbeitsmarktpolitischen Gründen bzw. nach dem BErzGG

			41,9	42,4	32,76	-0,50



Leerstellen

990000

Kreisoberinspektorin/-inspektor	**A10**	00001831	0,50	0,00	0,25	0,50
Beschäftigte/-er	**E 8**	00002046	0,00	1,00	0,00	-1,00
Leerstellen Ergebnis			**0,50**	**1,00**	**0,25**	**-0,50**

lfd. Nr. Teilhaushalt Organisationseinheit Laufbahn, Fachrichtung,	Bes./ Entgelt- gruppe	Stellennummer	**NT16**	2016	2015	Dif. NT	Bemerkungen
D Beamtenanwärter/innen, Auszubildende und Praktikanten							
Kreisinspektoranwärter/-innen			40,00	40,00	36,00	**0,00**	
Kreissekretäranwärter/-innen			19,00	19,00	15,00	**0,00**	
Auszubildende für den Beruf eines/r Verwaltungsfachangestellten			0,00	0,00	0,00	**0,00**	
Auszubildende für den Beruf eines/r Kauffmann/-frau für Bürokommunikation			8,00	8,00	1,00	**0,00**	
Fachinformatiker für Systemintegration			2,00	2,00	1,00	**0,00**	
Anlagenmechaniker für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik			1,00	1,00	0,00	**0,00**	
Bauzeichner			0,00	0,00	1,00	**0,00**	
Sozialpraktikanten			3,00	3,00	2,00	**0,00**	
Lebensmittelkontrolleur			0,00	0,00	1,00	**0,00**	
Erzieher/in in Teilzeitausbildung			1,00	1,00	0,00	**0,00**	
Summe:			**74,00**	**74,00**	**57,00**	0,00	
E Zusammenfassung							
A Summe Beamte Kreisverwaltung			203,00	208,90	190,90	-5,90	
Summe Beschäftigte Kreisverwaltung			668,48	625,64	582,30	42,84	
Zwischensumme Kreisverwaltung			**871,48**	**834,54**	**773,20**	**36,94**	
B Summe Beamte AWB			0,00	0,00	0,55	0,00	
Summe Beschäftigte AWB			0,00	0,00	0,00	0,00	
Zwischensumme AWB			**0,00**	**0,00**	**0,55**	**0,00**	
Gesamtsumme Beamte			203,00	**208,90**	**191,45**	**-5,90**	
Gesamtsumme Beschäftigte			668,48	**625,64**	**582,30**	**42,84**	
Mitarbeiter/innen insgesamt:			**871,48**	**834,54**	**773,75**	**36,94**	

Nachtrag zum Gesamtstellenplan

lfd. Nr. Teilhaushalt Organisationseinheit Laufbahn, Fachrichtung,	Bes./ Entgelt- gruppe	**NT16**	2016	2015	Dif. NT	Bemerkungen * anteilige Personalkostenerstattung gemäß § 22 KoA-VV # überg. nach E9 im Rahmen der Überleitung in den TVÖD
A) Beamte						
Hauptamtl. Wahlbeamte						
Landrat	**B6**	1,00	1,00	1,00	0,00	
1. Hauptamtliche/r Kreisbeigeordnete/r	**B4**	1,00	1,00	1,00	0,00	
2. Hauptamtliche/r Kreisbeigeordnete/r	**B3**	1,00	1,00	0,00	0,00	
2. Hauptamtliche/r Kreisbeigeordnete/r	**B2**	0,00	0,00	1,00	0,00	
	Zwischensumme:	*3,00*	*3,00*	*3,00*	*0,00*	
Nachrichtlich auszuweisen:						
Ltd. Staatlicher Beamter nachrichtlich	**A16**					
Viertes Einstiegsamt						
Ltd. Kreisverw.Direktor	**A16**	4,00	4,00	4,00	0,00	
Kreisverw.Direktor/-in	**A15L**	0,00	0,00	1,00	0,00	
Kreisverw.Direktor/-in	**A15**	2,50	2,50	2,25	0,00	
Oberveterinärrätin	**A14L**	1,00	1,00	1,00	0,00	
Kreisoberverw.Rat/-Rätin	**A14**	13,09	13,09	13,99	0,00	
Kreisverw.rat/rätin	**A13, 4.EA**	1,00	1,00	0,00	0,00	
	Zwischensumme:	*21,59*	*21,59*	*22,24*	*0,00*	
Drittes Einstiegsamt						
Kreisverw.rat/rätin	**A13, 3.EA**	12,75	11,75	11,25	1,00	
Kreisverw.rat/rätin	**A13, 3.EA+Z**	1,00	1,00	1,00	0,00	
Amtsrat/-rätin	**A12L**	2,55	2,55	1,55	0,00	
Amtsrat/-rätin	**A12**	18,80	18,80	20,25	0,00	
Brandamtfrau/-mann	**A11B**	1,00	1,00	1,00	0,00	
Regierungsamtfrau/-mann	**A11L**	2,70	2,70	2,70	0,00	
Kreisamtmann/-frau	**A11**	40,43	40,33	34,58	0,10	
Kreisoberinspektor/-in	**A10**	56,38	56,38	58,20	0,00	
Kreisinspektor/-in	**A9, 3.EA**	5,00	9,00	1,00	-4,00	
	Zwischensumme:	*140,61*	*143,51*	*131,53*	*-2,90*	
Zweites Einstiegsamt						
Amtsinspektor/-in	**A9, 2.EA**	10,75	10,75	11,75	0,00	
Amtsinspektor/-in	**A9, 2.EA+Z**	2,80	2,80	3,80	0,00	

lfd. Nr. Teilhaushalt Organisationseinheit Laufbahn, Fachrichtung,	Bes./ Entgelt- gruppe	**NT16**	2016	2015	Dif. NT	Bemerkungen * anteilige Personalkostenerstattung gemäß § 22 KoA-VV # überg. nach E9 im Rahmen der Überleitung in den TVÖD
Hauptsekretär/-in	**A8**	9,00	9,00	5,00	0,00	
Obersekretär/-in	**A7**	3,25	3,25	4,13	0,00	
Sekretär/-in	**A6**	12,00	15,00	10,00	-3,00	
	Zwischensumme:	*37,80*	*40,80*	*34,68*	*-3,00*	
Leerstellen						
Veterinärdirektorin	**A15**	0,50	0,50	0,5	0,00	
Obermedizinalrätin	**A14**	1,91	1,91	1,89	0,00	
Kreisverw.rat/rätin	**A13, 3.EA**	0,25	0,25	0,75	0,00	
Amtsrätin	**A12L**	0,45	0,45	0,45	0,00	
Amtsrätin	**A12**	2,20	2,20	1,75	0,00	
Regierungsamtfrau/-mann	**A11L**	0,80	0,80	0,8	0,00	
Kreis/-Reg.amtfrau	**A11**	3,45	3,45	2,2	0,00	
Kreisoberinspektorin	**A10**	7,72	7,22	5,9	0,50	
Kreisinspektorin	**A9, 2.EA**	0,45	0,45	0,45	0,00	
Kreisobersekretärin	**A7**	0,75	0,75	0,87	0,00	
	Zwischensumme:	*18,48*	*17,98*	*15,56*	*0,50*	
B) Beschäftigte						
vgl. Viertes Einstiegsamt						
Beschäftigte/r	**Ü**	2,00	2,00	2,00	0,00	
	E 15 Ü	1,00	1,00	1,00	0,00	
	E 15	6,00	6,00	4,00	0,00	
	E 14	3,00	3,00	4,00	0,00	
	E 13	4,36	4,36	3,87	0,00	
	Zwischensumme:	*16,36*	*16,36*	*14,87*	*0,00*	
vgl. Drittes Einstiegsamt						
Beschäftigte/r	**E 12**	16,32	16,32	17,32	0,00	
	E 11	23,28	22,28	19,60	1,00	
	E 10	17,66	16,19	15,31	1,47	
	E 9	114,87	88,88	66,90	25,99	
	Zwischensumme:	*172,13*	*143,67*	*119,13*	*28,46*	

lfd. Nr. Teilhaushalt Organisationseinheit Laufbahn, Fachrichtung,	Bes./ Entgelt- gruppe	**NT16**	2016	2015	Dif. NT	Bemerkungen * anteilige Personalkostenerstattung gemäß § 22 KoA-VV # überg. nach E9 im Rahmen der Überleitung in den TVÖD
Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst						
Beschäftigte/r	**S 17**	3,00	3,00	3,00	0,00	
	S 15	0,62	0,62	0,63	0,00	
	S 14	39,87	40,54	33,25	-0,67	
	S 12	19,73	18,73	17,58	1,00	
	S 11b	27,07	25,85	23,92	1,22	
	S 9	1,00	1,00	0,00	0,00	
	S 8a	2,37	2,37	0,00	0,00	
	S 7	0,00	0,00	1,00	0,00	
	S 6	0,00	0,00	2,26	0,00	
	Zwischensumme:	*93,66*	*92,11*	*81,64*	*1,55*	
vgl. Zweites Einstiegsamt						
Beschäftigte/r	**E 8**	97,68	94,66	100,67	3,02	
	E 6	68,32	71,36	78,07	-3,04	
	E 5	108,41	100,98	88,36	7,43	
	E 3	20,13	16,75	14,33	3,38	
	Zwischensumme:	*294,54*	*283,75*	*281,43*	*10,79*	
vgl. Erstes Einstiegsamt						
Beschäftigte/r	**E 2**	23,07	21,93	17,71	1,14	
	E 1	68,07	67,17	66,87	0,90	
	Zwischensumme:	*91,14*	*89,10*	*84,58*	*2,04*	
Amtl. Tierärzte und Fleischkontrolleure besonderer Tarifvertrag	**Anzahl : 6**					Abrechnung nach Stückvergütung
Leerstellen						
Beschäftigte/r	**S 12**	0,06	0,06	0,06	0,00	
	E 10	1,36	1,36	0,23	0,00	
	E 9	5,60	5,60	4,69	0,00	
	E 8	9,58	10,58	8,42	-1,00	
	E 6	3,48	3,48	2,03	0,00	
	E 5	3,34	3,34	1,77	0,00	
	Zwischensumme:	*23,42*	*24,42*	*17,20*	*-1,00*	

lfd. Nr. Teilhaushalt Organisationseinheit Laufbahn, Fachrichtung,	Bes./ Entgelt- gruppe	**NT16**	2016	2015	Dif. NT	Bemerkungen * anteilige Personalkostenerstattung gemäß § 22 KoA-VV # überg. nach E9 im Rahmen der Überleitung in den TVÖD

C) Gesamtübersicht

Beamte

Hauptamtl. Wahlbeamte	3,00	3,00	3,00	0,00	
Viertes Einstiegsamt	21,59	21,59	22,24	0,00	
Drittes Einstiegsamt	140,61	143,51	131,53	-2,90	
Zweites Einstiegsamt	37,80	40,80	34,68	-3,00	
Zwischensumme:	*203,00*	*208,90*	*191,45*	*-5,90*	

Beschäftigte

vgl. Viertes Einstiegsamt	16,36	16,36	14,87	0,00	
vgl. Drittes Einstiegsamt	172,13	143,67	119,13	28,46	
Sozial- und Erziehungsdienst	93,66	92,11	81,64	1,55	
vgl. Zweites Einstiegsamt	294,54	283,75	281,43	10,79	
vgl. Erstes Einstiegsamt	91,14	89,10	84,58	2,04	
Amtl. TierÄ u. FleischK., Anzahl: 6	0,65	0,65	0,65	0,00	Abr. nach Stückvergütung
Zwischensumme:	*668,48*	*625,64*	*582,30*	*42,84*	

Gesamtstellenanzahl	**871,48**	**834,54**	**773,75**	**36,94**	

Nachtrag zur
Übersicht über die Stellenobergrenzen

Einhaltung der Obergrenzen im Stellenplan

Maßgebliche Einwohnerzahl gemäß Vorbemerkung Nr. 3 Abs. 1 LBesO: 207662

Nr.	Text	viertes Einstiegsamt					drittes Einstiegsamt (techn. Dienst)			zweites Einstiegsamt	
		A 16	A 15	A 14	A 13	zus.	NT A13	A 13 insge-samt	A 13+Z davon	A 9 insge-samt	A 9+Z davon
1	**Gesamtzahl der Stellen (ohne Wahlbeamte)**										
1.1	Laut Stellenplan	4,00	2,50	13,09	1,00	20,59	13,75	12,75	1,00	13,55	2,80
1.2	abzüglich der Stellen nach § 28 Abs. 4 LBesG										
1.3	abzüglich der Stellen des ärztlichen Dienstes nach § 28 Abs. 3 Nr. 2 b) bb) LBesG	1,00	1,00					-	-	-	-
1.4	Bei Anwendung der Obergrenzen sind zu berücksichtigen (1.1 abzüglich 1.2 und 1.3)	3,00	1,50	13,09	1,00	20,59	13,75	12,75	1,00	13,55	2,80
2	**Obergrenzenberechnung**										
2.1	zulässige Stellen nach § 28 Abs. 3 LBesG	2,00	6,00	-	-	-		-	-	-	-
2.2	zulässige Stellen nach § 28 Abs. 5 LBesG bzw. nach den betr. Fußnoten*	-	-	-	-	-		-	1,00	-	4,06
2.3	Überhang (+) / Unterschreitung (-)	+1	-4,50	-	-	-		-	0,00	-	-1,26

* – A 9 + Z nach Fußnote 1 zu BesGr. A 9 für bis zu 30 v.H. der Stellen in BesGr. A 9 (2. Einstiegsamt).
– A 13 + Z nach Fußnote 4 zu BesGr. A 13 für Beamte im 3. Einstiegsamt (techn. Dienst) bis zu 20 v.H. der Stellen dieser Laufbahn in BesGr. A 13.

Hinweis:

1) Bei dem ausgewiesenen Stellenüberhang im Bereich der A16 Stellen handelt es sich um die Stelle der Leitung des JobCenters/Büroleitung

Erläuterungen zum durch Nachtragshaushaltssatzung geänderten Stellenplan 2016

Gemäß § 57 LKO i. V. m. § 96 Abs. 4 GemO und § 5 GemHVO ist der Stellenplan für die Beamten und Beschäftigten des Landkreises Mainz-Bingen als Anlage dem Haushaltsplan beizufügen. Der Stellenplan weist die im Haushaltsjahr erforderlichen Stellen der Beamtinnen und Beamten (Planstellen) sowie der Beschäftigten, die über die Dauer eines Jahres hinaus eingestellt werden, getrennt für die einzelnen Teilhaushalte nach Laufbahn und Fachrichtung sowie Besoldungs- und Entgeltgruppen aus. Dabei werden die entsprechenden Stellen für das Haushaltsvorjahr und deren tatsächliche Besetzung am 30.06. des Haushaltsvorjahres angegeben. Der Stellenplan kann im Falle etwaiger Änderungen während des Haushaltsjahres durch Nachtragshaushaltssatzung geändert werden (§ 98 Abs. 1 GemO).

Insbesondere aufgrund des weiterhin steigenden Zahl von Flüchtlingen und der hierdurch resultierenden Aufgabenmehrung ist es notwendig, entsprechende Planstellen neu zu schaffen und den Stellenplan 2016 durch eine Nachtragshaushaltssatzung zu ändern.

Insgesamt ergibt sich ein Stellenmehrbedarf von 36,94 Planstellen. Ferner wurden an 13,22 Stellen kw-Vermerke angebracht, diese begründen sich zum einen durch inhaltliche und organisatorische Aufgabenveränderungen, zum anderen durch Ergebnisse der Personalbedarfsplanung im Zuge veränderter Fallzahlen. Zum Teil sind diese Stellen bereits im laufenden Jahr 2016 weggefallen oder fallen künftig weg.

Der geänderte Stellenplan weist nunmehr im Teilhaushalt 01 aufgrund der Einrichtung einer Projektstelle „Koordination MPU“ eine neue Planstelle aus, die jedoch im Teilhaushalt 13 entfällt und sich daher intern neutral darstellt.

Im Teilhaushalt 02 entfallen 12,74 Stellen, da die bisher hier ausgewiesenen Ersatzstellen für die Übernahme der Anwärterinnen und Anwärter bzw. der Auszubildenden nur in geringem Umfang benötigt wurden. Überwiegend standen in den verschiedenen Teilhaushalten entsprechende Planstellen für die Nachwuchskräfte zur Verfügung.

Der Teilhaushalt 03 weist eine zusätzliche neue Stelle innerhalb der Abteilung Finanzen aufgrund eines Mehrbedarfs im Bereich der Anlagenbuchhaltung verbunden mit internen Aufgabenumstrukturierungen aus.

Die Novellierung des Landesgesetzes im Bereich der Wasserwirtschaft erfordert die Ausweisung einer weiteren Planstelle für eine/n technische/n Angestellte/n im Teilhaushalt 05.

Der Teilhaushalt 06 erfährt eine Stellenmehrung von insgesamt 5,15 Stellen, die neben individuellen Arbeitszeitveränderungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter überwiegend ihren Ursprung in folgenden Aufgabenbereichen hat:

- *Bautrupp: plus zwei Stellen aufgrund der Betreuung diverser neu erworbener Liegenschaften des Landkreises,*
- *Reinigung der neuen Liegenschaft Kreuzhof: + 1,14 Stellen*
- *Mehrbedarf im Bereich der Schul-IT: +2 Stellen*
- *Mehrbedarf im Sachgebiet der Immobilienverwaltung: + 0,26 Stellen*

Im Teilhaushalt 07 ergibt sich insgesamt ein Mehrbedarf von 5,28 Stellen, der durch einen Mehrbedarf im Bereich der wirtschaftlichen Jugendhilfe –spezialisiert auf unbegleitete minderjährige Ausländer- und der Ausweitung der Schulsozialarbeit an den Berufsbildenden Schulen und den Realschulen plus Gau-Algesheim und Bingen sowie einer Einsparung im Allgemeinen Sozialen Dienst für die Betreuung unbegleiteter minderjähriger Ausländer resultiert.

Der Teilhaushalt 08 weist eine Stellenreduzierung von 0,26 Stellen aus, im Wesentlichen bedingt durch Aufgabenumstrukturierungen in den einzelnen Organisationseinheiten.

Im Teilhaushalt 09 sind keine Veränderungen zu verzeichnen.

Geringfügige Veränderungen finden sich im Teilhaushalt 10. Dem Wegfall einer Stelle im ärztlichen Dienst steht die Neuausweisung der Stelle eines/einer Dolmetschers/Dolmetscherin und der Mehrbedarf in der Betreuungsbehörde im Umfang von 0,33 Stellen gegenüber. Insgesamt ist im Teilhaushalt 10 eine Stellenreduzierung von 0,29 Stellen möglich.

Im Teilhaushalt 11 ergibt sich eine Stellenmehrung von 6,12 Stellen. Diese ist bedingt durch die erstmalige Ausweisung der Planstelle eines hauptamtlichen Kreisfeuerwehrinspekteurs, sowie durch Mehrbedarfe im Bereich der Waffenkontrolle, der Ausländerbehörde, sowie der Zulassungsstelle Bingen.

Der Teilhaushalt 13 weist eine Stellenmehrung von 30,68 Stellen aus. Die Stellenmehrung ergibt sich überwiegend im „Büro für Flüchtlingsangelegenheiten im SGB II“ mit 28,60 Stellen, aufgrund des starken Zustroms an Flüchtlingen und der damit für das zweite Halbjahr 2016 und das Jahr 2017 zu erwartenden Fallzahlsteigerungen. Zudem ergeben sich Mehrbedarfe durch Stundenanpassungen und im Bereich der Servicestelle.

Der Nachtragsstellenplan 2016 zeigt im Vergleich zum Ursprungsstellenplan 2016 folgende Entwicklung:

Beschäftigte	*+ 42,84 Planstellen*
Beamte	*- 5,90 Planstellen*
Insgesamt	***+ 36,94 Planstellen***

Erläuterungen

zu den

Planungsstellen

Erläuterungen Nachtrag 2016-1-1

Teilhaushalt 02 Zentrale Aufgaben

1.1.2.0.4.44243110

Nach § 13 KoA-VV werden im Bereich der Optionskommune die Kosten der Mitarbeiter in den Querschnittsabteilungen (Rechtsamt, Organisation, EDV, Kasse, Personal) im Rahmen eines Gemeinkostenzuschlags erstattet. Berechnungsgrundlage hierzu sind die Personalkosten des Kerngeschäfts abzüglich der Arbeitgeberkosten für Sozialversicherung und ZVK. Hierauf wird ein Zuschlag in Höhe von bis zu 30 vom Hundert erstattet. Aufgrund der Erhöhung bei der Stellenbesetzung verändert sich Ansatz von 1.241.649 € um 99.396 € auf 1.341.045 €.

1.1.2.0.4.44243120

Nach § 11 i.V.m. § 20 KoA-VV werden im Bereich der Optionskommune Personalnebenkosten für Mitarbeiter (Beihilfe, Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse, Fortbildungskosten, etc.) im Rahmen eines Pauschalbetrages i.H.v. bis zu 2.452 EUR pro Vollzeitäquivalent erstattet. Aufgrund einer aktuellen Berechnung ergibt sich mit dem Durchschnitts-VZÄ von 113,4629 ein Ansatz von 278.211 EUR.

1.1.2.0.4.44243200

Nach § 14 i.V.m. § 23 KoA-VV werden im Bereich der Optionskommune Sachkosten (Raumkosten, laufende Sachkosten und sonstige Sachgemeinkosten) im Rahmen einer Pauschalbetrages i.H.v. bis zu 12.217 EUR pro Vollzeitäquivalent erstattet. Aufgrund einer aktuellen Berechnung ergibt sich mit dem Durchschnitts-VZÄ von 113,4629 ein Ansatz von 1.386.176 EUR.

1.1.2.0.4.44290200

Für die in der Optionskommune tätigen Beamten wird ein Versorgungszuschlag gemäß § 21 KoA-VV gewährt. Die Summe wird zunächst zur Deckung der Umlage an die Versorgungskasse Darmstadt verwendet, der übrige Betrag wird von der Planungsstelle 1.1.2.0.4/9301.78649100 als Rückstellung zweckgebunden an die VK Darmstadt überwiesen. Aufgrund der Erhöhung der aktuellen Stellenbesetzung erhöht sich der Ansatz von 262.036 um 56.105 € auf 318.141 €.

Erläuterungen Nachtrag 2016-1-1

Teilhaushalt 03 Finanzen, Kasse und Datenverarbeitung

1.1.6.1.5.56513000

Der Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Mainz-Bingen hat das Geschäftsjahr 2015 mit einem Verlust in Höhe von 944.353,22 EUR abgeschlossen. Dieser Fehlbetrag ist als Verlust aus dem Abgang von Finanzanlagen in Ansatz zu bringen.

Erläuterungen Nachtrag 2016-1-1

Teilhaushalt 04 Zentrale Finanzdienstleistungen

6.1.1.0.2.41116000

Gem. § 9 a Abs. 2 Nr. 2 LFAG erhalten u.a. die Landkreise eine Schlüsselzuweisung C 2. Danach werden Belastungen aus der Gewährung von Leistungen nach dem SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende), aus der Gewährung von Hilfen zur Erziehung nach dem SGB VIII sowie aus der Beteiligung der örtlichen Trägers der Sozialhilfe an den Aufwendungen des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe nach SGB XII berücksichtigt. Als Ausgleich dieser Belastungen erhalten u.a. die Landkreise diese Schlüsselzuweisung.
Infolge notwendiger Korrekturen der an das Statistische Landesamt gemeldeten relevanten Ein- und Auszahlungen ergibt sich für das laufende Haushaltsjahr rückwirkend eine geänderte Schlüsselzuweisung C 2. Nach den erfolgten Berichtigungsbescheiden des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur vom 16.02.2016 ergab sich insgesamt ein Betrag von 218.186 EUR, der für das laufende Jahr an das Land zurückzuerstatten ist.

6.1.2.0.5/9998.69520100

Im Haushalt 2016 war ursprünglich eine Entnahme von liquiden Mitteln in Höhe von 5.835.886 EUR vorgesehen. Mit der Nachtragsplanung 2016 ist es für den Ausgleich des Finanzhaushaltes erforderlich, eine weitere Entnahme i.H.v. 9.159.340 EUR auf nun insgesamt 14.995.226 EUR vorzusehen. Diese zusätzlichen liquiden Mittel resultieren aus dem positiven Jahresabschluss 2015.

Erläuterungen Nachtrag 2016-1-1

Teilhaushalt 05 Bauen und Umwelt

5.4.2.0.1.52338000

Zur Etatisierung einer überplanmäßigen Auszahlung bei Planungsstelle 5.4.2.0.1/6401.78533000 (K 34 – Bau eines Radweges zwischen Mommenheim und Zornheim) in Höhe von 150.000,00 EUR ist der Ansatz dieser Stelle in gleicher Höhe auf 1.074.000,00 zu reduzieren. Diese Reduzierung des Ansatzes ist möglich geworden, da nicht alle der für das Jahr 2016 eingeplanten Straßenunterhaltungsmaßnahmen realisiert werden können.

5.4.2.0.1/3401.78533000

Zur Verbesserung der Verkehrssicherheit für Radfahrer sowie zur Optimierung des Radwegenetzes im Landkreis Mainz-Bingen ist im Zeitraum vom 26.10.2015 bis 23.03.2016 ein kombinierter Rad-, Geh- und Wirtschaftsweg entlang der K 34 zwischen Mommenheim und Zornheim gebaut worden. Bauausführende Firma war die STRABAG AG, Sprendlingen.

Für das HH-Jahr 2016 wurde für diese Maßnahme eine Ermächtigung über 353.309,97 EUR gebildet. Die Firma STRABAG hat beim Landesbetrieb Mobilität Worms (LBM) einen Nachtrag i.H.v. 150.000,00 EUR eingereicht. Dieser wurde vom LBM nach Überprüfung der Leistungspositionen für notwendig erachtet. Zur Zwischenfinanzierung der Mehrkosten hat der Kreisausschuss die Verwaltung am 27.06.2016 zur Leistung einer überplanmäßigen Auszahlung ermächtigt (Deckung über Planungsstelle 5.4.2.0.1.52338000). Die Planungsstelle ist um 150.000,00 EUR zu verstärken. Die Mehrkosten sind in voller Höhe zuwendungsfähig, der Zuwendungsbescheid des Landes liegt der Fachabteilung vor.

5.5.2.0.2/7604.68142000

Von dem Bewilligungsbescheid über Investitionszuwendungen des Landes Rheinland-Pfalz in Höhe von 437.000 EUR sind in 2016 bereits 64.200 EUR eingegangen. Daher verringert sich der Ansatz in 2016 dementsprechend.

Außerdem ist im Bewilligungsbescheid eine Höchstförderung von 437.000 EUR angegeben. Der Ansatz ist daher um weitere 400 EUR zu reduzieren.

5.5.2.0.2/7604.78533000

Im Haushaltsjahr 2015 wurden bereits Mittel für die Errichtung einer Spundwand am Appelbach veranschlagt und als Ermächtigung in das Haushaltsjahr 2016 übertragen. Mit dem Haushalt 2016 wurden für diese Maßnahme zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 810.000 EUR veranschlagt. Diese werden nicht benötigt und können aus diesem Grund mit dem Nachtrag 2016 zurückgemeldet werden.

Erläuterungen Nachtrag 2016-1-1

Teilhaushalt 06 Schulen und Gebäude

1.1.4.1.1.56211120

Das Jobcenter ist für die Unterbringung von Kontingentflüchtlingen zuständig. Die Anmietung der benötigten Wohnräume erfolgt durch die Kreisverwaltung Mainz-Bingen. Für Mietzahlungen sind im Haushaltsjahr 2016 175.000 EUR veranschlagt. Zwischenzeitlich wurden weitere Wohnräume angemietet, sodass im Nachtragshaushalt 2016 zusätzlich 120.000 EUR veranschlagt werden müssen.

1.1.4.1.2.41590000

Die Erhöhung erfolgt um eine Vielzahl von Veränderungen, die jeweils unter 100.000 EUR liegen, abdecken zu können.

1.1.4.1.2.52313000

Die Planungsstelle wurde zur Deckung einer außerplanmäßigen Auszahlung (Beschlussvorlage: X/0888/2016; Kreuzhof) herangezogen. Im Nachtragshaushalt sind Haushaltsmittel in Höhe von 30.000 EUR zurückzumelden.

1.1.4.1.2.52313030

Die Planungsstelle wurde zur Deckung einer außerplanmäßigen Auszahlung (Beschlussvorlage: X/0940/2016; Objekt: Sparkasse Oppenheim) herangezogen. Im Nachtragshaushalt sind Haushaltsmittel in Höhe von 20.000 EUR zurückzumelden.

1.1.4.1.2.52313100

Die Planungsstelle wurde zur Deckung einer außerplanmäßigen Auszahlung (Beschlussvorlage: X/0888/2016; Kreuzhof) herangezogen. Im Nachtragshaushalt sind Haushaltsmittel in Höhe von 16.000 EUR zurückzumelden.

1.1.4.1.2.53990000

Die Erhöhung erfolgt um eine Vielzahl von Veränderungen, die jeweils unter 100.000 EUR liegen, abdecken zu können.

1.1.4.1.2/7119.78523000

Bei der Haushaltsplanung 2016 ist die Verwaltung von einem Bau zur Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Asylbewerbern ausgegangen. Ein entsprechendes Grundstück wurde in der Ortsgemeinde Waldalgesheim erworben. Aufgrund der geringen Anzahl der ankommenden Flüchtlinge besteht derzeit kein Bedarf an Unterbringungsmöglichkeiten, sodass dieses Bauvorhaben nicht ausgeführt wird. Im Nachtragshaushalt 2016 werden die im Ansatz veranschlagten Mittel in Höhe von 1,1 Mio EUR zurückgemeldet. Die eingesparten Haushaltsmittel werden zur Deckung der im Haushaltsjahr 2017 geplanten Errichtung eines Biomasseheizwerks am Schulzentrum Nieder-Olm (siehe Beschlussvorlage: X/0935/2016) verwendet.

1.1.4.1.2/7120.78523000

Der Landkreis Mainz-Bingen hat in seiner Kreisausschusssitzung am 23.11.2015 beschlossen, die Immobilie „Kreuzhof“ in Nieder-Olm, Flur 11, Flurstück 9/15 in der Gemarkung Nieder-Olm zu erwerben.

Die Immobilie wird seit dem 01.05.2016 als Außenstelle der Kreisverwaltung Mainz-Bingen durch folgende Organisationseinheiten genutzt: BaföG, Rheinhessen-Touristik, AWB, Sozialpsychiatrischer Dienst und Geschwindigkeitskontrolleure. Für notwendige Umbauarbeiten (zur Herstellung der Betriebsbereitschaft) am oben genannten Objekt geht die Verwaltung inzwischen von Gesamtkosten in Höhe von 430.000 EUR aus. Bei den Arbeiten handelt es sich um folgende Maßnahmen: Einsetzen Fenster / Türen, Trockenbau-, Decken-, und Bodenbelagsarbeiten, Einbauküche, Schließanlage, Schreiner-, und Elektroarbeiten, Heizung und Klimaanlage.

Die Umsetzung der Maßnahme wurde durch den Kreisausschuss am 07.04.2016 (Vorlage: X/0888/2016) beschlossen. Es wurden zunächst Mittel in Höhe von 280.000 EUR außerplanmäßig bereitgestellt, zusätzlich werden weitere 150.000 EUR benötigt. Für die Umbauarbeiten am Kreuzhof in Nieder-Olm gehen wir somit von einem Gesamtausgabebedarf in Höhe von 430.000 EUR aus, der im Nachtragshaushalt 2016 veranschlagt werden muss.

1.1.4.1.2/7121.78523000

Die Planungsstelle wurde zur Deckung einer außerplanmäßigen Auszahlung (Beschlussvorlage: X/0888/2016; Kreuzhof) herangezogen. Im Nachtragshaushalt sind Haushaltsmittel in Höhe von 160.000 EUR zurückzumelden.

Erläuterungen Nachtrag 2016-1-1

Teilhaushalt 06 Schulen und Gebäude

1.1.4.1.2/7125.78523000

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 11.03.2016 den Ankauf einer Liegenschaft der Sparkasse Mainz in Oppenheim, Wormserstraße 4 – 6, zur Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Asylbewerbern beschlossen. Das Gebäude soll nach dem Umzug der Sparkasse in ihre neue Filiale im 1. Obergeschoss und im Dachgeschoss als Unterkunft für Jugendliche genutzt werden. Die Jugendlichen werden dabei nach derzeitger Planung von Juvente Mainz betreut.

Die notwendigen Umbaumaßnahmen sind überwiegend Trockenbau-, Tapezier-/Anstrich und Bodenbelagsarbeiten, die von Mitarbeitern des Bautrupps erledigt werden.

Für Planungskosten wurden zunächst 20.000 EUR im Rahmen einer außerplanmäßigen Ausgabe mit Beschlussvorlage vom 17.05.2016 (Vorlage: X/0940/2016) zur Verfügung gestellt. Zudem werden für den Umbau Mittel in Höhe von 150.000 EUR benötigt. Die Verwaltung geht von einem Gesamtausgabebedarf in Höhe von 170.000 EUR aus, der im Nachtragshaushalt 2016 zu veranschlagen ist.

2.1.7.1.1/6103.78523000

Das Gymnasium Bingen wurde zum 01.08.2013 als Ganztagsschule in Angebotsform errichtet. Im Zuge der Antragsstellung wurde seitens der Fachabteilung in Abstimmung mit der Schulleitung die räumliche Situation vor Ort überprüft. Nach dem Raumabgleich unter Berücksichtigung der Schulbaurichtlinie für das 5-zügige Stefan George Gymnasium in Bingen im Ganztagesbetrieb wird folgende Maßnahme angedacht:

Die Mittagsverpflegung wird vorübergehend in der Mensa der Grundschule „Burg Klopp“ in Bingen sichergestellt. Mittelfristig ist jedoch der Betrieb einer eigenen Mensa unumgänglich.

Für den Neubau der Mensa ist die Fachabteilung zunächst von ungefähren Baukosten in Höhe von 1,5 Mio. EUR ausgegangen, die unter der Planungsstelle 2.1.7.1.1/6103.78523000 (1,3 Mio. EUR für die Baumaßnahme) und 2.1.7.1.1/6103.78571100 (200.000 EUR für die Ausstattung von küchentechnischen Anlagen) bereitgestellt wurden. Aufgrund der seitens der Bauaufsichtsbehörde der Stadt Bingen erteilten Baugenehmigung haben wir zusätzlich 49 Stellplätze zu schaffen. Durch die sehr beengte Situation beim Gymnasium ist ein Teil des vorhandenen oberen Schulhofs aufwendig als Parkfläche herzustellen. Die Kosten hierfür belaufen sich auf ca. 340.000 EUR.
Insgesamt gehen wir von einem Gesamtausgabebedarf in Höhe von 2 Mio. EUR aus, sodass im Nachtrag weitere Haushaltsmittel in Höhe von 500.000 EUR angemeldet werden müssen.

2.1.7.3.1/6119.68166200

Gemäß dem Bewilligungsbescheid vom 25.06.2015 wird für den Neubau der Dreifeld-Sporthalle am Gymnasium Nieder-Olm ein Landeszuschuss in Höhe von insgesamt 600.000,00 € gewährt. Auf das Haushaltsjahr 2016 entfallen gemäß Bewilligungsbescheid vom 19.06.2015 30.000,00 €. Der Ansatz ist demnach um 70.000,00 € zu reduzieren.

2.1.7.5.1/6106.68166200

Gemäß dem Bewilligungsbescheid vom 25.06.2015 wird für den Neubau der Dreifeld-Sporthalle am Gymnasium Nackenheim ein Landeszuschuss in Höhe von insgesamt 600.000,00 € gewährt. Auf das Haushaltsjahr 2016 entfallen gemäß Bewilligungsbescheid vom 19.06.2015 30.000,00 €. Der Ansatz ist demnach um 70.000,00 € zu reduzieren.

2.1.8.2.1/6107.78523000

Für die Umgestaltung des Pausenhofs der Integrierten Gesamtschule in Nieder-Olm wurden im Haushaltsjahr 2015 500.000 EUR bereitgestellt. Zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung ist man davon ausgegangen, dass es sich um eine Sanierung des Pausenhofs handelt. Die Mittel wurden daher konsumtiv auf der Planungsstelle 2.1.8.1.1.52313300 veranschlagt und im Rahmen des Jahresabschlusses 2015 ins Haushaltsjahr 2016 übertragen.

Nach voranschreitenden Planungen durch einen Fachplaner ist die komplette Erneuerung des Pausenhofs vorgesehen, sodass es sich um eine Investition handelt und die Mittel auf die Planungsstelle 2.1.8.2.1/6107.78523000 (Ausz. für Baumaßnahmen) umzubuchen sind. Die Abrisskosten sind nicht aktivierbar, sodass diese weiterhin über die konsumtive Planungsstelle abgerechnet werden, das gleiche gilt für die Rechnungen die bereits im Haushaltsjahr 2015 verbucht wurden.

Die Mittel in Höhe von 425.000 EUR wurden zunächst außerplanmäßig durch den Kreisausschuss am 09.05.2016 (Vorlage: X/0913/2016) bereitgestellt und sind nunmehr im Nachtragshaushalt 2016 zu veranschlagen. Die Deckung erfolgte über die Ermächtigungen aus dem Vorjahr der Planungsstelle 2.1.8.2.1.52313300.

Erläuterungen Nachtrag 2016-1-1

Teilhaushalt 06 Schulen und Gebäude

2.1.8.4.1/6101.78523000

Die Erweiterungsbaumaßnahme an der Integrierten Gesamtschule in Oppenheim wurde zwischenzeitlich abgeschlossen. Der Gesamtmittelbedarf der Investitionen beträgt für die Haushaltjahre 2010 (100.000 EUR), 2011 (1,39 Mio. EUR), 2012 (4,1 Mio. EUR), 2013 (400.000 EUR) und 2015 (150.000 EUR). Aufgrund eines Vergleichs für den Bereich der HLS-Arbeiten werden im Nachtragshaushalt 2016 weitere Mittel in Höhe von 100.000 EUR beantragt. Der Gesamtausgabebedarf erhöht sich somit auf 6,24 Mio. EUR.

2.3.1.2.1/6120.78523000

Die Planungsstelle wurde zur Deckung einer außerplanmäßigen Auszahlung (Beschlussvorlage: X/0888/2016; Kreuzhof) herangezogen. Im Nachtragshaushalt sind Haushaltsmittel in Höhe von 74.000 EUR zurückzumelden.

Erläuterungen Nachtrag 2016-1-1

Teilhaushalt 07 Jugend, Familie und Sport

3.6.1.0.2.41442000

In Rahmen der Investitionskostenförderung Kinderbetreuungsfinanzierung 2013-2014 gewährt das Land Zuwendungen zum Ausbau der Kindertagespflege. Die Mittel sind konkret einzusetzen für die Einrichtung eines Gerätepools, den die Verwaltung des Jugendamtes den Tagespflegepersonen zur kostenlosen Entleihe von Ausstattungsgegenständen zur Verfügung stellen soll. Dem Landkreis Mainz-Bingen sind insgesamt 24.014,29 EUR für die Planungsjahre 2015/2016 gewährt worden. Die Zahlung erfolgt nach Vorlage eines Verwendungsnachweises. Im Planungsjahr 2015 wurden hiervon bereits 15.000 EUR verplant. 9.000,00 EUR stehen noch für 2016 zu Verfügung.

Der Landkreis Mainz-Bingen erhält zusätzlich eine Zuweisung von jährlich 875.121,00 EUR für 2016 bis 2018. Die Zuweisung ist für Maßnahmen und Investitionen zur Verbesserung der Kindertagesbetreuung im Zuge der Änderung des Finanzausgleichsgesetztes durch das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz bestimmt. Durch den Wegfall des Betreuungsgeldes wurde dem Land Rheinland-Pfalz entsprechende Gelder zu Verfügung gestellt. Auf den Landkreis Mainz-Bingen entfallen anteilig 875.121,00 EUR. Nicht bis zum 31.12. verwendete Gelder fließen zurück an das Land.

Im Bereich der Kindertagesbetreuung durch Tagespflegepersonen werden investiv unter der Planungsstelle 3.6.1.0.2/7405.78571000 10.000,00 EUR und 20.000,00 EUR unter der Planungsstelle 3.6.1.0.2.52380000 veranschlagt. Diese Ausgaben sind gedeckt durch Einnahmen bei den Planungsstellen 3.6.1.0.2/7405.68142000 i.H.v. 10.000,00 EUR und 20.000,00 EUR unter der Planungsstelle 3.6.1.0.2.41442000.

Die Zuweisung ist im Rahmen der Zielvereinbarung zweckgebunden für Maßnahmen und Investitionen zur weiteren und zusätzlichen Verbesserung der Kindertagesbetreuung und für zusätzliche Ausgaben zur Betreuung von Flüchtlingskindern.

Der Planungsansatz erhöht sich um 20.000,00 EUR auf 29.000,00 EUR.

3.6.1.0.2.52380000

In Rahmen der Investitionskostenförderung Kinderbetreuungsfinanzierung 2013-2014 gewährt das Land Zuwendungen zum Ausbau der Kindertagespflege.
Die Mittel sind konkret einzusetzen für die Einrichtung eines Gerätepools, den die Verwaltung des Jugendamtes den Tagespflegepersonen zur kostenlosen Entleihe von Ausstattungsgegenständen zur Verfügung stellen soll. Dem Landkreis Mainz-Bingen sind insgesamt 24.014,29 EUR für die Planungsjahre 2015/2016 gewährt worden. Die Zahlung erfolgt nach Vorlage eines Verwendungsnachweises.

Im Planungsjahr 2015 wurden hiervon bereits 15.000 EUR verplant. 9000,00 EUR stehen noch für 2016 zu Verfügung.

Erträge:	
3.6.1.0.2.41442000	9.000,00 EUR
Aufwendungen:	
3.6.1.0.2.52380000	9.000,00 EUR

Der Landkreis Mainz-Bingen erhält zusätzlich eine Zuweisung von jährlich 875.121,00 EUR für 2016 bis 2018. Die Zuweisung ist für Maßnahmen und Investitionen zur Verbesserung der Kindertagesbetreuung im Zuge der Änderung des Finanzausgleichsgesetztes durch das Asylverfahrensbeschleunigungsgestz bestimmt. Durch den Wegfall des Betreuungsgeldes wurde dem Land Rheinland-Pfalz entsprechende Gelder zu Verfügung gestellt. Auf den Landkreis Mainz-Bingen entfallen anteilig 875.121,00 EUR.
Nicht bis zum 31.12. verwendete Gelder fließen zurück an das Land.

Im Bereich der Kindertagesbetreung durch Tagespflegepersonen werden investiv unter der Planungsstelle 3.6.1.0.2/7405.78571000 10.000,00 EUR und 20.000,00 EUR unter der Planungsstelle 3.6.1.0.2.52380000 veranschlagt. Diese Ausgaben sind gedeckt durch Einnahmen bei den Planungsstellen 3.6.1.0.2/7405.68142000 i.H.v. 10.000,00 EUR und 20.000,00 EUR unter der Planungsstelle 3.6.1.0.2.41442000.

Die Zuweisung ist im Rahmen der Zielvereinbarung zweckgebunden für Maßnahmen und Investitionen zur weiteren und zusätzlichen Verbesserung der Kindertagesbetreuung und für zusätzliche Ausgaben zur Betreuung von Flüchtlingskindern.

Der Planungsansatz erhöht sich um 20.000,00 EUR auf 29.000,00 EUR.

Erläuterungen Nachtrag 2016-1-1

Teilhaushalt 07 Jugend, Familie und Sport

3.6.1.0.2/7405.68142000

Vergleiche Planungsstelle 3.6.1.0.2.41442000

3.6.1.0.2/7405.78571000

Vergleiche Planungsstelle 3.6.1.0.2.41442000

3.6.3.3.2.55510000

Mit dem Ausbau präventiver Angebote und der stärkeren Sozialraumorientierung der ASD-Mitarbeiterinnen und -mitarbeiter gewinnt die Soziale Gruppenarbeit nach § 29 SGB VIII an Bedeutung. Die Maßnahme „JuLe – Jugendhilfe im Lebensumfeld von Kindern und Jugendlichen“ bietet Erziehungshilfen im Rahmen des Ganztagsschulangebotes, wobei einzelne erzieherische Hilfen nach den §§ 30-32 SGB VIII an einer Schule durch ein entsprechendes Gruppenangebot nach § 29 SGB VIII gebündelt werden. Ziel ist es, durch die Optimierung des Betreuungsangebotes in der „Pflichtgemeinschaft“ Schule das familiäre und soziale Umfeld betroffener Kinder und Jugendlicher im „Normalsystem“ zu erhalten. Im Rahmen der Umsetzung werden feste Personalkontingente beim jeweiligen Träger, voraussichtlich ca. 5.560 EUR pro Vollzeitäquivalent, finanziert. Es ist im Haushaltsjahr 2016 beabsichtigt ca. 27 Stellenanteile im Rahmen dieser Maßnahme zu finanzieren. Über diese Planungsstelle werden neben JuLe aber auch noch andere Angebote von sozialer Gruppenarbeit finanziert: So gibt es entsprechende Angebote für psychisch/seelisch belastete Kinder, die die Voraussetzungen des § 35a SGB VIII (noch) nicht erfüllen, deren Gruppenfähigkeit aber schon merklich eingeschränkt ist. Dazu kommt die soziale Gruppenarbeit in Form von Anti-Aggressivitätstraining (AAT) und lösungsorientiertem Training (LOT), die als Weisungen nach § 10 I 6. Jugendgerichtsgesetz im Urteil von Jugendrichtern als Auflage erteilt wird. Auch das Angebot von sozialem Kompetenztraining an Schulen ist vielfach in belasteten Schulklassen ein wichtiges Instrument, die Gruppensituation entsprechend zu analysieren und damit gemeinsam zu verbessern.

Im Zeitraum von Januar bis Juni 2016 ist die Gesamtfallzahl aller Maßnahmen im Rahmen der Sozialen Gruppenarbeit von 234 auf lediglich 263 gestiegen. Basierend auf diesen Erkenntnissen wird bis Ende des Haushaltsjahres 2016 eine Fallzahl von 275 erwartet. Somit ist bei dieser Planungsstelle mit einem Minderaufwand in Höhe von 100.000 EUR zu rechnen, was einer Reduzierung des Ansatzes auf 2.500.000 EUR möglich macht.

3.6.3.3.4.55510000

Die Sozialpädagogische Familienhilfe (SPFH) nach § 31 SGB VIII hat als ambulante Hilfe zur Erziehung eine besondere Bedeutung zur Stabilisierung von familiären Systemen, die ihrem Erziehungsauftrag nicht im erforderlichen Maße nachkommen können und bei denen stationäre Unterbringungen von einzelnen bzw. mehreren Kindern drohen. Es gilt, das grundgesetzlich verankerte Recht der Eltern auf Erziehung ihrer Kinder zu garantieren, in dem diese bei der Ausschöpfung und Optimierung ihres vorhandenen Erziehungspotentials unterstützt werden. In diesem Zusammenhang wird in einigen Fällen vermehrt ein erhöhter wöchentlicher Betreuungsbedarf oder auch der Einsatz spezieller muttersprachlicher SPFH erforderlich. Ebenfalls in dieser Planungsstelle befinden sich Angebote verschiedener Träger im Bereich der Familienaktivierung. Hierbei ist eine besonders enge Begleitung von Familien in akuten Krisensituationen mit dem Ziel des Verbleibs von Kindern und Jugendlichen in der Familie erforderlich. Diese intensiven Maßnahmen werden nur in Einzelfällen eingesetzt, in denen alternativ eine umgehende Heimunterbringung nicht zu vermeiden wäre.

Auf Grund der Erfahrungen der letzten Haushaltsjahre wurden die durchschnittlichen Monatskosten eines Hilfefalles mit 987 EUR kalkuliert. Im laufenden Jahr belaufen sich die Durchschnittskosten allerdings auf ca. 1.025 EUR. Dies begründet sich im Wesentlichen durch intensivere Hilfebedarfe, die mit entsprechend höherem Betreuungsaufwand zu leisten ist. Unter Beachtung dieser Entwicklung ist eine Erhöhung des Ansatzes um 100.000 EUR auf 3.520.000 EUR notwendig.

Erläuterungen Nachtrag 2016-1-1

Teilhaushalt 07 Jugend, Familie und Sport

3.6.3.3.5.55520000

Aus dieser Planungsstelle werden die Leistungen nach § 32 SGB VIII, Erziehungshilfe in einer Tagesgruppe, erbracht. Die Erziehung in einer Tagesgruppe soll Kindern zwischen 7 und 15 Jahren eine pädagogische fachliche Begleitung bieten (für 1 bis 2 Jahre), um defizitäre familiäre Erziehungsbedingungen auszugleichen und Krisensituationen entgegenzuwirken. Dieses teilstationäre Erziehungshilfeangebot wird im Landkreis von der Kinder- und Jugendhilfe St. Hildegard (Tagesgruppe Bingen und Außenstelle Nierstein-Schwabsburg) sowie dem Kinderschutzbund (Tagesgruppe Sprendlingen) angeboten. Daneben gibt es noch Einzelfälle, die aufgrund der notwendigen V-Sonderbeschulung u.a. in Kirchheimbolanden ergänzend die Tagesgruppe des Heilpädagogiums Schillerhain besuchen müssen, soweit sie nicht vollstationär untergebracht sind. Im Haushaltsjahr 2016 wird von einer durchschnittlichen Fallzahl von 32 ausgegangen. Insbesondere unter Berücksichtigung der o. a. beschriebenen kostenintensiven Fällen im Kontext mit einer V-Sonderbeschulung werden die durchschnittlichen monatlichen Kosten pro Fall auf 3.125 EUR kalkuliert.

Im Rahmen der Haushaltsplanung wurden im Jahresverlauf durchschnittlich 32 Fälle angenommen. Im laufenden Haushaltsjahr 2016 hat sich die Fallzahl allerdings von 28 auf 26 verringert. Unter Beachtung dieser günstigen Entwicklung ist auf dieser Planungsstelle eine Reduzierung des Ansatzes um 150.000 EUR auf dann 1.050.000 EUR möglich.

3.6.3.3.6.42412000

Nach § 86 VI SGB VIII wird der Landkreis nach zwei Jahren für bereits untergebrachte Pflegekinder zuständig, deren Pflegeeltern im Kreisgebiet wohnen und deren Eltern außerhalb ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben. Die Nettokosten werden von dem für den Wohnsitz der Eltern zuständigen Jugendamt erstattet und unter dieser Planungsstelle vereinnahmt, wobei es sich hierbei ausschließlich um Jugendämter von Landkreisen handelt.

Auf Grund einer Fristsetzung für Abrechnungen von Hilfen für unbegeleitetete minderjährige Flüchtlinge im Rahmen der letzten Änderung des SGB VIII, war die Abrechung dieser Fälle vorzuziehen. Eine Verjährung der Ansprüche erfolgt nicht, die Erträge werden allerdings erst mit zeitlicher Verzögerung erzielt. Entsprechend ist mit Mindererträgen von 100.000 EUR zu rechnen, sodass im Haushaltsjahr 2016 auf dieser Planungsstelle lediglich Gesamterträge in Höhe von 100.000 EUR zu erwarten sind.

3.6.3.3.6.42413000

Nach § 86 VI SGB VIII wird der Landkreis nach zwei Jahren für bereits untergebrachte Pflegekinder zuständig, deren Pflegeeltern im Kreisgebiet wohnen und deren Eltern außerhalb ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben. Die Nettokosten werden von dem für den Wohnsitz der Eltern zuständigen Jugendamt erstattet und unter dieser Planungsstelle vereinnahmt, wobei es sich hierbei ausschließlich um Jugendämter von Städten handelt.

Auf Grund einer Fristsetzung für Abrechnungen von Hilfen für unbegeleitetete minderjährige Flüchtlinge im Rahmen der letzten Änderung des SGB VIII, war die Abrechung dieser Fälle vorzuziehen. Eine Verjährung der Ansprüche erfolgt nicht, die Erträge werden allerdings erst mit zeitlicher Verzögerung erzielt. Entsprechend ist mit Mindererträgen von 300.000 EUR zu rechnen, sodass im Haushaltsjahr 2016 auf dieser Planungsstelle lediglich Gesamterträge in Höhe von 400.000 EUR zu erwarten sind.

3.6.3.3.6.55510000

In dieser Planungsstelle sind die Aufwendungen für Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII sowohl für kreiseigene Fälle von Kindern, Jugendlichen und jungen Volljährigen enthalten, als auch für nicht kreiseigene Fälle, bei denen die Kosten durch andere örtlich zuständige Jugendhilfeträger als Nettoaufwendungen erstattet werden. Außerdem werden in dieser Planungsstelle die Kosten für Sozialpädagogische Pflegefamilien inklusive der sozialpädagogischen Begleitung und der Overheadkosten des Trägers von sozialpädagogischen Pflegefamilien (z. B. Personalkosten für die Erziehungsstellenberaterin, Fahrt- und Sachkosten usw.) übernommen. Insbesondere im Bereich der Sozialpädagogischen Pflegefamilien ist die Fallzahl in den vergangenen Jahren angestiegen. Die Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII ist eine wertvolle und bewährte Alternative zu kostenintensiven stationären Unterbringungen und bietet den Pflegekindern einen neuen familiären Rahmen. Es ist ein zunehmender Trend festzustellen, dass Großeltern sich als Pflegeeltern anerkennen lassen. Die durchschnittlichen Fallkosten sind sehr davon abhängig, ob Pflegekinder durch eine Berufsausbildung zu den Kosten beitragen, oder ob im Berechnungszeitraum überwiegend Schüler in einem Pflegeverhältnis sind. Die Pflegegelder sind altersabhängig unterschiedlich hoch, was neben den Ersätzen anderer Sozialleistungsträger und Kostenbeitragsverpflichteten Einfluss auf die Kostenentwicklung hat. Für das Haushaltsjahr 2016 wurde mit durchschnittlich 175 Fällen kalkuliert. Tatsächlich beträgt die Fallzahl im Juni 2016 194. Es wird mit einem weiteren Anstieg der Fallzahl auf 204 gerechnet. Dies hat zur Folge, dass bei dieser Planungsstelle mit einem Mehraufwand von 150.000 EUR zu rechnen ist, was eine Erhöhung des Mittelbedarfes auf 2.775.000 EUR erforderlich macht.

Erläuterungen Nachtrag 2016-1-1

Teilhaushalt 07 Jugend, Familie und Sport

3.6.3.3.7.42233000

Nach § 93 I 3 SGB VIII werden hier Leistungen anderer Sozialleistungsträger für minderjährige Hilfeempfänger sowie für volljährige Hilfeempfänger in Heimen, Pflegestellen und dem Betreuten Wohnen (z.B. Leistungen nach dem BAföG, BAB-Leistungen nach dem SGB III, Waisenrenten usw.) vereinnahmt, die als Ersatzleistungen zur Kostendeckung herangezogen werden.

Auf Grund einer Fristsetzung für Abrechnungen von Hilfen für unbegeleitetete minderjährige Flüchtlinge im Rahmen der letzten Änderung des SGB VIII, war die Abrechung dieser Fälle vorzuziehen. Eine Verjährung der Ansprüche erfolgt nicht, die Erträge werden allerdings erst mit zeitlicher Verzögerung erzielt. Es ist mit Mindererträgen von 100.000 EUR zu rechnen, sodass im Haushaltsjahr 2016 auf dieser Planungsstelle Gesamterträge in Höhe von 100.000 EUR zu erwarten sind.

3.6.3.3.7.42411000

Auf dieser Planungsstelle wird die Landesbeteiligung nach § 26 AGKJHG für die „Heimerziehung und betreutes Wohnen“ erfasst. Eine exakte Berechnung ist erst nach Bescheidung durch das Landesamt möglich, da die Landesbeteiligung an Maßnahmen der Erziehungshilfe für die Kommunen insgesamt auf ein Budget begrenzt wurde und der Anteil der jeweiligen Kommune insgesamt ins Verhältnis gesetzt wird. Sie orientiert sich an den Ausgaben des vorangegangenen Kalenderjahres und wird in zwei Teilraten über das Landesamt für Jugend, Soziales und Versorgung ausgezahlt. Auf Grund des Erstattungsbescheides vom Juni 2016 sind die Erstattungen um 100.000 EUR geringer als ursprünglich angenommen (Unter anderem hat sich die Erstattungsquote durch die Deckelung gemäß § 26 I AGKJHG von 12,5 % auf 12,07% reduziert). Der Erstattungsbetrag im Haushaltsjahr 2016 beträgt somit nur noch knapp 1.094.000 EUR.

3.6.3.3.7.42411110

Gemäß § 89d SGB VIII sind die Kosten, die der Landkreis Mainz-Bingen für junge Menschen nach der Einreise erbracht hat (unbegleitete minderjährige Ausländer) vom Land oder dem durch das Bundesverwaltungsamt bestimmten Landesjugendamt zu erstatten.
Derzeit erfolgt noch die Abrechnung der Fälle, die vor dem 31.10.2015 begonnen haben. Da aber auch die erstattungspflichtigen überörtlichen Träger der Jugendhilfe Bearbeitungsrückstände haben, ist nur bedingt mit Zahlungseingängen zu rechnen. Auf Grund dessen werden Mindererträge in Höhe von 2.000.000 EUR erwartet sodass im Haushaltsjahr 2016 auf dieser Planungsstelle lediglich Gesamterträge in Höhe von 1.203.000 EUR eingeplant sind. Die Abrechnungen ab 01.11.2015 werden sukzessive erstellt. Entsprechend werden im Haushaltsjahr 2017 höhere Erträge erwartet.

3.6.3.5.1.55521000

Auf dieser Planungsstelle werden die Kosten für vollstationäre Unterbringungen von unbegleiteten minderjährigen Ausländern gemäß § 42 SGB VIII (Clearingmaßnahmen) sowie sonstige Kosten wie die Übernahme von Krankenhilfekosten gemäß § 40 SGB VIII abgerechnet. Gemäß § 89d SGB VIII sind die Kosten für die unbegleiteten minderjährigen Ausländer grundsätzlich zu 100% vom Land zu erstatten. Für die Erstattungen des Landes steht die Ertragsbuchungsstelle 3.6.3.5.1.42411110 zur Verfügung. Das Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz gGmbH (ism) hatte für den Landkreis Mainz-Bingen mit insgesamt 205 Inobhutnahmen gerechnet. Ausgehend von einer durchschnittlichen Dauer von drei Monaten für eine Clearingmaßnahme war mit ca. 52 Zahlfällen pro Monat zu rechnen. Tatsächlich ist die Fallzahlentwicklung allerdings anders verlaufen. Zunächst hat sich der Zustrom der Flüchtlinge derart reduziert, dass bis April davon ausgegangen werden konnte, dass nur noch wenige UMA in Obhut genommen werden müssen. Dieser Trend hat sich allerdings nicht fortgesetzt und es werden aktuell durchschnittlich sogar 10 bis 15 UMA pro Woche in Obhut genommen. Ausgehend von der derzeitigen Fallentwicklung ist mit einem Mehrbedarf in Höhe von 500.000 EUR zu rechnen, sodass sich ein Mittelbedarf in Höhe von 4.244.000 EUR für das Haushaltsjahr 2016 ergibt. Auf der o.g. Ertragsbuchungsstelle ist erst im nächsten Haushaltsjahr mit höheren Erträgen zu rechnen, da die Abrechnung mit dem überörtlichen Jugendhilfeträger teilweise erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgt.

3.6.3.5.4.42490000

In dieser Planungsstelle werden die Trägergutschriften und Kostenerstattungen gemäß § 89c SGB VIII im Bereich § 35a SGB VIII „Stationäre Leistungen“ erfasst. Auf Grund einer Kostenerstattung in einem kostenintensiven Erstattungsfall ist mit Mehrerträgen in Höhe von 200.000,00 EUR zu rechnen, sodass auf dieser Planungsstelle Erträge in Höhe von 210.000,00 EUR erwartet werden.

Erläuterungen Nachtrag 2016-1-1

Teilhaushalt 07 Jugend, Familie und Sport

3.6.5.0.3.41442010

Mit Bescheid vom 31.05.2016 wurden durch das Landesjugendamt Mainz die Abschlagszahlungen 2016 für die Kindergärten unseres Jugendamtsbezirks auf 20.759.000,00 EUR festgesetzt. Aufgrund der noch ausstehenden Abrechnung für das Rechnungsjahr 2014 liegt noch kein abschließender Bescheid vom Landesjugendamt vor. Für das Jahr 2014 wird aufgrund der Bildung sog. „fiktiver Krippengruppen“ gem. § 12 Abs. 3 Satz 2 KiTaG mit einer voraussichtlichen Überzahlung im Kindergartenbereich von ca. 1.147.000,00 EUR gerechnet. Unter Berücksichtigung der im Krippen-/Hortbereich (Buchungsstelle 3.6.5.0.3.41442020) erwarteten erhöhten Nachzahlungssumme von ca. 2.522.000,00 EUR wird im Saldo mit einer Nachzahlung in Höhe von ca. 1.375.000,00 EUR gerechnet.
Für das Förderprogramm Säule I KITA!Plus werden die bewilligten Maßnahmen in voller Höhe durch das Land ersetzt. Für das Planungsjahr 2016 beläuft sich laut Bescheid vom 22.02.2016 der Förderbetrag auf 139.982,00 EUR.

Ansatz 2016	21.450.768,00 EUR
durch Land bewilligte Abschläge 2016	20.759.000,00 EUR
Voraussichtliche Überzahlung aus der endgültigen Abrechnung des Jahres 2014	-1.147.000,00 EUR
Säule I KITA plus	139.982,00 EUR
Ansatz neu gerundet	19.751.982,00 EUR
Mindereinnahmen	1.698.786,00 EUR

Der Ansatz 2016 ist um 1.698.786,00 EUR auf 19.751.982,00 EUR zu vermindern.

3.6.5.0.3.41442020

Gemäß § 12 Abs. 4 KiTaG gewährt das Land dem Träger des Jugendamtes für die Personalkosten von Kindertagesstätten zweckgebundene Finanzzuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs.
Nach dem geltenden KiTaG beträgt der Anteil des Landes für Horte 35 %, für Krippen 45 % und für Spiel- und Lernstuben 40 % der Personalkosten.
Eine erhöhte Zuweisung der dem Krippenbereich zuzuordnenden Personalkosten erfolgt aufgrund der Abrechnung sog. „fiktiver Krippengruppen“ gem. §12 Abs. 3 Satz 2 KiTaG. Danach werden Träger von Kindergärten nach § 1 Abs. 2 mit einem altersgemischten Angebot, die Gruppen für Kinder unter drei Jahren mit mindestens 8 Plätzen oder Hortgruppen mit mindestens 15 Plätzen bilden könnten, zur Berechnung der Eigenleistung so gestellt, als hätten sie diese Gruppen gebildet.
Da kreisweit mittlerweile ca. 40 Einrichtungen mehrere altersgemischte Gruppen betreiben, kommt es zu abrechnungstechnisch zu Verschiebungen von Personalkosten aus dem Kindergartenbereich in den Krippen- und Hortbereich.

Ansatz 2016	3.115.920,00 EUR
Abschlagszahlungen des Landes 2016 gem. Bescheid vom 31.05.2016	3.156.000,00 EUR
Die voraussichtliche Nachzahlung aus der Abrechnung des Jahres 2015 beträgt	2.522.000,00 EUR
Ansatz neu	5.678.000,00 EUR
Mehreinnahmen	2.562.080,00 EUR

Der Ansatz 2016 ist um 2.562.080,00 EUR auf 5.678.000,00 EUR zu erhöhen.

3.6.5.0.3.41442030

In Rheinland-Pfalz wurde am 01.01.2006 stufenweise die gesetzliche Beitragsfreiheit eingeführt. Seit 01.08.2010 gilt eine vollständige gesetzliche Beitragsfreiheit im Kindergartenbereich von Anfang an, das heißt auch für alle 2-jährigen in Kindergartengruppen entfällt die Beitragspflicht. Die ausfallenden Elternbeiträge werden den Trägern aus Landesmitteln, die dem Jugendhilfeträger zur Verfügung gestellt werden, erstattet.

Die Kalkulation der Ausgaben kann derzeit nur auf Grundlage der vorläufigen Bescheide 2016 über die Beitragserstattung an die Träger erfolgen.

Ansatz 2016	8.584.600,00 EUR
Abschlagszahlungen des Landes 2016 gem. Bescheid vom 31.05.2016	11.348.000,00 EUR
Voraussichtliche Nachzahlungen aus endgültigen Abrechnungen 2011 und 2015	400.000,00 EUR
Ansatz neu	11.748.000,00 EUR

Der Ansatz 2015 ist um 3.163.400,00 EUR auf 11.748.000,00 EUR zu erhöhen.

Erläuterungen Nachtrag 2016-1-1

Teilhaushalt 07 Jugend, Familie und Sport

3.6.5.0.3.41442060

Der Landkreis Mainz-Bingen erhält eine Zuweisung von jährlich 875.121,00 EUR für 2016 bis 2018. Die Zuweisung ist für Maßnahmen und Investitionen zur Verbesserung der Kindertagesbetreuung im Zuge der Änderung des Finanzausgleichsgesetztes durch das Asylverfahrensbeschleunigungsgestz bestimmt. Durch den Wegfall des Betreuungsgeldes wurde dem Land Rheinland-Pfalz entsprechende Gelder zu Verfügung gestellt. Auf den Landkreis Mainz-Bingen entfallen anteilig 875.121,00 EUR. Nicht bis zum 31.12. verwendete Gelder fließen zurück an das Land.

Derzeit ist geplant die Gelder wie folgt zu verwenden:

Im Bereich der Kindertagesbetreuung durch Tagespflegepersonen werden investiv unter der Planungsstelle 3.6.1.0.2/7405.78571000 10.000,00 EUR und 20.000,00 EUR unter der Planungsstelle 3.6.1.0.2.52380000 veranschlagt. Diese Ausgaben sind gedeckt durch Einnahmen bei den Planungsstellen 3.6.1.0.2/7405.68142000 i.H.v. 10.000,00 EUR und 20.000,00 EUR unter der Planungsstelle 3.6.1.0.2.41442000.

Im Bereich Kindertagesstätten werden 845.121,00 EUR bei der Planungsstelle 3.6.5.0.3.41442060 veranschlagt. Die Weiterleitung der Gelder für förderfähige Maßnahmen erfolgt über die Planungsstellen 3.6.5.0.3.54143500 (500.000,00 EUR) und 3.6.5.0.3.54196000 (345.121,00 EUR).

Die Zuweisung ist im Rahmen der Zielvereinbarung zweckgebunden für Maßnahmen und Investitionen zur weiteren und zusätzlichen Verbesserung der Kindertagesbetreuung und für zusätzliche Ausgaben zur Betreuung von Flüchtlingskindern.

3.6.5.0.3.54143100

Gemäß § 12 Abs. 6 KitaG werden die nicht durch Elternbeiträge, Eigenleistung des Trägers (15 v. H. bzw. 12,5 v. H.) und Zuweisung des Landes (27,5 v. H. bzw. 30 v. H.) gedeckten Personalkosten von Kindergärten durch Zuwendungen des Trägers des Jugendamtes ausgeglichen. Die Landeszuweisungen werden dem Jugendamt als zweckgebundene Finanzzuweisung im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs zur Verfügung gestellt.

Kalkulationsgrundlage für den Mittelbedarf 2016 waren die vorläufigen Personalkosten 2015 für Einrichtungen kommunaler Träger unter Berücksichtigung von bekannten Veränderungen.

Ansatz 2016	30.742.125,00 EUR
verausgabt für 1. und 2. Rate	14.097.525,00 EUR
benötigt werden noch für 3. und 4. Rate 2016	16.512.600,00 EUR
aus Abrechnungen 2015 geschätzte Mehrausgaben	2.206.000,00 EUR
Ansatz neu	32.816.125,00 EUR
Mehrbedarf gerundet	2.074.000,00 EUR

Der Ansatz 2016 ist um 2.074.000,00 EUR auf 32.816.125,00 EUR zu erhöhen.

3.6.5.0.3.54143300

In Rheinland-Pfalz wurde am 01.01.2006 stufenweise die gesetzliche Beitragsfreiheit eingeführt. Seit 01.08.2010 gilt eine vollständige gesetzliche Beitragsfreiheit im Kindergartenbereich von Anfang an, das heißt auch für alle 2-jährigen in Kindergartengruppen entfällt die Beitragspflicht. Die ausfallenden Elternbeiträge werden den Trägern aus Landesmitteln, die dem Jugendhilfeträger zur Verfügung gestellt werden, erstattet.

Die ausfallenden Elternbeiträge werden den kommunalen Trägern aus Landesmitteln, die dem Jugendhilfeträger zur Verfügung gestellt werden (Buchungsstelle 3.6.5.0.3.41442030) erstattet.

Auf Grundlage der vorläufig bewilligten Abschlagszahlungen 2016 werden insgesamt benötigt:

Ansatz 2016	5.408.300,00 EUR
verausgabt für 1. und 2. Rate	3.397.570,00 EUR
benötigt werden noch für 3. und 4. Rate 2016	3.720.630,00 EUR
aus Abrechnungen 2015 geschätzte Mehrausgaben	203.000,00 EUR
Ansatz neu	7.321.200,00 EUR
Mehrbedarf gerundet	1.912.900,00 EUR

Der Ansatz 2016 ist um 1.912.900,00 EUR auf 7.321.200,00 EUR zu erhöhen.

Erläuterungen Nachtrag 2016-1-1

Teilhaushalt 07 Jugend, Familie und Sport

3.6.5.0.3.54143500

Vergleiche Planungsstelle 3.6.5.0.3.41442060

3.6.5.0.3.54193000

Gemäß § 12 Abs. 6 KitaG werden die nicht durch Elternbeiträge, Eigenleistung des Trägers und Zuweisung des Landes gedeckten Personalkosten von Horten und Krippen durch Zuwendungen des Trägers des Jugendamtes ausgeglichen. Die Landeszuweisungen werden dem Träger des Jugendamtes als zweckgebundene Finanzzuweisung im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs zur Verfügung gestellt.

Kalkulationsgrundlage für den Mittelbedarf 2016 waren die vorläufigen Personalkosten 2015 für Einrichtungen freier Träger unter Berücksichtigung von bereits bekannten Veränderungen.

Ansatz 2016	1.268.600,00 EUR
verausgabt für 1. und 2. Rate	728.680,00 EUR
benötigt werden noch für 3. und 4. Rate 2016	678.120,00 EUR
aus Abrechnungen 2015 geschätzte Mehrausgaben	170.000,00 EUR
Ansatz neu	1.576.800,00 EUR
Mehrbedarf	308.200,00 EUR

Der Ansatz 2016 ist um 308.200,00 EUR auf 1.576.800,00 EUR zu erhöhen.

3.6.5.0.3.54194000

In Rheinland-Pfalz wurde am 01.01.2006 stufenweise die gesetzliche Beitragsfreiheit eingeführt. Seit 01.08.2010 gilt eine vollständige gesetzliche Beitragsfreiheit im Kindergartenbereich von Anfang an, das heißt auch für alle 2-jährigen in Kindergartengruppen entfällt die Beitragspflicht. Die ausfallenden Elternbeiträge werden den Trägern aus Landesmitteln, die dem Jugendhilfeträger zur Verfügung gestellt werden, erstattet.
Die ausfallenden Elternbeiträge werden den freien Trägern aus Landesmitteln, die dem Jugendhilfeträger zur Verfügung gestellt werden (Buchungsstelle 3.6.5.0.3.41442030) erstattet.

Auf Grundlage der vorläufig bewilligten Abschlagszahlungen 2016 werden insgesamt benötigt:

Ansatz	3.176.300,00 EUR
verausgabt für 1. und 2. Rate	1.832.000,00 EUR
benötigt werden noch für 3. und 4. Rate 2016	1.993.000,00 EUR
aus Abrechnungen 2015 geschätzte Minderausgaben	-235.000,00 EUR
Ansatz neu gerundet	3.590.000,00 EUR
Mehrbedarf	413.700,00 EUR

Der Ansatz 2016 ist um 413.700,00 EUR auf 3.590.000,00 EUR zu erhöhen.

3.6.5.0.3.54196000

Vergleiche Planungsstelle 3.6.5.0.3.41442060

Erläuterungen Nachtrag 2016-1-1

Teilhaushalt 08 Soziale Hilfen

3.1.1.1.4.55331000

Die Delegationsgemeinden erbringen einmalige und laufende Leistungen als Hilfe zum Lebensunterhalt. Der Kreis erstattet 75% der Aufwendungen nach AGSGB XII. Nach erfolgter Abrechnung ist der Haushaltsansatz um 110.000 EUR zu erhöhen.

3.1.1.5.3.55334000

Über diese Planungsstelle werden vom örtlichen Träger der Sozialhilfe Mittel der Eingliederungshilfe für leistungsberechtigte Personen außerhalb von Einrichtungen ohne Gemeindebeteiligung gezahlt. Hierbei handelt es sich insbesondere um Hilfen zur Sicherstellung der ärztlichen Behandlung, Hilfe zur angemessenen Schulbildung, Kosten für die Schülerbeförderung behinderter Kinder sowie sonstige Eingliederungshilfen. Daneben werden über diese Planungsstelle seit dem Haushaltsjahr 2015 auch die Aufwendungen für ambulante Betreuungsleistungen abgerechnet, welche zuvor bei den Planungsstellen 3.1.1.5.1.55334000 und 3.1.1.5.1.55335000 berücksichtigt wurden. Hintergrund ist die Beendigung des Modellprojektes „Hilfe nach Maß“ durch das Land Rheinland-Pfalz zum 31.12.2013. Im Rahmen des SGB XII werden bei der Schülerbeförderung in der Regel nur noch Einzelfälle, die Schulen außerhalb des Landkreises Mainz-Bingen besuchen und eine Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel behinderungsbedingt nicht möglich ist, bearbeitet. Im Bereich der Hilfen zur Sicherstellung der ärztlichen Behandlung werden Fahrtkosten für die Methadonbehandlung übernommen. Erstattet werden die Fahrpreise im öffentlichen Personennahverkehr. Bei der Hilfe zur angemessenen Schulbildung werden insbesondere schulische Integrationshelfer sowie schulbegleitende Maßnahmen erbracht. Darüber hinaus sind im Bereich der Leistungen des ambulant betreuten Wohnens Leistungen zu erbringen. Insbesondere in den Bereichen der Integrationshilfen in Schulen als auch bei den ambulant betreuten Wohnformen ist entgegen der bisherigen Planungen eine erhebliche Fallzahlensteigerungen eingetreten. Auch die bereits bei der ursprünglichen Planung angesetzten erhöhten Aufwendungen durch Vergütungssatzsteigerungen fallen höher aus als erwartet, sodass der Planungsansatz für 2016 auf dieser Planungsstelle um 302.000 EUR auf insgesamt 6.772.000 EUR zu erhöhen ist.

3.1.1.5.4.42311100

Die Bearbeitung der Eingliederungshilfe in Zuständigkeit des überörtlichen Trägers ist für Leistungsberechtigte außerhalb von und in Einrichtungen vom Land auf den Kreis delegiert. Die Aufwendungen werden mittels summarischer Abrechnung zu 100 % als Erstattung vom Land auf dieser Planungsstelle eingenommen (Bruttoprinzip). Der fünfzigprozentige Kreisanteil wird aus Mitteln der Planungsstelle 3.1.1.5.4.55411100 an das Land gezahlt. Die Abrechnung erfolgt halbjährig im Nachhinein. Hier werden die Planungsstellen 3.1.1.5.4.55310000 und 3.1.1.5.4.55351000 abgerechnet. Nach erfolgter Abrechnung ist der Haushaltsansatz um 100.000 EUR zu erhöhen.

3.1.1.5.4.55310000

Die Abrechnungen der Leistungen im Rahmen des Budgets für Arbeit werden hier vorgenommen. Leistungsberechtigte, für die eine Empfehlung des Arbeitsbereiches einer Werkstätte für behinderte Menschen vorliegt, sollen in Nischenarbeitsplätzen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt integriert werden. Hierfür werden Leistungen an den Arbeitgeber gezahlt und auch eine begleitende Betreuung durch die Werkstatt für behinderte Menschen weitergeführt. Entgegen der bisherigen Planungen konnte die Beschäftigungszahl in diesem Bereich um 8 Leistungsberechtigte erhöht werden. Dabei können die monatlichen Leistungen bei den einzelnen Leistungsberechtigten der Höhe nach stark schwanken, sodass die Höhe der benötigen Aufwendungen nur geschätzt werden kann. Für das Planungsjahr 2016 ist unter Berücksichtigung einer Reserve für mögliche weitere Neufälle mit Aufwendungen in Höhe von 540.000 EUR zu rechnen. Der Planungsansatz für 2016 ist daher um 215.000 EUR zu erhöhen.

3.1.1.5.4.55351000

Über diese Planungsstelle werden Leistungen für Beschäftigte von Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) erbracht. Dies betrifft sowohl teil- als auch vollstationär betreute Personen. Abgerechnet werden sowohl die täglichen Betreuungskosten als auch das zu gewährende Arbeitsförderungsgeld sowie die Sozialversicherungsbeiträge. An den Kosten wird der überörtliche Sozialhilfeträger zu 50% beteiligt. Entgegen der bisherigen Planungen konnten die Fallzahlen entgegen der Prognosen durch Beendigung der Werkstätte und Aufnahme im Rahmen des Budgets für Arbeit nicht reduziert werden. Aufgrund weiterer Vergütungssatzerhöhungen ist der Planungsansatz für 2016 um 150.000 EUR auf 11.050.000 EUR zu erhöhen.

Erläuterungen Nachtrag 2016-1-1

Teilhaushalt 08 Soziale Hilfen

3.1.1.5.5.42311100

Die Bearbeitung der Eingliederungshilfe in Zuständigkeit des überörtlichen Trägers ist für Leistungsberechtigte in regionalen Einrichtungen vom Land auf den Kreis delegiert. Die Aufwendungen werden mittels summarischer Abrechnung zu 100 % als Erstattung vom Land auf dieser Planungsstelle eingenommen (Bruttoprinzip). Der fünfzigprozentige Kreisanteil wird aus Mitteln der Planungsstelle 3.1.1.5.5.55411100 an das Land gezahlt. Die Abrechnung erfolgt halbjährig im Nachhinein mittels summarischer Abrechnung. Hier wird die Planungsstelle 3.1.1.5.5.55351000 abgerechnet. Nach erfolgter Abrechnung ist der Haushaltsansatz um 336.000 EUR zu erhöhen.

3.1.1.5.5.55334000

Über diese Planungsstelle werden die anfallenden Aufwendungen für das Erbringen heilpädagogischer Leistungen sowie der Frühförderung für nicht schulpflichtige Kinder abgerechnet. Die Hilfen werden in Form von Fördereinheiten erbracht, die zum Teil monatlich, quartalsweise als auch halbjährlich mit den Leistungsanbietern abgerechnet werden. Die Anzahl der Fördereinheiten richtet sich nach dem individuellen Bedarf des Leistungsberechtigten. Darüber hinaus werden unter dieser Planungsstelle auch die Aufwendungen der Integrationshelfer in Kindergärten verbucht. Entgegen der bisherigen Planungen können in diesem Bereich Einsparungen in Höhe von 125.000 EUR erreicht werden. Der Planungsansatz für 2016 ist daher auf 1.775.000 EUR zu reduzieren.

3.1.1.5.5.55351000

Über diese Planungsstelle werden sowohl die teil- als auch vollstationären Einrichtungen für heilpädagogische Maßnahmen für Kinder im Elementarbereich abgerechnet. Außer den Maßnahmen in Förderkindergärten und integrativen Kindergärten als Hauptbestandteil dieser Planungsstelle können Kosten für Maßnahmen in vollstationären Einrichtungen anfallen, in denen noch nicht eingeschulte Kinder betreut und gefördert werden. Entgegen der bisherigen Planungen hat sich die Zahl der Leistungsberechtigten Kinder im Bereich der Förderkindergärten und integrativen Kindergärten um 10 Leistungsberechtigte auf nunmehr 62 Leistungsberechtigte erhöht. Hintergrund dieser Erhöhung ist die Schaffung 10 neuer Plätze in der integrativen Kindertagesstätte Nieder-Olm der WfbM Mainz. Darüber hinaus sind aufgrund der besonderen Form der Beeinträchtigung der Kinder in mehreren Fällen Zusatzbetreuungen erforderlich. Der Planungsansatz für 2016 ist daher um 353.000 EUR auf 2.153.000 EUR zu erhöhen.

3.1.1.5.5.55411100

Das Land hat die Hilfe außerhalb von Einrichtungen, in regionalen Einrichtungen, die Nebenkosten und Einnahmen von Leistungsberechtigten in überregionalen Einrichtungen auf den Kreis delegiert. Nach dem Bruttoprinzip werden auf der Planungsstelle 3.1.1.5.5.42311100 die Aufwendungen zu 100 % vom Land erstattet. Der Kreisanteil (50 %) gelangt hier buchungstechnisch zur Auszahlung. Nach erfolgter Abrechnung ist der Haushaltsansatz um 168.000 EUR zu erhöhen.

3.1.1.5.6.42311100

Die Bearbeitung der Eingliederungshilfe in Zuständigkeit des überörtlichen Trägers ist für Leistungsberechtigte in regionalen Einrichtungen vom Land auf den Kreis delegiert. Die Aufwendungen werden mittels summarischer Abrechnung zu 100 % als Erstattung vom Land auf dieser Planungsstelle eingenommen (Bruttoprinzip). Der fünfzigprozentige Kreisanteil wird aus Mitteln der Planungsstelle 3.1.1.5.6.55411100 an das Land gezahlt. Die Abrechnung erfolgt halbjährig im Nachhinein mittels summarischer Abrechnung. Hier wird die Planungsstelle 3.1.1.5.6.55351000 abgerechnet. Nach erfolgter Abrechnung ist der Haushaltsansatz um 190.000 EUR zu erhöhen.

3.1.1.5.6.55351000

Hier werden die Kosten der Eingliederungshilfe für den Besuch einer Tagesstätte oder Tagesförderstätte abgerechnet. Dies betrifft sowohl Leistungsberechtigte, die extern in einer der vorgenannten Einrichtungen betreut werden als auch Leistungsberechtigte, die zusätzlich zur vollstationären Betreuung eine Tagesstätte oder Tagesförderstätte besuchen. Entgegen der bisherigen Planungen hat sich die Zahl der Leistungsberechtigten deutlich erhöht. Darüber hinaus erhalten 4 Leistungsberechtigte aufgrund des komplexen Krankheitsbildes zusätzlich zu den allgemeinen Betreuungskosten eine Zusatzbetreuung. Der Planungsansatz dieser Planungsstelle ist um 340.000 EUR auf 2.640.000 EUR zu erhöhen.

Erläuterungen Nachtrag 2016-1-1

Teilhaushalt 08 Soziale Hilfen

3.1.1.5.7.42231100

Hier werden Leistungen der gesetzlichen Sozialversicherungen und –leistungsträgern als Erträge verbucht (z. B. Renten, Pflegegeld, Kindergeld, Ausbildungsförderung, Krankengeld, Übergangsgeld oder Erstattungen der Krankenkassen), die zur Kostendeckung von Leistungen der Eingliederungshilfe in stationären Einrichtungen herangezogen werden. Im Gegensatz zu den Erträgen im Bereich der Hilfe zur Pflege wird hier in der Regel nach dem Bruttoprinzip mit den Einrichtungen abgerechnet. Entgegen der bisherigen Planungen konnten im Laufe des Planungsjahres u. a. Nachzahlungen im Bereich der Ausbildungsförderung für stationär betreute Leistungsberechtigte realisiert werden, was zu einer Erhöhung der Erträge führt. Bei monatlichen Durchschnittserträgen in Höhe von 322.000 EUR ist im Planungsjahr 2016 auf dieser Planungsstelle mit Erträgen in Höhe von 3.800.000 EUR zu rechnen. Der Planungsansatz ist daher um 700.000 EUR zu erhöhen.

3.1.1.5.7.55351000

Auf dieser Planungsstelle werden die Kosten der Eingliederungshilfe für die Wohnheimunterbringung behinderter Menschen aller Altersstufen veranschlagt. Der Schwerpunkt der Hilfen liegt bei der stationären Versorgung erwachsener Menschen, die eine Werkstätte für behinderte Menschen oder eine Tagesstätte/Tagesförderstätte besuchen. Die Vergütung erfolgt nach einem bedarfsunabhängigen kalendertäglichen Vergütungssatz. In besonderen Einzelfällen ist eine Zusatzbetreuung erforderlich, da es sich bei diesen Personen um Menschen mit herausfordernden Verhaltensweisen handelt und diese mit dem regulären Personalschlüssel nicht mehr betreut werden können (z. B. Menschen mit schwersten Formen des Autismus und dem damit verbundenen eigen- oder fremdaggressiven Verhalten). Die Betreuung dieser Personen kann nur durch zusätzliches qualifiziertes Fachpersonal sichergestellt werden. Darüber hinaus werden über diese Planungsstelle die Kosten für Leistungsberechtigte übernommen, welche eine stationäre Sprachheilförderung im Sprachheilzentrum Meisenheim erhalten. Der durchschnittliche Aufenthalt in der vorgenannten Einrichtung beträgt zwischen 3 und 6 Monaten. Entgegen der bisherigen Planungen hat sich insbesondere die Zahl der Leistungsberechtigten mit zusätzlichem Betreuungsbedarf durch qualifiziertes Fachpersonal erhöht. Darüber hinaus wurden mehrfach Vergütungssatzerhöhungen in diversen Einrichtungen geltend gemacht, sodass unter dieser Planungsstelle für das Planungsjahr 2016 mit Aufwendungen in Höhe von 21.900.000 EUR zu rechnen ist. Der Ansatz für 2016 ist daher um 400.000 EUR zu erhöhen.

3.1.1.5.7.55411100

Das Land hat die Eingliederungshilfe in regionalen Einrichtungen, die Nebenkosten und Einnahmen von Leistungsberechtigten in überregionalen Einrichtungen auf den Kreis delegiert. Nach dem Bruttoprinzip werden die Aufwendungen der Planungsstelle 3.1.1.5.7.42311100 in voller Höhe vom Land erstattet und aus Mitteln der Planungsstelle 3.1.1.5.7.55434000 werden die Erträge komplett an das Land gezahlt. Der Kreisanteil (50 %) ist hier zu erbringen, indem 50 v. H. der Aufwendungen bei buchungstechnischer Verrechnung mit 50 v. H. der Erträge zu ermitteln sind. Nach erfolgter Abrechnung ist der Haushaltsansatz um 340.000 EUR zu reduzieren.

3.1.1.5.7.55434000

Die Bearbeitung der stationären Eingliederungshilfe ist vom Land auf den Kreis delegiert. Die Aufwendungen werden mittels summarischer Abrechnung zu 100 % als Erstattung vom Land eingenommen (Bruttoprinzip). Der fünfzigprozentige Kreisanteil wird aus Mitteln der Planungsstelle 3.1.1.5.7.55411100 an das Land gezahlt. Die Abrechnung mit dem Land erfolgt halbjährig im Nachhinein mittels summarischer Abrechnung. Hier werden die Planungsstellen 3.1.1.5.7.42211100, 3.1.1.5.7.42221100, 3.1.1.5.7.42231100, 3.1.1.5.7.42241100 und 3.1.1.5.7.42291100 abgerechnet. Nach erfolgter Abrechnung ist der Haushaltsansatz um 702.000 EUR zu erhöhen.

3.1.1.6.3.42231100

Leistungen von den gesetzlichen Sozialversicherungen und -leistungsträgern werden vereinnahmt (z. B. Renten, Kindergeld, Wohngeld, Pflegegeld, Krankengeld oder Übergangsgeld), um diese zur Kostendeckung von Leistungen der Hilfe zur Pflege in Einrichtungen mit Kostenbeteiligung des Landkreises heranzuziehen. Diese Erträge werden gemäß § 6 AGSGB XII mit dem überörtlichen Träger der Sozialhilfe (Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Mainz) zu 50 % abgerechnet. Im Zuge der Umsetzung des Nettoprinzips werden die Leistungen überwiegend an den Dienstleistungsträger (Einrichtung) oder die Leistungsberechtigten (Hilfeempfänger) direkt überwiesen. Aufgrund der Mehreinnahmen aus Wohngeldleistungen ist der Ansatz auf 485.000 EUR zu erhöhen.

Erläuterungen Nachtrag 2016-1-1

Teilhaushalt 08 Soziale Hilfen

3.1.1.6.3.55351000

Hier werden die Aufwendungen für erheblich Pflegebedürftige (Stufe I) bis Schwerstpflegebedürftige (Stufe III) veranschlagt. Hinzu kommen die bis Haushaltsjahr 2012 auf separater Haushaltsstelle erfassten Kosten für Pflegebedürftige nach Pflegestufe 0. Der Ansatz ist aufgrund der gestiegenen durchschnittlichen Fallkosten auf 5.900.000 EUR zu erhöhen.

3.1.1.7.1.42311100

Die Bearbeitung der Krankenhilfe für Leistungsberechtigte in regionalen Einrichtungen und der Nebenkosten in überregionalen Einrichtungen ist vom Land auf den Kreis delegiert. Die Aufwendungen sind mittels summarischer Abrechnung zu 100 % durch das Land zu erstatten und hier zu vereinnahmen (Bruttoprinzip). Auch hier ist das 2. Halbjahr des Vorjahres und das 1. Halbjahr des laufenden Jahres bei der Abrechnung zu berücksichtigen. Der fünfzigprozentige Kreisanteil wird aus Mitteln der Planungsstelle 3.1.1.7.1.55411100 an das Land gezahlt. Hier werden die Planungsstellen 3.1.1.7.1.55311000 und 3.1.1.7.1.55351000 abgerechnet. Nach erfolgter Abrechnung ist der Ansatz um 342.135 EUR zu erhöhen.

3.1.1.7.1.55351000

Hier werden die Krankenhilfekosten für Leistungsberechtigte in Einrichtungen, sowie alle sonstigen stationären Krankenhilfefälle abgerechnet. Der Personenkreis ist sehr leistungsintensiv, daher ist eine genaue Kalkulation der Kosten sehr schwierig. Aufgrund der gestiegenen Behandlungskosten der sonstigen stationären Krankenhilfefälle wird der Ansatz um 150.000 EUR erhöht.

3.1.1.7.1.55411100

Die Bearbeitung der Krankenhilfe für Leistungsberechtigte in regionalen Einrichtungen und der Nebenkosten in überregionalen Einrichtungen ist vom Land auf den Kreis delegiert. Nach dem Bruttoprinzip wird auf der Planungsstelle 3.1.1.7.1.42311100 die vollständige Erstattung der Aufwendungen durch das Land vereinnahmt. Der fünfzigprozentige Kreisanteil wird von dieser Planungsstelle an das Land gezahlt. Nach erfolgter Abrechnung ist der Ansatz um 171.068 EUR zu erhöhen.

3.1.3.0.1.41442000

Auf dieser Planungsstelle werden Zuschüsse und Zuweisungen vom Land für laufende Projekte vereinnahmt. Für die Projekte „Programm zur Förderung des interkulturellen Dialogs und zur Integrationskoordination auf kommunaler Ebene" und „Neuanfang in Mainz-Bingen“ werden vom Land Fördermittel an den Kreis gezahlt. Der Haushaltsansatz wird daher auf 100.000 EUR festgesetzt.

3.1.3.0.1.42391000

Über diese Planungsstelle werden die Erstattungen des Landes Rheinland-Pfalz vereinnahmt. Mit diesen, Erstattungen beteiligt sich das Land an den Kosten für die Unterbringung und Versorgung der Menschen, die dem Landkreis Mainz-Bingen zugewiesen wurden. Ab 01.01.2016 beträgt die monatliche Pro-Kopf-Pauschale je Asylbewerber 848 EUR bis zum Erstbescheid im Rahmen des Asylverfahrens durch das BAMF. Darüber hinaus zahlt das Land jährlich 35 Mio. EUR an die Kommunen für die nach Erteilung des Erstbescheids noch anfallenden Kosten. Der Landkreis Mainz-Bingen erhält demnach für das Jahr 2016 eine Erstattung in Höhe von 1.785.000 EUR. Im Jahr 2015 wurde eine nicht vorhersehbare Vorauszahlung durch die ADD in Höhe von 2.244.000 EUR gezahlt. Aufgrund buchungstechnischer Vorgaben des Landes, wurden die Ansätze von der Planungsstelle 3.1.3.0.1.42901000 auf diese übertragen. Der Haushaltsansatz verringert sich durch die Vorauszahlung (-2.244.000 EUR) sowie leicht gestiegenen Fallzahlen (+294.000 EUR) somit von 16.470.000 EUR um 1.950.000 EUR auf 14.520.000 EUR.

3.1.3.0.1.42901000

Über diese Planungsstelle werden die Erstattungen des Landes Rheinland-Pfalz vereinnahmt. Mit diesen Erstattungen beteiligt sich das Land an den Kosten für die Unterbringung und Versorgung der Menschen, die dem Landkreis Mainz-Bingen zugewiesen wurden. Ab 01.01.2016 beträgt die monatliche Pro-Kopf-Pauschale je Asylbewerber 848 EUR bis zum Erstbescheid im Rahmen des Asylverfahrens durch das BAMF. Darüber hinaus zahlt das Land jährlich 35 Mio. EUR an die Kommunen für die nach Erteilung des Erbescheids noch anfallenden Kosten. Der Landkreis Mainz-Bingen erhält demnach für das Jahr 2016 eine Erstattung in Höhe von 1.785.000 EUR. Laut Vorankündigung der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier sind die Neuzuweisungen im Jahr 2015 stetig ansteigend, damit ist auch für 2016 zu rechnen. Der Haushaltsansatz 2016 basiert auf einer sorgfältigen Schätzung und wird auf 16.470.000 EUR festgesetzt. Aufgrund buchungstechnischer Vorgaben des Landes, wurden die Ansätze auf die Planungsstelle 3.1.3.0.1.42391000 übertragen und der Haushaltsansatz bei dieser auf 0 EUR gesetzt.

Erläuterungen Nachtrag 2016-1-1

Teilhaushalt 08 Soziale Hilfen

3.1.3.0.1.54143000

Aufgrund der aktuellen Entwicklung mit stark steigenden Asylbewerberzahlen, kommt es bei den Delegationsgemeinden im Rahmen der Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern zu erhöhten Verwaltungs- und Personalkosten. Zur Entlastung der Delegationsgemeinden soll für das Jahr 2016 ein freiwilliger Personal- und Sachkostenzuschuss gezahlt werden. Demnach soll für jeden Asylbewerber ein monatlicher Betrag in Höhe von 50 EUR erstattet werden. Nach Abrechnung der ersten beiden Quartale und nach Rückgang der Zuweisungen der Asylbewerber, wird der Haushaltsansatz von 2 Mio. EUR um 600.000 EUR auf 1,4 Mio. EUR verringert.

3.1.3.0.1.55810000

Die Aufgabenwahrnehmung nach dem AsylbLG i.V.m. dem Landesaufnahmegesetz ist im Landkreis Mainz-Bingen auf die großen kreisangehörigen Städte Bingen und Ingelheim, die verbandsfreie Gemeinde Budenheim sowie die Verbandsgemeinden delegiert. Die Erstattung der Kosten an die Delegationsnehmer erfolgt nach Umstellung der Abrechnungsweise seit 01.01.2016 abschlagsweise im April, Juli, Oktober sowie im Dezember eines jeden Jahres. Die Endabrechnung erfolgt zu Beginn des darauf folgenden Jahres. Aufgrund des erhöhten Abrechnungsvolumens der Delegationsnehmer wird der Haushaltsansatz 2016 daher von 12,5 Mio. EUR um 3,0 Mio. EUR auf 15,5 Mio. EUR erhöht.

3.1.3.0.1.55811000

Die Zahlen der Asylbewerber die dem Landkreis Mainz-Bingen zugewiesen werden steigen stetig an, sodass sich die Unterbringung der Asylbewerber in Mietwohnung als äußerst schwierig gestaltet. Der Kreis kauft daher Gebäude an, in denen er Asylbewerber eigenverantwortlich unterbringt. Für die Unterbringung und Verpflegung der Leistungsempfänger sowie durch Reinigung und Versorgung dieser Gebäude ist man ursprünglich im Haushaltsjahr 2016 von Aufwendungen in Höhe von 1.000.000 EUR ausgegangen. Aufgrund geringerer Zuweisungszahlen wurden die Mittel zur eigenverantwortlichen Unterbringung bisher nicht benötigt. Aktuell ist auch nicht davon auszugehen, dass die Kommunen an ihre räumlichen Kapazitätsgrenzen stoßen. Der Haushaltsansatz ist von 1 Mio. EUR um 950.000 EUR auf 50.000 EUR zu verringern.

3.1.3.0.2.55810000

Krankenhilfekosten für Asylbewerber werden hier gezahlt. Diese Kosten sind nicht vorhersehbar. Die Leistungsverpflichtung beschränkt sich auf die Behandlungsbedürftigkeit akuter Erkrankungen, bei denen medizinische Maßnahmen unabweisbar sind. Auch werden die Analogleistungen, die der Höhe der Leistungen des SGB V entsprechen, gezahlt. Der Haushaltsansatz wird aufgrund mehrerer kostenintensiver Fälle von 3,0 Mio. EUR um 200.000 EUR auf 3,2 Mio. EUR erhöht.

3.1.3.0.3.52920000

Über diese Planungsstelle werden Aufwendungen für laufende Projekte vom Land ausgezahlt. Für das Projekt „Neuanfang in Mainz-Bingen“ erhält der Kreis eine Förderung. Die vereinnahmten Mittel werden über diese Planungsstelle ausgezahlt. Der Haushaltsansatz ist daher auf 100.000 EUR zu erhöhen.

3.2.1.0.1.42242000

Die Kreisverwaltung als überörtlicher Träger der Kriegsopferfürsorge vereinnahmt Erträge bei darlehensweiser Hilfegewährung innerhalb von Einrichtungen. Hintergrund sind Vermögenswerte (z.B. Haus, Grundstück, etc.), die zum Zeitpunkt der Hilfegewährung vorhanden, aber nicht verwertbar waren. Sind diese Vermögensgegenstände nun verwertbar, so werden die Erträge hier vereinnahmt. Der Ansatz ist auf 100.000 EUR zu erhöhen.

3.2.1.0.1.42511000

Auf dieser Planungsstelle werden die erbrachten Leistungen des örtlichen und überörtlichen Trägers der Kriegsopferfürsorge unter Berücksichtigung der Aufwendungen und unter Abzug der Erträge und Aufwandsersätze, Rückerstattungen und Darlehensrückzahlungen zu 100% vom Land Rheinland-Pfalz erstattet. Nach erfolgter Abrechnung mit dem Land kann der Planansatz verringert werden. Der Haushaltsansatz von 5.370.000 EUR verringert sich um 915.000 EUR auf 4.455.000 EUR.

3.2.1.0.1.55722222

Pflegebedürftige Personen i. S. d. Kriegsopferfürsorge sind Personen, die wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung für die gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens Hilfe bedürfen. Aufgrund stetig sinkender Fallzahlen ist der Ansatz von 2.060.000EUR daher um 260.000 EUR zu reduzieren.

Erläuterungen Nachtrag 2016-1-1

Teilhaushalt 08 Soziale Hilfen

3.3.1.0.1/7503.78143000

Aufgrund der Schließung des Förderkindergartens Mittendrin im Herbst 2011 müssen Kinder mit Behinderungen, die nicht im Rahmen einer Einzelintegrationsmaßnahme gefördert werden können, alternativ versorgt werden. An Stelle eines reinen Förderkindergartens sollen zukünftig integrative Kindertagesstätten an verschiedenen Standorten treten. Hierzu wurden Gespräche mit verschiedenen Trägern geführt. Da nur ein Bruchteil der notwendigen Investitionskosten durch den Vergütungssatz refinanziert werden, soll die Schaffung neuer integrativer Gruppen durch Kreiszuwendungen gesteigert werden, da die bisher neu entstandenen integrativen Kindertagesstätten den Bedarf im Landkreis nach wie vor nicht abdecken. Aus diesem Grund wird eine weitere integrative Kindertagesstätte in Bingen-Büdesheim (Träger: Stadt Bingen) entstehen. Für diesen Neubau werden vom Landkreis Mainz-Bingen Investitionszuwendungen in Höhe von insgesamt 90.000 EUR bereitgestellt. Von diesem Betrag werden im Planungsjahr 2016 Investitionen in Höhe von 80.000 EUR kassenwirksam. Aus diesem Grund werden 80.000 EUR als Ansatz und 10.000 EUR als Verpflichtungsermächtigung im Nachtrag für 2016 veranschlagt.

3.5.1.4.5.42511000

Durch Artikel 43 des Zweiten Landesgesetzes zur Kommunal- und Verwaltungsreform wurde mit Wirkung vom 01.01.2012 dem Landkreis Mainz-Bingen landesweit die Durchführung der Aufgaben nach § 150 Abs. 3 Satz 1 und Abs. 4 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch übertragen. Es handelt sich hierbei um die Erstattung von Fahrgeldausfällen für die unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Personennahverkehr. Die Verkehrsunternehmen erhalten im Rahmen dieser Vorschrift eine pauschale Erstattung. Nach Absprache mit den zuständigen Haushaltssachbearbeitern des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie werden dem Landkreis auf Anforderung die Aufwendungen bereits im Vorfeld zur Verfügung gestellt. Es handelt sich um eine Pflichtleistung. Im Planungsjahr 2016 rechnen wir mit Erträgen in Höhe von 10.500.000 EUR. Der Nachtrag für das Jahr 2016 beläuft sich demnach auf 495.000 EUR. Die Erhöhung dieses durchlaufenden Postens basiert auf der Anpassung unseres Ansatzes an den des Landeshaushaltes.

3.5.1.4.5.55792000

Durch Artikel 43 des Zweiten Landesgesetzes zur Kommunal- und Verwaltungsreform wurde mit Wirkung vom 01.01.2012 dem Landkreis Mainz-Bingen landesweit die Durchführung der Aufgaben nach § 150 Abs. 3 Satz 1 und Abs. 4 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch übertragen. Es handelt sich hierbei um die Erstattung von Fahrgeldausfällen für die unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Personennahverkehr. Die Verkehrsunternehmen erhalten im Rahmen dieser Vorschrift eine pauschale Erstattung. Nach Absprache mit den zuständigen Haushaltssachbearbeitern des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie werden dem Landkreis auf Anforderung die Aufwendungen bereits im Vorfeld zur Verfügung gestellt. Es handelt sich um eine Pflichtleistung. Im Planungsjahr 2016 rechnen wir mit Aufwendungen in Höhe von 10.500.000 EUR. Der Nachtrag für das Jahr 2016 beläuft sich demnach auf 495.000 EUR. Die Erhöhung dieses durchlaufenden Postens basiert auf der Anpassung unseres Ansatzes an den des Landeshaushaltes.

Erläuterungen Nachtrag 2016-1-1

Teilhaushalt 11 Sicherheit, Ordnung und Verkehr

1.2.2.2.3.52543100

Die neu eingerichtete Planungsstelle umfasst den Sachkostenbeitrag an die Stadt Mainz im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit (Zweckvereinbarung zwischen der Stadt Mainz und dem Landkreis Mainz-Bingen). Seitens der Stadt Mainz wurde eine gebietsübergreifende Bußgeldstelle für die Verfolgung und Ahndung aller anfallenden Ordnungswidrigkeiten für den fließenden Verkehr eingerichtet. Die dabei entstehenden Sachkosten sind der Stadt Mainz zu erstatten. Der Planansatz für die Erstattung der Sachkosten wird mit 100.000,00 EUR veranschlagt.

1.2.2.5.6.44242110

Seitens des Landes sind Schwerpunktjugendämter gebildet worden, welche für die Inobhutnahme für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zuständig sind. Hierfür wird pro Fall eine Personal- und Sachkostenpauschale gewährt, diese beträgt seit dem 01.11.2015 für „richtige Inobhutnahmen“ 1.046 € sowie für Tagesfälle 300 €. Nach Rücksprache mit der Fachabteilung erfolgt derzeit die Abrechnung der Fälle vor dem 31.10.2015, da aber auch die erstattungspflichtigen überörtlichen Trägern der Jugendhilfe Bearbeitungsrückstände haben, ist nur bedingt mit Zahlungseingängen zu rechnen, für das Jahr 2017 ist dagegen wieder mit höheren Einnahmen zu rechnen. Der Ansatz verringert sich von 700.000 € um 550.000 € auf 150.000 €.

1.2.2.5.6.44242230

Aufgrund geänderter Buchungsvorgaben des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz wurde der Ansatz in Höhe 80.000 EUR bei Planungsstelle 1.2.2.5.6.44291000 auf Planungsstelle 1.2.2.5.6.44242230 umgesetzt.

1.2.2.5.6.44291000

Aufgrund geänderter Buchungsvorgaben des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz wurde der Ansatz in Höhe 80.000 EUR bei Planungsstelle 1.2.2.5.6.44291000 auf Planungsstelle 1.2.2.5.6.44242230 umgesetzt.

Erläuterungen Nachtrag 2016-1-1

Teilhaushalt 13 Kommunales Jobcenter

3.1.2.0.1.44241100

Der Bund erstattet der Kreisverwaltung Mainz-Bingen pauschal die Personalkosten für die dem Jobcenter Mainz-Bingen zugewiesenen Mitarbeiter zu 84,8 %. Aufgrund einer gestiegenen Anzahl der Stellen erhöht sich der Erstattungsbetrag von 4.312.149 EUR um 334.536 EUR auf 4.646.685 EUR.

3.1.2.0.1.44241101

Diese Planungsstelle wurde erstmals mit dem 1. Nachtragsplan 2013 eingerichtet und vereint die BMAS-Erstattungspositionen 3.1.2.0.1.44241110 (Personalnebenkosten), 3.1.2.0.1.44241120 (Versorgungszuschlag) und 3.1.2.0.1.44241200 (Personalgemeinkosten) gemäß den §§ 11 – 13 i.V.m. §§ 20 – 22 der Kommunalträger-Abrechnungsverwaltungsvorschrift (KoA-VV).

1. Personalnebenkosten

Die Abrechnung der Personalnebenkosten richtet sich nach § 11 i.V.m. § 20 der KoA-VV. Darunter fallen u.a. Beihilfe, Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse, Kosten der Fortbildung u.ä. Auf der Basis kalkulierter Aufwendungen, das korrespondierende Aufwandskonto 3.1.2.0.1.52543300 dokumentiert Aufwendungen i.H.v. 278.211 EUR an den Teilhaushalt 02, werden 235.923 EUR an Erstattungen erwartet. Der Erstattungsbetrag des Bundes ist um den verpflichtenden kommunalen Anteil über 15,2% gem. § 46 Abs.3 SGB II vermindert.

2. Versorgungszuschlag

Die Abrechnung der Versorgungszuschläge richtet sich nach § 12 i.V.m. § 21 der KoA-VV. Für Versorgungsaufwendungen von Beamten und Beamtinnen wird grundsätzlich ein Zuschlag zu den anerkannten Personalkosten in Höhe von 30% berücksichtigt. Auf der Basis kalkulierter Aufwendungen, das korrespondierende Aufwandskonto 3.1.2.0.1.52543330 dokumentiert Aufwendungen i.H.v. 318.141 EUR an den Teilhaushalt 02, werden 269.783 EUR an Erstattungen erwartet. Der Erstattungsbetrag des Bundes ist um den verpflichtenden kommunalen Anteil über 15,2% gem. § 46 Abs.3 SGB II vermindert.

3. Personalgemeinkosten

Die Abrechnung von Personalgemeinkosten richtet sich nach § 13 i.V.m. § 22 der KoA-VV. Personalgemeinkosten sind die in der Regel nicht als Einzelposten erfassbaren Kosten der Leitung und Verwaltungsgemeinkosten. Darunter entfallen u.a. Aufwendungen für den inneren Dienst (z.B. Materialverwaltung, Poststelle, Liegenschaftsverwaltung, Druckerei) und die allgemeine Verwaltung (z.B. Personalsachbearbeitung, Organisation, Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt, Rechtsamt, Kreiskasse). Für Personalgemeinkosten wird grundsätzlich ein Zuschlag von bis zu 30 v.H. der anerkannten Personalkosten, gemindert um die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und der Zusatzversorgung berücksichtigt. Auf der Basis kalkulierter Aufwendungen, das korrespondierende Aufwandskonto 3.1.2.0.1.52543110 dokumentiert Aufwendungen i.H.v. 1.341.045 EUR an den Teilhaushalt 02, werden 1.137.206 EUR an Erstattungen erwartet. Der Erstattungsbetrag des Bundes ist um den verpflichtenden kommunalen Anteil über 15,2% gem. § 46 Abs.3 SGB II vermindert.

Die Gesamtsumme vorg. Erstattungen beläuft sich auf 1.642.912 EUR.

3.1.2.0.1.52543110

Unter Personalgemeinkosten werden u.a. Aufwendungen für den inneren Dienst (z.B. Materialverwaltung, Poststelle, Liegenschaftsverwaltung, Druckerei) und die allgemeine Verwaltung (z.B. Personalsachbearbeitung, Organisation, Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt, Rechtsamt, Kreiskasse) verstanden. Diese Aufwendungen sind an den Fachbereich Personal an den Teilhaushalt 02 im internen Verrechnungsweg auszugleichen, da es sich hierbei auch um Refinanzierungsanteile für Mitarbeiter der vorg. Abteilungen der Kreisverwaltung mit Querschnittsaufgaben handelt. Die Aufwendungen werden mit 1.341.045 EUR erwartet.
Die Abrechnung der Personalgemeinkosten mit dem BMAS richtet sich nach § 13 i.V.m. § 22 der KoA-VV. Personalgemeinkosten sind die in der Regel nicht als Einzelposten erfassbaren Kosten der Leitung und Verwaltungsgemeinkosten. Der Erstattungsbetrag des Bundes ist um den verpflichtenden kommunalen Anteil über 15,2% gem. § 46 Abs.3 SGB II vermindert (siehe auch Ausführungen lfd. Nr. 3 zu HHST 3.1.2.0.1.44241101).

3.1.2.0.1.52543300

Die vereinnahmten Erstattungen zu den Personalnebenkosten (siehe Teilausführungen zur Planstelle 3.1.2.0.1.44241101 i.H.v. 235.923 EUR) werden zur zweckbestimmten weiteren Verwendung an den Fachbereich Personal weitergeleitet. Während auf dieser Aufwandsposition die Kosten mit 278.211 EUR zu 100% ausgewiesen sind, dokumentiert das vorg. Ertragskonto die um den kommunalen Pflichtanteil in Höhe von 15,2% (§ 46 Abs.3 SGB II) verminderte Bundeserstattung.

Erläuterungen Nachtrag 2016-1-1

Teilhaushalt 13 Kommunales Jobcenter

3.1.2.0.1.52543330

Die vereinnahmten Erstattungen zu den Versorgungsaufwendungen von Beamten und Beamtinnen (siehe Teilausführungen zu Planstelle 3.1.2.0.1.44241101 i.H.v. 269.783 EUR) werden zur zweckbestimmten weiteren Verwendung an den Fachbereich Personal weiter geleitet. Während auf dieser Aufwandsposition die Kosten mit 318.141 EUR zu 100% ausgewiesen sind, dokumentiert das vorg. Ertragskonto die um den kommunalen Pflichtanteil in Höhe von 15,2% (§ 46 Abs.3 SGB II) verminderte Bundeserstattung.

3.1.2.0.2.44241000

Die Erstattung von Sachkosten für das Jobcenter Mainz-Bingen orientiert sich grundsätzlich nach der „Kommunalträger-Abrechnungsverwaltungsvorschrift – KoA-VV -. Zu den Sachkosten zählen nach § 14 dieser Bestimmung u.a. Raumkosten, laufende Sachkosten und sonstige Sachgemeinkosten.

1. Raumkosten
sind Aufwendungen für Baumaßnahmen, Mieten und Pachten, Liegenschaftsmanagement und für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen.

2. Laufende Sachkosten
sind alle sächlichen Aufwendungen ohne Spezialausstattung, insbesondere Aufwendungen für:

a) Büro- und Geschäftsbedarf sowie Verbrauchsmittel,
b) Informationstechnik, Kommunikation und Geräte,
c) die Unterhaltung von Grundstücken und baulichen Anlagen,
d) die Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume,
e) Dienstreisen und die Beschaffung und Haltung von Kraftfahrzeugen sowie
f) Dienst- und Schutzkleidung.

3. Sonstige Sachgemeinkosten
Sind die Kapitalkosten für die Büroausstattung und deren Unterhaltung, Investitionskosten für den Ersatz und Neuinvestition von beweglichen Sachen sowie Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung.

Für Sachkosten wird nach § 23 KoA-VV je sog. „Vollzeitäquivalent“ (in 2016: 113,4629) ein Pauschalbetrag in Höhe von bis zu 12.217 EUR pro Jahr anerkannt. Für Vollzeitäquivalente mit einem Wert unter eins ist der Pauschalbetrag entsprechend zu mindern. Die Kosten sind zuständigkeitshalber in anderen Teilhaushalten (Querschnittsämtern) veranschlagt. Daher erfolgt über die Position 52543400 eine entsprechende Abführung des Erstattungsbetrages an 1.1.2.0.4.44243200.

Berechnung:
113,4629 VzÄ x 12.217 €uro Pauschale = 1.386.176,25 x 84,8% : 1.175.477 €uro (abgerundet)

Der ausgewiesene Erstattungsbetrag berücksichtigt den Minderbetrag um den verpflichtenden kommunalen Anteil mit 15,2% gem. § 46 Abs.3 SGB II.

Erläuterungen Nachtrag 2016-1-1

Teilhaushalt 13 Kommunales Jobcenter

3.1.2.0.2.52543400

Die Erstattung von Sachkosten für das Jobcenter Mainz-Bingen orientiert sich grundsätzlich nach der „Kommunalträger-Abrechnungsverwaltungsvorschrift – KoA-VV -. Zu den Sachkosten zählen nach § 14 dieser Bestimmung u.a. Raumkosten, laufende Sachkosten und sonstige Sachgemeinkosten (siehe auch ausführliche Darlegungen unter 3.1.2.0.2.44241000).
Da die Aufwendungen zuständigkeitshalber in anderen Teilhaushalten (Querschnittsämtern) veranschlagt sind, erfolgt über die Position 3.1.2.0.2.52543400 eine Zuführung der Erstattung an 1.1.2.0.4.44243200.

Berechnung abrechnungsfähige Aufwendungen:
113,4629 VzÄ x 12.217 EUR Pauschale = 1.386.176 EUR (abgerundet)

Abzüglich im Teilhaushalt 13 (JC) veranschlagt:

3.1.2.0.2	52543500	Kostenerstattung i.R.d. Zahlbarmachung von ALG-II Leistungen an Nichtsesshafte	35.000 EUR
3.1.2.0.2	56259000	Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Aufwendungen	35.000 EUR
3.1.2.0.2	56259100	Gutachten zur Feststellung der Erwerbsfähigkeit und des Mehrbedarfs	40.000 EUR
3.1.2.0.2	52920000	Aufwendungen i.R.d. Projektes Benchlearning der Optionskommunen	4.293 EUR
3.1.2.0.2	56359000	Aufwendungen für Veröffentlichungen (Ausschreibungen, Bekanntmachungen u.a.)	2.500 EUR
3.1.2.0.2	56420000	Mitgliedsbeitrag Deutscher Landkreistag	100 EUR

Somit verbleibt eine Weiterleitung abrechnungsfähiger Aufwendungen an den Teilhaushalt 02 in Höhe von 1.269.283 EUR.

3.1.2.1.1.42613000

Die Hilfen zur Eingliederung in Arbeit werden ausschließlich aus Bundesmitteln finanziert. Die Höhe der Zuweisung regelt der Bund in der Eingliederungsmittelverordnung. Derzeit wird von einem Volumen des Budgets für Eingliederungsmaßnahmen in Höhe von 4.722.894 EUR (inkl. BeZ –Altfälle) ausgegangen. Diese Mittel bilden mit dem Budget für Verwaltungskosten in Höhe von 6.752.226 EUR) – siehe Planungsstellen bei Produkt 3.1.2.0 - ein Gesamtbudget (11.475.120 EUR), wobei eine Verschiebung untereinander -i.S. einer gegenseitigen Deckungsfähigkeit- zulässig ist. Ein Finanzierungsbedarf bei den Verwaltungskosten kann und muss aus dem Eingliederungstitel gedeckt werden. Ausnahme bilden die Mittel für BeZ-Altfälle (32.174 EUR).

Für mit dem Bund abrechnungsfähige Eingliederungsmaßnahmen sind Aufwendungen in Höhe von 4.063.613 EUR etatisiert. Davon werden Maßnahmen mit einem Volumen in Höhe von 4.023.613 EUR aus direkten Bundesmittel sowie über 40.000 EUR über erwartete Einnahmen aus Rückforderungen finanziert.

Zur Deckung der Verwaltungskosten ist eine Umschichtung von 699.281 EUR vorgesehen. Diese Erhöhung zur Deckung der Verwaltungskosten führt zu einer entsprechenden Verminderung von Maßnahmenangeboten bei einer erwarteten Fallzahlsteigerung. Die Reduzierung des Maßnahmenangebotes soll abgemildert werden durch die eigenen Aktivitäten der Vermittlungsfachkräfte.

3.1.2.1.1.55151500

Gemäß § 16e SGB II in der Fassung vom 31.03.2012 werden hier 2 bestehende Arbeitsverhältnisse mit einem unbefristeten Beschäftigungszuschuss gefördert. Hierfür werden 32.174 EUR benötigt. Es ist zu beachten, dass hier keine gegenseitige Deckungsfähigkeit mit anderen Ausgabepositionen gegeben ist, da die zugewiesenen Bundesmittel zweckbestimmt und zusätzlich sind.

Erläuterungen Nachtrag 2016-1-1

Teilhaushalt 13 Kommunales Jobcenter

3.1.2.1.1.55156100

Gemäß § 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. § 45 Abs. 1 Satz 1 SGB III können Ausbildungssuchende, von Arbeitslosigkeit bedrohte arbeitsuchende und arbeitslose Leistungsempfänger bei Teilnahme an Maßnahmen gefördert werden, um ihre berufliche Eingliederung durch 1. Heranführung an den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, 2. Feststellung, Verringerung oder Beseitigung von Vermittlungshemmnissen, 3. Vermittlung in eine versicherungspflichtige Beschäftigung, 4. Heranführung an eine selbständige Tätigkeit oder 5. Stabilisierung einer Beschäftigungsaufnahme unterstützen. Neben der Fortführung der bereits bestehenden Maßnahmen ist zur Unterstützung der Eingliederungsbemühungen beabsichtigt, die für langzeitarbeitslose Menschen konzipierten Maßnahmen, die mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds unterstützt werden, auch mit Mitteln des SGB II sowie mit einer Kofinanzierung auszustatten. Hierfür werden 334.009 EUR bereitgestellt. Neben den klassischen Gruppenmaßnahmen (213.810 EUR) sollen für individuelle Einzelfallhilfen (Praktika bei Arbeitgebern, Coaching von Langzeitleistungsbeziehern oder besonders betroffene erwerbsfähige Leistungsberechtigte und zertifizierte Trägermaßnahmen) 1.373.520 EUR bereitgestellt werden. Für die Weiterfinanzierung von laufenden Maßnahmen aus dem Vorjahr werden 400.000 EUR im Ansatz berücksichtigt. Insgesamt wird ein Mittelbedarf i.H. von ca. 2.321.339 EUR erwartet.

3.1.2.2.1.46614100

Derzeit sind auf der Planungsstelle 3.1.2.2.1.42921000 „Erträge aus dem Forderungseinzug des Bundes ALG II (Altfälle)“ Geldeingänge, sowie Abgänge auf Kassenreste in Höhe von ca. 100.000,00 EUR gebucht.